

MODERNE SKLAVEREI?

Über globale
Arbeitsverhältnisse

attac
Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

IMPRESSUM

1. Auflage 2019
500 Exemplare

HERAUSGEBER
Attac Trägerverein e.V.
Münchener Straße 48
D-60329 Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten © Attac.

AUTOR_INNEN
Catherine Gotschy, Marlene Grabiger, Roland
Jourdan, Holger Oppenhäuser (Attac Bundesbüro),
Andreas Schmidt

Anregungen und Unterstützung von
Patrick Bohländer, Andreas Eis, Manuel
Glittenberg, Boris Heil, Alexander von Janowski,
Lukas Sauer, Sophie Schmitt

GESTALTUNG
www.dicey-studios.com

HERSTELLUNG
www.recyclingflyer.de

Weitere Informationen: www.attac.de/bima

Feedback: bildung@attac.de

In Kooperation mit dem
Entwicklungspolitischen Netzwerk (EPN) Hessen



INHALTSVERZEICHNIS

INHALT MODULE I–III • EINLEITUNG • LEGENDE

MODUL

Globale Arbeitsverhältnisse

Gibt es heute noch Sklaverei? Was bedeutet »moderne Sklaverei« und wie verbreitet ist sie? Was sind die ILO-Kernarbeitsnormen? Was kann gegen »moderne Sklaverei« getan werden?

Einführung

I.1 Aktivität: Weltverteilungsspiel – Reichtum und Sklaverei

I.2 Arbeitsblatt: Konsumgüter und Menschenrechte

I.3 Arbeitsblatt: Moderne Sklaverei

I.4 Infoblatt: Moderne Sklaverei

I.5 Arbeitsblatt: Fairer Handel als Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?

I.6 Arbeitsblatt: Ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte?

MODUL

Politische Ökonomie der Migration

Warum wandern Menschen in andere Länder aus und welche Erfahrungen machen sie dabei? Wer lebt mit welchen Aufenthaltspapieren in Deutschland? Wer erntet das Obst und Gemüse in Europa? Wie hängen Migration und wirtschaftliche Interessen zusammen?

Einführung

II.1 Aktivität: Gründe zu gehen

II.2 Arbeitsblatt: Migrationserfahrungen

II.3 Arbeitsblatt: Fluchtursache Freihandel – Das Tomatenbeispiel

II.4 Arbeitsblatt: Arbeit in der europäischen Landwirtschaft

II.5 Arbeitsblatt: Migrationspolitik und gesellschaftliche Interessen

II.6 Arbeitsblatt: Migration in volkswirtschaftlicher Perspektive

MODUL

Prekäre Arbeitsverhältnisse

Wie möchte ich später arbeiten? Wie haben sich Arbeitsverhältnisse geschichtlich entwickelt? Was ist ein Tarifvertrag und was ist ein Betriebsrat? Wie funktioniert Arbeitsmarktpolitik?

Einführung

III.1 Aktivität: Bildimpuls Arbeitswelt

III.2 Arbeitsblatt: Was ist der Sinn von Arbeit?

III.3 Aktivität: Zeitstrahl zum Thema Arbeit

III.4 Infoblatt: Prekäre Arbeit

III.5 Arbeitsblatt: Prekäre Arbeit

III.6 Arbeitsblatt: Widerstand gegen Ausbeutung

III.7 Arbeitsblatt: Arbeitsmarktpolitik

EINLEITUNG

Schätzungen zufolge leben weltweit mehr als 40 Millionen Menschen in sklavenähnlichen Verhältnissen – mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit. In zahlreiche alltägliche Konsumgüter (und ihre Vorprodukte) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit Sklavenarbeit eingegangen. Dies wirft zum einen die Frage auf, was politisch gegen diesen skandalösen Zustand getan werden kann, zum anderen aber auch die Frage, wie es heute generell um die globalen Arbeitsverhältnisse steht. Nicht zuletzt Migrant_innen werden aufgrund fehlender Papiere und anderer Hürden oftmals auf besondere Weise ausgebeutet. Dies zeigt schon ein genauer Blick auf die Arbeitsverhältnisse auf europäischen Feldern und Plantagen. Doch auch für viele Alteingesessene sind die Zeiten unbefristeter und dauerhaft existenzsichernder Arbeitsplätze vorbei. Auch das hängt mit politischen Fragen zusammen, die im vorliegenden Material gestellt werden und von den Lernenden auf je eigene Weise beantwortet werden können.

Das Material erscheint als fünfte Folge in der Reihe »Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen«. Erarbeitet wurden die Materialien von einer weitgehend ehrenamtlichen Gruppe aus Lehrer_innen, Fachdidaktiker_innen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler_innen sowie Pädagog_innen mit vielfältigen Erfahrungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Zielgruppen: Schule (Sek. I und II) und außerschulische Bildungsarbeit

Die Materialien wurden dementsprechend für die Schule und für die außerschulische Bildung entwickelt. Ein zentrales Prinzip ist die Verknüpfung der Lerngegenstände mit aktivierenden Methoden und insbesondere kooperativen Lernformen. So eignen sich die Materialien zum großen Teil sowohl für den Einsatz im Unterricht als auch in der Bildungsarbeit von Gewerkschaften, Verbänden und freien Trägern der politischen Bildung.

Die einzelnen Elemente des Materials sind unterschiedlich voraussetzungsvoll. Es gibt einführende Materialien, die in der Sekundarstufe I beziehungsweise in außerschulischen Gruppen ohne größere Vorkenntnisse eingesetzt werden können. Andere eignen sich eher zur Vertiefung in der Sekundarstufe II und anderen Lerngruppen mit entsprechenden Grundkenntnissen. Da die

Einschätzung, welches Material für eine konkrete Gruppe geeignet ist, von zahlreichen Faktoren abhängt, wurde auf eine entsprechende Kennzeichnung verzichtet. Orientierende Hinweise dazu finden sich aber in den Einführungstexten zu den jeweiligen Modulen.

Attac: Bewegung, Expertise und Bildung

Attac versteht sich als internationales Netzwerk und als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Dieses Selbstverständnis spiegelt sich auch in den vorliegenden Bildungsmaterialien wider. Kennzeichen sozialer Bewegungen ist es, bislang vernachlässigte Probleme und alternative Entwicklungspfade in die gesellschaftliche Debatte zu bringen. Dazu werden neben Informations- und Diskussionsveranstaltungen zahlreiche Partizipationsformen, von der Initiierung von Unterschriftenlisten über verschiedene Aktionsformen bis hin zum zivilen Ungehorsam, realisiert.

Als Teil der internationalen globalisierungskritischen Bewegung entstand Attac als Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Vorherrschaft des sogenannten Neoliberalismus. Dies impliziert die Kritik am neoklassischen Paradigma, das nicht nur die Wirtschaftswissenschaften weithin dominiert, sondern dessen Modelle zudem auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche übergreifen und sie Kosten-Nutzen-Kalkülen unterwerfen. Die weltanschaulichen und wissenschaftlichen Grundlagen dieser Kritik sowie die daraus erwachsenden Kampagnen und Projekte von Attac sind vielfältig. Das Spektrum reicht von Vorschlägen für alternative (Wirtschafts-)Politiken bis hin zu radikaler Kapitalismuskritik und der Suche nach Wegen zur Demokratisierung der gesamten Gesellschaft inklusive der Ökonomie. So stehen im vorliegenden Material (international) anerkannte Arbeitsnormen und Initiativen zu ihrer Verbesserung im Vordergrund. Doch auch die Frage nach einem möglichen Ende der Lohnarbeit wird aufgeworfen.

Alternative Sichtweisen einbringen

Vor diesem Hintergrund ist auch das Bildungsmaterial von Attac nicht neutral (wobei es im Allgemeinen fragwürdig ist, ob es »Neutralität« in gesellschaftlichen Fragen überhaupt gibt). Ein Ziel des Materials ist es, das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen zu thematisieren.

EINLEITUNG

Ein anderes Anliegen ist es, Gegenexpertisen zu den vorherrschenden neoklassischen Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse einzubringen (seien sie nun neoklassisch, neomarxistisch, durch die feministische Ökonomie oder andere heterodoxe Ansätze inspiriert). Es geht um die Abschätzung der Wirkung unterschiedlicher ökonomischer Theorien sowie darauf basierender Politiken in ökonomischer wie sozialer und ökologischer Hinsicht. Damit verbunden ist die Thematisierung von sozialen Ungleichheiten, Interessengegensätzen, Machtasymmetrien und systemischen Zwängen, während in der öffentlichen Debatte allzu oft die Personifizierung »der Märkte« oder ähnlich Mystisches zur Erklärung herhalten muss.

Und nicht zuletzt geht es darum, die vielfach national beschränkten Debatten über internationale Prozesse multiperspektivisch zu erweitern. Etwa dadurch, dass Menschen von den Arbeitsbedingungen berichten, die in ihrem Heimatland herrschen oder dadurch, dass Menschen von den Gründen für ihre Migration erzählen und von den Schwierigkeiten, die damit verbunden waren.

Kontroversität durch Kritik

Bei alledem geht es um Lernangebote, die bestimmte Perspektiven eröffnen und zur Diskussion einladen und nicht darum, die Lernenden zu manipulieren oder gar zu indoktrinieren. Was den Einsatz in der Schule angeht, ist ohnehin davon auszugehen, dass die Lehrkräfte Materialien von Attac gezielt als kritische Alternative zu anderen Positionen einsetzen, wie entsprechende Anfragen von Schulen zeigen.

Zur Kontroversität trägt das Material schon dadurch bei, dass es hegemoniale Deutungen mit Alternativen konfrontiert und diese Agenda offenlegt. Diese Transparenz steht übrigens im Gegensatz zu manch anderen, scheinbar neutralen Angeboten, die genauer besehen von unternehmerischen Lobbygruppen finanziert sind und mehr oder minder subtil deren (wirtschaftstheoretische) Sicht auf die Welt transportieren. In dieser Hinsicht entspricht das vorliegende Material den Anforderungen des Transparenz-Kodex der Deutschen Vereinigung für politische Bildung.

Aufbau: Drei Module

Das Material ist in drei Module gegliedert, die jeweils mit einer kurzen fachlichen Einführung und einem knappen didaktischen Kommentar zu den einzelnen Elementen beginnen. **Modul I** befasst sich mit der modernen Sklaverei im engeren Sinne. 26 Millionen Menschen arbeiten weltweit unter Zwang in illegalen Fabriken, in der Landwirtschaft, auf Baustellen, in der Fischerei, in Bordellen oder in privaten Haushalten. In diesem Zusammenhang wird unter anderem die aktuelle Kampagne für ein verbindliches UN-Abkommen zum Schutz der Menschenrechte in der Wirtschaft (Binding Treaty) behandelt. Thema von **Modul II** ist die politische Ökonomie der Migration. Darin kommen zunächst viele Migrant_innen selbst zu Wort. Anschließend werden Freihandel als Fluchtursache sowie ökonomische Interessen im Zusammenhang mit Migration behandelt. Genau beleuchtet wird die Situation der Arbeitskräfte, die – oft ohne sicheren Aufenthaltsstatus – in der europäischen Landwirtschaft schuften. Das **Modul III** schlägt schließlich den Bogen zur generellen Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland. Hier können die Lernenden als Lohnabhängige von heute und morgen nicht nur überlegen, welche Berufswünsche sie haben, sondern auch, wie es um ihre Rechte in der Arbeitswelt bestellt ist und welche (Arbeitsmarkt-)Politiken welche Auswirkungen auf ihr Leben haben.

Formale Hinweise

Da es in Materialien für Schulen mittlerweile üblich ist, werden die Lernenden mit »Sie« angesprochen, obwohl im Kontext der sozialen Bewegungen und weiten Teilen der außerschulischen Bildung das »Du« gebräuchlicher ist. Im Bemühen um eine geschlechtergerechte Sprache wird der Gender_Gap genutzt.

Die Materialien erscheinen sowohl online als auch gedruckt. Die Druckversion kann im Attac-Webshop (<http://shop.attac.de>) bestellt werden. Auf der Webseite www.attac.de/bima steht dieses Material ebenso wie die anderen Materialien aus der Reihe zum kostenlosen Download bereit ■

LEGENDE

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autor_innentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden



Interviews – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

*Globale
Arbeitsverhältnisse*

MODUL

I



Gibt es heute noch Sklaverei?
Was bedeutet »moderne Sklaverei« und wie verbreitet ist sie?
Was sind die ILO-Kernarbeitsnormen?
Was kann gegen »moderne Sklaverei« getan werden?

Inhalt

Einführung

I.1 Aktivität: Weltverteilungsspiel – Reichtum und Sklaverei

I.2 Arbeitsblatt: Konsumgüter und Menschenrechte

- Methode: Statuen-Theater
- Infotext: Palmöl
- Infotext: Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
- M1: Artikel zur Palmölproduktion (*Frankfurter Rundschau*)
- M2: Artikel zur Textilindustrie (*Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA*)
- M3: Infoblatt zur Kampagne »Make Chocolate Fair!«
- M4: Artikel zur Produktion von Orangensaft (*Spiegel-Online*)
- M5: Artikel zu Wein aus Südafrika (*Tagesspiegel*)
- M6: Text von Markus Wissen zum Begriff »Imperiale Lebensweise«

I.3 Arbeitsblatt: Moderne Sklaverei

- Video: Ausschnitt aus dem Film *Slaves*
- M1: Interview mit dem Filmemacher Marc Wiese

I.4 Infoblatt: Moderne Sklaverei

I.5 Arbeitsblatt: Fairer Handel als Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?

- Infotext: Siegel und Zertifikate
- Methode: Pro-und-Contra-Debatte
- M1: Selbstdarstellung von Fair-Trade-Organisationen (www.fairtrade.de)
- M2: Interview mit einer Kakaobäuerin aus Ghana und der Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation (*Neues Deutschland*)
- M3: Interview zu Nachhaltigkeits-Siegeln (*Süddeutsche Zeitung*)

I.6 Arbeitsblatt: Ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte?

- Methode: Machtnetz-Analyse
- M1: Artikel zum Stande des UN-Prozesses (*Frankfurter Rundschau*)
- Infotext: UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
- M2: Stellungnahme Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- M3: Stellungnahme Europäischer Gewerkschaftsbund
- M4: Stellungnahme Bundesregierung
- M5: Stellungnahme Europäische Union
- M6: Stellungnahme Treaty Alliance Deutschland
- M7: Stellungnahme Regierung Südafrikas
- M8: Artikel zur Strategie der Bundesregierung (*Blätter für deutsche und internationale Politik*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autor_innentext

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden



Interviews – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

Das Thema Sklaverei klingt im ersten Moment nach Geschichtsunterricht. Es lässt an die antiken Sklavenhaltergesellschaften, an die Verschleppung von Menschen aus Afrika zu Hochzeiten des Kolonialismus oder die Abschaffung der Sklaverei in den USA nach dem Bürgerkrieg denken. Denn offiziell ist die Sklaverei längst überall abgeschafft und wird in völkerrechtlichen Abkommen geächtet. So gibt es das Sklavereiabkommen des Völkerbundes aus dem Jahr 1926, das 1956 durch eine UN-Konvention bestätigt und ergänzt wurde. Auch nach Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 sind Sklaverei und Sklavenhandel ausdrücklich verboten. Und tatsächlich gibt es seit Anfang der 1980er-Jahre keinen Staat mehr, in dem Sklaverei – also der Besitz von Menschen – rechtlich legitimiert ist.

Nach den offiziellen Normen ist heutzutage die Lohnarbeit – neben der unbezahlten (Sorge-)Arbeit im Haushalt – die normale Form der Arbeit. Marx sprach vom »doppelt freien Lohnarbeiter«, um darauf hinzuweisen, dass die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft nach der Abschaffung der Leibeigenschaft nunmehr formal »frei« sind. Andererseits ist der größte Teil von ihnen aber auch »frei von Produktionsmitteln« – sprich: er hat keine – und muss daher seine Arbeitskraft an die Eigentümer derselben verkaufen. Doch wo ihm keine wirksamen Grenzen gesetzt werden können, tendiert auch der Kapitalismus zu maßloser Ausbeutung. Daher ist das Thema Sklaverei alles andere als historisch.

Nach Schätzung verschiedener Organisationen lebten 2016 weltweit 40 Millionen Menschen in sklavenähnlichen Verhältnissen – mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit¹. Es gibt zwar keine einheitliche Definition von »moderner Sklaverei«, doch unter diesem Stichwort werden Phänomene wie Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsheirat oder Kindersoldaten mit je unterschiedlicher Gewichtung zusammengefasst. Von den weltweit betroffenen 40 Millionen Menschen arbeiten 26 Millionen unter Zwang in illegalen Fabriken, in der Landwirtschaft, auf Baustellen, in der Fischerei, in Bordellen oder in privaten Haushalten. Etwa die Hälfte von ihnen lebt in Schuldknechtschaft.

Wenngleich nur ein relativ kleiner Teil dieser Menschenrechtsverletzungen in Deutschland und Europa vorkommt, hat das Thema doch mehr mit uns zu tun als auf den ersten Blick zu erkennen ist.

Denn in zahlreiche hier verbrauchte Konsumgüter (und ihre Vorprodukte) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit Sklavenarbeit eingegangen. Dies gilt für Lebensmittel ebenso wie für Kleidung, Kosmetik und nicht zuletzt für High-Tech-Produkte wie Smartphones.

In dieser Verteilung von sklavenartiger Arbeit und (relativ) luxuriösem Konsum zeigt sich eine der Kontinuitäten, die bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Die Sozialwissenschaftler Markus Wissen und Ulrich Brand sprechen in diesem Zusammenhang von einer imperialen Produktions- und Lebensweise². Zugleich macht der Soziologe Stephan Lessenich mit dem Begriff der Externalisierungsgesellschaft darauf aufmerksam, dass die oft grausamen Grundlagen dieser Lebensweise an anderen Orten der Welt in aller Regel verdrängt werden³.

Dies spiegelt sich in der geringen Aufmerksamkeit für aktuelle Versuche, Menschenrechte im Bereich der Wirtschaft auf Ebene der UN verbindlich zu regulieren. In den westlichen Industriestaaten käme es kaum jemandem in den Sinn, die Menschenrechte als universelle Normen grundsätzlich anzuzweifeln, doch allzu genau soll offenbar auch nicht hingesehen werden. So wurden einerseits 2011 die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Doch andererseits blockieren die Industriestaaten das aktuell von Ecuador und anderen Staaten des Südens angestoßene Verfahren, mit dem entsprechende Grundsätze tatsächlich rechtlich verbindlich werden könnten. Dies gilt nicht zuletzt für Deutschland und in der Folge für die EU. Hinter dieser Haltung stehen offensichtlich die Interessen transnationaler Konzerne, die fürchten, ernsthaft für Menschenrechtsverstöße entlang ihrer Lieferkette verantwortlich gemacht zu werden.

Das vorliegende Modul fokussiert auf solche politischen Konflikte im Zusammenhang mit dem Thema moderne Sklaverei. Denn die konsequente Durchsetzung von Menschenrechten im Bereich der Wirtschaft ist eine politische Frage und darf – ähnlich wie Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit – nicht auf ethische Fragen des individuellen Konsums reduziert werden. ■

1 International Labour Office und Walk Free Foundation: *Global Estimates of Modern Slavery*. Genua, 2017.

2 Markus Wissen und Ulrich Brand: *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München, 2017.

3 Stephan Lessenich: *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München, 2016

Zu den Elementen des Moduls

- Die **Aktivität I.1 (Weltverteilungsspiel – Reichtum und Sklaverei)** eignet sich als Einstieg in die Thematik der modernen Sklaverei und der globalen Arbeitsverhältnisse, die anschließend weiter vertieft werden sollten. Die Lerngruppe stellt die weltweite Verteilung von Bevölkerung, Reichtum (BIP), moderner Sklaverei und Kinderarbeit im Raum nach. Anschließend wird das Erlebte auf seinen Realitätsgehalt hin befragt und es werden Ursachen globaler Ungleichheit diskutiert. Als weitere Einstiegsmöglichkeit bietet sich auch der Zeitstrahl zum Thema Arbeit (Aktivität III.3) an.
- Das **Arbeitsblatt I.2 (Konsumgüter und Menschenrechte)** thematisiert Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Produktion von Palmöl in Indonesien, Textilien in Indien, Schokolade in Westafrika, Orangensaft in Brasilien und Wein in Südafrika. Zunächst wird vorgeschlagen, dass die Lernenden, ausgehend von einem *Infotext*, in Kleingruppen Produkte suchen, die *Palmöl* enthalten. Anschließend sollen sie recherchieren, ob diese von einem Konzern produziert wurden und in der Gesamtgruppe eine entsprechende Mindmap erstellen. Im zweiten Schritt wird angeboten, einen *Artikel aus der Frankfurter Rundschau (M1)* zur Palmölproduktion zu lesen und die geschilderten Arbeitsbedingungen mit den *Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)* zu vergleichen, die in einem *Infotext* erläutert werden. Zudem können die Lernenden mehrere Statuen zum Inhalt des Artikels entwickeln. Dazu gibt es einen Methodenkasten *Statuen-Theater*. Für Gruppen mit wenig Erfahrung bietet sich eine Einführung durch die Lehrenden an, für die es ebenfalls einen Methodenkasten gibt. Anschließend können Kleingruppen folgende weiteren Texte nach ähnlichem Muster bearbeiten: Einen Artikel zur Textilindustrie aus *Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA (M2)*, einen Text zum Thema Schokolade aus einem *Infoblatt zur Kampagne »Make Chocolate Fair!« (M3)*, einen *Spiegel-Online-Artikel (M4)* zur Produktion von Orangensaft und einen *Tagesspiegel-Artikel (M5)* zu Wein aus Südafrika. Alle Kleingruppen entwickeln ein Plakat und eine Statue, die später in der Gesamtgruppe präsentiert werden. Abschließend kann das Thema mit einem Text von *Markus Wissen (M6)* zum Begriff der Imperialen Lebensweise (siehe fachliche Einführung) auf ein theoretisches Niveau gehoben werden. Es wird angeregt, dass die Lernenden den Begriff auf ihre Auseinandersetzung mit M1 bis M5 beziehen. Anschließend können sie im Internet Projekte recherchieren, die nach Alternativen zur »imperialen Lebensweise« suchen und schließlich persönlich dazu Stellung nehmen.
- In **Arbeitsblatt I.3 (Moderne Sklaverei)** wird zunächst vorgeschlagen, in Zweiergruppen eine vorläufige »Arbeitsdefinition« zum Thema Sklaverei zu entwickeln. Anschließend kann ein Ausschnitt aus dem Film *Slaves (Sklaven)* von Mark Wiese anhand von Leitfragen analysiert werden. In den 7 Minuten Film, die gemeinsam oder auf dem Handy geschaut werden können, geht es um moderne Sklaverei in der Fischfang-Industrie in Burma. Weitere Felder moderner Sklaverei können anschließend einem *Interview mit dem Filmemacher Marc Wiese (M1)* entnommen werden. Anhand dessen können die Lernenden ihre Arbeitsdefinition schärfen und das Thema Sklaverei in Beziehung zum Alltag in Deutschland setzen. Zum Schluss können in Dreiergruppen Vorschläge entwickelt werden, was die deutsche Regierung zur Abschaffung moderner Sklaverei beitragen könnte. Diese politischen Vorschläge können dann in der Gesamtgruppe diskutiert werden.
- Das **Infoblatt I.4 (Moderne Sklaverei)** informiert über Formen und Ausmaß moderner Sklaverei, aber auch über (völker-)rechtliche Normen, die unwürdigen Arbeitsverhältnissen entgegenstehen. Konkret behandelt werden die ILO-Kernarbeitsnormen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die aktuellen Versuche, letztere in einem verbindlichen Abkommen wirksam werden zu lassen. Das Infoblatt kann als Hintergrundinformation zu allen Arbeitsblättern und Aktivitäten des Moduls eingesetzt werden.
- Das **Arbeitsblatt I.5 (Fairer Handel als Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?)** wirft die Frage auf, ob eher fairer Handel und/oder eher politischer Druck zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen führen. Zunächst werden in der Gesamtgruppe Kriterien für menschenwürdige Arbeit gesammelt. Anschließend können drei Texte in Kleingruppen bearbeitet werden, die in unterschiedlicher Gewichtung Argumente für und gegen Siegel (oder Zertifikate) enthalten: Eine Selbstdarstellung von Fair-Trade-Organisationen auf www.fairtrade.de (*M1*), ein *Interview aus dem Neuen Deutschland (M2)* mit einer

Kakaobäuerin aus Ghana und der Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte von Kakaobäuer_innen einsetzt, sowie schließlich ein *Interview aus der Süddeutschen Zeitung (M3)* mit der Autorin Kathrin Hartmann, die Nachhaltigkeits-Siegel kritisiert. Dazu gibt es einen kurzen *Infotext zum Thema Siegel und Zertifikate*. Nach der ersten Phase sollten die Gruppen neu gemischt werden, so dass in den neuen Kleingruppen alle Argumente aus den drei Texten ausgetauscht und in einer Pro-Kontra-Liste zum Nutzen von Fair-Trade-Siegeln gesammelt werden können. Auf dieser Basis werden drei abschließende Arbeitsvorschläge gemacht: Erstens die Organisation einer *Pro-Contra-Debatte* in der Gesamtgruppe, zweitens die Entwicklung von politischen Forderungen zum Thema internationale Arbeitsstandards an die Bundesregierung sowie drittens eine Recherche von sinnvollen und weniger sinnvollen Siegeln auf dem Portal www.siegelklarheit.de der Bundesregierung.

- In [Arbeitsblatt I.6 \(Ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte?\)](#) geht es schließlich um die aktuellen Bemühungen, ausgehend von den UN-Leitprinzipien für Wirt-

schaft und Menschenrechte einen verbindlichen völkerrechtlichen Vertrag zu erarbeiten. Es wird die Durchführung einer *Machtnetz-Analyse* vorgeschlagen. Zur gemeinsamen Einführung stehen ein *Artikel aus der Frankfurter Rundschau (M1)* und ein *Infotext zu den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* zur Verfügung. Als weitere Grundlage der arbeitsteiligen Erstellung der *Machtnetz-Analyse* dienen *Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (M2)*, des *Europäischen Gewerkschaftsbundes (M3)*, der *Bundesregierung (M4)*, der *Europäischen Union (M5)*, der zivilgesellschaftlichen *Treaty Alliance Deutschland (M6)* sowie der *Regierung Südafrikas (M7)*. Abschließend kann auf der Basis eines *Artikels aus Blätter für deutsche und internationale Politik (M8)* die Strategie der Bundesregierung diskutiert werden, welche auf Freiwilligkeit in Sachen Unternehmen und Menschenrechte setzt. Weitere Arbeitsvorschläge sind eine Recherche zum aktuellen Stand der Diskussion im UN-Menschenrechtsrat und das Verfassen eines Zeitungskommentars dazu sowie die gemeinsame Planung einer Protestaktion, mit der die Treaty-Alliance auf ihr Anliegen aufmerksam machen könnte. ■

2. SCHRITT: REICHTUMSVERTEILUNG

Im zweiten Schritt repräsentieren die Stühle der Teilnehmenden den globalen Reichtum in Form des Bruttoinlandsproduktes. Nun sollen die Teilnehmenden zunächst die Stühle so umverteilen, wie sie glauben, dass es der globalen Verteilung des materiellen Reichtums entspricht. Die Vertei-

lung der Weltbevölkerung ändert sich dabei nicht, das heißt auf manchen Kontinenten müssen die Teilnehmenden nun stehen, auf anderen haben sie mehr Stühle als sie besetzen können. Nach der geschätzten Verteilung korrigiert die Leitung wiederum entsprechend der realen Verhältnisse (Tabelle):

	Bruttoinlandsprodukt in Mio. US-Dollar	%	Anzahl Teilnehmende																																					
			10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Welt gesamt	78 740 229	100	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Nordamerika	21 002 514	27	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	6	6	6	6	7	7	7	8	8	8	8	9	9	9	9	10	10	10	11	11							
Europa	21 285 556	28	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	6	6	6	7	7	7	8	8	8	8	9	9	9	10	10	10	10	11	11	11								
Südamerika & Karibik	5 273 888	7	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3	3								
Afrika	4 432 385	5	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2								
Asien & Pazifik	26 205 886	33	3	3	4	4	4	5	6	6	6	7	7	7	7	8	8	8	9	9	9	10	10	10	11	11	12	12	12	12	13									

Datenquelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database, October 2017

3. SCHRITT: MODERNE SKLAVEREI

Danach sollen die Teilnehmenden (die immer noch auf den Weltregionen verteilt sitzen oder stehen) abschätzen, wie sich die »moderne Sklaverei« prozentual auf die verschiedenen Weltregionen verteilt. Dazu wird erläutert, dass es sich dabei um Zwangsheirat und Zwangsarbeit han-

delt. Die Teilnehmenden sollen die vorbereiteten Zettel auf die Bevölkerung in den verschiedenen Weltregionen verteilen und sie dort entsprechend mit ausgestreckten Armen hochhalten. Auch diese geschätzte Verteilung wird von der Leitung nach der folgenden Tabelle korrigiert und die Zettel bleiben dann auf den Kontinenten zurück:

	Anzahl moderner Sklaven	%	Anzahl Teilnehmende																																					
			10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Welt gesamt	40 289 000	100	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Nordamerika	420 000	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0								
Europa	3 596 000	9	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4								
Südamerika & Karibik	1 524 000	4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2							
Afrika	9 752 000	24	2	2	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5	6	6	6	7	7	7	7	8	8	9	9	9	10	10	10	10	10								
Asien & Pazifik	24 997 000	62	6	7	7	8	9	9	10	10	11	11	12	13	14	14	15	16	16	17	18	18	19	19	20	20	21	22	22	23	23	24	24							

Datenquelle: Walk free Foundation, Global Slavery Index 2018 Data

4. SCHRITT: KINDERARBEIT

Der letzte Schritt verläuft analog zum vorherigen. Zunächst sollen die Teilnehmenden abschätzen, wie sich Kinderarbeit (im Alter von fünf bis sieben Jahren) prozentual auf die verschiedenen

Weltregionen verteilt. Anschließend werden die Zettel wiederum nach den realen Verhältnissen umverteilt und dort mit ausgestreckten Armen (zusammen mit den Zetteln zur Sklaverei) hochhalten.

	Fälle von Kinderarbeit (5–17 Jahre)	%	Anzahl Teilnehmende																																					
			10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Welt gesamt	1 515 511 000	100	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Nordamerika	274 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
Europa	5 534 000	4	0	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2						
Südamerika & Karibik	10 461 000	7	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3							
Afrika	73 275 000	48	5	5	6	6	7	7	8	8	9	9	10	10	11	11	12	12	12	13	14	14	15	15	16	16	17	17	18	18	19	19								
Asien & Pazifik	62 007 000	41	4	5	5	5	5	6	6	7	7	8	8	9	9	9	9	10	11	11	11	12	12	13	13	14	14	15	15	16	16	16								

Datenquelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2017, Methodology of the global estimates of child labour 2012–2016

Auswertung:

Anschließend werden die Teilnehmenden zunächst zu ihrem Erleben des Verteilungsspiels befragt:

- Wie haben Sie die Aktivität erlebt?
- Wie haben Sie sich gefühlt?
- Gab es einen Moment, der besonders beeindruckend war?

Dann wird der Realitätsgehalt der Aktivität besprochen. Dabei ist es wichtig, auf die Relation der Zahlen einzugehen und dem Eindruck entgegenzuwirken, dass zum Beispiel in Asien ein Großteil der Bevölkerung versklavt sei oder Kinderarbeit leiste. Denn abgebildet wurden jeweils Prozentanteile von unterschiedlichen Gesamtgrößen: Die Weltbevölkerung von rund 7,4 Milliarden, 40 Millionen moderne Sklaven und rund 152 Millionen arbeitende Kinder weltweit. Auch wenn die meisten modernen Sklaven in Asien leben, beträgt ihr Anteil an der dortigen Bevölkerung »nur« 0,6 Prozent der gesamten Bevölkerung. Es

geht auch nicht darum, die Realität 1:1 in Zahlen zu übersetzen, sondern die ungleiche Verteilung von Reichtum und problematischen Arbeitsverhältnissen abzubilden, welche aus den Zahlen insgesamt hervorgeht. Mögliche Reflexionsfragen könnten sein:

- Was hat die Aktivität mit der Wirklichkeit zu tun?
- Was sagen die Zahlen aus, die Sie nachgestellt haben?
- Leistet ein Großteil der Menschen in Asien Sklavenarbeit?
- Sind in Europa alle Menschen reich und in Afrika alle Menschen arm?
- Welche Gründe könnte es für die ungleichen Verteilungen geben?
- Welche Zusammenhänge vermuten Sie hinter den Verteilungen von Reichtum und problematischen Arbeitsverhältnissen?
- Welche geschichtlichen Entwicklungen haben zu dieser heutigen Verteilung beigetragen?
- Wie ließe sich diese Verteilung verändern?

	Bevölkerung	%	Bruttoinlandsprodukt in Mio. US-Dollar	%	Anzahl moderner Sklaven	%	Fälle v. Kinderarbeit (5–17 Jahre)	%
Welt gesamt	7 368 664 000	100	78 740 229	100	40 289 000	100	1 515 511 000	100
Nordamerika	355 879 000	5	21 002 514	27	420 000	1	274 000	0
Europa	914 890 000	12	21 825 556	28	3 596 000	9	5 534 000	4
Südamerika & Karibik	626 896 000	9	5 273 888	7	1 524 000	4	10 461 000	7
Afrika	1 341 244 000	18	4 432 385	5	9 752 000	24	73 275 000	48
Asien & Pazifik	4 129 755 000	56	26 205 886	33	24 997 000	62	62 007 000	41

Konsumgüter und Menschenrechte

STATUEN-THEATER (METHODENBESCHREIBUNG FÜR LEHRENDE)

Dauer: 60–90 Minuten

Das Statuen-Theater geht auf Augusto Boals »Theater der Unterdrückten« zurück und ermöglicht einen weitgehend körperlichen Einstieg in abstrakte Themen oder konkrete Probleme. Es knüpft an den Erfahrungen der Teilnehmenden an und kann Veränderungsperspektiven eröffnen. Gruppen von vier bis sechs Personen bekommen jeweils einen Begriff, einen Konfliktfall oder eine Situation. Anschließend bilden sie mit ihren Körpern eine Statue, die dieses Thema zum Ausdruck bringt. Optional können die Statuen anschließend so verändert werden, dass sie mögliche Lösungswege des Problems eröffnen. Eine weitere Variante ist die Entwicklung einer Statue, die als Mittel des Protests im öffentlichen Raum auf ein Problem aufmerksam machen soll.

Aufwärmen: Zum Einstieg bildet die gesamte Gruppe auf Zuruf kurze Standbilder zu Themen, die sich spontan umsetzen lassen, zum Beispiel Tor-Jubel oder Tanzen. Dabei kann sich die Gruppe bewegen und erstarrt auf Zuruf. Als weitere Aufwärmübung können Partner_innen spontan Begriffe darstellen, die bereits zu einem Thema hinführen (Arm und Reich, Partnerschaft, Vertrag etc.).

Entwicklung von Ideen: Es werden Kleingruppen (ca. vier bis acht Personen) gebildet, die jeweils einen Begriff, Konflikt etc. bekommen, den die anderen nicht kennen. Jede Gruppe verständigt sich kurz über das vorgegebene Thema und mögliche Bilder dazu.

Bau der Statuen: Der Bau der Statuen verläuft weitgehend stumm. Entweder einigt sich die Gruppe auf eine_n Bildhauer_in, welche_r die anderen im Raum anordnet, oder die gesamte

Gruppe verständigt sich mit Blicken und Gesten auf eine gemeinsame Anordnung. Wichtig sind die Stellung der Körper zueinander, die Körperhaltung und der Gesichtsausdruck. Außerdem können Requisiten (z. B. Stühle oder Trinkflaschen) genutzt werden.

Ausstellung: Die Gruppen stellen nacheinander ihre Statuen in der Mitte des Raumes auf. Nach dem Aufbau kann die Statue von den anderen Teilnehmenden von allen Seiten betrachtet werden. Wenn die Zuschauer_innen genug gesehen haben, entlassen sie die Darsteller_innen mit einem Applaus. Danach schildern die Zuschauer_innen ihre Eindrücke (vom Kunstwerk – nicht den Darsteller_innen) und mutmaßen, was dargestellt wurde. Abschließend erläutern die Darsteller_innen, was dargestellt wurde und wie es für die einzelnen Teile der Statue war (anstrengend, komfortabel, ...).

Optional/Umbau der Statuen: Eine Statue, die ein ungelöstes Problem darstellt, wird noch einmal aufgebaut. Die Darsteller_innen suchen einen Satz, der ihre Situation, ihr Empfinden oder einen Wunsch zum Ausdruck bringt und sprechen ihn laut aus. Anschließend können alle nacheinander in Zeitlupe ihre Position verändern. Es beginnen diejenigen, die sich besonders unwohl fühlen, und die anderen reagieren darauf. Abschließend formulieren alle noch einen Satz, der ihre neue Situation ausdrückt.

Auswertung: In der Auswertung können unter anderem die folgenden Fragen angesprochen werden:

- Wie wurde das Bilden der Statuen erlebt, gab es besonders eindrückliche oder überraschende Momente?
- Welche Aspekte des Themas wurden gut getroffen, welche fehlten?
- Wie realistisch sind die Lösungswege, die der Umbau nahelegt?

**STATUEN-THEATER
(METHODENBESCHREIBUNG
FÜR TEILNEHMENDE)**

Ihre Kleingruppe hat die Aufgabe, gemeinsam eine Statue zum vorgegebenen Thema zu entwickeln, die anschließend in einer »Ausstellung« in der Gesamtgruppe gezeigt wird. Verständigen Sie sich kurz über das vorgegebene Thema und mögliche Ideen dazu (etwa 5 Minuten).

Der Bau der Statuen verläuft weitgehend stumm und ist in zwei Varianten möglich: Einigen Sie sich auf eine_n Bildhauer_in, welche_r die Gruppenmitglieder im Raum anordnet, oder verständigen Sie sich in ihrer Gruppe mit Blicken und Gesten auf eine gemeinsame Anordnung. Wichtig sind die Stellung der Körper zueinander, die Körperhaltung und der Gesichtsausdruck.

Außerdem können Sie Requisiten (z. B. Stühle oder Trinkflaschen) nutzen.

Variante: Umbau der Statuen

Eine Statue, die ein ungelöstes Problem darstellt, kann umgebaut werden. Alle Darsteller_innen (Teile der Statue) suchen einen Satz, der ihre Situation, ihr Empfinden oder einen Wunsch ausdrückt und sprechen ihn laut aus (z. B. »Mein Arm schläft ein« oder »Ich werde hier erdrückt«). Anschließend können alle nacheinander »in Zeitlupe« ihre Position verändern oder ein_e Bildhauer_in nimmt den Umbau vor. Hierbei beginnen stets diejenigen, die sich besonders unwohl fühlen, und die anderen reagieren darauf. Abschließend formulieren alle noch einen Satz, der ihre neue Situation ausdrückt.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1a. Teilen Sie die Produktgruppen im Info-Kasten Palmöl in der Gruppe auf. Suchen Sie zu Ihrer Produktgruppe zuhause oder im Supermarkt zwei Produkte, die Palmöl enthalten (siehe Info-Kasten). Erstellen Sie ein Handyfoto von den Produkten und stellen Sie den Hersteller fest.

1b. Recherchieren Sie auf www.wer-zu-wem.de, ob die Hersteller Ihrer Produkte zu einem Konzern gehören.

1c. Ordnen Sie gemeinsam einzelnen Herstellern die Produkte zu. Erstellen Sie mit den Fotos eine entsprechende Wandzeitung oder eine Mindmap.

2. Lesen Sie M1 und fassen Sie den Text thesenartig zusammen. Gehen Sie dabei auf folgende Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter_innen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) werden verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe für die Situation werden beschrieben?

3a. Bilden Sie Gruppen von etwa fünf Personen, entwickeln Sie jeweils eine Statue (siehe Methodenkasten) zum Inhalt von M1 und zeigen Sie die Statuen in der Gesamtgruppe.

3b. Teilen Sie die Texte M2 bis M5 unter den Gruppen auf (ein Text pro Gruppe) und bearbeiten Sie die dazugehörigen Arbeitsvorschläge.

3c. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse in der Gesamtgruppe.

INFO

Palmöl ist unter anderem oft in den folgenden Produkten zu finden: Blätterteiggebäck, Brotaufstrich, Dessertcreme, Eis, Fertigpizza, Fertiggerichte, Fertigsuppen (Dosen- und Tütensuppen), geröstete Erdnüsse, Kekse, Knabbergebäck, Knäckebrot, Kochcreme, Kuchen (Fertigkuchen und Backmischung), Margarine, Müslimischungen, Müsliriegel, Nougatcreme, Plunderteiggebäck, Schlag-Sahne, Schlagsahneersatz, Schokoaufstrich, Schokolade mit Cremefüllung, Schokoriegel, Suppenwürze, Süßigkeiten, veganer Käse, Würzpaste

M1 Kämpfer gegen das Leid der Palmölsklaven

1 Auf den Palmölplantagen in Sumatra schufteten die
Arbeiter unter menschenunwürdigen Bedingun-
gen. Der ehemalige Anwalt Masdon will das än-
dern – und riskiert viel.

5 Am Ufer des braunen Flusses steht ein weißes
Holzschild. »Harap hati-hati awas!!! Ada Buya«
steht da in frischer, roter Farbe. Eine Warnung
vor Krokodilen. »Die«, sagt Masdon wütend,
»kommt zu spät«. Eine Woche zuvor wurden hier
zwei Frauen von einem Krokodil getötet. Sie hat-
ten sich im Fluss gewaschen. Hier gibt es kein
fließendes Wasser, der nächste Brunnen ist weit
entfernt. Vom Ufer führt ein Pfad zu erbärmli-
chen Baracken, der Boden ist übersät mit Müll,
ein Streifen Matsch stinkt bestialisch: eine offene
Kloake. Nicht mal Plumpsklos gibt es hier, wo die
Arbeiterinnen und Arbeiter leben.

Das Elend, in das mich Masdon geführt hat,
liegt in einer riesigen Palmölplantage in Nordsu-
matra. Dort ließen die niederländischen Kolonial-
herrscher schon 1911 die ersten Ölpalmen pflan-
zen. Heute sind zwei Drittel der indonesischen
Insel damit bedeckt. Dass für das meistproduzierte
Pflanzenfett der Welt Regenwälder vernichtet und
Indigene vertrieben werden, dass Orang-Utans
vom Aussterben bedroht sind – all das hat für Auf-
merksamkeit und Kritik gesorgt.

Das Leid der Palmölsklaven aber ist tief in den
Plantagen verborgen. Dabei sind gerade sie es, die
diesen Rohstoff so billig und die Palmöl- und
Konsumgüterindustrie so reich machen – weil sie
gnadenlos ausgebeutet werden und ihre Löhne
noch schlechter sind als zur Kolonialzeit. Des-
halb kämpft Masdon seit mehr als 20 Jahren für
sie. Keine ungefährliche Angelegenheit: »In der
Soeharto-Ära saß ich deswegen schon im Knast
und wurde gefoltert. Heute hetzen mir Palmölfir-
men Polizisten auf den Hals, die mein Büro ausei-
nandernehmen und mich bedrohen.« Masdon ist
deshalb nicht der richtige Name des ehemaligen
Anwalts, der 51-Jährige nutzt ein Pseudonym.

Vor der Baracke steht eine Kiste, in der stin-
kende Fische an der Sonne trocknen. In den win-
zigen düsteren Räumen liegen Matratzen und
Tücher auf dem Boden. Manche Familien leben
hier seit Generationen – seit der Kolonialzeit.
Vor der Hütte sitzen vier Frauen: Sprüherinnen,
die Pestizide ausbringen. Sie töten das Unkraut
an den Stämmen, damit die Palmfrüchte besser
geerntet werden können. Bis zu 30 Kilo wiegen
die Kanister, die sie auf dem Rücken tragen und
bis zu zwölfmal am Tag wieder auffüllen müssen.
»Wir haben Ausschläge und Atembeschwerden«,
sagt eine Frau zögerlich und zeigt ein Stück Stoff.
»Eine Schutzmaske bekommen wir einmal im Jahr.
Wenn sie kaputt ist, müssen wir eine neue selbst
kaufen.« Bezahlen müssen sie die von den drei
Euro, die sie am Tag verdienen.

Plötzlich bremst neben uns ein Motorrad. Nach
einem kurzen Wortwechsel hastet Masdon zum
Auto: »Schnell weg, der ist von der Security.« Kein
Wunder, dass die Frauen so verängstigt waren. Wer
aufmuckt, kann schnell seinen Job verlieren und
damit auch seine Lebensgrundlage.

Als wir die Plantage der Firma Rimba Mujur
Makato, ein Sublieferant des Konzerns Unilever,
im Juni 2014 besuchen, wird sie vom TÜV Rhein-
land inspiziert. Sie soll das begehrte Nachhaltig-
keitssiegel des Roundtable on Sustainable Palmoil
(RSPO) erhalten. Die vom WWF, Unilever und
der Palmölindustrie gegründete Initiative ist ho-
chumstritten, weil Mitglieder illegal abholzen
und Menschenrechte verletzen. Erst 2016 belegte
eine Studie von Amnesty International schwere
Arbeitsrechtsverletzungen auf RSPO-Plantagen:
Zwang zu unbezahlten Überstunden, Einsatz des
hochgiftigen, in Europa verbotenen Gifts Paraquat
und gefährliche, ausbeuterische Kinderarbeit. ■ Quel-

le: Der Artikel von Kathrin Hartmann erschien in der *Frankfurter Rundschau* vom
27.07.2018 und entstand bei Recherchen zu ihrem Buch »Aus kontrolliertem
Raubbau« (Blessing-Verlag).

M2 Indische Textilindustrie

1 Immer wieder wird über schlechte Arbeitsbedin-
gungen und Zwangsarbeit im südasiatischen Tex-
tilsektor berichtet, wie zum Beispiel unter dem
Sumangali-System [...]. Dabei werden unverhei-
ratete junge Frauen im Alter von 14 bis 18 Jahren
vom Land in die Textilfabriken und Spinnereien
von Tirupur (Indien) [...] gelockt.

Den Frauen wird versprochen, dass sie am
Ende ihres Arbeitsvertrags nach zwei oder drei
Jahren eine Prämie von umgerechnet 1.500 bis
2.500 Euro ausbezahlt bekommen, die sie für ihre
Mitgift verwenden können (Sumangali bedeutet
»glückliche Braut«). Während dieser Zeit bekom-
men die jungen Frauen lediglich einen mickrigen
Tageslohn und dürfen oft die Fabrik oder Spin-
nerei nicht verlassen. Sie werden in sogenannten
Hostels auf dem Fabrikgelände untergebracht, in
denen sie zusammengewürfelt mit mehreren ande-
ren Frauen ein Zimmer teilen müssen. Sie klagen
über nährstoffarmes Essen und darüber, dass sie
kaum Kontakt zu ihren Familien haben, da sie die
Hostels nicht verlassen dürfen und Telefongesprä-
che nur im Beisein des Sicherheitspersonals führen
können.

Vielen von ihnen wird kurz vor dem Ablauf
ihrer Arbeitszeit aus fadenscheinigen Gründen
gekündigt, sodass sie leer ausgehen und zwei oder
sogar drei Jahre umsonst geschuftet haben. Nach
mehreren Berichten von Menschenrechtsorga-
nisationen werben die Spinnereien und Fabriken
nun nicht mehr mit dem Sumangali-System, die
Arbeitsbedingungen für die jungen Frauen haben
sich allerdings kaum verbessert.

In Bangalore [...] ist die Textilindustrie von
großer Bedeutung. In über 1.000 Fabriken arbei-
ten dort rund eine halbe Million meist weibliche
Beschäftigte. [...] Die Arbeiterinnen klagen über
den Stress, dem sie wegen des hohen Produktions-
solls ausgesetzt sind. Schon beim kleinsten Fehler
werden sie beschimpft und ihre Arbeit in Frage
gestellt. Manchmal wirft ihnen der Vorarbei-
ter Textilfetzen ins Gesicht. Sie klagen aber auch
über körperliche Leiden wie Asthma, das durch
das Einatmen des feinen Textilstaubs verursacht
wird, Krampfadern vom ständigen Stehen oder
Sitzen und Harnwegserkrankungen. Um nicht so
oft Toilettenpausen einlegen zu müssen und so
ihr Produktionssoll schneller zu erreichen, trinken
viele Arbeiterinnen zu wenig.

Immer mehr junge unverheiratete Arbeiterin-
nen aus Nord- und Ostindien kommen auf der

Suche nach Arbeit nach Bangalore. [...] Dort
werden sie jedoch oft nur als Helferinnen der
niedrigsten bezahlten Kategorie angestellt [...].
Häufig dürfen die jungen Frauen ihr Hostel nur
am Sonntag, dem einzigen freien Tag in ihrer
Sechs-Tage-Arbeitswoche, für ein paar Stunden
und manchmal sogar nur in Begleitung verlassen,
um ein paar persönliche Einkäufe zu machen.

Arbeiterinnen, die sich einer Gewerkschaft wie
der Garment Labour Union (GLU) anschließen,
sind Diskriminierungen ausgesetzt. Auch des-
halb gehören von den 500.000 Beschäftigten im
Textilsektor in Bangalore weniger als fünf Pro-
zent einer Gewerkschaft an. [...] Die Gewerk-
schaften erreichen die Arbeiterinnen häufig nur
über Trainings- und Beratungsangebote, die sie
an Sonn- und Feiertagen anbieten. Dazu laden sie
auch Experten zu Themen wie gesetzliche Kran-
ken- und Rentenversicherung ein. Die Frauen aus
anderen Regionen Indiens kennen ihre Rechte
häufig auch deshalb nicht, weil sie keine der in
Bangalore verbreiteten Sprachen sprechen. [...].
In den Fabriken werden Mitglieder der GLU oft
von anderen Arbeiterinnen isoliert oder an ei-
nen anderen Arbeitsplatz versetzt. Arbeiterinnen,
die ihre Rechte einfordern, werden massiv unter
Druck gesetzt, müssen sich zur Strafe in die Ecke
stellen oder stundenlang ohne Arbeit im Büro des
Personalmanagers sitzen. [...] Eine der Gründe-
rinnen der GLU wurde von ihrem Arbeitgeber
von der Arbeit freigestellt und erhält nach wie vor
ihren Basislohn. Die Fabrik zahlt ihr lieber ihr Ge-
halt weiter, als eine kritische Stimme unter den
Arbeiterinnen zu dulden. ■ Quelle: Laura Ceresna-Chaturvedi in

Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA (180), 2017.

ARBEITSVORSCHLAG

Lesen Sie M2 und fassen Sie den Text auf ei-
nem Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf
folgende Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter_in-
nen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) wer-
den verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftli-
chen Hintergründe für die Situation werden
beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Sta-
tue oder eine kurze Theaterszene. —————

M3 Die bittere Wahrheit über Schokolade

1 Kakao wird aufgrund seiner besonderen Wachstums-
voraussetzungen nur in wenigen Ländern
entlang des Äquators angebaut. Mit 70 Prozent
stammt der Großteil des weltweit angebauten
Kakaos aus den vier westafrikanischen Ländern
Côte d'Ivoire, Ghana, Nigeria und Kamerun.
Dort liegt der Kakaoanbau zu 90 Prozent in den
Händen von Familienbetrieben mit 2 bis 5 Hektar
Anbaufläche. Der Kakaoanbau ist sehr arbeitsintensiv
und erfolgt zum Großteil in Handarbeit. Die
Kakaoschoten reifen nicht alle zur selben Zeit,
wodurch eine kontinuierliche Pflege und Ernte
notwendig ist. Darüber hinaus sind Kakaobäume
sehr anfällig für Krankheiten und Schädlinge, die
sich in dichten Baumreihen schnell ausbreiten und
massive Ernteausfälle zur Folge haben können.
Schokolade ist eine der beliebtesten Süßigkeiten
weltweit. [...] Deutsche haben dabei einen
besonders ausgeprägten Appetit: Sie essen jährlich
ca. zehn Kilogramm pro Kopf und gehören damit
zu den europäischen Spitzenreitern. Der süße
Genuss hat jedoch einen bitteren Beigeschmack:
Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern
produzieren den Kakao für unsere Schokolade unter
menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen.
[...] In der Schokoladenproduktion beherrschen
sieben Unternehmen über zwei Drittel des Weltmarktes.
Der geschätzte Nettoumsatz der Schokoladenindustrie
liegt bei 100 Milliarden US-Dollar im Jahr. Dem
gegenüber stehen 5,5 Millionen Bäuerinnen und
Bauern, die Kakao anbauen. Insgesamt ist für
40 bis 50 Millionen Menschen Kakao die Haupteinnahmequelle.
Jedoch ist der Anbau von Kakao kein rentables
Geschäft. Das Einkommen der meisten Kakaobauernfamilien
liegt deutlich unter der Armutsgrenze. In Ghana
liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen
bei 0,76 Euro am Tag, in Côte d'Ivoire beträgt es
sogar nur 0,45 Euro.
Nur etwa sechs Prozent des Verkaufspreises für
eine Tafel Schokolade kommt den Bäuerinnen
und Bauern zugute. Der Anteil der Schokoladenunternehmen
am Verkaufspreis liegt bei 35 Prozent. In den
letzten 40 Jahren ist der Preis für Rohkakao
deutlich gesunken [...] Die Bauern und Bäuerinnen
erhalten zudem nicht den vollen Weltmarktpreis:
Durch hohe Margen der Zwischenhändler, nationale
Handels- und Abgabestrukturen oder Qualitätsverluste
aufgrund fehlender Lagerkapazitäten büßen sie
nochmal einen Teil ihres Einkommens ein. Das
Einkommen vieler Kakaobauernfamilien basiert
fast ausschließlich auf dem Anbau von Kakao, was
ihre ökonomische

Verwundbarkeit aufgrund von Preisschwankungen
erhöht.
Auf dem Kakaomarkt kommt es immer wieder
zu starken und abrupten Preisschwankungen.
Der Grund dafür können zum Beispiel Ernteeinbu-
ßen aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse
oder durch Krankheits- und Schädlingbefall sein.
Auch die Preisspekulation an den Rohstoffbörsen
trägt zum schwankenden Kakaopreis bei. [...]
Aufgrund der niedrigen Einkommen können
sich die meisten Kakaobäuerinnen und -bauern
die Einstellung regulärer Arbeitskräfte nicht leisten.
Sie greifen in der Folge häufig auf die eigenen
Kinder als unbezahlte Erntehelfer zurück. Allein
in Côte d'Ivoire und in Ghana arbeiten etwa zwei
Millionen Kinder auf Kakaoplantagen. 90 Prozent
der Kinder arbeiten unter Bedingungen, die nach
den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation
(ILO) verboten sind (ILO-Richtlinien 182 und 138).
Diese Kinder sind durch starke körperliche
Belastungen sowie den Umgang mit gefährlichen
Werkzeugen und Chemikalien massiven
Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Für viele von
ihnen wird ein Schulbesuch unmöglich. Die
Kinderarbeit hat seit 2008 zugenommen – obwohl
die größten Schokoladenunternehmen bereits 2001
versprochen hatten, »die schlimmsten Formen
von Kinderarbeit in Ghana und Côte d'Ivoire zu
eliminieren« (Harkin-Engel-Protokoll). Neben
der Mitarbeit von jungen Familienmitgliedern ist
Kinderhandel eine weitere Facette des Problems:
Insbesondere in Côte d'Ivoire werden Kinder,
die aus den Nachbarländern Mali und Burkina Faso
verschleppt wurden, für wenig Geld von Händlern
gekauft und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.
[...] Quelle: Infoblatt des INKOTA-netzwerk e.V. zur
Kampagne »Make Chocolate Fair!« (2017).

ARBEITSVORSCHLAG

Lesen Sie M3 und fassen Sie den Text auf einem
Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf folgende
Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter_innen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) werden verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe für die Situation werden beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Statue
oder eine kurze Theaterszene.

M4 Produktion von Orangensaft

1 *Niedrigpreise in Deutschland, Ausbeutung in Brasilien*
 2 Im brasilianischen Bundesstaat São Paulo stehen
 3 etwa 200 Millionen Orangenbäume. Von hier
 4 kommt rund die Hälfte der weltweiten Orangen-
 5 ernte. Die meisten Früchte werden zu Saft gepresst –
 6 und der landet zu zwei Dritteln in der EU, zu 17
 7 Prozent in Deutschland. [...]

8 Doch wie kommt der günstige Preis zustan-
 9 de? Schließlich durchläuft der Saft eine lange
 10 Produktionskette und hat weite Transportwege
 11 hinter sich. [...] Kostet eine Packung Orangen-
 12 saft in einem deutschen Supermarkt beispielweise
 13 89 Cent, gehen davon etwa 19 Cent an die Su-
 14 permarktkette. Etwa 25 Cent erhalten die deut-
 15 schen Abfüllunternehmen, die den Saft aus dem
 16 brasilianischen Orangensaftkonzentrat herstellen
 17 und in die Packung füllen. 14 Cent sind Steuern,
 18 etwa 11 Cent kosten Transport, Zölle und Ver-
 19 waltung. Übrig bleiben etwa 20 Cent. Von diesen
 20 müssen die Kosten des Orangenanbaus und der
 21 brasilianischen Saftindustrie gedeckt werden –
 22 und die Saftindustrie möchte auch noch Gewinn
 23 erwirtschaften.

24 Ganz hinten in der Kette stehen die brasilia-
 25 nischen Plantagenarbeiter und Kleinbauern. Die
 26 Orangenbäume stehen in Monokultur auf riesigen
 27 Plantagen. Das macht sie sehr anfällig für Schäd-
 28 linge und Krankheiten – daher werden chemi-
 29 sche Pflanzenschutzmittel intensiv eingesetzt. Die
 30 Früchte werden weitgehend von Menschenhand
 31 geerntet.

32 [...] Die Plantagenarbeiter erhielten meist be-
 33 fristete Saisonverträge. Sie zögen von Plantage zu
 34 Plantage, die Säcke mit Früchten auf ihrem Rücken
 35 wögen bis zu 30 Kilogramm. Die Arbeiter
 36 stünden unter sehr hohem Arbeitsdruck. Seien sie
 37 nicht produktiv genug, erhielten sie in der nächs-
 38 ten Saison keinen Vertrag mehr. Viele ließen da-
 39 her die Mittagspause, die ihnen eigentlich zusteht,
 40 ausfallen. Für zwei Tonnen gepflückte Orangen
 41 am Tag erhielten die Arbeiter umgerechnet etwa
 42 9 Euro. Das liegt unterhalb des von brasilianischen
 43 Gewerkschaften genannten Existenzminimums.
 44 Die versprühten Chemikalien gefährden den Re-
 45 cherchen zufolge die Gesundheit und immer wie-
 46 der komme es zu schweren Unfällen, weil keine
 47 sicheren Leitern gestellt würden.

48 Ein Teil der Plantagen gehört der brasiliani-
 49 schen Saftindustrie, die die Orangen presst und
 50 zu Konzentrat verarbeitet. Drei große Konzerne
 51 bestimmen den Markt: [...] Für die Arbeiter auf
 52 ihren Plantagen sind die drei Großen in der Regel
 53 rechtlich nicht als Arbeitgeber verantwortlich –

54 die Orangenpflücker schließen ihren Vertrag mit
 55 Arbeitsvermittlern, sogenannten Gatos ab. [...]
 56 Das ermöglicht der Saftindustrie [...] Löhne zu
 57 drücken.

58 Viele Plantagen werden auch von Kleinbauern
 59 betrieben. Aufgrund der Marktmacht [...] sind
 60 die Bauern gezwungen, ihre Orangen an diese
 61 Unternehmen zu verkaufen. Die drei Marktfüh-
 62 rer können, so die Studie, den Preis, den sie den
 63 Bauern zahlen, fast beliebig bestimmen, auch weil
 64 sie sich zu Beginn der Ernte untereinander ab-
 65 sprechen. Im Jahr 2012 wurden sie wegen Kar-
 66 tellbildung in Brasilien zu Geldstrafen verurteilt.
 67 Für eine Kiste Orangen, 40 Kilogramm schwer,
 68 erhielten die Bauern umgerechnet etwa 2,60
 69 Euro. Das decke oft nicht einmal mehr die Kos-
 70 ten. Falle der Weltmarktpreis für Orangen an der
 71 Börse während der Erntezeit, müssten die Bauern
 72 die Differenz bezahlen. Solche Praktiken führen
 73 dazu, dass die Bauern ihrerseits Plantagenarbeiter
 74 ausbeuten. Viele Bauern geben auf, verkaufen ihr
 75 Land und werden selbst zu Wanderarbeitern. [...]

76 Am anderen Ende der Produktionskette, in
 77 Deutschland, sorgt die Marktmacht der wenigen
 78 großen Einzelhandelskonzerne für niedrige Preise.
 79 Der Vertrieb von Orangensaft läuft hierzulande
 80 fast ausschließlich über die großen Supermarkt-
 81 und Discounterketten. Sie bestimmen, so der Be-
 82 richt, die Arbeits- und Produktionsbedingungen
 83 entlang der gesamten Lieferkette mit, streichen
 84 hohe Gewinne ein. Die Verantwortung für die Ar-
 85 beiter in Brasilien aber [...] delegieren sie einfach
 86 in der Produktionskette nach unten. Rechtlich
 87 sähen sie sich für diese nicht zuständig. Ähnlich
 88 argumentieren die brasilianischen Saftkonzerne:
 89 Sie verweisen auf die örtlichen Arbeitsvermittler.
 90 [...] ■ Quelle: © Jan Wittenbrink auf Spiegel online vom 08.10.2013.

ARBEITSVORSCHLAG

Lesen Sie M4 und fassen Sie den Text auf ei-
 nem Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf
 folgende Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter_in-
nen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) wer-
den verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftli-
chen Hintergründe für die Situation werden
beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Sta-
 tue oder eine kurze Theaterszene. —————

M5 Wein aus Südafrika

1 Die Preise für Wein aus Südafrika sind stark gefallen, zeigt eine Oxfam-Studie. Darunter leiden die Arbeiterinnen wie Marai Balie.

3 Oft weiß Marai Balie nicht, wie sie über die Runden kommen soll. Dann hangelt sie sich von einem Freitag, an dem der Lohn ausgezahlt wird, zum nächsten. 600 Rand, umgerechnet 40 Euro, verdient sie pro Woche auf einer Traubenfarm im Hax River Valley in Südafrika. Mit dem Geld müssen sie, ihr Sohn und ihre Mutter auskommen. Vor allem an frischen Lebensmitteln fehle es deshalb oft.

6 Dabei kann die Familie froh sein, wenn es überhaupt 600 Rand sind, die Balie am Ende der Woche ausbezahlt bekommt. »Die Farmer finden immer neue Möglichkeiten, um den Lohn zu drücken«, sagt die 45-Jährige. Meist machten sie unrealistische Zielvorgaben und senkten das Gehalt, wenn Arbeiterinnen sie nicht erreichten. »Über die Jahre sind die Arbeitsbedingungen immer schlechter geworden«, sagt Balie.

9 Laut der Nichtregierungsorganisation Oxfam liegt das zum Teil auch an den deutschen Supermärkten – und Verbrauchern. Wenn Wein aus Südafrika hierzulande für 2,50 Euro verkauft werde, sei klar, dass davon nur wenig bei den Arbeiterinnen ankomme. Seit 2000 sind die Preise, die deutsche Händler für Wein aus Südafrika zahlen, um 80 Prozent gefallen, rechnet Oxfam vor. Gerade einmal 14 Cent bekämen Farmer für ein Kilogramm Trauben, die zu Discounter-Wein verarbeitet werden.

12 Ein Teil des Problems ist demnach der sogenannte Tankwein. Fast 80 Prozent des Weins aus Südafrika wird inzwischen nicht mehr vor Ort abgefüllt, sondern in großen Tanks nach Europa gebracht. Das macht ihn für die deutschen Importeure besonders billig. Speziell gekennzeichnet wird dieser Tankwein nicht. Erkennen können Verbraucher ihn lediglich daran, dass auf dem Etikett ein deutscher Abfüller angegeben ist. »Die Supermärkte diktieren ruinöse Preise«, kritisiert Oxfam-Referentin Franziska Humbert. »Diesen Preisdruck geben die Produzenten nach unten weiter: an die Arbeiterinnen, die auf den Plantagen schuften.« An Menschen wie Marai Balie.

15 Sie sitzt an diesem Nachmittag im Foyer eines Hotels unweit vom Moritzplatz in Kreuzberg und berichtet, wie es auf den Feldern zugeht. Wie sie würden die meisten Arbeiterinnen oft nur noch als Saisonkräfte und damit als Angestellte zweiter Klasse beschäftigt. So stellten Farmer ihnen zum

18 Beispiel keine Schutzkleidung zur Verfügung – und das obwohl häufig direkt in der Nähe der Arbeiterinnen Pestizide versprüht würden.

21 »Nicht selten müssen wir die Früchte anfassen, direkt nachdem gespritzt wurde«, sagt Balie. Viele Arbeiterinnen litten deshalb unter Asthma oder Hautausschlag. Auch Toiletten gibt es für die Frauen auf den Feldern oft keine. »Manchmal erlauben die Vorarbeiter einem noch nicht einmal eine Pause, um sich in den Büschen zu erleichtern«, sagt Balie.

24 So offen wie sie sprechen nur wenige Frauen über die Arbeitsbedingungen auf den Feldern in Südafrika. Viele trauten sich das nicht, auch weil sie ihre Rechte nicht kennen. So werden Gewerkschaftler laut Oxfam meist daran gehindert, die Felder oder Höfe auch nur zu betreten. Arbeiterinnen, die trotzdem aufbegehrten, müssten um ihre Jobs fürchten. Balie zum Beispiel engagiert sich seit ein paar Jahren bei »Women on Farms«, einer Organisation, die die Arbeitsbedingungen der Frauen auf Plantagen verbessern will. »Seitdem stehe ich auf einer schwarzen Liste«, sagt sie. Häufig könne sie nicht lange auf einer Farm bleiben, werde entlassen, sobald sie andere Frauen über ihre Rechte aufkläre.

27 Oxfam führt diese Bedingungen auch auf die Marktmacht der deutschen Supermarktketten zurück: Die vier Größten – Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland – stünden hierzulande für 80 Prozent des Weinmarktes und würden das ausnutzen. Die Konzerne selbst weisen den Vorwurf zurück und wollen auch von den Problemen der Arbeiterinnen nichts wissen. [...] ■ Quelle: © Carla Neuhaus in *Der Tagesspiegel*

vom 10.10.2017.

ARBEITSVORSCHLAG

Lesen Sie M5 und fassen Sie den Text auf einem Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf folgende Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter_innen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) werden verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe für die Situation werden beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Statue oder eine kurze Theaterszene. —————

M6 Imperiale Lebensweise

1 Der Begriff der imperialen Lebensweise be-
zeichnet Produktions- und Konsummuster, die
einen überproportionalen Zugriff auf Natur und
Arbeitskraft im globalen Maßstab voraussetzen.

5 In der von Massenproduktion und -konsum ge-
prägten Phase des Kapitalismus von den 1950er
bis zu den 1970er Jahren hat sich die imperiale
Lebensweise im globalen Norden verallgemeinert.
Energie- und materialintensive Produktions- und
Konsummuster begannen, auch den Alltag der
Lohnabhängigen zu prägen: Preiswerte (agro-)
industriell hergestellte Lebensmittel, preisgünsti-
ge Kleidung, elektrische Haushaltsgeräte und das
private Automobil wurden für viele nicht nur zum
selbstverständlichen Gebrauchsgegenstand, son-
dern auch zum Statussymbol und zur Notwen-
digkeit, um am beruflichen und gesellschaftlichen
Leben teilhaben zu können. Als Versprechen
ebenso wie als Zwang schrieb sich die imperiale
Lebensweise in die Alltagspraxen vieler Menschen
ein, ohne dabei grundlegende gesellschaftliche
Ungleichheitsverhältnisse außer Kraft zu setzen.

Die natürlichen Ressourcen, auf denen dies be-
ruhte, kamen nicht zuletzt aus den Ländern des
globalen Südens, wo sie oft unter sozial und öko-
logisch verheerenden Bedingungen extrahiert bzw.
angebaut wurden. Mit den CO₂-Emissionen, die
bei der Herstellung und Nutzung der Massenkon-
sumgüter anfallen, verhielt es sich umgekehrt: Sie
wurden gleichsam in den globalen Süden zurück-
geschickt und dort absorbiert (z. B. in Regenwäl-
dern) – oder aber sie konzentrierten sich in der
Atmosphäre und trugen damit zum Klimawandel
bei. Die sozial-ökologischen Vorleistungen und
Kosten der imperialen Lebensweise wurden mit-
hin auf ein Außen verlagert.

Die imperiale Lebensweise basiert auf einer im-
perialistischen Weltordnung: Politischer Druck,
militärischer Zwang und ungerechte Handelsab-
kommen sichern sie ab. [...] Die imperiale Lebens-
weise »normalisiert« den Imperialismus. Seit den
1970er Jahren hat sich die imperiale Lebensweise
im globalen Norden weiter verfestigt. Zudem
machen sich die Mittel- und Oberschichten in
Schwellen- und ärmeren Ländern energie- und
materialintensive Produktions- und Konsummus-
ter zu eigen. Damit schrumpft das Außen, auf das
die imperiale Lebensweise angewiesen ist, mit der
Folge, dass sich der globale Wettstreit um Arbeits-
kraft und Natur verschärft

Das Konzept der imperialen Lebensweise ist da-
für kritisiert worden, dass es den Klassengegensatz
und die zunehmende Ungleichheit im globalen
Norden zugunsten des Gegensatzes zwischen
Norden und Süden vernachlässigt. Von einem

vereinheitlichenden »Wir« des globalen Nordens
kann aber in Zeiten, in denen die Versprechen der
imperialen Lebensweise für eine wachsende Zahl
von Menschen nicht einlösbar sind, nicht ausge-
gangen werden. Die Kategorien »globaler Nor-
den« und »globaler Süden« selbst müssen deshalb
differenzierter behandelt werden. Aus feministi-
scher Perspektive wurde darauf hingewiesen, dass
Frauen – und in jüngerer Zeit zunehmend Mig-
rant_innen z. B. als Altenpfleger_innen – mit ihrer
un- oder unterbezahlten Reproduktionsarbeit die
Kosten der imperialen Lebensweise tragen. Der
dieser zugrundeliegende gesellschaftliche Kom-
promiss beruht somit auch auf der geschlechtsspe-
zifischen Arbeitsteilung.

Diese Anregungen lassen sich in das Konzept
integrieren. So beinhaltet die imperiale Lebens-
weise nicht einfach nur eine Angleichung von
Lebensverhältnissen, sondern auch eine Hier-
archisierung. Gerade ungleiche Gesellschaften
verursachen, vermittelt über Konkurrenzzwänge
und Statuskonsum, hohe sozial-ökologische Kos-
ten, und je höher das Einkommen, desto höher
ist auch der ökologische Fußabdruck. Insofern
können sich Bewegungen gegen soziale Ungleich-
heit und solche gegen (globale) sozial-ökologische
Ungleichheiten wechselseitig stärken. Die Vor-
aussetzung dafür ist, dass Ungleichheit nicht nur
als Verteilungsfrage betrachtet wird. Das Pri-
vateigentum an den Produktionsmitteln gehört
ebenso auf den Prüfstand wie der vorherrschende,
auf Erwerbsarbeit konzentrierte und Sorgearbeit
abwertende Arbeitsbegriff. ■ Der Text erscheint 2019 leicht
verändert im *ABC der globalen (Un)Ordnung*, VSA-Verlag, Hamburg. Der Autor
Markus Wissen hat 2017 zusammen Ulrich Brand das Buch *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, Oekom-Verlag,
München veröffentlicht.

ARBEITSVORSCHLAG

1. Lesen Sie M6 und erläutern Sie den Begriff der »imperialen Lebensweise« in eigenen Worten.
2. Nennen Sie Aspekte aus Ihrem zuvor bearbeiteten Text (M2 bis M5), die sich in M6 wiederfinden. Wie hängen sie miteinander zusammen?
3. Recherchieren Sie, welche Alternative zur »imperialen Lebensweise« auf der Seite <https://aufkostenanderer.org> vorgeschlagen werden. Stellen Sie drei konkrete Vorschläge vor.
4. Nehmen Sie persönlich zum Begriff der »imperialen Lebensweise« und den vorgestellten Alternativen Stellung.

M1 Mehr Sklaven als jemals zuvor

1 Interview mit dem Filmemacher Marc Wiese

· **Herr Wiese, Sie haben einen Film über Sklaverei gemacht, das klingt irgendwie nach Geschichtsunterricht.**

5 Nein, es geht nicht um Geschichtsunterricht, sondern um moderne Sklaverei. Ich bin auf das Thema gestoßen als ich im Time-Magazin gelesen habe, dass es heutzutage mehr Sklaverei gibt, als jemals in der Menschheitsgeschichte zuvor. Natürlich ist die Gesamtbevölkerung angestiegen, trotzdem hat es mich sehr überrascht, dass die Zahl der Sklaven – etwa 40 Millionen Menschen – höher ist als zu Zeiten der Kolonien oder der Sklaverei in Amerika.

15 **Was bedeutet modernen Sklaverei?**

· Es gibt unterschiedliche Definitionen. Für mich ist es definitiv der Entzug der Freiheit. Was für mich nicht darunter fällt ist harte und schlecht bezahlte Arbeit. Das ist unfair, aber Sklaverei ist es erst, wenn es ganz ohne Bezahlung ist und Menschen die Freiheit genommen wird.

20 Ein Anzeichen ist die Abnahme des Reisepasses. Klassische Mittel der Versklavung sind auch Entführungen und die ständige Drohung mit Gewalt bis hin zur eiskalten und brutalen Gewaltausübung. Weltweit sind gerade Flüchtlinge in Gefahr, auf ihrem Weg entführt und versklavt zu werden.

· **Worum geht es in Ihrem Film genau?**

30 Ein Thema sind Kindersoldaten als Form der modernen Sklaverei. Kinder werden entführt, werden mit brutalster Gewalt zu Arbeitssklaven gemacht, zu Sexsklaven gemacht oder zu Soldaten gemacht. Das zeigen wir am Beispiel der Lord's Resistance Army aus Uganda.

35 Ein weiterer Bereich war die Fischerei in Südost-Asien. Da wird Menschen aus Myanmar/Burma Arbeit versprochen und sie kommen auf Schiffe, die gar nicht mehr anlegen, sondern von anderen Schiffen versorgt werden. Dort herrschen auch unglaubliche Zustände, bei Widerstand wird gefoltert und gemordet. Und wir hatten Protagonisten, die teilweise bis zu 17 Jahre auf einem Schiff waren.

45 Danach sind wir nach Indien gefahren mit einem australischen Milliardär, der persönlich hart an dem Ziel arbeitet, die moderne Sklaverei abzuschaffen. Er hat von seinem eigenen Geld 250 Millionen in die Hand genommen und damit Organisationen gegründet, die sich gegen Sklaverei einsetzen. Dort haben wir mit Leuten gesprochen, die aus der Sklaverei befreit wurden.

· Wir haben in Großbritannien Haushaltssklaverei thematisiert, am Beispiel einer Philippinin, die

55 in einem saudi-arabischen Haushalt gearbeitet hat. Scotland Yard hat eine Spezialeinheit mit vielen Mitarbeitern gebildet, die sich ausschließlich mit moderner Sklaverei beschäftigen. Nach offiziellen Zahlen aus Großbritannien gibt es dort immer noch an die 14.000 Sklaven.

60 Etwas Vergleichbares auf polizeilicher Ebene gibt es in Deutschland nicht. Hier hält man die Augen davor noch verschlossen.

· **Das Thema Sklaverei hat also auch mit unserem Leben hier in Europa und in Deutschland zu tun?**

65 Das hat sehr viel mit uns zu tun. Das ist nicht nur ein Dritte-Welt-Problem, das haben wir auch hier in Europa.

70 Zudem gibt es Sklavenarbeit in den Lieferketten großer Unternehmen. Und drittens ist die Frage, inwiefern wir solche Geschäfte mit unserem Konsum befeuern. Als ich in den sechziger Jahren noch ein Kind war, waren Garnelen zum Beispiel ein kostbares Luxusprodukt. Aber heute bekommst du sie für einen Spottpreis in jedem Billigsupermarkt. Mein logischer Menschenverstand sagt mir, dass das so nicht möglich ist. Wenn diese Nachfrage da ist, weil sich die Erkenntnis nicht durchsetzt, dass diese Produkte mit Sklavenarbeit zu tun haben, wird sich auch nichts ändern. Leider betrifft dies immer mehr Bereiche unserer täglichen Konsumgüter, unter anderem Handys und Kosmetikprodukte.

85 **Sklaverei ist ja ein sehr düsteres Thema. Konnten Sie auch etwas positives berichten?**

· Es gibt Gegenbewegungen, aber man muss ganz klar sagen: Natürlich ist jeder Sklave, den du befreist und auch verhinderst, wertvoll, aber dem steht im Moment eine Anzahl von 40 Millionen gegenüber.

90 In Indien hatten wir ein positives Beispiel, das ich erleben durfte. Da gibt es kleine Ziegeleien und die Leute, die dort arbeiten, konnten sich alle befreien. Dort haben wir dann auch gefilmt und sind mit den Menschen ins Gespräch gekommen. Sie haben uns auch erzählt, dass Leute, die nur ein bisschen Widerstand geleistet haben, direkt ins Feuer geschmissen wurden und Frauen vergewaltigt wurden. Diese Menschen haben es letztendlich geschafft und wollen nun auch andere befreien. Aber während wir das filmten, hast du rundum in der Landschaft die ganzen Schornsteine gesehen von den ganzen kleinen Ziegeleien, die nicht befreit waren. Es gibt also positive Anzeichen, aber es gibt leider auch genauso viele düstere. ■ Marc Wiese

ist Dokumentarfilmer und hat 2018 den Film *Slaves – Auf den Spuren moderner Sklaverei* veröffentlicht.

Moderne Sklaverei

INFO

Offiziell ist **Sklaverei weltweit verboten**. In den früheren Sklavenhaltergesellschaften galten Sklaven als Eigentum ihrer Herren. Sklaverei war damals anerkannt und rechtlich abgesichert. Mit der Aufklärung wurden die Leibeigenschaft und die Sklavenhaltung der Europäischen Mächte in ihren Kolonialgebieten zunehmend kritisiert und schließlich abgeschafft. Heute gibt es keinen Staat mehr, der Sklaverei offiziell anerkennt. Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: »Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.«

Trotzdem gibt es weltweit immer noch illegale Formen extremer Ausbeutung die als **moderne Sklaverei** bezeichnet werden. Der Begriff wird unterschiedlich verwendet. Meistens sind damit Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat gemeint. Die Betroffenen können sich in der Regel nicht gegen die Situation wehren. Denn sie werden bedroht, erleben Gewalt, bekommen ihre Papiere abgenommen oder werden systematisch belogen.

Die wirksamsten Druckmittel

Wie Zwangsarbeiter_innen im privatwirtschaftlichen Sektor gefügig gemacht werden:

0,9 %	unter Alkohol/Drogen gehalten
4,1 %	sexueller Gewalt unterworfen
4,3 %	Pass oder andere Papiere weggenommen
5,0 %	Strafen durch Schlaf- oder Essensentzug
5,7 %	rechtliche Schritte angedroht
6,6 %	Geldstrafen
6,7 %	zu weit weg von zu Hause, ohne Schutzort
6,7 %	bei der Arbeit oder in der Wohnung eingesperrt
9,1 %	zum Abzahlen von Schulden gezwungen sein
11,8 %	die Familie bedroht
14,4 %	körperlicher Gewalt unterworfen
17,0 %	mit Gewalt bedroht
23,6 %	Lohn vorenthalten
14,5 %	sonstiges

Quelle: DGB und Hans Böckler Stiftung – Atlas der Arbeit 2018 (CC BY 4.0).

Nach Angaben des **Global Slavery Index** und anderer Studien gab es **2016 über 40 Millionen Opfer moderner Sklaverei**. Ein Großteil von ihnen lebte in Afrika und Asien. Doch auch für die EU Staaten wird von 1,3 Millionen Fällen ausgegangen. In Deutschland waren es demnach 167 000 Fälle. Weltweit verrichten die meisten modernen Sklaven Zwangsarbeit. So arbeiten fast 26 Millionen Menschen unter Zwang in illegalen Fabriken, in der Landwirtschaft, auf Baustellen, in der Fischerei, in Bordellen oder in privaten Haushalten. Etwa die Hälfte von ihnen lebt in Schuldknechtschaft.

Schuldknechtschaft bedeutet, dass arme Menschen Kredite mit überhöhten Zinsen bekommen. Die Schulden wachsen durch die Zinsen schneller, als sie zurückbezahlt werden können. So werden die Menschen gezwungen ihre Schulden abzuarbeiten, ohne Chancen das schaffen zu können. Dazu kommt häufig die Androhung von Gewalt. Außerdem werden die Schulden auf die Kinder übertragen.

Seit ihrem Bestehen setzt sich die **Internationale Arbeitsorganisation (ILO)** gegen Zwangsarbeit ein. Die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Ihre Aufgabe ist es, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu befördern. Vier **Grundprinzipien** bestimmen das Selbstverständnis und das Handeln der ILO:

- Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen
- Beseitigung von Zwangsarbeit
- Abschaffung von Kinderarbeit
- Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Diese Grundprinzipien wurden in acht Übereinkommen konkret ausgestaltet. Diese werden auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet. Alle 187 Mitgliedstaaten der ILO verpflichten sich diese Abkommen zu befolgen:

- 1930** wurde beschlossen, dass Mitgliedstaaten **Zwangsarbeit möglichst bald beseitigen** müssen (Übereinkommen 29 sowie ein Protokoll dazu von 2014).
- 1948** wurde die **Vereinigungsfreiheit und der Schutz des Vereinigungsrechtes** beschlossen (Übereinkommen 87). Sowohl Arbeitnehmer_innen als auch Arbeitgeber_innen dürfen sich in Organisationen zusammenschließen. So haben Arbeitnehmer_innen das Recht einer Gewerkschaft beizutreten.
- 1949** wurden das **Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen** beschlossen (Übereinkommen 98). Arbeitnehmer_innen darf nicht aufgrund einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gekündigt werden und Gewerkschaften haben das Recht Tarifverhandlungen mit Arbeitgebern zu führen.
- 1951** wurde beschlossen, dass **Männer und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit** bekommen müssen (Übereinkommen 100).
- 1957** wurde die **Abschaffung der Zwangsarbeit** beschlossen (Übereinkommen 105).
- 1958** wurde beschlossen **gegen Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf** wegen Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler oder sozialer Herkunft vorzugehen (Übereinkommen 111).
- 1973** wurde beschlossen, dass die Mitgliedstaaten ein **Mindestalter für die Aufnahme einer Arbeit** festlegen müssen, das nicht unter dem Alter liegen darf, in dem die Schulpflicht endet und auf keinen Fall unter 15 Jahren liegt. Damit soll die tatsächliche Abschaffung der Kinderarbeit sichergestellt werden (Übereinkommen 138).
- 1999** wurden schließlich das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur **Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit** verabschiedet (Übereinkommen 182).

1952 verabschiedete die ILO ein Übereinkommen über soziale Sicherheit, das die Einrichtung von Sozialversicherungssystemen in den Mitgliedsstaaten vorsieht (Übereinkommen 102). Dieses Abkommen wurde 2012 durch eine Empfehlung über sozialen Basisschutz auf nationaler Ebene ergänzt (Empfehlung 202). Die Empfehlung und das Übereinkommen sind aber nicht Teil der Kernarbeitsnormen. Damit sind etwa eine **Mindestarbeitslosenversicherung oder Existenzsicherung nicht in den Kernarbeitsnormen** enthalten.

Auch im **Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN)** gibt es Initiativen zum Schutz der Menschenrechte im Bereich der Wirtschaft. 2011 hat der Menschenrechtsrat die **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** verabschiedet. Sie wurden unter der Leitung des UNO-Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, erarbeitet und werden auch »Ruggie-Prinzipien« genannt. Die Leitprinzipien sind in drei Säulen eingeteilt:

- Die Verpflichtung des Staates, Menschenrechte zu schützen,
- die Verantwortung von Unternehmen, diese Menschenrechte zu achten und
- die Möglichkeit, vor Gericht gegen wirtschaftsbezogene Menschenrechtsverletzungen zu klagen.

Die Leitprinzipien sind kein völkerrechtlicher Vertrag, aber viele Staaten entwickeln »nationale Aktionspläne«, mit denen sie umgesetzt werden sollen. Trotzdem bleiben sie rechtlich letztlich unverbindlich.

2013 haben auf Initiative Ecuadors 85 Länder den UN-Menschenrechtsrat aufgefordert, einen **Prozess zur Ausarbeitung eines verbindlichen Vertrages zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty)** zu starten. 2014 wurde dieser Prozess im Menschenrechtsrat mit 20 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 13 Enthaltungen beschlossen. Gegen die Resolution stimmten Deutschland und alle weiteren europäischen Staaten im UN-Menschenrechtsrat, die USA, Japan, Südkorea und Australien. Viele Industriestaaten beteiligen sich seither jedoch nur zögerlich oder gar nicht und üben massive Kritik an dem Prozess. Viele zivilgesellschaftliche Gruppen wiederum befürworten das Abkommen und kritisieren das Verhalten Deutschlands, der EU und weiterer Länder scharf.



Fairer Handel als Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Sammeln Sie gemeinsam Kriterien für menschenwürdige Arbeit und halten Sie diese in Stichworten fest.

2a. Bilden Sie drei Gruppen und teilen Sie die Texte M1 bis M3 unter diesen auf. Besprechen Sie den Text Ihrer Gruppe und sammeln Sie Argumente, die für und die gegen Siegel (oder Zertifikate) sprechen.

2b. Mischen Sie die Gruppen neu, so dass alle drei Texte in jeder Gruppe gleich stark vertreten sind. Tauschen Sie sich über die verschiedenen Texte aus und erstellen Sie gemeinsam eine Pro-und-

Contra-Liste zum Nutzen von Fair-Trade-Siegeln.

3. Organisieren Sie eine Pro-und-Contra-Debatte (siehe Methodenkasten) zur Frage: Sind Fairtrade-Siegel der Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?

4. Wie kann die Einhaltung von internationalen Arbeitsstandards besser verwirklicht werden als derzeit der Fall ist? Entwickeln Sie Forderungen an die Bundesregierung und begründen Sie diese.

5. Recherchieren Sie auf www.siegelklarheit.de jeweils ein Siegel, das Sie für eher sinnvoll halten, und eines, das Sie für wenig sinnvoll halten. Stellen Sie die Siegel vor und begründen Sie ihre Einschätzung.

INFO

Siegel und Zertifikate Als Siegel werden kleine Grafiken auf Produkten bezeichnet, die etwas über das Produkt aussagen sollen. Siegel können unter anderem die Qualität, die Umweltverträglichkeit oder die Einhaltung sozialer Standards bei der Produktion betreffen. Damit ein bestimmtes Siegel für ein Produkt verwendet werden darf ist ein Zertifikat notwendig, das heißt eine Prüfung, ob das Produkt bestimmten Standards entspricht. Die Vergabe von Siegeln ist nicht gesetzlich geregelt. Siegel werden von unterschiedlichen Initiativen, Verbänden und Unternehmen herausgegeben. Oft ist nicht klar, nach welchen Standards die Produkte bewertet (zertifiziert) werden und wer die Zertifikate vergibt.

PRO-UND-CONTRA-DEBATTE

Da das offene Austragen widerstreitender Meinungen zentraler Bestandteil einer Demokratie ist, gilt es, das Streitgespräch auch im Unterricht zu üben. Die Pro-und-Contra-Debatte eignet sich, um eigene Positionen argumentativ zu vertreten, um gewaltfreie Formen des Streites zu erlernen, um Positionen anderer nachvollziehen zu können und um Kompromisse zu schließen. Diskutiert wird ein (aktueller) politischer Konflikt oder eine politische Frage, welche unterschiedliche, möglichst kontroverse Positionen aufweist.

Vorgehen: Zunächst wird eine Abstimmung durchgeführt, um ein erstes Meinungsbild zu erhalten. Daraufhin werden Gruppen gebildet, welche auf Basis ausgewählter Materialien ihre Positionen und Standpunkte entwickeln, um diese später in der Diskussion zu vertreten. Es wird eine Moderation sowie je ein_e Vertreter_in pro

Interessengruppe gewählt, welche_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Vor der Durchführung ist darauf zu achten, dass das Publikum und die Sprecher_innen sich gegenüber sitzen. Die Moderation eröffnet die Pro-und-Contra-Debatte und stellt die Gruppenvertreter_innen vor. Nachdem jede_r Vertreter_in ein kurzes Eingangsstatement abgegeben hat, folgt die eigentliche Debatte als Austausch von Argumenten und Gegenargumenten.

Anschließend folgt eine Auswertung, in der erfragt wird, welche Argumente am überzeugendsten waren. Zum Abschluss wird eine wiederholte Abstimmung durchgeführt, um zu visualisieren, inwiefern sich Veränderungen im Meinungsbild der Vertreter_innen oder des Publikums ergeben haben, die dann wiederum diskutiert werden können.

M1 Was ist Fairer Handel?

1 Wenn ein Bauer trotz harter körperlicher Arbeit
 . seine Familie nicht ernähren kann, dann liegt das
 . zum Teil auch an ungerechten Welthandelsstruk-
 . turen. Im Fairen Handel sind die Strukturen an-
 . anders: Die Produkte werden zu fairen Bedingungen
 . hergestellt und importiert. Im Mittelpunkt stehen
 . die Produzentinnen und Produzenten, denn: Der
 . Faire Handel ist mehr als Import und Vertrieb
 . von Produkten. Er gibt den Menschen hinter den
 10 Produkten ein Gesicht. Ihre Lebens- und Arbeits-
 . bedingungen zu verbessern ist das Ziel des Fairen
 . Handels.

15 Beim Fairen Handel geht es nicht nur um den
 . Warenhandel, sondern es geht auch darum, auf po-
 . litischer Ebene für mehr Gerechtigkeit einzutreten.
 . Zwar ist der Faire Handel nicht die Lösung für alle
 . Probleme dieser Welt, aber er bietet benachteilig-
 . ten Produzenten eine Möglichkeit, ihre Produkte
 . unter fairen Bedingungen zu vermarkten.

20 In vielen Bereichen hat der Faire Handel Pi-
 . onierarbeit geleistet und in der Bevölkerung ein
 . Bewusstsein für kritischen Konsum geschaffen.
 . Seit es vielen Menschen nicht mehr egal ist, wie
 . ein Produkt entsteht, achten zunehmend mehr
 25 Firmen auf die Einhaltung von Sozialstandards.

Was ist fair am Fairen Handel?

30 Viele verbinden mit dem Fairen Handel die Zah-
 . lung eines fairen Preises. Damit ist gemeint, dass
 . für bestimmte Produkte ein Fairtrade-Mindest-
 . preis garantiert wird. Für diese Produkte muss
 . er immer gezahlt werden – egal, wie niedrig der
 . Weltmarktpreis liegt. Darüber hinaus wird für vie-
 . le Produkte auch eine Fairtrade-Prämie bezahlt.
 35 Die zu Genossenschaften zusammengeschlossenen
 . Bauern entscheiden selbst, wofür die Fairtrade-
 . Prämie verwendet wird, z. B. für:

- . - Bau von Trinkwasserbrunnen
- . - Bau oder Renovierung von Straßen/Schulen
- 40 - Medizinische Versorgung
- . - Fortbildungen

Mehr als nur ein fairer Preis

45 Der Fairtrade-Mindestpreis ist ein Mindestkri-
 . terium. Fairer Handel heißt aber sehr viel mehr:
 . Es gelten partnerschaftliche Prinzipien wie z. B.
 . langfristige und möglichst direkte Handelsbezie-
 . hungen. Bei Bedarf erhalten die Genossenschaften
 . schon vor der Lieferung eine Anzahlung, die so
 . genannte Vorfinanzierung. Auch die Umstellung
 50 auf biologische Landwirtschaft wird im Fairen
 . Handel stark gefördert. [...]

55 Außerdem sind im Fairen Handel ausbeute-
 . rische Kinderarbeit und Zwangsarbeit verboten.
 . Angestellte auf Plantagen und in Fabriken erhal-
 . ten eine angemessene Bezahlung und profitieren
 . unter anderem von Schutzkleidung, bezahltem
 . Urlaub und sozialer Vorsorge – alles Dinge, die bei
 . uns selbstverständlich sind. [...]

Wer produziert fair?

60 Alle fair gehandelten Produkte stammen von Pro-
 . duzentengruppen, die den internationalen Fair-
 . Handels-Grundsätzen verpflichtet sind.

65 Die Produzentengruppen sind entweder Ge-
 . nossenschaften oder abhängig Beschäftigte in der
 . Landwirtschaft oder in Fabriken. Bei der Herstel-
 . lung von Kunsthandwerk handelt es sich häufig
 . um Kleingruppen oder Familienbetriebe.

Wer handelt fair?

70 Es gibt Firmen, die nur fair gehandelte Produk-
 . te vertreiben – sie werden auch als 100%-Fair-
 . Händler bezeichnet. Das sind Importfirmen wie
 . die GEPA – The Fair Trade Company, EL PU-
 75 ENTE, dwp oder BanaFair [...].

Es gibt auch Importfirmen, die nur einzelne
 . Produkte ihres Sortiments fair handeln. Als Trans-
 . Fair-Lizenznehmer dürfen sie dann diese Produk-
 . te mit dem Fairtrade-Siegel kennzeichnen. ■ Quelle:

www.fairtrade.de (Mai 2019).

M2 Kakao

1 Frau Agyei, Sie sind Fairtrade-Kakaobäuerin. [...] Können Sie gut davon leben?

ELIZABETH AGYEI: Nein. Das Geld reicht nicht aus, was vor allem an der starken Inflation und damit an einer Preissteigerung bei vielen Produkten in Ghana liegt. Der Preis für Kakao ist jedoch gleich geblieben. Wenn die Preise für den Kakao nicht auch steigen, müssen wir bald anfangen, etwas anderes anzubauen. Aber woher nehmt ihr in Deutschland dann den Kakao für eure Schokolade? Wir wollen ja gar nicht aufhören, Kakao anzubauen, aber so können wir nicht weitermachen.

15 Frau Sarkwah, Sie haben den Kakaosektor in Ghana analysiert. Warum können Kakaobäuerinnen wie Frau Agyei die Bohnen nicht einfach teurer verkaufen?

SANDRA SARKWAH: In Ghana können die Kakaobauern nicht einfach selbst entscheiden, an wen oder für wie viel Geld sie ihre Bohnen verkaufen. Der Kakaopreis auf dem Weltmarkt ist seit 2016 um fast 40 Prozent gefallen. Die ghanaische Regierung hat den Preis für die Bauern stabil gehalten. Er wird jedes Jahr von der Kakaobehörde festgelegt. Die Bauern haben auf die Preissetzung kaum Einfluss. Momentan sind es 475 Cedi (etwa 80 Euro) für einen Sack Kakao (64 Kilogramm). Darüber hinaus bekommen Kakaobauern, die in einer von Fairtrade zertifizierten Kooperative sind, ein bisschen mehr.

30 Reicht das dann für den Lebensunterhalt?

SARKWAH: Bauern der Kooperative Kuapa Kokoo bekommen pro Sack Kakao acht Cedi (1,40 €) extra. Dabei gehen fünf Cedi direkt an die Bauern und drei Cedi an die jeweilige Kooperative, die das Geld in verschiedene Projekte investiert: für den Bau von Schulen, Sanitäranlagen und Infrastruktur. Zwar ist das ein Schritt in die richtige Richtung, aber dieses Extra reicht nicht aus, um den Lebensunterhalt sicherzustellen.

40 Eine Studie hat kürzlich herausgefunden, dass Kakaobauern-Familien eigentlich 395 US-Dollar bräuchten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Selbst die Fairtrade-Bauern bekommen nur 191 US-Dollar. Das ist ein riesiger Unterschied. Fairtrade müsste also eigentlich fast doppelt so viel bezahlen.

Wer trägt die Verantwortung dafür?

SARKWAH: Ich würde sagen, viele verschiedene Akteure spielen eine Rolle: die ghanaische Regierung, die Schokoladenindustrie und die Konsumenten. Aber so wie die Situation im Moment ist, liegt eine Hauptverantwortung bei den Unternehmen. [...] Gerade gehen die meisten Gewinne an die Unternehmen und an Supermarktketten in den Industriestaaten. Die Bauern bekommen gerade einmal sechs Prozent. Das Problem ist also vor allem eine sehr ungerechte Wertschöpfungskette. Die Unternehmen könnten etwas daran ändern, indem sie mehr für den Kakao bezahlen.

60 Haben die Interesse daran, etwas zu ändern?

SARKWAH: Die Unternehmen reden schon seit Jahren davon, dass sich etwas ändern soll und dass sie Verantwortung übernehmen wollen, aber man sieht bis heute nichts davon. Ohne Regulierungen, die sie auf ihre Versprechen festnageln und zwingen, diese auch einzulösen, wird sich nichts ändern. Es bräuchte Gesetze in den Ländern, in denen Schokolade konsumiert wird, damit die Unternehmen ihre Versprechen einhalten müssen.

Elizabeth Agyei ist Kakaobäuerin aus Asamankese in Ost-Ghana. Sie ist Mitglied bei Kuapa Kokoo, der größten ghanaischen Kakaokooperative mit rund 100 000 Mitgliedern. Sandra Sarkwah arbeitet als Projektkoordinatorin bei der Nichtregierungsorganisation SEND, die sich für die Rechte von Kakaobauern einsetzt. Mit ihnen sprach Vanessa Fischer. ■ Quelle: © Neues Deutschland vom

14.12.2018.

M3 Palmöl

Kann der richtige Konsum Umweltzerstörung, Ausbeutung und Zwangsarbeit verhindern? Unfug, sagt Kathrin Hartmann, Autorin von »Die Grüne Lüge«. Nur die Politik kann das – wenn man sie zwingt. [...]

1 SZ: Frau Hartmann, was ist »die grüne Lüge«?

[...] Es geht bei Greenwashing, also der PR-Methode, ein Unternehmen besonders nachhaltig und umweltfreundlich erscheinen zu lassen, immer darum, das profitable Kerngeschäft zu erhalten. So versichern zum Beispiel Lebensmittelkonzerne wie Unilever, dass ihre Produkte nachhaltiges Palmöl enthalten. Für den Anbau des Palmöls betreiben ihre Lieferanten in Indonesien trotz Nachhaltigkeitssiegel aber Landraub. Sie holzen illegal Regenwald ab und lassen auf den riesigen Plantagen Kinder und moderne Sklaven arbeiten.

15 Was ist der zweite Teil der grünen Lüge?

Uns als Konsumenten wird erzählt, wir könnten an diesen Bedingungen etwas ändern, wenn wir im Supermarkt nur die richtige Wahl treffen würden. Die grüne Lüge verschafft einem einerseits ein gutes Gewissen, gleichzeitig macht sie den Menschen dauernd ein schlechtes Gewissen, weil sie die Verantwortung auf die einzelnen Käufer schiebt. Sie sagt: »Wenn ihr nicht das richtige Produkt kauft, seid ihr schuld.« [...]

25 Unser Konsum hat also nicht so viel Einfluss auf die Produktionsbedingungen, wie immer behauptet wird?

Wir sind Teil einer Gesellschaft, die systematisch auf Kosten anderer lebt. Es gibt heute mehr Sklaven als zur Zeit des Sklavenhandels, auch in Relation zur Gesamtbevölkerung. Palmöl ist das billigste Fett der Welt. Warum? Weil Palmölkonzerne in Indonesien indigenen Völker das Land wegnehmen und illegal Wald niederbrennen können. Also haben die Menschen, die sich nirgends mehr selbst versorgen können, gar keine andere Wahl mehr, als zu miserablen Bedingungen in den Plantagen

zu arbeiten. Diese Verhältnisse findet man auch bei allen anderen pflanzlichen Rohstoffen, die für den Export in den reichen Norden der Welt in riesigen Monokulturen im armen Süden angebaut werden – etwa Soja oder Zuckerrohr. Natürlich kann ich meinen Konsum einschränken und viele tun das erfreulicherweise auch. Aber erstens wird aus einer Ansammlung unterschiedlicher individueller Einkaufsentscheidungen kein großes Ganzes. Es entsteht kein Markteinfluss, der dazu führt, dass Unternehmen von sich aus besser oder weniger produzieren. [...] Und zweitens gibt es große angelegte Konsum-Boykotte extrem selten. [...] Derzeit gibt es eine wachsende Bewegung, die von den Vereinten Nationen ein Abkommen fordert, das Menschenrechten Vorrang vor Konzerninteressen sichert. Konzerne würden dann verpflichtet, bei allen Auslandsgeschäften Menschenrechte zu achten – und wenn sie dagegen verstoßen, können sie dafür verurteilt und bestraft werden. Das sind erste Schritte, wie man das System ändern kann.

60 Im [...] Buch greifen Sie Nachhaltigkeitssiegel an. Warum?

Das Wort »nachhaltig« bedeutet eigentlich nichts, es ist kein geschützter Begriff wie zum Beispiel »bio«. Das staatlich geschützte Biosiegel hat strenge Standards für den Anbau, es wird kontrolliert und Verstöße werden geahndet. Nachhaltigkeitssiegel von Unternehmen sind freiwillige Versprechen, es irgendwie besser zu machen. [...] Wenn diese Firmen wirklich Profit machen würden, wenn sie Dinge ökologisch und sozial gerecht herstellen, warum sollten sie denn etwas anderes tun? [...] Je problematischer ein Produkt und seine Herstellung, desto größer das Bemühen, es mit Nachhaltigkeitssiegeln zu versehen. [...]

Quelle: © Interview von Alexandra Belopolsky mit Kathrin Hartmann, in der *Süddeutschen Zeitung* vom 13.04.2018. Alexandra Belopolsky ist freie Journalistin (www.torial.com/alexandra.belopolsky). Kathrin Hartmann hat 2018 das Buch *Die Grüne Lüge* im Blessing-Verlag veröffentlicht.

Ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M1 und führen Sie in folgenden Schritten eine Machtnetz-Analyse durch:
 - a. Finden Sie gemeinsam einen Namen für den Konflikt und ermitteln Sie die beteiligten Akteure (Länder/Regierungen und gesellschaftliche Organisationen).
 - b. Bilden Sie zu sechs Beteiligten jeweils eine

Kleingruppe. Führen Sie die weiteren Analyseschritte (O-Töne, Interessen, Ressourcen) für Ihr Land oder Ihre gesellschaftliche Gruppe in der Kleingruppe durch und benutzen Sie dabei einen passenden Text aus M2 bis M7.

- c. Tragen Sie die Ergebnisse der Kleingruppen zusammen und vervollständigen Sie gemeinsam die Machtnetz-Analyse.

MACHTNETZ-ANALYSE

Die Machtnetz-Analyse eignet sich zur Visualisierung politischer Konflikte einschließlich der Ressourcen und potenziellen Koalitionen der Beteiligten. Sie kombiniert eine klassische Konfliktanalyse mit der im Bereich der Mediation entwickelten Spinnwebanalyse. Dabei geht es nicht darum eine Lösung des Konfliktes zu erarbeiten, sondern das Konfliktfeld – als Machtfeld – zu verstehen und anschließend eigene politische Positionen dazu zu entwickeln. Die Analyse läuft in folgenden Schritten ab:

Konfliktbezeichnung: In die Mitte eines Plakates oder Blattes wird ein Name für den Konflikt geschrieben. Zum Beispiel: »Vermögenssteuer wieder einführen?« oder »Kohlekraftwerke sofort abschalten?«.

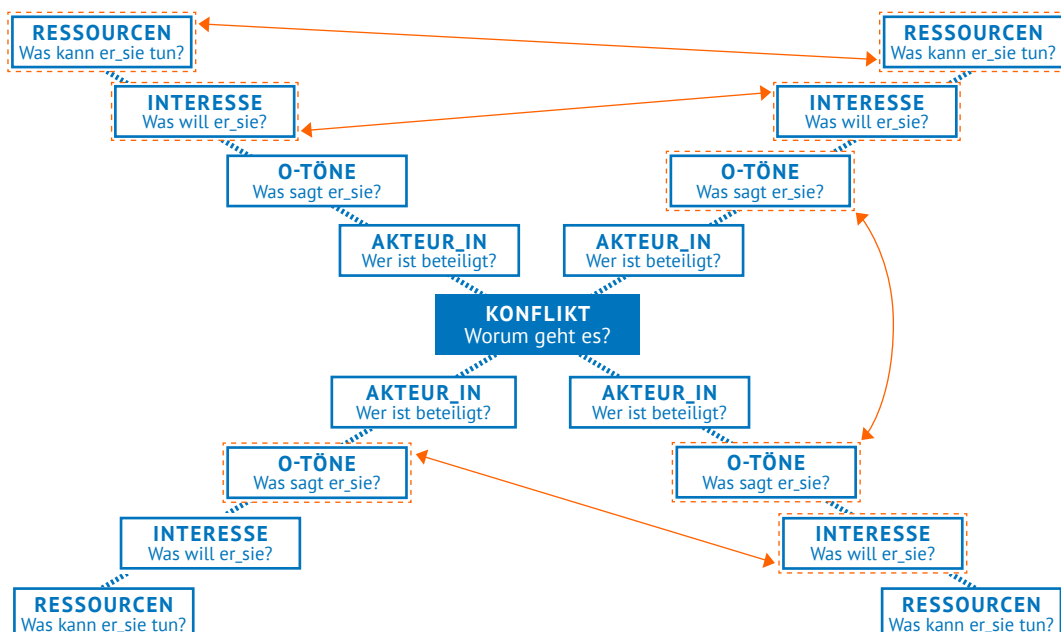
Akteur_innen: Um diesen Kern herum werden zunächst die beteiligten Akteur_innen geschrieben.

O-Töne: Im nächsten Außenkreis wird in Stichworten notiert, was die Beteiligten sagen.

Interessen: Danach wird überlegt, worum es den Beteiligten geht, welche Ziele, Wünsche oder Bedürfnisse vermutlich hinter ihren Aussagen stehen. Diese Interessen werden noch ein Stück weiter außen notiert.

Ressourcen: Ganz außen wird notiert, welche Mittel die Akteur_innen einsetzen können, um ihre Position durchzusetzen. Zum Beispiel: Lobbyismus, Protest oder Gesetze erlassen. Besonders einflussreiche Mittel können dabei hervorgehoben werden.

Macht: Zuletzt werden mögliche Querverbindungen (Netzwerke) eingezeichnet: Welche Akteur_innen sagen ähnliche Dinge, haben ähnliche Interessen und so weiter. Auch hier können einflussreiche Koalitionen mit großen Machtmitteln grafisch hervorgehoben werden.



**M1 Deutschland bremst
bei Menschenrechten**

1 Indigene Völker verlieren beim Bau eines Wasser-
kraftwerkes in Honduras den Zugang zu einem
Fluss, der ihnen Nahrung liefert. In einer Textilfa-
brik in Pakistan sterben bei einem Brand mehr als
250 Menschen, weil die Fluchtwege versperrt sind.
Massai-Dörfer in Kenia werden für ein Geother-
mieprojekt ohne umfassende Konsultation und
ausreichende Entschädigung umgesiedelt. Drei
Beispiele für Projekte, mit denen Menschenrechte
verletzt oder gefährdet wurden. Involviert waren
in allen drei Fällen deutsche Unternehmen – Voith
lieferte für Honduras Turbinen, KIK ließ in Pa-
kistan nähen, die Staatsbank KFW gab in Kenia
Kredit.

15 Bisher ist es Opfern solcher Geschäfte kaum
möglich, die Firmen zur Rechenschaft zu ziehen.
Das soll sich mit einem völkerrechtlichen Vertrag
ändern, der derzeit bei den Vereinten Nationen
verhandelt wird. Ziel ist es, die Menschenrech-
te entlang internationaler Lieferketten gesetzlich
zu schützen. Doch ausgerechnet die Europäische
Union, allen voran Deutschland, bremst bei die-
sem Prozess. Bis zuletzt war unklar, ob sich die
EU-Kommission an der [...] vierten Arbeitsrunde
der UN in Genf beteiligen wird.

Das Abkommen über verbindliche Menschen-
rechtsnormen für Unternehmen wird in einer
»Offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe« ver-
handelt, die der UN-Menschenrechtsrat 2014 auf
Initiative von Ecuador und Südafrika ins Leben
gerufen hat – gegen die Stimmen Deutschlands,
der USA und weiterer Industrieländer.

Im vergangenen Juli legte die Arbeitsgrup-
pe unter ecuadorianischem Vorsitz einen ersten
Entwurf (Zero Draft) für ein Menschenrechtsab-
kommen vor, der nun ab Montag beraten werden
soll. Doch anders als noch in den »Entwurfsele-
menten«, die Vertreter von 110 Staaten auf ihrer
vorangegangenen Tagung im Oktober 2017 dis-
kutierten, ist im Zero Draft nun keine Rede mehr
von einem neuen Internationalen Gerichtshof, vor
dem Betroffene von Menschenrechtsverletzungen
Unternehmen und Staaten verklagen könnten.
Auch harte Sanktionen sind aus dem Dokument
gestrichen. Ergebnis zahlreicher Änderungswün-
sche der EU.

Dennoch geht der Bundesregierung die Vorlage
offenbar noch zu weit. Das Verfahren »ist aktu-
ell mit vielen sachlich begründeten Fragezeichen
versehen. Das betrifft sowohl die Prozessführung

wie auch die inhaltliche Ausrichtung der Debat-
te«, teilte das federführende Außenministerium
auf Anfrage der FR mit. »Vieles deutet daraufhin,
dass die Bundesregierung den Prozess zum Schei-
tern bringen will«, sagt Armin Paasch, Menschen-
rechtsexperte des katholischen Hilfswerks Mise-
reor, das mit weiteren 18 zivilgesellschaftlichen
Organisationen die »Treaty Alliance Deutschland«
bildet, um sich für ein globales Menschenrechts-
abkommen stark zu machen. [...]

Mal wird das Verhandlungsmandat der UN-
Arbeitsgruppe infrage gestellt, mal dem ecuado-
rianischen Vorsitz des Gremiums Parteilichkeit
vorgeworfen. Aktuell stellt die Bundesregierung
nach Informationen der FR einige Vorbedingun-
gen, um sich weiter an den Beratungen zu betei-
ligen. So will sie unter anderem erreichen, dass
Unternehmensverbände stärker in die Konsulta-
tionen einbezogen werden. Die aber haben – wie
NGOs und Gewerkschaften auch – jetzt schon
einen Beraterstatus, allerdings kein Stimmrecht.
Und in der Tat haben die Firmenvertreter ihre Po-
sitionen in den bisherigen Sitzungen auch offensiv
eingebracht.

»Es darf keine Kompromisse geben, wenn es um
den Schutz von Menschenrechten geht«, fordert
Misereor-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel.
Diese müssten auch dann Vorrang haben, »wenn
deutsche Wirtschaftsinteressen im Spiel sind«. Die
Kritik zielt darauf, dass im Entwurf für ein Ab-
kommen – auch auf Druck der Bundesregierung –
von einem Vorrang von Menschenrechten in
Handels- und Investitionsabkommen nichts mehr
zu finden ist. [...]

Bei aller Detailkritik begrüßt die Treaty Alli-
ance Deutschland den vorliegenden Entwurf. Posi-
tiv sei, dass der Zero Draft sich eng an den UN-
Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte
orientiere. So sollen die Vertragsstaaten verpflich-
tet werden, in nationalen Gesetzen die menschen-
rechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen
festzuschreiben – auch bei Auslandsgeschäften.
Das gilt für eigene unternehmerische Tätigkei-
ten, Tochterfirmen sowie Einheiten, die unter der
direkten oder indirekten Kontrolle des Konzerns
stehen oder unmittelbar mit seinen Produkten
und Dienstleistungen verbunden sind. [...]

Quelle:
Tobias Schwab in *Frankfurter Rundschau Online* vom 11.10.2018. © Alle Rechte
vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt.

Wir fordern die EU und ihre Mitgliedsstaaten eindringlich dazu auf, ihre historische Chance zu nutzen, um das UN-Abkommen zu unterstützen und zu zeigen, dass Europa ein Vorreiter für Multilateralismus, Menschenrechte und bei der Einführung von Regeln für globale Handelsgeschäfte sein kann.

[...] Ein verbindliches Abkommen sollte alle international anerkannten Menschenrechte, inklusive der Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften – wie von den internationalen Arbeitsstandards definiert – umfassen, welche im Übrigen auch das nationale wie grenzübergreifende Streikrecht beinhalten.

Ihm sollten alle Unternehmen verpflichtet sein, unabhängig von ihrer Größe, dem Geschäftsfeld, dem betrieblichen Kontext oder der Eigentümerstruktur, damit Verantwortlichkeitslücken vermieden und sämtliche Arten der Arbeitsverhältnisse geregelt werden.

Eine unabhängige und repräsentative Organisation der Arbeit, sozialer Dialog und Tarifverhandlungen sind der beste Weg, um die Rechte der Arbeiter zu schützen und weiter zu stärken. Darum ist es Aufgabe des verbindlichen Abkom-

mens, die Anerkennung fundamentaler Rechte zur Arbeitsorganisation und Tarifverhandlungen zu fördern. [...]

Darüber hinaus sollte es für eine Gesetzgebung sorgen, die Mutterkonzerne transnationaler Unternehmen und deren Hauptsitz zur Grundlage der Rechtsprechung nimmt, wodurch eine Chance auf Gerechtigkeit für Opfer von Menschenrechtsverletzungen geschaffen wird, die für solche Unternehmen arbeiten. [...]

Transnational operierende Konzerne als Wirtschaftsakteure sind häufig aufgeteilt in verschiedene rechtliche Einheiten oder sie agieren innerhalb eines Netzes von verschiedenen Unternehmen, die ihre Geschäftspartner sind und auf die sie verschiedene Einflussmöglichkeiten haben. Das Abkommen kann dabei helfen, die Pflichten der Staaten beim Schutz von Menschenrechten zu klären, insbesondere bezüglich der Zuständigkeitslücken, die sich aus dem Aufbau und der Organisation von transnational agierenden Großunternehmen ergeben können. [...]

Quelle: ETUC Position on a United Nations Treaty on Transnational Corporations. Adopted at the Executive Committee on 25–26 June 2018. Übersetzung ins Deutsche von Attac.

M4 Deutsche Bundesregierung

[...] Gemeinsam mit den europäischen Partnern hat die Bundesregierung im letzten Jahr mehrere Elemente aufgezeigt, die aus ihrer Sicht notwendige Voraussetzungen für eine konstruktive Arbeit der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe sind. So will die Bundesregierung sicherstellen, dass die IGWG konsensuell an der Implementierung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte – den sogenannten Ruggie-Prinzipien – arbeitet und nicht zur Polarisierung des Menschenrechtsrates beiträgt. Des Weiteren hält sie eine breite Einbeziehung aller relevanten Stakeholder – also Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften – für notwendig. [...]

Die mögliche negative Auswirkung auf Akzeptanz und Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte besteht darin, dass der mit ihnen hergestellte internationale Konsens aufricht und durch polarisierende Positionierungen das bisher Erreichte in Frage gestellt wird. [...]

Im Vordergrund steht für die Bundesregierung im Einklang mit den Ruggie-Prinzipien die Frage, wie deutsche Unternehmen dabei unterstützt und

befähigt werden können, ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden und so die menschenrechtliche Lage auch mit Blick auf wirtschaftliche Aktivitäten gemeinsam mit Unternehmen weltweit verbessert werden kann. Der Bundesregierung ebenso wie ihren europäischen Partnern ist es ein wichtiges Anliegen, das Thema im Sinne der Ruggie-Prinzipien durch einen breiten, partnerschaftlichen Ansatz voranzubringen und dabei die Wirtschaft als Partner einzubeziehen. [...]

Ein solch breiter und partnerschaftlicher Ansatz hilft, die Ruggie-Prinzipien wirksam umzusetzen und ist durch seine breite Akzeptanz einem durch die IGWG angestrebten verbindlichen, aber international nicht konsensfähigen Ansatz überlegen. [...]

Vor diesem Hintergrund scheint es fraglich, ob die Diskussion eines aller Voraussicht nach derzeit nicht konsensfähigen verbindlichen internationalen Instruments hilfreich wäre. [...]

Sie [die Bundesregierung] geht davon aus, dass die allermeisten deutschen Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit die Grundsätze der menschen-

· rechtlichen Sorgfalt einhalten und zunehmend
50 entsprechende Prozesse und Verfahrensschritte in
· ihre Managementsysteme integrieren werden. Die
· Verabschiedung und Umsetzung des Nationalen
· Aktionsplans »Umsetzung der VN-Leitlinien

· für Wirtschaft und Menschenrechte« wird diese
55 Entwicklung weiter fördern und von der Bundes-
· regierung begleitet werden. ■ Quelle: Deutscher Bundestag
Drucksache 18/10157.

M5 Europäische Union

1 [...] Leider sind die meisten Vorschläge, die wir
· oder andere vorgetragen haben, um einen kon-
· sensfähigen Weg zu finden, bisher nicht in Erwä-
· gung gezogen worden – inklusive der Vorschläge,
5 eine neue Resolution im UN-Menschenrechtsrat
· zu verabschieden, welche das Mandat für die Er-
· arbeitung eines gesetzlich verpflichtenden Instru-
· ments bestätigt, zugleich aber erlaubt, über den
· besten Weg dahin nachzudenken. [...]

10 Die UN-Leitprinzipien waren und bleiben der
· Ausgangspunkt und Orientierungsrahmen für die
· EU im Bereich der Wirtschaft und der Menschen-
· rechte. Darum stellt ihre weltweite Umsetzung,
· um ihr volles Potenzial zu entfalten, auch weiter-
15 hin unsere Priorität dar. [...]

· Wir sind davon überzeugt, dass der Mehrwert
· eines potenziellen, gesetzlich bindenden Instru-
· ments die Verbesserung der Anerkennung und des
· Schutzes von Menschenrechten sein muss, wäh-
20 rend gleichzeitig faire, globale Wettbewerbsvor-
· aussetzungen für Unternehmen gewahrt werden
· sollten. Aus diesem Grund ist es essentiell, dass
· der Vorschlag eine ausreichend starke Verbindlich-
· keit der UN-Mitgliedsstaaten dazu herstellt. [...]

25 Darüber hinaus ist es wichtig, die Einhaltung der
· vereinbarten Regelungen zu wahren und unnö-
· tige doppelte Anstrengungen zu vermeiden. [...]

· Auf der Grundlage der verschiedenen Überle-
· gungen aus EU-Perspektive sind wir noch nicht
30 an einem Punkt, wo ein offizielles Verhandlungs-
· mandat Sinn macht, um sich in diesem Diskussi-
· onsrahmen zu betätigen. [...]

· Zum Schluss bleibt festzuhalten, dass die EU
· sich dafür einsetzt, einen soliden gesetzlichen
35 Rahmen und dazugehörige Regelwerke zu schaf-
· fen und gleichzeitig auf globaler Ebene mit allen
· Staaten und Interessenvertretern zu arbeiten, um
· einen weitreichenden Fortschritt im Bereich der
· Wirtschaft und Menschenrechte zu erreichen. Wir
· werden uns weiterhin auf der Ebene der Vereinten
40 Nationen oder auf anderen Ebenen engagieren,
· damit der beste Weg gefunden wird, um sicher-
· zustellen, dass jegliche weitere Entwicklung auf
· gesetzlicher Ebene die tatsächlich notwendigen
45 Schritte zur Verhinderung von Menschenrechts-
· verletzungen in Angriff nimmt und falls diese
· doch auftauchen, den Opfern Entschädigungen
· zugänglich gemacht werden. Wir verpflichten
· uns zu einem bedeutungsvollen und konkreten
50 Fortschritt im Bereich von Wirtschaft und Men-
· schenrechten, da dies mit weitreichenderen The-
· men zusammenhängt, wodurch Maßnahmen zur
· Stärkung und zum Schutz von Menschenrechten
· mit anderen globalen Themen verbunden werden:
55 Handel, Investitionen, Umwelt, sozialer Schutz,
· Arbeitsschutz Steuerhinterziehung, Korruption,
· usw. Die Liste ist lang. Um es kurz zu machen:
· wir müssen die Globalisierung kollektiv zügeln.

■ Quelle: UN-Menschenrechtsrat: Open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights 4th session (15–19 October 2018). Opening remarks by the European Union. Übersetzung ins Deutsche von Attac.

M6 Zivilgesellschaft

1 Handels- und Investitionsschutzabkommen er-
· leichtern Unternehmen den Zugang zu Märkten
· und Rohstoffen und schützen Investoreninter-
· essen mit einklagbaren Rechten. Zwar sind die
5 Menschenrechte ein Grundpfeiler des Völker-
· rechts, doch für ihren Schutz bei weltweiten Un-

· ternehmenstätigkeiten gibt es bislang nur freiwil-
· lige Leitprinzipien. Das muss sich ändern, denn
· Menschenrechte brauchen Verbindlichkeit! Mit
10 dem sogenannten »UN-Treaty-Prozess« soll ein
· internationales Menschenrechtsabkommen erar-
· beitet werden, das für die Vertragsparteien ver-

- bindlich ist, klare Regeln für Unternehmen schafft
- und damit den Betroffenen Klagemöglichkeiten
- 15 eröffnet. Seit 2015 verhandelt eine zwischenstaat-
- liche Arbeitsgruppe bei den Vereinten Nationen
- über das künftige Abkommen. Die unterzeich-
- nenden Organisationen erwarten von der Bun-
- desregierung, dass sie sich bei den Verhandlungen
- 20 aktiv für ein Abkommen einsetzt, das:
- - Staaten verpflichtet, die bei ihnen ansässigen
- Unternehmen gesetzlich zur Achtung
- der Menschenrechte zu verpflichten, auch
- in ihren Auslandsgeschäften, Tochterunter-
- 25 nehmen und Lieferketten;
- - Betroffenen effektiven Rechtsschutz
- gewährt, auch im Herkunftsstaat eines
- Unternehmens;
- - regelt, wie Staaten in grenzüberschreitenden
- 30 Fällen zusammenarbeiten, um Unternehmen
- zur Verantwortung zu ziehen;
- - festlegt, dass die Pflichten aus dem UN-
- Menschenrechtsabkommen Vorrang
- vor den Verpflichtungen aus Handels- und
- 35 Investitionsschutzabkommen haben;
- - einen unabhängigen Expert/innenausschuss
- vorsieht, der Staatenberichte zum Umsetz-
- ungsstand des Abkommens entgegennimmt
- und individuelle Beschwerden gegen
- 40 Staaten prüft;
- - einen Prozess zur Schaffung eines internatio-
- nalen Gerichtshofs für Menschenrechte
- anstößt, vor dem Betroffene bei Menschen-
- rechtsverstößen gegen transnationale
- 45 Unternehmen klagen können.

■ Quelle: Positionspapier der Treaty Alliance Deutschland zum UN-Treaty-Prozess zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen, 2017.

M7 Südafrika

- 1 Opfer von Missbrauch und Menschenrechtsver-
- letzungen durch transnational operierende Unter-
- nehmen stehen vor Hindernissen bezüglich ihres
- Zugangs zu effektiven Entschädigungen. Nicht
- 5 zuletzt deshalb gibt es keinen Grund, warum
- allgemeine Regeln und Gesetze internationalen
- Rechts nicht für alle Akteure gelten sollten – für
- Staaten ebenso wie für transnationale Unterneh-
- men und andere Unternehmensformen. [...]
- 10 Der Vertragsprozess darf nicht länger verstan-
- den werden als einer, der sich »gegen die Wirt-
- schaft oder den Handel« richtet. Gegenwärtig
- sieht sich die Welt mit zahlreichen Herausforde-
- rungen konfrontiert, was Armut, Arbeitslosigkeit,
- 15 Lebensmittelunsicherheit und Klimawandel be-
- trifft. Hinsichtlich dessen ist es im Interesse al-
- ler Länder, sicherzustellen, dass Investitionen für
- eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden.
- Global betrachtet zeichnet sich eine neue Genera-
- 20 tion der Investitionspolitik ab, die eine Entwick-
- lungspolitik mit dem Ziel verfolgt, die Rechte
- und Verpflichtungen von Staaten und Investoren
- ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn Menschen-
- rechtsstandards von transnational handelnden Un-
- 25 ternehmen und anderen Unternehmensformen
- weithin akzeptiert werden, profitieren diese davon
- durch größere Planungssicherheit bei ihren Ge-
- schäften und Gewinnen. Darum wird ein globaler
- Standard garantieren, dass ihre Verantwortlich-
- 30 keiten klar und eindeutig sind und faire Wettbe-
- werbsbedingungen festgelegt werden.
- [...] Viele transnational agierende Unterneh-
- men und andere Unternehmensformen behaupt-
- ten, dass sie verantwortungsvoll und konform mit
- 35 den Vorschriften der einheimischen Gesetzgebung
- handeln, wenn sie in ausländischen Zuständig-
- keitsbereichen Handel treiben. Aus diesem Grund
- sollten sie sich nicht gegen das Abkommen stellen,
- sondern es im Gegenteil befürworten – da es nur
- 40 bestätigen wird, was sie tagtäglich umsetzen.
- Es gab in der Vergangenheit verschiedenste
- Anläufe, den Bereich Wirtschaft und Menschen-
- rechte zu regulieren. Allerdings wurden sie als
- unverbindliche, sogenannte »weiche« Gesetze (auf
- 45 Freiwilligkeit basierend) gestaltet, was bedeutet,
- dass sie weder einen gesetzlichen Rahmen bieten,
- der durchsetzbar und einheitlich ist, noch rechtli-
- che Sicherheit und Entschädigungen für die Opfer,
- die Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren
- 50 und sind. Aus unserer Sicht kann diese Lücke nur
- durch gesetzlich bindende Instrumente geschlos-
- sen werden, die für alle gelten und damit den un-
- verbindlichen Rahmenbedingungen mehr Kraft
- verleihen. ■ Quelle: UN-Menschenrechtsrat: Open-ended intergovernmen-
- tal working group on transnational corporations and other business enterprises
- with respect to human rights 4th session (15–19 October 2018). National State-
- ment delivered by South Africa. Übersetzung ins Deutsche von Attac.

M8 Deutsche Präferenz: Profit statt Menschenrechte

1 [...] Neben Ecuador und anderen Staaten ver-
bindet auch die Treaty Alliance, ein weltweites
Bündnis von über 1000 Menschenrechts-, Ent-
wicklungs- und Umweltorganisationen, mit dem
5 geplanten Völkerrechtsabkommen die Hoffnung
auf eine andere internationale Wirtschaftsord-
nung. In ihr sollen Unternehmen auch bei Aus-
landsgeschäften zur Achtung der Menschenrechte
verpflichtet werden, sollen Betroffene von Men-
schenrechtsverletzungen Zugang zu Gerichten in
10 den Heimatländern der Konzerne erhalten. [...] Mutterkonzerne müssten dann auch für Schäden
haften, die ihre Tochterunternehmen oder von
ihnen kontrollierte Unternehmen verursacht ha-
15 ben. Um Hürden für Betroffene beim Zugang zu
Gerichten abzubauen, sollen Gruppenklagen er-
leichtert und soll bei transnationalen Konstellati-
onen die internationale Zusammenarbeit verbessert
werden. Als Durchsetzungsinstrumente werden
20 [...] ein Internationaler Gerichtshof für transnatio-
nale Konzerne und Menschenrechte sowie spezia-
lisierte Kammern bei regionalen Menschenrechts-
gerichtshöfen genannt.
Einige dieser weitreichenden Vorschläge wer-
den in der Endfassung des geplanten Abkommens
25 aller Voraussicht nach nicht mehr enthalten sein.
Schon jetzt sind sie erheblich abgeschwächt wor-
den – auch aufgrund des Drucks aus Deutsch-
land, das den Prozess von Anfang an blockiert
30 hat. Gemeinsam mit 16 weiteren Industrielän-
dern stimmte die Bundesregierung bereits 2014
im Menschenrechtsrat gegen die Einrichtung der
zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe und boykoti-
erte die erste Sitzung im Oktober 2015. [...] Sie
35 rechtfertigt ihre Vorbehalte gegenüber dem Ab-
kommen nicht zuletzt mit ihrem 2016 beschlos-
senen Nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und
Menschenrechten. Umso pikanter ist es, dass der
UN-Sozialausschuss just vor Beginn der Genfer
40 Verhandlungswoche die »ausschließlich freiwillige
Natur der menschenrechtlichen Sorgfaltspflich-

ten« des deutschen Aktionsplans rügte. In diesem
wird lediglich die »Erwartung« geäußert, dass Un-
ternehmen Verfahren zur menschenrechtlichen
Sorgfalt einrichten sollen. Nur für den Fall, dass
45 weniger als die Hälfte der Unternehmen mit über
500 Mitarbeitern ihre menschenrechtlichen Sorg-
faltspflichten bis 2020 umsetzen, erwägt die Bun-
desregierung auch gesetzliche Maßnahmen. [...] Nach dieser Logik könnte man auch auf Gesetze
gegen Diebstahl verzichten, solange mehr als die
Hälfte der Bevölkerung keinen begeht.
Auch das Monitoring der Unternehmen, mit
dem die Bundesregierung ein Konsortium unter
55 Federführung der Unternehmensberatung Ernst
& Young beauftragt hat, weckt Zweifel an der
Ernsthaftigkeit des Unterfangens. So können un-
abhängige Experten die Bewertung der Unterneh-
men nicht überprüfen, denn die Bundesregierung
60 besteht auf strikter Anonymität der repräsentativ
ausgewählten Firmen. [...] Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung –
deutlicher als im Nationalen Aktionsplan – zu-
gesagt, »auf nationaler Ebene gesetzlich tätig« zu
werden, sollte sich das Prinzip der Freiwilligkeit
65 als unzureichend erweisen. Die Bundesregierung
könnte auf dieser Grundlage also durchaus der
Empfehlung des UN-Sozialausschusses folgen und
Unternehmen per Gesetz zur menschenrechtli-
chen Sorgfalt verpflichten. Laut Koalitionsvertrag
70 will sich die Bundesregierung in diesem Fall sogar
»für eine EU-weite Regelung einsetzen«. Läge es
dann nicht im ureigenen Interesse der deutschen
Wirtschaft, über ein völkerrechtliches Abkommen
75 auch Unternehmen außerhalb der EU zur Ach-
tung der Menschenrechte zu verpflichten? Denn
mittelfristig würde das nicht nur den Betroffenen
von Menschenrechtsverletzungen nutzen, sondern
auch jenen Unternehmen, denen soziale Verant-
80 wortung mehr wert ist als das geduldige Papier
freiwilliger Verhaltenskodizes. ■ Quelle: Blätter für deutsche
und internationale Politik 1/2019.

ARBEITSVORSCHLÄGE

2. Lesen Sie M8 und diskutieren Sie die Strategie der Bundesregierung, in Sachen Unternehmen und Menschenrechte auf Freiwilligkeit zu setzen.
3. Recherchieren Sie den aktuellen Stand der Diskussion im UN-Menschenrechtsrat über ein Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte und bewerten Sie diesen in einem Zeitungskommentar.

4. Versetzen Sie sich in die Lage der Treaty-Alliance Deutschland und planen Sie eine Aktion, um auf Ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Überlegen Sie zunächst, was das zentrale Anliegen ist, das bei der Aktion deutlich werden soll. Bilden Sie dann fünf Arbeitsgruppen: Transparent entwerfen, Protestbild (Statue oder Theaterszene), Flugblatt, Pressemitteilung und Social-Media.

Politische Ökonomie der Migration

MODUL



Warum wandern Menschen in andere Länder aus und welche Erfahrungen machen sie dabei?
 Wer lebt mit welchen Aufenthaltspapieren in Deutschland?
 Wer erntet das Obst und Gemüse in Europa?
 Wie hängen Migration und wirtschaftliche Interessen zusammen?

Inhalt

Einführung

II.1 Aktivität: Gründe zu gehen

- M1: Schaubild: Ausländer nach Aufenthaltsstatus in Deutschland
- M2: Initiative von Grundrechtekomitee und Medico International

II.2 Arbeitsblatt: Migrationserfahrungen

- Methode: Wie führe ich ein Interview?
- M1–M8: Erfahrungsberichte von Migrant_innen

II.3 Arbeitsblatt: Fluchtursache Freihandel – Das Tomatenbeispiel

- M1: Karikatur – 8000 Tonnen Fluchtursachen (*Platzmann*)
- M2: Artikel Tomatensauce für Ghana (*Le Monde Diplomatique*)

II.4 Arbeitsblatt: Arbeit in der europäischen Landwirtschaft

- Infotext: Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
- M1: Interview mit dem Ethnologen Gilles Reckinger (*Deutschlandfunk*)
- M2: Artikel zu Erdbeerpflücker_innen in Spanien (*CORRECTIV*)
- M3: Artikel zur Tomatenernte in Italien (*taz*)
- M4: Text zu osteuropäischen Erntehelfer_innen (*Bernd Kramer*)
- M5: Artikel zu osteuropäischen Arbeitskräften in der Geflügelbranche (*Frankfurter Rundschau*)

II.5 Arbeitsblatt: Migrationspolitik und gesellschaftliche Interessen

- M1: Autor_innentext zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz
- Methode: Talkshow
- M2: Stellungnahme Flüchtlingsrat
- M3: Stellungnahme Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- M4: Stellungnahme Verband binationaler Familien
- M5: Stellungnahme Deutscher Gewerkschaftsbund
- M6: Stellungnahme Diakonie Deutschland
- M7: Kommentar zum Fachkräftemangel (*DGB Bundesvorstandes*)
- M8: Kommentar zum Fachkräftemangel (*Süddeutschen Zeitung*).
- M9: Text zu Folgen der Auswanderung aus Osteuropa (*Birgit Garbe-Emden*)
- M10: Interview mit dem Migrationsforscher Fabian Georgi
- Methode: Kugellager

II.6 Arbeitsblatt: Migration in volkswirtschaftlicher Perspektive

- M1: Auszug Memorandum 2016 (*Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*)
- M2: Auszug Jahresgutachten 2016 (*Wirtschaftsweise*)
- M3: Vergleichstabelle
- M4: Artikel zu Kosten der Migration 2016 (*Tagesspiegel*)
- M5: Text zur Aufnahme von Geflüchteten (*Zeitschrift Luxemburg*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autor_innentext

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden



Interviews – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

Die moderne Sklaverei ist zwar überwiegend, aber keineswegs nur außerhalb Europas anzutreffen. Nehmen wir das Beispiel Orangen, deren Saft zu Billigpreisen in jedem Discounter zu haben ist. Schon seit einigen Jahren ist bekannt, dass die Arbeitsbedingungen in den Organanbaugebieten in Brasilien, dem weltweit größten Orangenexporteur, äußerst schlecht sind. Menschen werden dort zu Billiglöhnen eingestellt, nicht wenige von ihnen sind Kinder. Doch auch in Europa werden diese Früchte angebaut. Der Soziologe Gilles Reckinger hat das Buch »Bittere Orangen« über Menschen geschrieben, die Orangen in Süditalien unter Bedingungen anbauen und ernten, die keineswegs den Vorstellungen von normalen Arbeitsbedingungen in Europa entsprechen. »Ein neues Gesicht der Sklaverei in Europa«, so ist das Schlusskapitel von Reckingers Buch überschrieben, das die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen auf den Plantagen beschreibt. Es sind fast ausschließlich Arbeitsmigrant_innen, darunter viele aus den subsaharischen Gebieten Afrikas, die über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind.

Die südlichen Landesteile Italiens und Spaniens werden häufig mit warmen Sonnenstunden, Urlaub und Erholung assoziiert. Dass unweit der Erholungsorte Menschen unter unwürdigen Bedingungen für Dumpinglöhne schwere körperliche Arbeit leisten, ist vielen Touristen nicht bewusst. Auf die Erträge der Felder und Plantagen treffen die europäischen Konsument_innen erst am Ende der Wertschöpfungskette. »Wenn ich in Berlin zum Discounter gehe und die extrem niedrigen Preise für Obst und Gemüse sehe, das tausende Kilometer transportiert wurde, muss ich mich doch fragen, wie das möglich ist und wie viel überhaupt die Produzenten und Arbeiter daran verdient haben. Ich muss mir bewusst werden, dass ich auf Kosten anderer spare«, erklärt der Arbeitsrechtler und Soziologe Aboubakar Soumahoro dazu gegenüber der Frankfurter Rundschau (02.08.2018). »Die Ausgebeuteten müssen sich zusammenschließen«, gleich ob Migrant_innen oder Einheimische, meint Soumahoro, der früher selbst auf den Feldern in Italien arbeitete.

Nicht nur beim Organenbeispiel ist es auffällig, dass viele Migrant_innen in der europäischen und nicht zuletzt deutschen Landwirtschaft arbeiten. Ihnen gegenüber werden zahlreiche Tricks – wie die Bezahlung des Transports zu den Feldern und von unwürdigen Schlafgelegenheiten – angewandt, um Mindestlohnregeln zu umgehen.

Zudem finden sich Praktiken wie das Einbehalten der Papiere, die als Anzeichen moderner Sklaverei gelten. Doch auch jenseits solcher Extremfälle sind Migrant_innen aufgrund ihres jeweiligen rechtlichen Status oftmals (in unterschiedlicher Weise) von besonders ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen betroffen. Sei es, dass Qualifikationen aus den Herkunftsländern nicht anerkannt werden, oder dass das Aufenthaltsrecht an das Arbeitsverhältnis gekoppelt ist. Das heißt nicht, dass alle Migrant_innen mehr oder weniger von moderner Sklaverei betroffen wären, aber das Spektrum ist fließend. Dies zeigt sich schon daran, dass viele der Betroffenen dort, wo sie einmal zu Wort kommen, ihre Situation als »gefühlte Sklaverei« bezeichnen. So äußert sich beispielsweise ein Zimmermädchen aus Südamerika, das in Deutschland arbeitet und für die vorliegenden Bildungsmaterialien interviewt wurde.

Auch die Gründe für Migration sind vielfach ökonomischer Natur. Menschen fliehen vor politischer oder sexueller Verfolgung (wie im Asylrecht anerkannt), sie fliehen vor Kriegen und Bürgerkriegen (als Abschiebehindernis anerkannt) aber sie entschließen sich auch aus Notlagen heraus, ihre Heimat (zeitweise) zu verlassen. Dies gilt etwa für viele legale Arbeitsmigrationen innerhalb der Europäischen Union, aus dem krisengeplagten Südeuropa oder der ehemaligen »zweiten Welt« Osteuropas. Ein bemerkenswertes Wandermotiv ist auch die Zerstörung regionaler Märkte durch die europäische Freihandelspolitik. Pointiert gesagt drängen die subventionierten europäischen Agrarprodukte (Hähnchenteile, Milchpulver, Tomatenmark) Afrikaner_innen zur gefährlichen Überfahrt nach Europa, wo sie dann unter den beschriebenen Bedingungen in der Landwirtschaft ausgebeutet werden.

Manchmal migrieren Menschen aber auch einfach aus Liebe oder aus Neugier auf andere Lebensweisen. Dies weitgehend tun zu können, während andere davon ausgeschlossen sind, ist ein weiteres Privileg, dessen sich Europäer_innen oft nicht bewusst sind. Vor diesem Hintergrund urteilen die vorliegenden Materialien nicht über die Motive von Migrant_innen, sondern lassen sie selbst zu Wort kommen und problematisieren die spezifischen Formen von Ausbeutung, denen viele von ihnen ausgesetzt sind.

Ausgehend davon wird allerdings auch auf die politische Debatte um die Regulierung von Migration eingegangen. Dabei wird an die Erkenntnis der jüngeren Migrationsforschung angeknüpft,

dass die dauernden Versuche Migration zu regulieren stets neue Kompromissbildungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften sind. Zu diesen gehören die Migrant_innen selbst, ebenso wie Organisationen mit unterschiedlichen normativen Orientierungen (etwa Humanismus versus Nationalismus) und schließlich Akteure mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen (etwa an Fachkräften und billigen Hilfskräften oder an guten Arbeitsbedingungen für alle Lohnabhängigen).

In den Debatten um Migration spielt zudem die Frage nach den volkswirtschaftlichen Kosten eine wichtige Rolle, so etwa im sogenannten »Sommer der Migration« 2015. Auch hier lohnt ein genauer Blick auf die ökonomischen Faktoren. In dieser Hinsicht zeigt sich, dass die Frage des Umgangs mit geflüchteten Menschen nicht auf die verbreitete

Frage nach »Inländern und Ausländern« hinausläuft. Vielmehr wirkten die entsprechenden Ausgaben 2015 und 2016 als Stimulierung der Binnenkonjunktur, die von kritischen Ökonomen seit langem gefordert wurde. Mit anderen Worten profitieren vom notwendigen Bau von Wohnungen und anderen Formen sozialer Infrastrukturen nicht nur die Geflüchteten, sondern große Teile der Bevölkerung und die staatlichen Ausgaben refinanzieren sich durch steigende Steuereinnahmen zu einem großen Teil selbst. Das verbleibende politische Moment besteht in der allgemeinen Frage nach der Finanzierung beziehungsweise der Steuerpolitik und die stellt sich weitgehend unabhängig vom Faktor der Migration. ■

Zu den Elementen des Moduls

- Die **Aktivität II.1 (Gründe zu gehen)** thematisiert Gründe für Migration und nicht zuletzt Flucht. Ausgangspunkt ist die Frage, warum die Lernenden ihr Land eventuell verlassen würden. Anschließend werden in einem Rollenspiel Migrationsbiografien angedeutet, die zum Teil realen Personen entsprechen, welche in den Arbeitsblättern II.2 und II.3 vorkommen. Ein Teil der Lernenden entscheidet als fiktive Einwanderungsbehörde, ob die Personen in Deutschland bleiben dürfen. Ausgehend davon wird die tatsächliche rechtliche Situation dieser Menschen anhand eines *Schaubildes - Ausländer nach Aufenthaltsstatus in Deutschland (M1)* thematisiert. Abschließend können die Lernenden zu einem persönlichen Urteil kommen, indem sie sich mit einer *Initiative des Grundrechtskomitees und von Medico International (M2)* auseinandersetzen, die anlässlich von 70 Jahren Grundgesetz eine Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere fordert.
- In **Arbeitsblatt II.2 (Migrationserfahrungen)** berichten *acht Menschen über ihre persönlichen Beweggründe für die Migration nach Deutschland (M1 bis M8)*. Die Texte basieren auf Interviews, die 2018 und 2019 für diese Materialien geführt wurden. Die Interviewpartner_innen haben die anonymisierten Texte jeweils autorisiert. Zu Wort kommen vier Männer zwischen 18 und 65 Jahren aus Eritrea, dem Iran, Syrien und Westafrika sowie vier Frauen zwischen 28 und 59 Jahren aus Spanien, Polen, der Türkei

und dem Irak. Methodisch wird vorgeschlagen, die Interviews arbeitsteilig in Kleingruppen zu erschließen, um dann eine gemeinsame Mindmap zu erstellen. Zentrale Gesichtspunkte sind die Motive für Migration, die Hürden auf dem Weg, die Situation nach der Ankunft und die Zukunftsperspektiven. Abschließend können die Lernenden persönlich Stellung nehmen und politische Forderungen formulieren, die sich für sie aus der Mindmap ergeben. Zudem regt ein *Methodenkasten (Wie führe ich ein Interview?)* dazu an, selbst Interviews mit Bekannten zu führen, die nach Deutschland eingewandert sind.

- Das **Arbeitsblatt II.3 (Fluchtursache Freihandel – das Tomatenbeispiel)** thematisiert den Zusammenhang zwischen der Agrar- und Handelspolitik der EU und der Migration aus Afrika nach Europa. Dazu kann zunächst die Karikatur »8000 Tonnen Fluchtursachen« von Thomas Pläßmann (M1) analysiert werden. Anschließend wird vorgeschlagen, einen Text aus *Le Monde Diplomatique (M2)* zu lesen und seinen Inhalt auf einem Plakat (mit Hilfe von vorgegebenen Bildelementen) zu visualisieren. Der Text schildert den Fall eines Mannes, dessen Produktion von Tomaten in Ghana durch europäische Konserven ruiniert wurde und der nun ohne Papiere als Tomatenpflücker in Italien arbeitet. Abschließend werden die Lernenden angeregt, politische Vorschläge aus den geschilderten Zusammenhängen zu entwickeln und deren Umsetzungschancen zu diskutieren.

- In [Arbeitsblatt II.4 \(Arbeit in der europäischen Landwirtschaft\)](#) wird das Thema der meist migrantischen Arbeitskräfte in europäischen Agarbetrieben fortgesetzt. Die Lerngruppe wird angeregt, sich in die Rolle einer vom EU-Parlament einberufenen Arbeitsgruppe zu versetzen, die einen Bericht zu den Arbeitsbedingungen in europäischen Landwirtschaftsbetrieben verfassen soll. Dazu werden fünf Untergruppen gebildet, die sich mit je einem Artikel befassen und die geschilderten Arbeitsbedingungen auf Verstöße gegen die ILO-Kernarbeitsnormen prüfen. Als Arbeitsgrundlage dienen ein [Infotext zu den ILO-Kernarbeitsnormen](#), ein [Deutschlandfunk-Interview mit dem Ethnologen Gilles Reckinger \(M1\)](#) zu afrikanischen Erntehelfern in Süditalien, ein [Artikel des Recherchezentrums CORRECTIV \(M2\)](#) zur Situation nordafrikanischer Erdbeerpflücker_innen in Spanien, ein [taz-Artikel \(M3\)](#) zur Tomatenernte in Italien, ein [Text des Journalisten Bernd Kramer \(M4\)](#) zu osteuropäischen Erntehelfer_innen in Deutschland sowie schließlich ein [Artikel der Frankfurter Rundschau \(M5\)](#) zu den Arbeitskräften osteuropäischer Subunternehmen in der deutschen Geflügelbranche.
- Das [Arbeitsblatt II.5 \(Migrationspolitik und gesellschaftliche Interessen\)](#) thematisiert die verschiedenen migrationspolitischen Interessen anhand der aktuellen Diskussion um das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das zunächst in einem [Autor_innentext \(M1\)](#) erläutert wird. Anschließend wird vorgeschlagen eine [Talkshow](#) durchzuführen. Zur Vorbereitung stehen Rollenkarten und kurze Stellungnahmen der folgenden Organisationen zur Verfügung: [Flüchtlingsrat \(M2\)](#), [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(M3\)](#), [Verband binationaler Familien \(M4\)](#), [Deutscher Gewerkschaftsbund \(M5\)](#) und [Diakonie Deutschland \(M6\)](#). Im Anschluss an die Talkshow wird vorgeschlagen, die Auswirkungen des geplanten Gesetzes aus der Sicht einer_s Geflüchteten aus dem [Arbeitsblatt II.2 \(Migrationserfahrungen\)](#) zu beurteilen und abschließend persönlich zur Frage Stellung zu nehmen, ob ein allgemeines Einwanderungsgesetz sinnvoller wäre als die Konzentration auf Fachkräfte.
Im zweiten Teil wird die allgemeine Debatte um den Fachkräftemangel genauer in den Blick

genommen. Dazu gibt es einen [Text aus dem Bereich Arbeitsmarktpolitik des DGB Bundesvorstandes \(M7\)](#) und einen [Kommentar aus der Süddeutschen Zeitung \(M8\)](#). Es wird vorgeschlagen, die Informationen aus den Texten paarweise zusammenzutragen und zu diskutieren, welche Vorschläge dazu beitragen könnten, dass Menschen (Migrant_innen und Nicht-Migrant_innen) in Deutschland unter besseren Bedingungen arbeiten können. Zudem werden die Folgen der Abwanderung von Fachkräften in den entsprechenden Ländern in den Blick genommen. Dazu gibt es einen [Text von Birgit Garbe-Emden \(M9\)](#), die an einer entsprechenden Studie zu Osteuropa mitgearbeitet hat.

Abschließend können die bisherigen Ergebnisse in Auseinandersetzung mit einem Interview mit dem Migrationsforscher [Fabian Georgi \(M10\)](#) auf ein theoretisches Niveau gehoben werden. Dazu wird vorgeschlagen mit der [Kugellager-Methode](#) zu arbeiten.

- Das letzte [Arbeitsblatt II.6 \(Migration in volkswirtschaftlicher Perspektive\)](#) wirft einen makroökonomischen Blick auf die Kosten der Aufnahme von Geflüchteten, die infolge des sogenannten »Sommer der Migration« 2015 heiß diskutiert wurden. Als Material stehen Auszüge aus dem [Memorandum 2016 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik \(M1\)](#) und aus dem [Jahresgutachten 2016/17 der sogenannten Wirtschaftsweisen \(M2\)](#) zur Verfügung, die zunächst mit Hilfe einer [Tabelle \(M3\)](#) verglichen werden können. Anschließend wird vorgeschlagen die drei Interessengruppen Gewerkschaft, Arbeitgeber und Flüchtlingsrat zu bilden und aus diesen Rollen heraus eine kurze Stellungnahme zu den beiden Expert_innenpapieren zu verfassen. Danach kann anhand eines [Artikels aus dem Tagesspiegel \(M4\)](#) und wiederum mit Hilfe der [Tabelle \(M3\)](#) die tatsächliche Entwicklung des Jahres 2016 mit den beiden Gutachten verglichen werden. Abschließend wird vorgeschlagen, die bisherigen Erkenntnisse im Zusammenhang mit einem [Text aus der Zeitschrift Luxemburg \(M5\)](#) zu diskutieren, der dafür plädiert, die lokale Aufnahme von Geflüchteten konsequent mit dem Ausbau öffentlicher Infrastrukturen für alle Einwohner_innen einer Kommune zu verknüpfen. ■

Gründe zu gehen

Kurzbeschreibung:

Die Aktivität thematisiert Gründe für Migration und nicht zuletzt Flucht. Ausgangspunkt ist die Frage, warum die Lernenden ihr Land eventuell verlassen würden. Anschließend werden in einem Rollenspiel Migrationsbiografien angedeutet und die Lernenden entscheiden, ob die entsprechenden Personen ihrer Meinung nach in Deutschland bleiben dürfen. Ausgehend davon wird die tatsächliche rechtliche Situation dieser Menschen in Deutschland thematisiert. Abschließend können die Lernenden zu einem persönlichen Urteil kommen.

Zeit:

90 Minuten

Gruppengröße:

12 bis 36 Personen

Material:

Moderationskarten, Stifte, Pinnwand o.ä., Rollenkarten (siehe Requisiten) nach Gruppengröße vorsortiert, Schaubild (mit Projektor oder Kopien zum Verteilen)

Ablauf:

1. Gründe für Migration sammeln

Zum Einstieg wird die Lerngruppe gefragt: »Was wären für Sie Gründe auszuwandern oder zumindest für längere Zeit ins Ausland zu gehen? Denken Sie dabei auch an Länder außerhalb der EU. Nehmen Sie sich zwei bis drei Moderationskarten und schreiben sie jeweils einen Punkt auf die Karte«. Anschließend werden die Moderationskarten an der Wand sortiert (geclustert).

2. Simulation einer Einwanderungsbehörde

Anschließend wird die Gruppe zweigeteilt. In beiden Teilgruppen werden jeweils verschiedene Rollen verteilt (2/3 Migrant_innen und 1/3 Behördenmitarbeiter_innen). Bei einer Gesamtgruppe von 36 Personen wird jeweils ein kompletter Satz der 18 Rollenkarten (siehe Requisiten) an beide Teilgruppen verteilt, bei kleineren Gruppen müssen die Karten/Rollen entsprechend reduziert und auf beide Gruppen aufgeteilt werden. Die Rollenkarten der Migrant_innen werden dabei an Freiwillige verteilt und wer übrig bleibt wird am Ende Behördenmitarbeiter_in.

In beiden Gruppen wird eine Anhörung von Migrant_innen und eine Entscheidung über die Möglichkeit der Anhörung simuliert. An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass dies keinem realen Verfahren entspricht. Es geht darum, in einem fiktiven Szenario über Gründe für Migration und Kriterien für die Möglichkeit der legalen Einwanderung nachzudenken.

Die Migrant_innen stellen sich einzeln vor der Behörde vor und versuchen diese zu überzeugen, ihnen eine Aufenthaltserlaubnis zu geben. Anschließend beraten die Behördenmitarbeiter_innen und begründen kurz ihre Zustimmung oder Ablehnung.

Danach wird die Simulation in der Gesamtgruppe ausgewertet:

- Wie ging es den Beteiligten in ihren Rollen?
- Welche Gründe für Einwanderung wurden vorgebracht?
- Welche Gründe wurden (warum) anerkannt und welche nicht?
- Waren sich die Behördenmitarbeiter_innen immer einig?
- Wurden gleiche Fälle in beiden Teilgruppen unterschiedlich behandelt und woran lag das?

3. Reale Aufenthaltsmöglichkeiten für Migrant_innen in Deutschland

Abschließend wird anhand eines Schaubildes zu den möglichen Aufenthaltstiteln besprochen, welche realen Möglichkeiten des Aufenthalts oder der Einwanderung Migrant_innen in Deutschland derzeit haben.

4. Persönliches Urteil in Sachen Migrationspolitik

Im Nachgang können die Lernenden in Auseinandersetzung mit einer Petition von Medico International und dem Grundrechtskomitee zur Legalisierung von Menschen ohne Papiere ein eigenes Urteil entwickeln und begründen.

REQUISITEN ROLLEN

1. Du hast die Gewalt in deinem Stadtteil der kolumbianischen Hauptstadt Bogota nicht mehr ausgehalten. Verwandte, die schon in Deutschland leben, haben dir den Flug hierher organisiert und du kannst in einem Restaurant arbeiten.

2. Du musstest den Anbau von Tomaten in Ghana aufgeben. Billige Tomaten, die aus der EU importiert wurden, haben dein Geschäft ruiniert. Nun möchtest du in der europäischen Landwirtschaft arbeiten.

3. Du bist zu einem Chemie-Studium aus Marokko nach Deutschland gekommen. Derzeit jobbst du und hoffst nach dem Abschluss des Studiums auf eine Arbeit in der deutschen Chemie-Industrie.

4. Dein Dorf auf den Fidschi-Inseln wurde wegen des Klimawandels überflutet. In deiner Heimat sind viele Menschen ins Landesinnere geflohen und es gibt nicht genug Arbeit für alle. Du möchtest als Hilfsarbeiter_in in einer Fabrik arbeiten.

5. Du bist ausgebildete_r Elektrotechniker_in und hast dich im Iran gegen das politische Regime engagiert. Nachdem du zwei Wochen von der Polizei verhört wurdest bist du nach Deutschland geflohen.

6. In der Türkei kannst du deine Homosexualität nicht offen zeigen und hast die immer strengeren religiösen Regeln nicht mehr ausgehalten. Dein Traum wäre in Deutschland wieder als Lehrer_in zu arbeiten. Derzeit jobbst du.

7. Nachdem du in Polen arbeitslos geworden bist, hast du dir eine Stelle als Pfleger_in einer schwerkranken Frau in Deutschland gesucht.

8. Du bist vor dem Bürgerkrieg in Syrien geflohen, nachdem dein Dorf zwischen die Fronten gekommen ist. Du hast Angst, bei der Rückkehr als Verräter_in zu gelten. Wie es weitergehen soll, weißt du noch nicht.

9. Du bist vor dem zeitlich unbegrenzten Militärdienst in Eritrea geflohen. Als anerkannter Flüchtling konntest du eine Lehre als Maler_in machen und möchtest jetzt dauerhaft in Deutschland bleiben.

10. Du hast dich in Moskau in eine_n Deutsche_n verliebt und bist mit einem Visum hierhergekommen, das jetzt ausläuft. Heiraten möchtest du jetzt noch nicht. Du hast die Möglichkeit als Übersetzer_in in einem Unternehmen zu arbeiten.

11. In Spanien gibt es aufgrund der Wirtschaftskrise kaum Arbeit für Sozialarbeiter_innen wie dich. Jetzt hast du einen Kindergarten in Deutschland gefunden, der dich als Erzieher_in anstellen würde. Einen Sprachkurs hast du auch schon angefangen.

12. Du bist IT-Expert_in aus Singapur. Europa hat dich schon immer fasziniert und du möchtest in einem Unternehmen arbeiten, das IT-Fachkräfte sucht.

REQUISITEN ROLLEN

Du bist Mitarbeiter_in einer Einwanderungsbehörde. Du hörst dir die Geschichten von Menschen an, die nach Deutschland gekommen sind. Mit deinen Kolleg_innen entscheidest du gemeinsam (und kurz begründet), ob sie bleiben dürfen oder ausreisen müssen.

Du bist Mitarbeiter_in einer Einwanderungsbehörde. Du hörst dir die Geschichten von Menschen an, die nach Deutschland gekommen sind. Mit deinen Kolleg_innen entscheidest du gemeinsam (und kurz begründet), ob sie bleiben dürfen oder ausreisen müssen.

Du bist Mitarbeiter_in einer Einwanderungsbehörde. Du hörst dir die Geschichten von Menschen an, die nach Deutschland gekommen sind. Mit deinen Kolleg_innen entscheidest du gemeinsam (und kurz begründet), ob sie bleiben dürfen oder ausreisen müssen.

Du bist Mitarbeiter_in einer Einwanderungsbehörde. Du hörst dir die Geschichten von Menschen an, die nach Deutschland gekommen sind. Mit deinen Kolleg_innen entscheidest du gemeinsam (und kurz begründet), ob sie bleiben dürfen oder ausreisen müssen.

Du bist Mitarbeiter_in einer Einwanderungsbehörde. Du hörst dir die Geschichten von Menschen an, die nach Deutschland gekommen sind. Mit deinen Kolleg_innen entscheidest du gemeinsam (und kurz begründet), ob sie bleiben dürfen oder ausreisen müssen.

Du bist Mitarbeiter_in einer Einwanderungsbehörde. Du hörst dir die Geschichten von Menschen an, die nach Deutschland gekommen sind. Mit deinen Kolleg_innen entscheidest du gemeinsam (und kurz begründet), ob sie bleiben dürfen oder ausreisen müssen.

M1 Schaubild

Ausländer nach Aufenthaltsstatus in Deutschland		%	Personen	Beispiele / Rollen
AUSREISE- PFLICHT	Frist läuft, Abschiebehaft, »Untergetaucht«	2	180 675	1, 2, 4
	Duldung (Abschiebung nicht möglich)	3	348 605	
LAUFENDES VERFAHREN	Antrag auf Asyl oder auf Aufenthaltserlaubnis gestellt <small>Möglicher Ausgang: (befristete) Aufent- haltserlaubnis oder Ausreisepflicht</small>	5	557 890	10, 12
ZEITLICH BEFRISTETE AUFENT- HALTS- ERLAUBNIS	Arbeit, Studium, sonstiges	5	576 900	3
	Familienzusammenführung	7	800 515	-
	Anerkannte Fluchtgründe	10	1 052 480	5, 6, 8, 9
ZEITLICH UNBEFRISTETE NIEDER- LASSUNGS- ERLAUBNIS	<i>Voraussetzungen:</i> Fünf Jahre legaler Aufent- halt, kein Bezug von Sozialleistungen, nachge- wiesene Deutschkenntnisse	23	2 491 805	-
FREIZÜGIGKEIT NACH EU-RECHT	EU-Bürger_innen können in der gesamten EU einen Wohnsitz und einen Arbeitsplatz suchen	45	4 897 485	7, 11

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 31.12.2018.

M2 Bleiberecht statt Ausgrenzung und Illegalität. Petition zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes

1 In Deutschland leben hunderttausende Menschen
 . – oft über Jahre – in existenzieller Unsicherheit,
 . weil sie entweder lediglich über ein prekäres oder
 . über gar kein Aufenthaltsrecht verfügen. Die-
 5 sen Zustand der existenziellen Unsicherheit und
 . Rechtlosigkeit gilt es zu beenden. Deshalb fordern
 . wir den Deutschen Bundestag/ den Petitionsaus-
 . schuss anlässlich des 70. Jahrestages des Grundge-
 . setzes auf: Allen, die auf Dauer hier leben, ist ein
 10 Bleiberecht zu gewähren.

15 Geduldete und Illegalisierte sind als Studieren-
 . de, Arbeitsuchende oder Geflüchtete eingereist.
 . Ihr Visum ist abgelaufen oder ihr Asylantrag wur-
 . de abgelehnt. Sie leben mitten unter uns, arbeiten
 20 »illegal« im Niedriglohnsektor oder ergänzen mi-
 . nimale Sozialleistungen durch Jobs als Putzkräfte,
 . im Pflege-Bereich, in der Gastronomie und ähnli-
 . ches. Viele werden Opfer von Ausbeutung durch
 . Arbeitgeber_innen und Vermieter_innen. Eine
 25 angemessene medizinische Behandlung ist viel-
 . fach nicht gewährleistet. Nicht nur Erwachsene
 . müssen jederzeit mit einer Abschiebung rechnen,
 . sondern auch Kinder und Jugendliche, die Schu-
 . len besuchen oder eine Ausbildung absolvieren.

30 Alle, die auf Dauer im Land sind, haben jedoch
 . einen Anspruch darauf, ohne Angst vor Abschie-
 . bungen und ohne Unsicherheit hier zu leben, so-
 . wie ihre Rechte als Mieter_innen, Schüler_innen
 . oder Arbeitnehmer_innen einfordern zu können.
 35 Jeder und jede soll die Möglichkeit haben, bei
 . Krankheit einen Arzt aufzusuchen und sich an
 . Polizei und Gerichte zu wenden, wenn sie oder er
 . Opfer einer Straftat geworden ist. Menschen be-
 . dürfen generell des Rechts auf einen Ort, an dem
 40 sie das politische, soziale und kulturelle Leben
 . selbstbestimmt mitbestimmen und an dem sie sich
 . ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen
 . gemäß entfalten können.

45 Zudem gilt: Das Leben in existenzieller Unsi-
 . cherheit und Rechtlosigkeit belastet nicht nur die

50 Betroffenen. Es führt auch zu unterschiedlichen
 . Folgeproblemen für die übrige Gesellschaft. Es
 . ist etwa sehr aufwändig, Menschen beruflich zu
 . integrieren, wenn ihnen jahrelang kein Zugang
 45 zu Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen
 . möglich war. Und wenn Krankheiten chronisch
 . werden, weil sie nicht angemessen behandelt wer-
 . den, sind die Kosten einer späteren Heilung hoch.
 . Es wäre eine Illusion zu glauben, dass all diejeni-
 50 gen, die bislang kein Aufenthaltsrecht erhalten ha-
 . ben, zur freiwilligen Ausreise veranlasst oder ab-
 . geschoben werden könnten. Dagegen eröffnet die
 . Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht,
 . das allen, die hier leben, einen legalen Aufenthalt
 55 und eine langfristige Lebensplanung ermöglicht,
 . eine humane und realistische Perspektive für die
 . Einwanderungspolitik.

60 Das Grundgesetz verpflichtet den Staat dar-
 . auf, die Würde aller Menschen zu achten und zu
 . schützen. Wir nehmen den 70. Jahrestag seines
 . Inkrafttretens zum Anlass, um mit der Forderung
 . nach einem Bleiberecht einen Schritt in Richtung
 . auf eine Politik einzufordern, die diesen Anspruch
 . endlich ernst nimmt.

65 Deshalb fordern wir den Petitionsausschuss auf,
 . auf einen gesetzesinitiativen Beschluss des Deut-
 . schen Bundestages hinzuwirken, der allen, die le-
 . diglich über ein kurzfristiges Bleiberecht verfügen,
 . sowie allen geduldeten und illegalisierten Men-
 70 schen zum Anlass des Jahrestags des Grundgeset-
 . zes am 23. Mai 2019 eine Aufenthaltserlaubnis
 . erteilt, die ihnen erlaubt, eine dem Grundgesetz
 . entsprechende menschenwürdige Existenz in
 . Deutschland aufzubauen. Des Weiteren sollte die
 75 Gesetzesinitiative so ausgestaltet werden, dass al-
 . len Betroffenen die dazu notwendigen staatlichen
 . Unterstützungen bereitgestellt werden. ■ Quelle: Initi-

ative des Grundrechtskomitees und von Medico International: Petition zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes.

ARBEITSVORSCHLAG

1. Lesen Sie M1 und nehmen Sie begründet
 Stellung dazu: Halten Sie die Initiative des
 Grundrechtskomitees und von Medico Interna-
 tional für richtig?

Migrationserfahrungen

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie acht Gruppen und lesen Sie jeweils ein Interview. Klären Sie Verständnisfragen und notieren Sie sich jeweils Stichpunkte zu folgenden Aspekten:
 - Motive für Migration
 - Hürden auf dem Weg
 - Situation nach Ankunft
 - Perspektiven für die Zukunft
2. Erstellen Sie auf Basis Ihrer Gruppenergebnisse anschließend im Plenum eine Mindmap.
3. Nehmen Sie abschließend persönlich Stellung: Welche politischen Forderungen würden Sie mit

Blick auf die in der Mindmap zusammengetragenen Punkte formulieren?

4. Kennen Sie Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind?
 - Erfragen Sie die Bereitschaft der Personen, über ihre Biografie zu sprechen.
 - Lesen Sie den Methodenkasten und holen Sie die Einwilligung der zu interviewenden Personen ein, das Gespräch zur späteren Verschriftlichung aufzeichnen zu dürfen.
 - Führen Sie das Interview durch und schreiben Sie es anschließend auf.

WIE FÜHRE ICH EIN INTERVIEW?

Eine gute Möglichkeit, in Interviews etwas über bestimmte Lebensphasen bzw. die Biografie von Menschen herauszufinden, bietet das narrative Interview. Das Ziel der Auseinandersetzung mit Biografien ist es, das Erlebte der interviewten Person vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Strukturen zu lesen.

Zu Beginn steht bei dieser Form der Interviewführung meist ein Erzählimpuls, der die interviewte Person nach der Begrüßung zu einer möglichst freien Erzählung anregen soll, z. B.:

»Ich interessiere mich für deine Lebensgeschichte. Vor allen Dingen interessiere ich mich für deine Entscheidung, nach Deutschland zu kommen und welche Erlebnisse du auf deinem Weg und bei deiner Ankunft

gemacht hast. Du kannst mir so viel und so detailliert erzählen wie du möchtest, vielleicht werde ich dir zwischendurch noch ein paar Fragen stellen. Aber erst einmal höre ich dir nur zu«.

Wenn die Haupterzählung vorbei ist, können Verständnisfragen oder etwas konkretere Nachfragen gestellt werden, z. B.:

- *Würden Dir dabei Steine in den Weg gelegt, war etwas schwierig daran?*
- *Welchen Herausforderungen musstest du dich stellen?*
- *Wie gestaltest du deinen Alltag?*
- *Wie sieht deine finanzielle Situation aus?*

Am Ende steht meist eine abschließende Frage, zum Beispiel: *Was wünschst du dir für die Zukunft?*

**M1 Ceren, 28 Jahre,
aus der Türkei**

- 1 Ich komme aus der Türkei und bin 28 Jahre alt.
 . Ich bin jetzt seit zwei Jahren in Deutschland. Ich
 . habe in der Türkei einen Universitätsabschluss als
 . Sportlehrerin gemacht und mich dann aufgrund
 5 von Religion, Politik und meiner Zukunft ent-
 . schieden meine Heimat zu verlassen. Ich habe
 . darüber nachgedacht, wo ich gerne leben wür-
 . de. In Deutschland habe ich Familie und ein paar
 . Freunde und ich finde sowohl die Universität als
 10 auch das Leben, die Politik und die Einstellung
 . zur Religion gut. Ob ich islamisch, evangelisch
 . oder was anderes bin ist hier egal. Deswegen bin
 . ich in Deutschland glücklich und möchte weiter
 . hier leben.
- 15 Mit der Kultur hatte ich in der Türkei eigent-
 . lich kein Problem. Hier in Deutschland ist es ganz
 . anders und ich habe mich noch nicht ganz daran
 . gewöhnt. Aber mit der Religion hatte ich in der
 . Türkei ein Problem. Unsere Religion ist der Is-
 20 lam und wenn du homosexuell bist, wird das nicht
 . akzeptiert, in Deutschland ist das legal. Aber das
 . ist nicht der einzige Grund, auch wenn du kein
 . Kopftuch trägst, nicht betest und so weiter, dann
 . bist du anders als die Anderen und hast Nachteile.
 25 Aber ich will keinen religiösen Druck spüren. Ich
 . will so leben wie ich mich fühle. Niemand kann
 . mir sagen: »Warum bist du so? Warum machst du
 . nicht dieses oder jenes?« Das will ich nicht hören!
 . In Deutschland ist das besser. Und die politische
 30 Lage in der Türkei unter Präsident Erdoğan ist
 . auch schwierig. Es ist zwar nicht ganz eine Dikta-
 . tur, es fühlt sich aber so an.
- 35 Trotzdem war die Entscheidung nach Deutsch-
 . land zu gehen schwer für mich, denn ich musste
 . alles verlassen: meine Familie, meine Freunde,
 . meinen Job, meine Wohnung und meine Kultur.
 . Ich muss hier alles neu aufbauen: Neue Freun-
 . de finden, ein neues familiäres Umfeld und die
 . Sprache noch besser lernen. Für die Leute sind
 40 wir Ausländer, die Kultur ist anders und das ganze
 . Leben ist neu. Das Leben hier ist besser als in der
 . Türkei, aber es ist immer noch schwer.
- 45 In meinem Heimatland hatte ich Geld gespart,
 . aber hier habe ich schon alles ausgegeben, es ist
 . teuer für uns hier. Seit eineinhalb Jahren gehe ich
 . in einen Deutschkurs. Nach einem Jahr habe ich
 . einen Nebenjob in Teilzeit in einer Fabrik ange-
 . fangen. Ich arbeite immer noch in Teilzeit, aber
 . das reicht nicht zum Leben in Deutschland, wenn
 50 du nebenbei noch studierst.
- 55 Ich wohne mit anderen Menschen zusammen
 . und wir können uns daher die Miete und die
 . Nebenkosten teilen. Und ich hatte Glück, dass
 . mir zwei Freunde bei der Anmeldung zum Studi-
 . um und bei der Anerkennung meines türkischen
 . Abschlusses geholfen haben. Ich habe mir Sport-
 . lehramt anerkennen lassen und brauche noch ein
 . weiteres Fach. Dafür muss ich noch ungefähr drei
 . Jahre studieren. Der Plan ist, dass ich in Deutsch-
 60 land wieder in meinem Beruf als Lehrerin arbeiten
 . kann.
- 65 Aber Ausländer haben das Problem, dass du als
 . Student_in nicht mehr als 20 Stunden in der Wo-
 . che arbeiten darfst. Du bekommst aber auch kein
 . Geld vom Jobcenter oder BAföG. Du musst dein
 . Geld selbst verdienen, darfst aber nicht so lange
 . arbeiten, dass es reicht.
- 70 Eine Arbeit zu finden war einfach. Ich bin zu
 . einer Zeitarbeitsfirma gegangen, die Arbeit in Fa-
 . brikten vermittelt – Nebenjobs, Teilzeit oder Voll-
 . zeit. Aber natürlich bekommt man dort weniger
 . Geld als normal. Die Zeitarbeitsfirma verdient mit
 . uns ja auch Geld. Ich habe ungefähr sieben Mo-
 . nate für die gearbeitet, das war eine totale Katas-
 75 trophe. An manchen Tagen hast du Arbeit und an
 . anderen keine. Dann habe ich gesagt, ich möchte
 . nicht mehr so arbeiten wie ein Roboter, einen Tag
 . in dieser Fabrik und am nächsten schon woanders.
 . Jetzt habe ich einen Teilzeitjob in einem Restau-
 80 rant gefunden.
- 85 Ich gehe zum Deutschkurs, ich gehe arbeiten
 . und wenn ich Zeit habe gehe ich ins Training
 . zum Fitness oder zum Basketball. Zurzeit ist alles
 . etwas viel, aber nach dem Deutschkurs habe ich
 . wahrscheinlich mehr Zeit als jetzt. Ich habe oft
 . gedacht, ich gehe zurück in die Türkei, ich kann
 . nicht noch mehr Deutsch lernen, ich kann nicht
 . mehr da arbeiten, aber dann habe ich mich verliebt
 . und gedacht für dich bleibe ich hier und dann war
 90 alles viel leichter für mich. Ich will schnell Deutsch
 . lernen, ich will schnell die Ausbildung oder Uni
 . abschließen und arbeiten.
- 95 Solange ich zur Uni gehe, darf ich bis zu zehn
 . Jahre in Deutschland bleiben. Wenn ich die Uni
 . abgeschlossen habe und eine Arbeit finde, darf ich
 . auch in Deutschland bleiben, und nach 5 Jahren
 . kann jeder den deutschen Pass bekommen. Ich
 . will mein weiteres Leben in Deutschland verbrin-
 . gen und arbeiten. Wenn es möglich ist, möchte
 100 ich hier auch heiraten und Kinder kriegen. ■

M2 Yonas, 18 Jahre,
aus Eritrea

1 Ich bin 18 Jahre alt und komme aus Eritrea. Als
 . ich 15 Jahre alt war habe ich mein Heimatland
 . verlassen, weil ich in Eritrea Schwierigkeiten
 . hatte. Ich bin eigentlich bei meiner Großmutter
 5 und meinem Großvater aufgewachsen. Als ich 13
 . Jahre alt war, ist mein Großvater gestorben. Mei-
 . ne Großmutter brauchte Pflege und ich konnte
 . ihr damals nicht helfen, weil ich noch zu klein
 . war. Deswegen haben wir entschieden, zu meiner
 10 Mutter in eine andere Stadt zu gehen. Ich wollte
 . dort meine Schule machen, aber sie haben mir ge-
 . sagt, ich kann nicht in die Schule gehen, ich muss
 . ein Jahr warten. Wenn ich raus gegangen bin, kam
 . die Polizei und hat mich einfach mitgenommen.
 15 Sie haben mich immer nach meinem Ausweis ge-
 . fragt, aber ich hatte den Ausweis einer anderen
 . Stadt und der gilt da nicht. Deswegen bin ich aus
 . Eritrea abgehauen.

. Ich bin mit drei Freunden – zwei Jungs, ein
 20 Mädchen – zu Fuß durch die Sahara in den Su-
 . dan gegangen, das hat fast drei Tage gedauert. Wir
 . mussten ungefähr 700 Euro an jemanden bezah-
 . len, der den Weg kennt. In Khartum, der Haupt-
 . stadt vom Sudan, habe ich fast vier Monate mit
 25 meinen Freunden zusammen in einem Zimmer
 . gelebt und als Putzhilfe gearbeitet. Zum Teil habe
 . ich für meine Arbeit kein Geld bekommen. Oder
 . nach der Arbeit haben Leute auf mich gewartet
 . und haben es mir weggenommen.

30 Danach habe ich mich entschieden nach Libyen
 . zu gehen und von dort aus weiter nach Europa,
 . egal wohin. Ich habe wieder Geld bezahlt. Dann
 . bin ich nach Libyen losgefahren. Wir waren in
 . einem kleinen Toyota ungefähr 30 Leute. Die Sa-
 35 hara in Libyen war das Schlimmste was ich in mei-
 . nem Leben erlebt habe. Ich habe viele Menschen
 . auf dem Weg gesehen, die gestorben sind. Vier
 . Freunde von mir sind gestorben. Wir haben sie
 . einfach in der Wüste begraben. Nach einer Woche
 40 sind wir in Libyen angekommen. Dort musste ich
 . meine Familie anrufen und sagen, sie müssen Geld
 . für mich bezahlen, damit ich freigelassen werde.
 . Als meine Familie das Geld bezahlt hat, haben sie
 . mich freigelassen.

45 Ich wollte in die Hauptstadt von Libyen gehen,
 . nach Tripolis. Aber auf dem Weg wurde ich er-
 . wischt. Ich war dann ungefähr sechs Monate in
 . Libyen im Gefängnis. Das war schrecklich. Viele
 . Leute aus Nordafrika, Somalia, Eritrea, und Äthi-
 50 opien waren dort und viele sind dort verhungert,
 . weil wir nur einmal ein kleines Brot und ein klei-
 . nes Wasser bekommen haben. Ich war fast sechs
 . Monate dort. Dann hat meine Familie noch-
 . mal 2000 Euro bezahlt. Danach haben sie mich
 55 freigelassen.

. Von dort aus bin ich nach Tripolis gefahren und
 . habe einen gesucht, der mich nach Europa brin-
 . gen kann. Ich habe nochmal 2000 Euro bezahlt
 . und bin dann mit dem Schiff mit vielen Leuten
 60 nach Europa, nach Italien, losgefahren. Eine Stun-
 . de vor uns ist auch noch ein Schiff losgefahren
 . mit 650 Leuten. Das andere Schiff ist gekentert
 . und 600 Leute sind gestorben. Wir hatten Glück.
 . Nach zwei Tagen haben die Engländer uns gese-
 65 hen, als wir nach Hilfe gerufen haben und haben
 . uns vom Schiff geholt.

. Wir sind dann in Sizilien angekommen. Ich
 . wollte von Italien aus eigentlich weiter nach Eng-
 . land gehen. Ich habe im Sudan immer gehört, die
 70 deutsche Sprache ist sehr schwer. Deswegen wollte
 . ich nach England, weil Englisch einfach ist. Aber
 . das hat nicht geklappt. Da habe ich mir gedacht,
 . wenn es so schwer ist nach England zu gehen, gehe
 . nach Deutschland. Ich habe eine Tante in Frank-
 75 furt und sie hilft mir auch.

. Aus Mailand bin ich mit dem Zug losgefah-
 . ren. Aber in Österreich wurde ich erwischt. Ich
 . war dort eine Woche im Gefängnis, weil ich keine
 . Papiere hatte. Ich habe gedacht, Gefängnisse in
 80 Europa sind besser, aber es war auch in Österreich
 . echt scheiße. Ungefähr nach einer Woche haben
 . sie mich freigelassen. Einfach so: »Geh raus!« Ich
 . kannte niemanden, deswegen bin ich einfach los-
 . gelaufen. Nach ein paar Stunden bin ich in einen
 85 Bahnhof gegangen und habe Leute auf Englisch
 . gefragt, wie ich nach Deutschland komme. Kei-
 . ner hat mir geantwortet. Am Ende habe ich einen
 . netten Mann gefunden, der mir gesagt hat, wie ich
 . nach Deutschland kommen kann.

90 Ich bin dann direkt nach Deutschland gefahren.
 . In Bayern wurde ich wieder erwischt. Ich konnte
 . meine Tante kontaktieren, die mir gesagt hat, ich
 . soll nach Frankfurt kommen und dass sie mir hel-
 . fen wird. Dort habe ich einen Asylantrag gestellt
 95 und der wurde bewilligt. Ich habe eine Aufent-
 . haltserlaubnis für drei Jahre bekommen.

. Ich liebe es in Frankfurt. Ich bin jetzt dreiein-
 . halb Jahre hier. Ich gehe in die Schule und ma-
 . che im Mai 2019 meinen Hauptschulabschluss.
 100 Danach will ich eine Ausbildung als Handwer-
 . ker machen: Automechaniker, Elektriker oder so.
 . Vielleicht werde ich auch Fußballer – das hoffe ich
 . zumindest ☺. Ich hoffe, dass ich nach meiner Aus-
 . bildung eine feste Arbeit bekomme. Ich würde
 105 auch gerne Abitur machen, wenn ich mit der Aus-
 . bildung fertig bin.

. Nach Eritrea kann ich nicht und will ich auch
 . nicht mehr. ■

**M3 Maria, 28 Jahre,
aus Spanien**

- 1 Ich bin 28 Jahre alt und komme aus Madrid. Ich
 . habe in Spanien eine Ausbildung zur Erzieherin
 . gemacht. Danach habe ich an der Universität
 . Sozialpädagogik studiert. Bei einem Bachelor-
 5 Studium musst du ein dreimonatiges Praktikum
 . machen und in meinem letzten Jahr hatte ich die
 . Möglichkeit, dieses Praktikum in Deutschland in
 . einer Wohngruppe für Jugendliche zu machen.
 . Ich dachte mir, in Spanien musst du in deinem
 10 dreimonatigen Praktikum 40 Stunden pro Woche
 . ohne Bezahlung arbeiten. In Deutschland wurden
 . mir 450 Euro pro Monat, eine Wohnung und die
 . Möglichkeit ein Auto zu benutzen angeboten.
 . Ich war unsicher wegen der Sprache, aber ich
 15 dachte mir: Alle können Englisch verstehen und
 . es sind nur drei Monate – du schaffst das! Dann
 . bin ich nach Deutschland gekommen und dort
 . war vieles anders als es mir erzählt wurde. Es gab
 . weniger Lohn, 400 oder 350 Euro, daran erinnere
 20 ich mich nicht mehr genau. Das Auto musste ich
 . teilen und die Wohnung war in einem Dorf. In
 . der Wohngruppe, in der ich gearbeitet habe, gab es
 . nur zwei Jugendliche, die Englisch konnten, aber
 . die wollten gar kein Englisch mit mir reden. Am
 25 Anfang konnte ich bei der Arbeit mit niemandem
 . richtig reden, obwohl ich manchmal auch alleine
 . war. Wirklich pädagogische Arbeit war das nicht.
 . Nach diesen drei Monaten Praktikum war ich
 . mit der Uni fertig und sie haben mir angeboten zu
 30 bleiben, um weiter dort zu arbeiten. Ich dachte,
 . ok, jetzt bin ich schon dran. Ich hatte angefangen
 . Deutsch zu lernen und wollte bleiben. Im ersten
 . Jahr sollte ich 1000 Euro brutto pro Monat be-
 . kommen und danach wie eine normale Mitarbei-
 35 terin verdienen. Meine Kolleg_innen verdienten
 . 2600 Euro netto, von meinen 1000 Euro blieben
 . netto 850 € oder so. Obwohl ich ein abgeschlos-
 . senes Studium, eine abgeschlossene Ausbildung
 . und die drei Monate Praxis hatte fand ich das ok,
 40 weil ich noch nicht so gut Deutsch konnte.
 . Nach diesem Jahr fühlte ich mich sicher und
 . wohl und die Arbeit hat mir gefallen. Ich werde nie
 . so gut Deutsch sprechen wie meine Muttersprache,
 . aber für die Arbeit hat es gereicht. Ich habe telefo-
 45 niert, Dokumente geschrieben und so weiter. Aber
 . mein Chef wollte mir nicht mehr das gleiche Geld
 . zahlen wie meinen Kolleg_innen, er hat mir nur
 . 200 Euro mehr angeboten. Ich fühlte mich damit
 . nicht wohl, aber ich war auch noch zu unsicher,
 50 um mir eine andere Arbeit zu suchen. Außerdem
 . hat mir die Arbeit mit den Leuten und den Kin-
 . dern Spaß gemacht. Deshalb bin ich geblieben.
 . Dann hatten ein paar meiner Kollegen Proble-
 . me mit meinem Chef, viele haben gekündigt oder
 55 ihnen wurde gekündigt. Da kam mein Chef eines
 . Tages zu mir und hat gesagt, er habe kein Problem
 . mit meiner Arbeit, aber ein persönliches Problem
 . mit mir, weil ich noch mit diesen Leuten befreun-
 . det bin. Er hat mich vor die Wahl gestellt: Deine
 60 Freunde oder deine Arbeit! Ich habe gesagt: »Naja,
 . ich habe drei Monate Kündigungsfrist, und wenn
 . du mir das jetzt sagst, nehme ich das wie eine
 . Kündigung und in drei Monaten gehe ich.« Er war
 . richtig sauer auf mich. Das mit den drei Monaten
 65 musste er akzeptieren, aber er hat er mir Haus-
 . und Arbeitsverbot gegeben. Ich durfte mich von
 . den Jugendlichen nicht mehr verabschieden. Ich
 . fand das richtig krass, aber so hatte ich drei Mona-
 . te Zeit mir eine neue Arbeit zu suchen.
 70 Ich habe Bewerbungen geschrieben. Dann war
 . ich bei einem Bewerbungsgespräch und ich wurde
 . immer wieder gefragt, ob ich die Anerkennung
 . meines Studiums habe. Ich wusste nicht was sie
 . meinen, weil ich in Europa studiert und einen Ba-
 75 chelor gemacht habe. Ich dachte, natürlich habe
 . ich die Anerkennung. In Spanien habe ich vier
 . Jahre Sozialpädagogik studiert und in Deutschland
 . studierst du den gleichen Studiengang in drei Jah-
 . ren. Aber ich muss mir mein Studium hier noch
 80 anerkennen lassen, sonst kann ich keine richtige
 . Sozialarbeit machen, was ich eigentlich möchte.
 . Aber ich hatte noch die Möglichkeit in einem
 . Kinderhort zu arbeiten und dort läuft jetzt alles
 . gut. Ich bin beim Staat angestellt und sie bezahlen
 85 mich wie die Anderen.
 . Es macht mir richtig viel Stress als Pädagogin
 . auf Deutsch zu arbeiten. Du musst alles verste-
 . hen und die Papiere richtig ausfüllen. Ich schäme
 . mich auch, wenn ich zum Beispiel im Hort mit
 90 den Eltern reden muss und manchmal nicht die
 . richtigen Wörter finde. Ich spreche noch wie mit
 . Freunden und kein Hochdeutsch. Aber es ist auch
 . sehr schwierig, wenn du den ganzen Tag Deutsch
 . sprechen musst: auf der Arbeit, zu Hause, beim
 95 Feiern oder Einkaufen – es ist immer Deutsch.
 . Und dann soll ich noch mehr Deutsch lernen? Das
 . ist sehr anstrengend.
 . Ich bin nach Deutschland gegangen, weil ich
 . noch mehr Erfahrung im Ausland machen wollte.
 100 Als ich hergekommen bin, dachte ich, es wäre nur
 . für drei Monate und danach dachte ich maximal ein
 . Jahr. Und jetzt bin ich schon drei Jahre hier. In der
 . Zukunft sehe ich mich erst einmal weiter im Kin-
 . derhort. Aber ich wünsche mir eine Arbeit, wo ich
 105 als Sozialpädagogin arbeiten kann. Und ich wün-
 . sche mir, dass ich perfekt Deutsch reden kann. ■

M4 Yussuf, 45 Jahre,
aus Syrien

- 1 Ich komme aus Syrien und bin im Sommer 2017
nach Deutschland gekommen. Ich habe in Da-
maskus gewohnt und um 2012 hat die Revolution
dort meine Straße verschlungen. Die Menschen
dort waren zuerst sehr glücklich, bis dann das As-
sad-Regime meine Straße in zwei Hälften geteilt
hat – eine Hälfte gehörte zur Revolution und die
andere Hälfte zum Regime. Mein Haus war leider
in der Hälfte des Assad-Regimes.
- 10 Sie wussten, dass ich Anhänger der Revolution
war und auch alle meine Freunde, Familie und
Bekanntes. In der Hälfte des Regimes herrschten
schlimme Zustände. Die Menschen dort hatten
keine medizinische Versorgung, keine Nahrung
und keine vernünftige Kleidung für den Winter.
- 15 Meine Familie musste immer viel Geld an das Re-
gime bezahlen, damit sie uns in Ruhe lassen. So-
lange das Geld floss, gab es auch keine Probleme.
Irgendwann wurde ich verhaftet. Ich war dann 38
Tage im Gefängnis, bis mein Bruder mich für viel
Geld dort rausgeholt hat. Danach meinte er, ich
müsse fliehen. Und das tat ich dann auch.
- Meine Reise hierher war sehr anstrengend und
gefährlich. Im September 2015 bin ich nachts an
der türkischen Grenze angekommen. Mit vielen
anderen Leuten aus meinem Land habe ich auf die
Einreise in die Türkei gewartet. In Izmir habe ich
mit vielen anderen auf die Überfahrt mit einem
kleinen Boot nach Griechenland gewartet. Eines
Nachts mit 35 anderen Leuten in einem kleinen
Boot sind wir dann von der Türkei aus mehrere
Stunden lang nach Kos unterwegs gewesen. Dort
harrten wir ein paar Tage aus, bis wir zur Grenze
nach Mazedonien gebracht wurden.
- 35 Erst zu Fuß und dann mit dem Zug ging es wei-
ter nach Serbien. In einer Kleinstadt in Grenznähe
zu Kroatien haben uns die Einheimischen etwas
zu essen und Kleidung gegeben. Als wir in Kro-
atien ankamen, waren wir in einem sehr großen
Camp eingesperrt. Ich schätze, dort waren rund
eine Million Menschen. Dort gab es eine Men-
ge an Problemen zwischen den Flüchtlingen. Wir
harrten dort mehrere Tage aus, bis wir mit dem
Bus weiter nach Bulgarien gefahren sind.
- 45 Mit dem Zug sind wir dann nach Österreich
und später nach Bayern gefahren. Ich und andere
sind dann mit dem Bus nach Offenbach gebracht
worden. In Offenbach war ich drei Monate lang
in einem Camp mit ganz vielen anderen Leuten
untergebracht. Dort haben wir auch noch keinen
Sprachkurs oder ähnliches gemacht. Als ich nach
Frankfurt gekommen bin, war ich in einer Ge-
meinschaftsunterkunft untergebracht. Verschiede-
ne Leute lernte ich dort kennen.
- 55 Ich habe dann direkt einen Asylantrag gestellt.
Das Verfahren läuft noch, es scheint so, als sei
damit soweit alles in Ordnung. Ich habe meine
Anerkennung bekommen und hoffe, dass ich in
Zukunft keine Schwierigkeiten mit Papieren oder
sonstigem bekomme. Es gab auch eine Gruppe die
sich vorgenommen hatte, Flüchtlingen wie mir zu
helfen. Sie haben sehr viel für uns gemacht!
- Anfangs hatte ich hier aber auch noch Probleme,
da ich öfters nach meinen Papieren gefragt wurde.
- 65 Ich musste ihnen leider immer wieder erklären,
dass ich keine Papiere besitze, da ich aus Syrien
schnell flüchten musste, da ich dort ja Probleme
mit dem Assad-Regime hatte. Um meine Familie
zu schützen, musste ich schnell gehen. Sie haben
oft mit Vorurteilen und Unverständnis reagiert, da
sie nicht verstehen konnten, wie man ohne Papie-
re los reisen kann. Aber es ging meinerseits nicht
anders.
- In Syrien habe ich studiert und ein Diplom be-
kommen. Aber das wird hier nicht anerkannt, da
ich keine Papiere dabei habe. Ich arbeite zurzeit
bei einer Leihfirma, die mich wiederum zu einer
anderen Firma geschickt hat. Mir wurde auch eine
feste Stelle bei denen angeboten, das dauert aber
noch maximal ein Jahr.
- 80 Ich arbeite an einer großen Anlage. Also prak-
tisch ist das mein alter Beruf, nur leider schlechter
bezahlt und unter schlechteren Bedingungen und
nicht so anspruchsvoll. Wäre meine Ausbildung
anerkannt, so könnte ich ganz normal wieder in
meinem alten Beruf arbeiten, auf der gleichen, an-
spruchsvolleren Ebene.
- Wie es genau weiter gehen wird, kann ich leider
nicht sagen. Dafür habe ich auch schon zu viele
negative Beispiele gehört von anderen Freunden.
Da will man gar nicht genauer über seine eigene
Zukunft nachdenken. Man wird hier in diesem
Land direkt als Ausländer identifiziert und hat so-
mit nicht die gleichen Chancen wie andere. Aber
trotzdem werde ich weiterhin hierbleiben, da ich
noch keine andere Lösung für mich sehe.
- 95 An den Wochenenden habe ich viel zu tun. Ich
treffe mich auch sehr häufig mit meinen Freunden.
Ich helfe manchmal auch der Gruppe, die mir an-
fangs sehr geholfen hat. Dort wird meine Arbeit
sehr geschätzt. ■

**M5 Irena, 59 Jahre,
aus Polen**

- 1 Ich bin vor 14 Jahren nach Deutschland gekommen,
nachdem ich meine Arbeit in Polen verloren habe.
Es war für mich und meine Familie eine schwierige
Situation, da es dort, wo ich in Polen lebe, beson-
5 ders für Frauen schwierig ist Arbeit zu finden.
Ich habe meine Cousine aus Nürnberg angeru-
fen, die mir dann erzählte, dass es für Frauen wie
mich die Möglichkeit gibt nach Deutschland zu
kommen, um ältere Menschen Vollzeit zu pflegen.
10 Das war für mich zwar eine Herausforderung, aber
ich mag Veränderungen und bin dazu ungerne
arbeitslos. Nach meiner Recherche habe ich dann
auch die richtige Anlaufstelle gefunden, habe dort
angerufen und mit der Familie, in der ich arbeiten
15 sollte, persönlich Kontakt gehabt. Dann bin ich
kurzerhand nach Deutschland gekommen.
Mit Papieren hatte ich keine Probleme, weil
Polen 2004 Mitglied in der EU wurde. Allerdings
war es zu Anfang, als Polen noch nicht Mitglied
20 in der Schengen-Zone war, schwierig nach Hau-
se zu fahren oder andersherum meine Familie zu
Besuch kommen zu lassen. Heute ist das alles kein
Problem mehr.
Anfangs hatte ich ziemliche Schwierigkeiten
25 mit der Sprache, obwohl ich Deutsch schon in der
Schule gelernt habe – aber das war vor 40 Jahren.
Dennoch war es anfangs ziemlich schwierig, mit
Sprachbarrieren und in einem neuen Berufsfeld
in einer Familie zurechtzukommen. Doch die Fa-
30 milie hat mich sehr gut aufgenommen. Es war für
mich auch von Anfang an klar, dass ich die deut-
sche Sprache wieder erlernen muss, damit ich mit
meinen Mitmenschen kommunizieren kann. Das
ist der Grundbaustein, um sich in einem neuen
35 Land zurechtzufinden.
Nach einem Jahr Probezeit hat sich die Familie
dann entschlossen mich fest einzustellen. Danach
haben sie mich fest auf Midi-Job-Basis angemeldet
und mir einen Vertrag geben. Seitdem arbeite ich
40 jeden Tag für sie und habe wenig Freizeit. Aber
das ist in Ordnung für mich, da ich mir meine rei-
ne Arbeitszeit flexibel einteilen kann. Also wenn
ich mal dringend nach Hause muss oder sonst was
zu erledigen habe, ist das immer flexibel durch-
45 führbar. Außerdem kann meine Familie auch je-
derzeit hierherkommen. Sie sind immer herzlich
willkommen. Das ist mir sehr wichtig und gefällt
mir gut! Ich fühle mich hier wie zuhause, ganz
ohne Druck und Stress. In anderen Familien wäre
50 das nicht so möglich, so wie ich das von anderen
Kolleginnen gehört habe.
Viele Kolleginnen berichten mir immer wieder
von Familien, die sehr strikte Regeln haben, die
sie auf jeden Fall einhalten müssen. Sie können
55 nicht flexibel entscheiden, wann sie zum Beispiel
ihre Pause machen – wenn sie überhaupt eine ma-
chen können. Viele von ihnen müssen wirklich
ohne Ausnahme jede Minute des Tages mit der
Patientin verbringen. Natürlich plagen viele von
60 ihnen auch psychische Probleme, da sie nie ab-
schalten können. Vor allem mit Demenzkranken
zu arbeiten ist schon eine Belastung an sich, und
das jeden Tag ohne wirkliche Pause zu machen,
macht langfristig selber krank. Ich hatte also Glück
65 mit der Familie.
Mein Arbeitsalltag hier läuft meistens gleich ab.
Nach dem Aufstehen bereite ich meine Patientin
für den Tag vor – also Zähne putzen, Windeln
wechseln und anziehen. Danach mache ich Früh-
70 stück und koche Kaffee für sie. Von Montag bis
Freitag kommt auch immer noch ein ambulanter
Pflegedienst dazu, und am Wochenende mache
ich das dann alleine.
Wenn das morgendliche Programm vorbei ist,
75 fange ich dann an den Haushalt zu machen. Zwi-
schendurch habe ich natürlich immer noch ein
Auge auf meine Patientin, da sie in vielen Dingen
auf meine Hilfe angewiesen ist. Zum Mittag hin
koche ich dann etwas für sie und danach kann
80 ich Pause machen und komme zum Nachmittag
wieder und bereite alles für das Kaffeetrinken vor.
In der Nacht ist es ziemlich unterschiedlich. Sie
hustet sehr oft, weswegen ich aufstehen muss und
auch manchmal saugen muss, denn sie hat große
85 Probleme mit ihrem Schluckreflex. Es gibt Nächte,
da höre ich die ganze Nacht nichts von ihr, aber
die kommen sehr selten vor.
Dadurch, dass ich hier angefangen habe zu
arbeiten, hat sich die wirtschaftliche Situation
90 meiner Familie sehr gebessert. Ich konnte das
Studium meiner Tochter bezahlen und auch das
Leben meines Sohnes in London am Anfang mit-
finanzieren. Jetzt ist er auch schon 14 Jahre da und
kann dort eigenständig leben. Aber auch meinem
95 Mann geht es dadurch besser, da er in Polen nur als
Hausmeister arbeitet und wenig Geld verdient. Ich
helfe meiner Familie, wo ich kann, und es fällt uns
auch mittlerweile allen einfach leichter zu leben.
Wir sind nicht mehr darauf angewiesen jeden Cent
100 umzudrehen.
Ich spare aber trotzdem jetzt auch schon für
meine Rente, da wir in Polen nur sehr wenig
Rente bekommen und die deutsche Rente auch
nicht all zu hoch sein wird. Ich wünsche mir ein
105 gesundes Leben bis zum Schluss, auch weil ich
gerne lange arbeiten möchte. Mir gefällt es immer
etwas zu tun zu haben, so bin ich groß geworden. ■

**M6 Hashem, 65 Jahre,
aus Persien**

1 Ich bin im Dezember 1984 aus der damaligen
2 DDR nach Westberlin gekommen. Ich bin aus
3 dem Iran geflohen, wo ich aus politischen Grün-
4 den nicht weiterleben konnte. Ich war in einer lin-
5 ken Gruppierung aktiv. Dann wurde unsere Regi-
6 on, die kurdischen Gebiete, bombardiert und wir
7 haben entschieden, unsere Aktivitäten ins Ausland
8 zu verlagern. Wir bekamen ein Transitvisum von
9 der DDR. So konnte ich nach Berlin einreisen
10 und Asyl beantragen.

11 Von Berlin wurde ich in den Westen weiterver-
12 teilt, nach Braunschweig, und nach ungefähr sie-
13 ben Monaten hatte ich dann meine Anerkennung
14 als politischer Flüchtling. Das war alles nur so
15 schnell möglich, weil ich von Amnesty Internatio-
16 nal unterstützt wurde. Zu Amnesty hatte ich schon
17 im Iran Kontakt und sie haben damals Flüchtlinge
18 ähnlich unterstützt wie das Pro Asyl heute macht.

19 Dann bin ich ins Rhein-Main-Gebiet gekom-
20 men und habe meine politische Arbeit zum Iran
21 fortgesetzt. Damals war noch nicht abzusehen wie
22 lange dieses Regime bestehen bleibt. Aber es hat
23 sich über die Jahre immer besser organisiert, mit
24 Geheimdiensten und so weiter.

25 So wurde mir bewusst, dass ich wohl länger in
26 Deutschland bleiben werde und dass ich mich ir-
27 gendwie finanzieren muss. Im Iran hatte ich Ma-
28 schinenbau studiert, was ich aber leider nicht zum
29 Ende bringen konnte, weil ich nach dem Macht-
30 wechsel untertauchen musste. Aus diesem Grund
31 kam ich auch nicht an meine Dokumente von der
32 Universität. Deshalb habe ich eine Ausbildung
33 zum technischen Zeichner gemacht und angefan-
34 gen zu arbeiten.

35 Ich habe damals Vollzeit in Frankfurt gearbeitet
36 und in einer Stadt in der Nähe gelebt und war
37 dort politisch sehr aktiv. Ich habe als einer der Ers-
38 ten im Ausländerbeirat mitgearbeitet, sogar schon
39 bevor dieser Beirat überhaupt gegründet wurde.
40 Dabei gab es aber auch Konflikte. Die SPD hatte
41 den Ausländerbeirat im Gegensatz zur CDU ein-
42 gerichtet, aber sie wollte Einfluss darauf nehmen,
43 wer darin etwas zu sagen hat. Zum Beispiel sollte
44 ein Franzose, der SPD-Mitglied war, einen guten
45 Listenplatz bekommen. Aber wir haben gesagt:
46 Nein, das ist unsere Vertretung, wir Ausländer –
47 Türken, Griechen und so weiter – wählen unsere
48 Vertretung selbst. Ich bin dann schon während der
49 ersten Wahlen des Ausländerbeirats ausgetreten
50 und habe das mit einem sachlichen Brief begrün-
51 det. Für mich und meine Vorstellung von Demo-
52 kratie waren diese Strukturen nicht das Richtige.

53 Da ich aber nicht aufhören wollte politisch aktiv

54 zu sein, habe ich dann Flüchtlingsarbeit gemacht
55 und war im Flüchtlingsrat. Wir haben uns zum
56 Beispiel um den schlechten Zustand der Unter-
57 künfte gekümmert und versucht durchzusetzen,
58 dass die Menschen verteilt in normalen Wohnun-
59 gen untergebracht werden. Außerdem habe ich
60 Integrationsarbeit in meinem Stadtteil gemacht.
61 Ich habe zum Beispiel ein multikulturelles Stra-
62 ßenfest organisiert, um die Arbeitsloseninitiative
63 der Caritas zu unterstützen.

64 Mittlerweile habe ich auch die deutsche Staats-
65 bürgerschaft. Das war sehr kompliziert. Nach der
66 damaligen Gesetzeslage konnte man nach sieben
67 Jahren mit einem festen Wohnsitz, einem Job und
68 regelmäßig bezahlten Steuern die deutsche Staats-
69 bürgerschaft beantragen. Das habe ich dann auch
70 gemacht. Aber leider gab es keine doppelte Staats-
71 angehörigkeit und der Iran wollte meine dortige
72 Staatsbürgerschaft nicht hergeben und entspre-
73 chende Papiere ausstellen.

74 Ich war also als Flüchtling anerkannt, konnte
75 die Staatsbürgerschaft aber nicht bekommen. So
76 konnte ich auch kein aktives Parteimitglied in
77 Deutschland werden. Dagegen habe ich dann ge-
78 klagt und bin bis zum Bundesverfassungsgericht
79 gegangen. Ich habe gesagt: Ich lebe hier und ich
80 will hier politisch aktiv sein. Aber ich bin damit
81 nicht durchgekommen. Als dann aber im Jahre
82 2000 die doppelte Staatsangehörigkeit eingeführt
83 wurde, war ich der erste in meiner Stadt, der seine
84 doppelte Staatsbürgerschaft bekam. Ich war dann
85 auch eine Zeitlang parteipolitisch aktiv, habe aber
86 gemerkt, dass ich lieber in Initiativen und Bewe-
87 gungen außerhalb von Parteien arbeite.

88 Ich bin bis heute politisch aktiv und mache viel
89 ehrenamtliche Arbeit. Seit ich 2011 erwerbslos
90 geworden bin, arbeite ich einmal die Woche in
91 einem Minijob mit psychisch kranken Menschen
92 und den Rest der Woche widme ich meiner poli-
93 tischen Aktivität. Dass ich das machen kann, ver-
94 danke ich meiner Partnerin, die mich finanziell
95 unterstützt. Dadurch kann ich mittlerweile sagen:
96 Nein, ich mache nicht jede Sache – und schon gar
97 nicht für Geld. Das erleichtert es mir sehr, mich
98 auf die wesentlichen Dinge zu konzentrieren.

99 Für die Zukunft wünsche ich mir mehr De-
100 mokratie. Damit meine ich, dass die Leute mehr
101 selbst in die Hand nehmen. Wir können uns zum
102 Beispiel selbst um unseren Stadtteil kümmern, egal
103 ob Migranten oder nicht. Es bringt nämlich nichts,
104 immer auf die Hilfe von »Oben« zu warten. Es ist
105 wichtig, um seine Rechte zu kämpfen und gegen
106 Unrecht laut zu sein, egal wo du gerade lebst. ■

**M7 Sara, 52 Jahre,
aus dem Nordirak**

1 Ich bin Sara und 52 Jahre alt. Ich bin vor 23 Jahren
. aus dem kurdischen Teil des Irak nach Deutsch-
. land gekommen. Mein Mann kommt aus dem-
. selben Dorf wie ich. Er hat vorher schon hier in
5 Deutschland gelebt und als Sozialarbeiter gearbei-
. tet. Ich bin dann durch die Heirat nachgekommen.
. Er hatte auch die deutsche Staatsbürgerschaft, und
. dann habe ich durch die Heirat die Staatsbürger-
. schaft bekommen. Am Anfang war es allerdings
10 sehr schwer für mich, aber mit der Zeit wurde es
. für mich einfacher, auch weil wir viele Kontakte
. mit Menschen aus Deutschland hatten. Dadurch
. ging das mit der Integration auch schneller. Aber
. ich hatte immer wieder Heimweh nach Zuhause:
15 die Erinnerungen, die Eltern, die Familie und die
. Freunde.
. Eigentlich bin ich Mathematiklehrerin. Ich habe
. im Irak Mathematik studiert, aber mein Zeugnis
. wurde in Deutschland nicht anerkannt, deswe-
20 gen kann ich hier auch nicht mehr als Lehrerin
. arbeiten, was mir immer noch sehr fehlt. Es ist
. sehr schwer eine Arbeit zu finden und mein Mann
. hat auch immer hart gearbeitet, im Schichtdienst.
. Es wäre möglich gewesen, ein Aufbaustudium als
25 Lehrerin zu machen oder etwas anderes zu stu-
. dieren. Ich habe mich auch an der Uni beworben,
. aber ich wurde nicht zugelassen. Und dann bin
. ich mit meinem ersten Kind schwanger geworden.
. Als ich dann mein erstes Kind bekommen habe,
30 musste ich für das Kind da sein. Damit hat sich
. die Situation verändert. Jetzt habe ich vier Kinder,
. und mittlerweile sind sie auch schon älter. Durch
. die Kinder habe ich aber gleichzeitig immer besser
. Deutsch gelernt und dadurch, dass meine Kin-
35 der in den Kindergarten und die Schule gegan-
. gen sind, konnte ich auch immer mehr Kontakte
. knüpfen, mit anderen Eltern zum Beispiel. Ich
. habe mich viel um die Kinder gekümmert und
. ihnen viel beigebracht: zum Beispiel meine Mut-
40 tersprache, Sorani, das ist ein kurdischer Dialekt,
. damit sie sich auch unterhalten können, wenn Be-
. such kommt und mit der Familie in der Heimat in
. Kontakt bleiben können.
. Dann habe ich wieder angefangen mich zu be-
45 werben, ich habe viele Bewerbungen geschrieben,
. wurde aber nie genommen. Ich bin mir nicht si-
. cher warum, aber vielleicht, weil ich ein Kopf-
. tuch trage. Wahrscheinlich waren es schon solche
. Vorurteile, damals gab es nicht so viele Frauen mit
50 Kopftuch und es wurde dadurch noch schwieriger.
. Ich wollte damals auch nicht mehr als Lehrerin
. arbeiten, weil die Chancen für kopftuchtragende
. Frauen nicht gut waren. Da habe ich mir gedacht,
. dass ich nicht in diese Richtung gehen muss. Das
55 ist meine private Sache, daran glaube ich wirklich.
. Jeder Mensch will frei sein und dass muss auch
. akzeptiert werden. Und für die Arbeit würde ich
. nie mein Kopftuch abnehmen.
. Eigentlich wollte ich immer Ärztin werden,
60 deswegen habe ich danach angefangen mich in
. Arztpraxen zu bewerben. Zum Beispiel als Zahn-
. arztshelferin, da braucht eine Praxis aber nur eine
. oder zwei Auszubildende und wenn man vier
. Kinder hat, nicht mehr achtzehn oder zwanzig
65 Jahre alt ist und diesen Hintergrund hat, also als
. Migrantin mit Kopftuch, in diesem Alter, dann ist
. das sehr schwierig und ich habe überall nur Absa-
. gen bekommen. Es war so schwer, dass ich mich
. auch bei Informatikern und auch als Erzieherin
70 beworben habe, aber ich wurde überall abgelehnt.
. Und dann habe ich mich bei den Rotkreuz-
. schwestern beworben und wurde tatsächlich
. genommen. Ich hatte eine Ausbildungsstelle als
. Operationsassistentin, als Arztshelferin im OP.
75 Dann ist aber mein Mann schwer erkrankt und
. mit vier Kindern war die Situation nicht einfach.
. Also habe ich die Ausbildungsstelle gekündigt und
. habe mich wieder um meine Kinder und meinen
. Mann gekümmert. Er war lange Zeit im Kran-
80 kenhaus. Ich habe nochmal überlegt eine Ausbil-
. dung anzufangen. Allerdings denke ich, dass sich
. eine Ausbildung jetzt nicht mehr lohnt. Wenn ich
. jedoch eine Arbeit finde, die mir gefällt, nehme
. ich diese gerne an.
85 Was ich mir jetzt wirklich wünsche, ist, dass
. mein Mann und meine vier Kinder gesund und
. glücklich bleiben. Und außerdem wünsche ich
. mir, dass Menschen mehr auf die inneren Werte
. achten, auf das, was man kann und was man hat
90 und nicht auf das Äußerliche, wie zum Beispiel
. ein Kopftuch. ■

**M8 William, 60 Jahre,
aus Westafrika**

1 Ich bin William und 60 Jahre alt. Ich bin vor 23
 . Jahren nach Europa gekommen und lebe abwech-
 . selnd in Deutschland und Italien. Im Moment
 . arbeite ich schon etwas: Ich habe eine Familie in
 5 Westafrika und ich muss was machen, damit ich
 . Geld bekomme, das ich ihnen zuschicken kann –
 . ich habe echt keine andere Wahl. Ich schicke alles
 . was kommt und arbeite so viel, wie nur möglich,
 . zum Beispiel im Restaurant oder putzen. Und das
 10 ist oft echt nicht genug.
 . Wenn man hier ist, kann man sich nicht aussu-
 . chen, was man arbeitet. Früher habe ich in Fabri-
 . ken gearbeitet, aber seit ich in Deutschland ange-
 . kommen bin, sind die meisten Jobs, die ich mache,
 15 in der Hausarbeit: Arbeit in Toiletten, putzen und
 . wo auch immer ich arbeiten kann. Man hat keine
 . Wahl.
 . Manchmal kann ich meine Brüder (brothers)
 . kontaktieren, die im Export oder Transportge-
 20 schäft arbeiten. Sie kaufen hier auch Güter, die
 . sie exportieren, zum Beispiel Reifen und so wei-
 . ter, um die dann in Westafrika zu verkaufen oder
 . die sie runterschicken für den eigenen Gebrauch.
 . Dann helfe ich sie zu transportieren und zu ex-
 25 portieren, damit ich ein kleines bisschen mehr
 . Geld in der Tasche habe.
 . Die Arbeit hier ist ziemlich anders. In Deutsch-
 . land ist es ziemlich anders. In Italien bekommt
 . man zum Beispiel einen Job in der Fabrik und
 30 dann bekommt man auch die Chance etwas zu
 . lernen, während man dort arbeitet. In Deutsch-
 . land ist das aber nicht möglich.
 . Manchmal bekommen wir auch von den Kir-
 . chen Hilfe, wenn sie wissen, dass du in Schwie-
 35 rigkeiten steckst. Nicht die katholischen, aber
 . wir haben ein paar afrikanische Kirchen hier im
 . Rhein-Main-Gebiet, die können dir auch helfen
 . und geben dir auch manchmal was zum Überleben.
 . Es ist wirklich nicht einfach so zu leben. Aber es
 40 ist auch nicht gefährlich, solange man keine Kon-
 . frontation mit der Polizei hat. Manchmal weiß die
 . Polizei nicht, ob du dich legal in dem Land auf-
 . hältst. Du zeigst ihnen deine Papiere, dann braucht
 . es Zeit, bis die überprüft sind, und sie glauben,
 45 dass du dich nicht regulär in diesem Land aufhältst.
 . Das macht dich schon nervös und manchmal be-
 . kommt man auch wirklich Angst.
 . Manche Leute tauschen auch ihre Pässe mit ih-
 . ren Bekannten, damit sie eine Anstellung bekom-
 50 men, aber das habe ich noch nie gemacht. Auch,
 . weil ich noch nie die Gelegenheit dazu hatte. Jetzt
 . zeige ich ihnen meine richtigen Papiere, aber ich
 . wurde auch noch nie damit konfrontiert, dass ich
 . gefälschte oder getauschte Papiere habe – ich hatte
 55 lange gar keine. Ich bekomme nur mit, dass das
 . normalerweise die Menschen ohne Papiere ma-
 . chen. Die Inspekture auf der Arbeit interessiert
 . das auch nicht, die wollen sich ja auch gar nicht
 . damit auseinandersetzen!
 60 Aber seit ich meine Aufenthaltsgenehmigung
 . habe, fühle ich mich so, als ob ich jetzt mal den
 . richtigen Weg gehen könnte und vielleicht den
 . richtigen Job finden kann. Ich habe keine Angst
 . mehr, wenn ich bei einem Job nach meinen Pa-
 65 pieren gefragt werde. Ich gebe sie den Arbeitge-
 . bern, sie schreiben alles ab und sagen mir, dass das
 . okay ist. Das ist ein ganz anderes Gefühl als vorher.
 . Trotzdem muss ich manchmal irgendeine Arbeit
 . annehmen, die nicht regulär ist – ich muss ja Geld
 70 an meine Familie schicken.
 . Was ich mir für die Zukunft wünsche ist, dass
 . alle Menschen, die hierher kommen, einen Job
 . finden, solange das eben möglich ist. Es sollte
 . auch die Periode verlängert werden, in der man
 75 hier sein und sich eine Arbeit suchen kann. Man
 . braucht eben Zeit dafür. Drei Monate sind viel
 . zu kurz. Du hast drei Monate, um nach einem
 . Job zu suchen, dann hast du erst einmal keinen
 . Arbeitsvertrag und dann ist die Zeit schon um und
 80 du müsstest eigentlich wieder gehen. Oder wir su-
 . chen uns einen Anwalt, aber den müssten wir ja
 . auch bezahlen.
 . Außerdem sollten die Menschen aus Deutsch-
 . land mal in Kontakt mit Menschen aus dem Aus-
 85 land treten, um die Schwierigkeiten zu sehen, vor
 . denen jedes Individuum steht. Und sie sollten die
 . Gesetze checken und diese ein bisschen flexibler
 . machen, damit Menschen hierher kommen und
 . arbeiten können. Aber wenn die Gesetze so hart
 90 sind, ist das für die Leute unmöglich, einen Job zu
 . finden, und dann bekommen sie Stress, Schwie-
 . rigkeiten und psychische Probleme.
 . Was ich noch hinzufügen mag ist, dass die
 . Deutschen versuchen sollten, sich unseren Leuten
 95 gegenüber zu öffnen, damit wir in Kontakt kom-
 . men können. Sprecht miteinander. Alle sollten
 . versuchen, in Kontakt mit Fremden zu treten, da-
 . mit man mehr über diese weiß. Wie man uns hel-
 . fen kann, und auch, wie wir ihnen helfen können.
 100 Es gibt nämlich nur eine Art Menschen, die auf
 . diesem Planeten leben, also müssen wir zusam-
 . menhalten und harmonisch miteinander leben. ■

Fluchtursache Freihandel – Das Tomatenbeispiel

M1 Karikatur:
8000 Tonnen Fluchtursachen

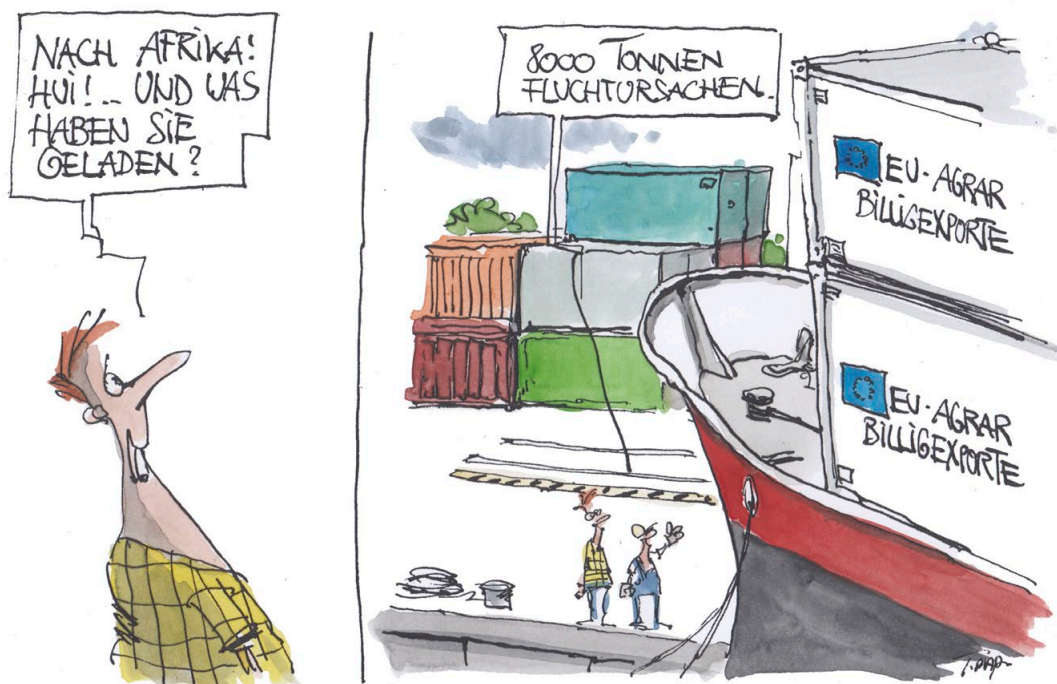


Bild: © Thomas Plabmann, www.thomasplabmann.de

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Analysieren Sie die Karikatur M1.
 - a. Beschreiben Sie die Bild- und Textelemente.
 - b. Interpretieren Sie, welcher Zusammenhang in der Karikatur dargestellt wird, oder formulieren Sie Fragen, die sich daraus ergeben.
 - c. Bewerten Sie, ob die Darstellung gelungen ist, und begründen Sie dies.
2. Lesen Sie M2 und stellen Sie die geschilderten wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Ghana und Italien auf einem Plakat (zum Beispiel als Kreislauf) dar. Dabei können Sie die Requisiten nutzen.
3. Entwickeln Sie politische Vorschläge und diskutieren Sie deren Umsetzungschancen:
 - a. Welche politischen Maßnahmen könnten wirtschaftliche Fluchtursachen mittelfristig bekämpfen?
 - b. Welche politischen Maßnahmen könnten die Situation der geflohenen Arbeitskräfte kurzfristig verbessern?
 - c. Welche Möglichkeiten haben europäische Bürger_innen sich für entsprechende Maßnahmen einzusetzen? _____

**M2 Tomatensoße
für Ghana**

1 Prince Bony hätte nie gedacht, dass er die Wüste
 . durchqueren und übers Meer setzen würde, nur
 . um am Ende die gleiche Arbeit zu machen wie
 . bei sich zu Hause. [...] Prince und seine Kollegen
 5 sind »die Unsichtbaren der Felder«, die Arbeits-
 . kräfte, auf die sich ein Großteil der Landwirtschaft
 . in Süditalien stützt. Sie ernten Brokkoli, Zucchini,
 . Rüben. Wenn im Sommer die Tomatensaison
 . beginnt, arbeiten zehn- oder zwanzigmal so viele.
 10 Denn wir sind in der Capitanata, in der apulischen
 . Provinz Foggia, wo 35 Prozent der italienischen
 . Tomaten erzeugt werden.

Die meisten arbeiten schwarz und im Akkord:
 . 3,50 Euro gibt es für die 300-Kilo-Steige, das sind
 15 weniger als 20 Euro am Tag für eine anstrengende
 . Tätigkeit. Ohne Vertrag, ohne Krankenversicherung,
 . der Gnade der »Caporali« ausgeliefert, die
 . als Vermittler zwischen Arbeitern und Arbeitgeber-
 . nern auftreten. Wer tagsüber Hunger bekommt,
 20 isst heimlich eine Tomate. Erst am Abend geht es
 . wieder in die Hütten. Auf den Feldern Süditaliens
 . gibt es tausende dieser »Unsichtbaren«. Die meis-
 . ten sind Illegale, sie tun alles, nur um arbeiten zu
 . dürfen. [...]

25 2013 exportierte die italienische Tomatenindus-
 . trie 1,127 Millionen Tonnen Konserven im Wert
 . von 846 Millionen Euro. [...] Aus dem Hafen von
 . Neapel gehen jede Woche ganze Container voller
 . Steigen mit Tomatenmark »made in Italy« in die
 30 ganze Welt. [...]

Prince Bony weiß nicht, was mit den Tomaten
 . geschieht, die er pflückt. Er sieht nur die Lastwa-
 . gen, die die gefüllten Steigen abholen. Manchmal
 . denkt er zurück an die Zeit, als er selbst Tomaten
 . angebaut hat – auf eigene Rechnung: »Meine Fa-
 35 milie hatte ein Tomatenfeld, ein paar Hektar. Wir
 . haben die Ernte auf dem Markt verkauft.« Das war
 . in Navrongo, einer Kleinstadt im Norden Ghanas
 . [...].

40 »Schuld an der Krise der Produktion in Ghana
 . sind [...] in erster Linie die ausländischen Importe
 . von Tomatenmark«, betont Victoria Adongo, Prä-
 . sidentin der Peasant Farmers Association of Ghana
 . in ihrem Büro in Ghanas Hauptstadt Accra. »Die
 45 Invasion europäischer Produkte hat unseren hei-
 . mischen Markt kaputtgemacht. Deshalb war es
 . unmöglich, eine eigene verarbeitende Industrie
 . aufzubauen. Und die Verbraucher ziehen heute
 . Tomatenmark in Dosen vor, weil es billiger und
 50 haltbarer ist als unsere frischen Tomaten.«

Alles begann im Jahr 2000, als Ghanas Regie-
 . rung unter dem Druck des Internationalen Wäh-
 . rungsfonds Strukturreformen einführen musste,
 . die auch die Zölle für viele ausländische Produkte
 55 senkten, darunter die Abgaben auf Tomatenmark.

[...]

»Die Regierung hat nichts unternommen, um
 . den Import dieser Produkte zu regulieren«, meint
 . Philip Ayamba empört. Der Direktor des Com-
 . munity Self Reliance Center hat sich seit Langem
 60 für die Tomatenbauern in der Upper East Region
 . Ghanas eingesetzt. »Mit einer umfassenden Ent-
 . wicklungsstrategie hätten die Landwirte bessere
 . Preise erzielen können und einen Markt gehabt,
 . der ihre Waren aufnimmt. Aber die Regierung hat
 65 das Gegenteil gemacht. Sie hat dem importierten
 . Tomatenmark aus Europa Tür und Tor geöffnet.
 . Nun gibt es so viele konkurrierende Marken und
 . in solchen Mengen, dass es fast unmöglich gewor-
 70 den ist, lokale Tomaten zu verkaufen.« [...]

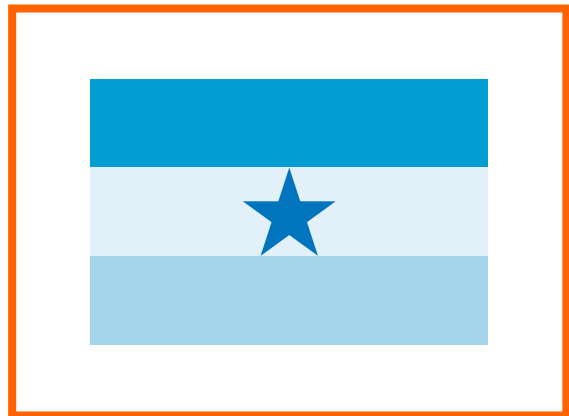
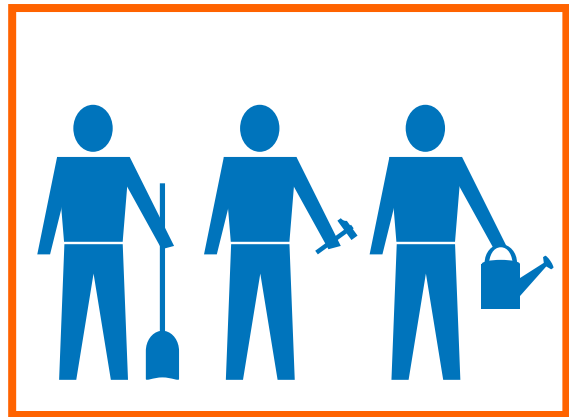
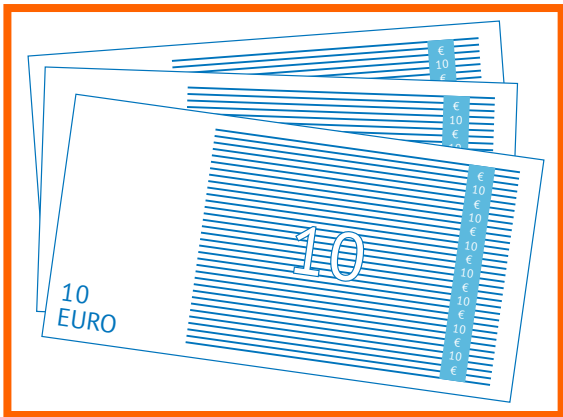
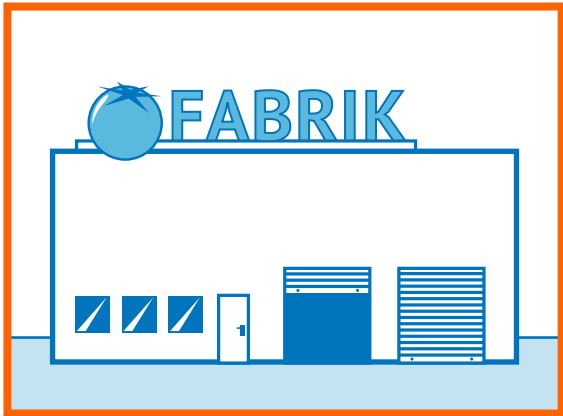
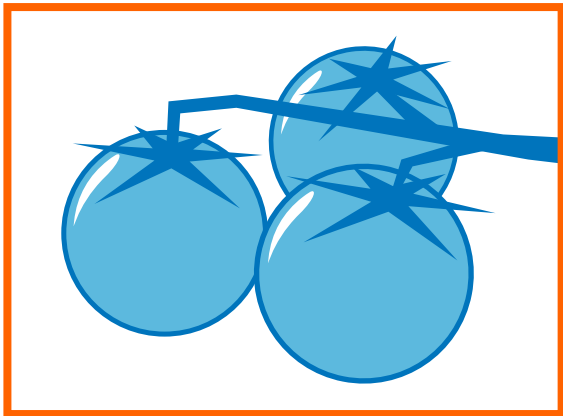
Aber wie kann Tomatenmark aus Italien – trotz
 . der Kosten für Transport und Lagerung – billi-
 . ger sein als das vor Ort produzierte? Die Antwort
 . liegt in einem Wort: Subventionen. Dank der Ge-
 75 meinsamen Agrarpolitik (GAP) beziehen die Pro-
 . duzenten in der Europäischen Union Zuschüsse
 . für ihre Agrarprodukte. Das mindert sowohl die
 . Produktionskosten als auch die Preise für die wei-
 . terverarbeitende Industrie. Die ganze Handelsket-
 80 te der EU-Tomate profitiert also nicht nur von der
 . Ausbeutung der Migranten, die in Apulien und an-
 . derswo auf den Feldern arbeiten, sondern auch von
 . den immensen Zuwendungen aus Brüssel. [...]

Die Widersinnigkeit des globalisierten Markts
 85 hat dazu geführt, dass Tomatenmark um die gan-
 . ze Welt geschickt wird und dabei auch in einer
 . Gegend landet, die bereits Tomaten produziert –
 . und deren Tomatenproduktion daran zugrunde
 . geht. »Die Regierung hat zwei Fliegen mit einer
 90 Klappe geschlagen«, sagt Ayamba mit gehörigem
 . Sarkasmus. »Sie hat uns nicht nur vom Ausland
 . abhängig gemacht – und ausgerechnet bei einem
 . Grundnahrungsmittel –, es ist ihr auch noch ge-
 . lungen, viele Menschen um ihren Lebensunter-
 95 halt zu bringen und die Jungen dazu zu zwingen,
 . ihr Glück woanders zu suchen.«

Die Geschichte von Prince Bony ist beispielhaft
 . für diesen perversen Mechanismus. »Ich bin ein
 . Bauer. Ich habe immer die Erde bearbeitet, um
 . meinen Kindern etwas zu essen geben zu kön-
 100 nen«, sagt er, als müsse er sich davon überzeugen,
 . dass es sich bei aller Härte um ein selbst gewähltes
 . Schicksal handelt. [...] »Ich möchte einfach nur
 . anständig bezahlt werden für die Arbeit, die ich
 105 mache. Ich möchte, dass meine Rechte respektiert
 . werden. Und ich will, dass die italienische Regie-
 . rung unsere Existenz anerkennt und uns Papiere
 . gibt.«

Quelle: Mathilde Auveillain und Stefano Liberti in *Le Monde diploma-
 tique* vom 07.08.2014.

REQUISITEN PLAKAT



Arbeit in der europäischen Landwirtschaft

ARBEITSVORSCHLAG

Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Eine vom EU-Parlament einberufene Arbeitsgruppe soll einen Bericht zu den Arbeitsbedingungen für Hilfstätigkeiten in europäischen Landwirtschaftsbetrieben verfassen.

1. Bilden Sie fünf Untergruppen und befassen Sie sich mit je einem Artikel (M1 – M5).

a. Erarbeiten Sie in Ihrer Gruppe eine knappe Zusammenfassung des Artikels. Kriterien könnten sein: Rolle der Migration, Art der Beschäftigung, Bedrohung, Aufenthaltsstatus, Wohnsituation etc.

b. Vergleichen Sie die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Bezahlung, Absicherung, Rechtslage) mit den ILO-Kernarbeitsnormen und prüfen Sie, ob Verstöße vorliegen.

2. Alle Untergruppen treffen sich in Straßburg zur abschließenden Runde. Jede Gruppe trägt die Zusammenfassung ihrer Arbeit vor.

3. Verfassen Sie in Partnerarbeit einen abschließenden Bericht zu den Arbeitsbedingungen anhand der ILO-Kernarbeitsnormen.

INFO

ILO Kernarbeitsnormen* Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit 187 Mitgliedsstaaten. Ihre Aufgabe ist es, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu befördern. Vier Grundprinzipien bestimmen das Selbstverständnis und das Handeln der ILO. Sie wurden in acht verbindlichen Abkommen geregelt und werden auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet:

Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen: Sowohl Arbeitnehmer_innen als auch Arbeitgeber_innen dürfen sich in Organisationen zusammenschließen. Arbeitnehmer_innen darf nicht aufgrund einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gekündigt werden und Gewerkschaften haben das Recht Tarifverhandlungen mit Arbeitgebern zu führen.

Abschaffung von Zwangsarbeit: Niemand darf zu bestimmten Arbeiten gezwungen werden.

Abschaffung von Kinderarbeit: Jedes Land muss ein Mindestalter für die Aufnahme einer Arbeit festlegen, das nicht unter dem Alter liegen darf, in dem die Schulpflicht endet und das auf keinen Fall unter 15 Jahren liegt.

Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf: Niemand darf in Beschäftigung und Beruf wegen Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler oder sozialer Herkunft schlechter gestellt werden.

* siehe auch Infoblatt I.4

M1 Bittere Orangen

Auszug aus einem Radio-Interview mit dem Ethnologen Gilles Reckinger.

1 [...] **Bittere Orangen, ein neues Gesicht der Sklaverei** heißt Gilles Reckingers neues Buch. Herr Reckinger, warum sind afrikanische Erntearbeiter Sklaven?

5 Es ist so, dass im äußersten Süden Kalabriens, in der Ebene von Gioia Tauro um die Stadt Rossarno herum, sich das Herz der kalabrischen oder süditalienischen Orangenproduktion oder Zitrusfrüchtoproduktion konzentriert. Es gibt einen zweiten, bedeutenderen Produktionsort, das ist Sizilien, aber auf dem Festland ist diese Region sozusagen die bedeutendste. Es ist eben so, dass die Menschen, die diese Orangen pflücken, in sehr großer Zahl eben Menschen sind aus afrikanischen Ländern jenseits der Sahara, also subsaharischen Gebieten. Es gibt auch Menschen aus Osteuropa, die dort arbeiten, das ist eine andere Migration, und die sind auch anders mit Rechten ausgestattet – deswegen möchte ich das jetzt hier nicht so in den Blick nehmen –, aber eben die Menschen, die aus Afrika kommen, die sind überwiegend eben über das Meer gekommen, also diese vielbeschworene zentrale Mittelmeerroute über die Insel Lampedusa nach Italien hinein. Und wir wissen ja, dass die europäische Solidarität in Bezug auf den Umgang mit diesen Menschen, die über das Meer kommen, nicht sehr gut funktioniert und dass ganz viele Menschen in Italien festsitzen. Das deutet, dass die Menschen zu extrem ausgebeuteten Bedingungen arbeiten müssen. Die Menschen verdienen für einen Arbeitstag zwischen zehn und zwölf Stunden 25 Euro, sie müssen aber dann noch den Transportteil quasi, dass der Bauer sie in einem überfüllten Minibus zu der Plantage bringt, die vielleicht ein, zwei Kilometer entfernt ist von dem Arbeitsstrich, wo er die Arbeiter abholt, noch mal fünf Euro zahlen. Das heißt, es bleiben maximal 20 Euro für einen Arbeitstag zurück. Es ist eine Tagelöhnerarbeit und eine saisonale Arbeit. Dadurch, dass die Konkurrenz inzwischen groß ist, weil sehr viele Menschen in Italien festgesetzt sind, finden die Leute nur an fünf bis zehn Tagen während drei Monaten im Jahr Arbeit, das heißt, es sind nur wenige hundert Euro, die in diesem Zeitraum verdient werden können.

Wie leben diese Menschen?

Dementsprechend sind die Lebensbedingungen natürlich katastrophal, das ist klar. Aufgrund der extrem engen finanziellen Lage wohnen die

50 Leute dann in regelrechten Slums tatsächlich, also so, wie wir sie aus Fernsehbildern vielleicht aus der sogenannten Dritten Welt kennen. Diese Verhältnisse gibt es eben auch in Europa – also Plastikbehausungen, Kartonbehausungen, in verlassenen Fabriken, direkt auf den Plantagen, ganz unterschiedliche Wohnverhältnisse, die aber alle von extrem schwierigen Bedingungen gekennzeichnet sind, also kein fließend Wasser, in den allerseinsten Fällen Strom, keine hygienischen Vorkehrungen, also kein Anschluss ans Kanalsystem, der Müll wird nicht abgeholt von der Gemeindeverwaltung und so weiter.

[...] **Sie zitieren sehr richtig die furchterflößenden Vokabeln, die derzeit auch in den Medien unterwegs sind: Welle, Strom, Masse, wenn Migration als Bedrohung für den Kontinent Europa dargestellt wird. Ich hab in diesem Zusammenhang eine Frage an Sie als Ethnologen, Gilles Reckinger: Die uralte Angst im Menschen vor Fremdheit, vor Invasion – ist das vielleicht doch auch so was wie eine anthropologische Konstante und ist es sehr leicht, diese zu schüren und sich dieser nun auch zu bedienen in der doch sehr aufgeheizten politischen Debatte um Flucht und Vertreibung?**

Als europäischer Ethnologe bin ich immer skeptisch, wenn so Grundkonstanten, menschliche Grundkonstanten ins Feld geführt werden, denn das meiste, was um uns herum passiert, ist nicht aus unserer Natur zu erklären, sozusagen dem tierischen Anteil im Menschen, sondern aus sozialen Verhältnissen – und soziale Verhältnisse sind immer auch Gewaltverhältnisse. Und diese Angst vor Fremdheit, vor Invasion in Europa ist tatsächlich etwas, das geschürt wird, es ist etwas, mit dem man eben sehr gut aktuell Politik machen kann. Es wird eine neokonservative Agenda vorangebracht all dieser rechtsextremen Parteien, denn wenn wir uns die anschauen in ganz Europa, dann sehen wir, dass ihre Agenda eben sehr konservativ ist und gleichzeitig eben sehr neoliberal, und da werden zwar die Migranten als Erste verlieren, aber alle anderen verlieren gleichermaßen. Das heißt, dieser Diskurs sozusagen um diese Überfremdung oder wie man das dann immer nennen will, Flüchtlingswelle – was auch immer, die dient anderen [...].

Quelle: Die Journalistin Tanya Lieske (www.tanyalieske.de) hat das Interview mit dem Ethnologen Gilles Reckinger im August 2018 für den Deutschlandfunk geführt.

**M2 Er kommt
am Abend**

1 [...] Es ist der 3. Mai 2017 in einem Café in der
südspanischen Stadt Palos de la Frontera, als Ka-
lima eine Entscheidung trifft, die ihr Leben ver-
ändert. Um sie herum essen die Gäste plaudernd
zu Mittag. Kalima arbeitet auf einer Erdbeerfarm
nur wenige Kilometer entfernt und das Leben
dort ist die Hölle: Es gibt keine Küche, in einem
Zimmer schlafen sechs Frauen, nur einmal in der
Woche können sie duschen. Und dann ist da ihr
Betreuer Abdelrahman, ein Mann aus Marokko.
»Er kommt am Abend«, sagt sie. »Er hat die Te-
lefonnummern aller Frauen.« Er zwingt sie, Sex
mit ihm zu haben, sagt Kalima. Jede Nacht mit
einer anderen Frau. »Wenn du nein sagst, bestraft
er dich bei der Arbeit«, sagt Kalima. Sie hat Angst.
Deshalb ist Kalima nicht ihr richtiger Name. [...] An
diesem Tag im Restaurant beschließt Kalima,
die Vergewaltigung anzuzeigen. Das macht sie zu
einer seltenen Ausnahme in Spanien. Meistens
schweigen die Frauen, aus Angst, ihren Arbeits-
platz zu verlieren.
[...] Palos de la Frontera ist eine Stadt, der die
Erdbeeren Reichtum gebracht haben. Rund 80
Prozent der Erdbeeren, die Deutschland impor-
tiert, stammen aus der Region Huelva in Anda-
lusien. Unter einem weißen Meer von Plastik-
gewächshäusern werden jedes Jahr über 300.000
Tonnen Erdbeeren geerntet. Andalusien ist der
größte Erdbeerproduzent Europas. [...] Die Ar-
beiterinnen nennen es das Haus der weinenden
Frauen. Hier, inmitten eines Labyrinths aus Hun-
derten von Gewächshäusern, die durch schlam-
mige Gräben getrennt sind, wurde Kalima miss-
braucht. Rund hundert Frauen aus Marokko und
Rumänien leben auf der Farm. Früh am Morgen,
wenn der Nebel noch über den Feldern hängt, ste-
hen sie auf, um Kisten voller Beeren zu sammeln.
Keine von ihnen wagt es, in der Nähe des Hauses
mit Journalisten zu sprechen. [...] Sie schließen die
Küchentür und schauen vorsichtig auf das kleine
Fenster. Sabiha arbeitet seit Anfang März hier. Der
Chef der Firma, sagt sie, sei »grausam und herzlos«.
Auch Sabiha fürchtet Konsequenzen, deshalb ist
ihr Name geändert. »Juan«, wütend spuckt sie sei-
nen Namen aus, »schreit, weil wir Arabisch reden,
weil wir kein Spanisch können. Er beleidigt uns
ständig.« Manchmal, sagen Sabiha und ihre Kol-
leginnen, dürfen sie eine ganze Woche lang nicht
duschen. Mit Temperaturen weit über 40 Grad
und nach harter Arbeit auf den Feldern sei das »ein
Albtraum«. Sie darf keine Pause machen, sagt sie,
selbst wenn ihr der Rücken wehtut, vom vielen
Bücken, um die Beeren zu sammeln. »Er sagt mir,

ich soll mehr Kisten mit Erdbeeren vollmachen,
mehr und immer mehr«, sagt Sabiha. Juan schlägt
und tritt die Arbeiter, sagen die Frauen. Sabihas
Augen füllen sich mit Tränen, als sie darüber
spricht. »Es ist die Hölle auf Erden«.
[...] Der Bedarf an billigen, ungelerten Ar-
beitskräften in Huelva nimmt stetig zu. Kalima,
Sabiha und ihre Kolleginnen kommen aus Regi-
onen Marokkos, in denen es kaum Jobs gibt. Die
Arbeit in Spanien ist für sie eine Möglichkeit, der
Armut zu entkommen. Sie arbeiten von 6 Uhr
morgens, bis zur Mittagspause und dann wieder
am Nachmittag. Dabei verdienen sie nicht mehr
als 30 Euro am Tag. Unternehmen bezahlen sie
nicht, wenn das Wetter zu schlecht für die Ernte
ist, die Produktion kurzzeitig heruntergefahren
wird oder aus völlig willkürlichen Gründen, zum
Beispiel als Bestrafung für Fehler. Die Täter nut-
zen diese finanzielle Abhängigkeit der Arbeiterin-
nen aus. Die Frauen sagen, dass sie von örtlichen
Institutionen, Gewerkschaften und Frauenrechts-
organisationen allein gelassen worden seien.
[...] Die Arbeiterinnen waren gezwungen, auf
dem Acker zu urinieren und wurden von den
Männern körperlich misshandelt. Eine der Ar-
beiterinnen, Inmaculada, wurde mit einer Ei-
senstange auf ihre Beine geschlagen. Die Männer
forderten »sexuelle Gefälligkeiten« von den Frau-
en, sollten sie ihren Job nicht verlieren wollen. Es
gibt noch einen weiteren Hinweis: Die Abtrei-
bungsrate in Palos de la Frontera ist sehr hoch. Die
meisten Frauen, die eine Abtreibung vornehmen
lassen, sind Gastarbeiterinnen.
[...] Wie für alle Frauen, mit denen COR-
RECTIV in Italien, Marokko und Spanien ge-
sprochen hat, verbessert sich Kalimas Situation
durch eine Anzeige bei der Polizei nicht. Obwohl
sie sich einer Untersuchung unterzieht, in der eine
Gynäkologin und ein Gerichtsmediziner »sexuelle
Aggression« als Ursache ihrer Verletzungen attes-
tieren, sagen ihr die Ärzte, dass es ohne Beweise –
etwa eine Spermaprobe – schwer werde, gegen
ihren Vorgesetzten vorzugehen.
Noch am Tag ihrer Anzeige wird Kalima in ein
Frauenhaus gebracht. Nachdem sie vor Gericht
gegen ihren Vergewaltiger ausgesagt hat, droht
er wiederholt sie umzubringen. Einige Monate
später kehrt sie nach Marokko zurück. Ihre Ar-
beit in Spanien war für sie die einzige Möglichkeit,
ihre Familie und ihren bettlägerigen Ehemann zu
ernähren [...]. ■ Der Artikel von Pascale Müller und Stefania Prandi
erschien am 30.04.2018 beim spendenfinanzierten unabhängigen Recherche-
zentrum CORRECTIV (www.correctiv.org).

M3 Die Sklaven der Tomaten

1 [...] Etwa 1.500 Menschen leben in Rignano während der Erntezeit, die von Juni bis September geht. 50 Prozent aller italienischen Tomaten wachsen hier in der nördlichsten Provinz der Region Apulien. Kleine Ortschaften und riesige Anbauflächen prägen die leicht hügelige Landschaft: Oliven, Spargel, Artischocken, Brokkoli, Erdbeeren, Zitronen gedeihen hier. Die meisten Bewohner von Rignano stammen aus Mali, gefolgt von Kamerun, Ghana, Senegal. Sie verdienen sich auf den Obst- und Gemüseplantagen für absolute Niedriglöhne; neuerdings kommen auch immer mehr Afrikaner aus anderen Landesteilen Italiens nach Rignano, weil sie einfach ein paar Tage im »Afrika Apuliens« verbringen wollen.

Im Ghetto gibt es Läden, kleine Restaurants, eine Moschee und eine Radiostation. In manchen Häusern sind in einem Raum mehr als 40 Menschen untergebracht, Matratze an Matratze. Ein paar Duschen stehen im Ghetto zur Verfügung, die Felder werden als Toilette genutzt. Fast jeden Morgen kommt ein Laster der Regionalverwaltung und füllt einige Wassertanks. Regionalpräsident Michele Emiliano hat versprochen, diesen afrikanischen »Schandfleck« bis Ende Oktober zu beseitigen, doch das nimmt ihm hier niemand ab. Die Tomatenernte ist eine der profitabelsten Jahreszeiten für die Region. »Dieses Jahr Arbeit zu finden ist sehr schwer, wallahi, ich schwör's«, sagt Abdullah, 28, der ursprünglich aus Conakry in Guinea stammt und seit fünf Jahren legal in Italien lebt. [...] In trockenen Sommern erledigen 5 Arbeiter und eine Maschine den gleichen Job wie andernfalls 30 Arbeiter ohne mechanische Hilfe. Der Sommer 2015 war extrem heiß. So heiß, dass in weniger als einem Monat sechs Arbeiter gestorben sind: drei Afrikaner, ein Rumäne und zwei Italiener. Nicht alle sind für diese Art Arbeit geschaffen. Egal von welcher Statur, solche Strapazen steht nur durch, wer an ein Leben auf den Feldern unter der afrikanischen Sonne gewohnt ist, wie schon seine Eltern und Großeltern. Manche halten nur einen Tag bei der Ernte durch, andere eine Woche. Wer eine ganze Saison schafft, der hat das zweifelsohne sein ganzes Leben gemacht. Der beste Arbeiter scheint ein Ghanaer, den alle »38 cassoni« rufen, weil er an einem Tag 38 Kisten, je 300 Kilogramm schwer, mit Tomaten bestückt. Das ist Rekord; die anderen Afrikaner schaffen in der Regel 10 Kisten.

[...] Bereits um halb vier am frühen Morgen sind die Lastwagen voll mit arbeitswilligen Männern. Draußen warten noch Hunderte darauf,

Kanister und Sandwich in der Hand, aufgerufen zu werden. Vier Stunden lang werden die Laster einer nach dem anderen aufbrechen. Der afrikanische Teamchef, manchmal in Begleitung eines Italieners, ruft die Arbeiter einzeln auf. Im Schein einer Taschenlampe gleicht er die Liste mit den Namen der Arbeiter mit den Ausweispapieren ab, die sich in einer Plastiktasche befinden. Nicht jeder hat eine Aufenthaltsgenehmigung, weshalb die Arbeiter oft ihre Papiere untereinander tauschen. Die Arbeit geht von 4 Uhr morgens bis 12 am Mittag und dann nochmal von 14 bis 18 Uhr. Aber viele gönnen sich keine Pause. Tomaten sind eine empfindliche Ware. Wegen der Hitze ist die Ernte schlecht ausgefallen diesen Sommer – bis zu 60 Prozent weniger Tomaten als im Vorjahr, schätzen lokale Zeitungen. Auch deswegen werden weniger Arbeiter gebraucht. Rund 250.000 Menschen schufteten als Erntehelfer in Apulien; etwa 60.000 bis 80.000 davon illegal. Die genauen Zahlen sind schwer zu ermitteln. Jeden Morgen um 7 Uhr lässt Sidibé sein Auto an. Obwohl erst 22, hat der Malier schon die Durchquerung der Sahara, den Ausbruch des Bürgerkriegs in Libyen und die letzten vier Jahre in Italien überlebt. Er besitzt eine Aufenthaltsgenehmigung, aber keinen Führerschein. 10 Euro kostet die Fahrt bei ihm von Rignano nach Foggia. Sidibé fährt die Männer, die für die Feldarbeit nicht akzeptiert wurden. Sie wollen nach Foggia, um dort Autofenster zu waschen oder in den Straßen zu betteln.

Diesen Sommer haben die Zeitungen mehr als sonst über die Verhältnisse in Rignano berichtet. Zu viele Tote. Im südapulischen Nardò fand Anfang August eine Mahnwache für Mohamed Abdullah statt. 47 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Er ist am 20. Juli in der Mittagshitze auf dem Feld zwischen den Tomatenpflanzen kollabiert – Herzinfarkt. Der Sudanese war erst am Tag zuvor aus Sizilien eingetroffen. Einer von vielen ohne Papiere, ohne Vertrag.

[...] Die Tomatenernte ist vorbei, die – kleinere – Weinlese in Foggia hat begonnen. Ein Teil der Arbeiter wird über den Winter nach Norditalien gehen. Wer es sich leisten kann, reist zu seiner Familie nach Afrika. Mamadou Sare, 37, aus Burkina Faso wird nicht dabei sein. Er hat am 22. September versucht, auf einer Plantage mit zwei Kumpeln Melonen zu klauen. Der wütende Besitzer feuerte mehrere Gewehrschüsse auf die Gruppe ab. Zwei Kugeln trafen Sare tödlich. ■ Quelle: Matteo Koffi Fraschini in

die tageszeitung – taz © vom 18.10.2015.

M4 Sie wollen hier nicht mehr arbeiten

1 Tomasz Gajewski* ist 53 Jahre alt, er hat eine Frau
 . und zwei erwachsene Kinder und betreibt einen
 . kleinen Bauernhof in einem Dorf nahe Toruń in
 . Zentralpolen. Nebenbei arbeitet er als Lagerarbei-
 5 ter und kommt so auf ein Gehalt von 1.700 Złoty
 . im Monat, knapp 400 Euro. Das reicht nur, weil
 . Gajewski jeden Frühsommer zum Spargelstechen
 . nach Deutschland kommt, seit 18 Jahren zum sel-
 . ben Hof im Spreewald. Dieses Jahr wird für ihn
 10 das letzte Mal gewesen sein.

11 . Nach zwei Wochen auf dem Hof, erzählt
 . Gajewski, sei ihm aufgefallen, dass etwas nicht
 . stimmte. »Ich weiß doch genau, wie viel Spargel in
 . eine Kiste geht«, sagt er, zwischen 16 und 20 Kilo.
 15 Nun standen auf seiner Abrechnung viel niedrige-
 . re Kilowerte. Im Vertrag hatte der Betrieb notiert,
 . die 50 Cent pro Kilo würden nur für »vermark-
 . tungsfähigen Spargel« bezahlt.

16 . Der Landwirt vom Spargelhof verteidigt sein
 20 Vorgehen: Er könne nur bezahlen, was er auch
 . verkaufen könne – und im vergangenen Jahr hät-
 . ten Erntehelfer versucht, Steine in die Kisten zu
 . legen, um auf einen höheren Lohn zu kommen.
 . Daher entscheide er in diesem Jahr erst an der Sor-
 25 tiermaschine, wie viele Kilo abgerechnet werden.
 . Die Berater der Fachstelle Migration und Gute
 . Arbeit in Brandenburg, die Verträge der Arbeiter
 . eingesehen haben, halten die Praxis für rechts-
 . widrig. Das unternehmerische Risiko wird den
 30 Erntehelfern aufgebürdet.

31 . Alexandru Mihai*, 18 Jahre alt, wohnt in einem
 . Dorf in Siebenbürgen. Anfang Juni sind er, sein
 . älterer Bruder und andere Bewohner als Saison-
 . kräfte nach Bad Salzuflen in Nordrhein-Westfalen
 35 gekommen, wo sie auf einem Hof Erdbeeren ern-
 . ten wollten. Als Mihai bei seinem Chef für die
 . Vertragsaufbereitung im Büro saß, behielt der di-
 . rekt den Pass ein.

36 . Die Ausweise einzubehalten ist gravierend. Die
 40 Internationale Arbeitsorganisation (ILO) sieht da-
 . rin ein Indiz für Zwangsarbeit. Denn ohne ihre
 . Dokumente können die Arbeiter nicht weg. Sie
 . sind gewissermaßen gefangen. Der Arbeitgeber
 . von Mihai verweist darauf, dass er sich an eine gän-
 45 gige Praxis halte. Er habe die Kosten für die An-
 . reise vorgestreckt und verwahre die Pässe, bis die
 . Saisonkräfte sie abgearbeitet hätten – sozusagen als
 . Pfand. Irgendwann, sagt Mihai, seien auf dem Hof
 . Gerüchte aufgekommen, der Bauer bezahle nicht
 50 so, wie er es versprochen habe. Als die Arbeiter aus
 . dem rumänischen Dorf sich erkundigten, habe
 . der Bauer allen 14 Saisonkräften gekündigt. Der
 . Landwirt bestreitet diese Darstellung und gibt den
 . Rumänen die Verantwortung. Sie hätten Unruhe

55 verbreitet. Gekündigt hätten sie am Ende von sich
 . aus. Mit dem Job verloren die Arbeiter auch die
 . Unterkunft – auch so geraten viele Erntehelfer in
 . Abhängigkeit.

56 . Von einem Tag auf den anderen, an einem
 60 Abend Mitte Juni, sollten die Rumänen ihre Zim-
 . mer räumen. Die Nacht verbrachten Mihai und
 . die übrigen aus der Gruppe draußen. Geschlafen,
 . sagt er, hätten sie kaum, zu groß sei ihre Panik
 . gewesen. Am nächsten Tag zahlte der Bauer ei-
 65 nen Bus, der die Gruppe zurück nach Rumänien
 . bringen sollte.

66 . Seit der Mindestlohn gilt, haben sich für viele
 . Landwirte die Herstellungskosten stark erhöht. Die
 . Produktion von Äpfeln, Erdbeeren und Spargel ist
 70 für die Betriebe 2015 im Vergleich zum Vorjahr
 . zwischen zwei und fünf Prozent teurer geworden.
 . Das geht aus einer Modellrechnung hervor, die
 . das Bundeslandwirtschaftsministerium in Auf-
 . trag gegeben hat. Für dieses Jahr wird ein weiterer
 75 Anstieg um bis zu 16 Prozent erwartet. Bleiben
 . die Preise, die die Bauern für ihre Ernte erhalten,
 . auf dem Niveau der letzten zehn Jahre, würden
 . ihre Gewinne etwa im Apfelanbau der Modell-
 . rechnung zufolge unter das Mindestlohnniveau
 80 sinken. Die Landwirte würden weniger verdienen
 . als ihre Helfer. Ein Bauer fordert: »Wenn wir den
 . Mindestlohn bezahlen sollen, bräuchten wir auch
 . einen Mindestabnahmepreis beim Handel.«

81 . Eine, die weiß, wie verbreitet Fälle wie die
 85 von Gajewski und Mihai sind, ist Katharina Va-
 . relmann. Sie arbeitet beim Peco-Institut, einer
 . gewerkschaftsnahen Beratungseinrichtung, die
 . Betriebe auf Arbeitsstandards kontrolliert. Als
 . Varelmann und ihre Kolleginnen – zwei sprechen
 90 Polnisch, eine Rumänisch – an diesem heißen
 . Frühsommertag die Gegend rund um die Spar-
 . gelstadt Beelitz abfahren, scheint es ruhig auf den
 . Äckern zu sein. Dann kommt ihnen eine Gruppe
 . Erntehelfer entgegen, 50, vielleicht 60 Männer. Sie
 95 schieben übermannsgroße Erntemaschinen heran.

96 . Varelmann lässt sich später von ihrer Kollegin,
 . die Rumänisch spricht, erzählen, was sie erfah-
 . ren hat. »Sie sagen, sie bekommen 6,50 Euro pro
 . Stunde, aber so genau wissen sie es nicht«, sagt
 100 die Beraterin. »Letztes Jahr war der Zoll da und
 . sie waren gezwungen zu lügen. Die wissen, dass
 . sie dann 8,84 Euro sagen müssen.« Der Zoll ist
 . unter anderem dafür zuständig, die Einhaltung des
 . Mindestlohns in Deutschland zu überwachen. Der
 105 Hofbesitzer beteuert, sich an die gesetzlich vorge-
 . sehene Bezahlung zu halten. ■ Der Autor Bernd Kramer ist

Journalist, seine Recherche wurde 2017 von der Otto-Brenner-Stiftung gefördert.

* Name geändert

M5 Wiesenhof am Pranger

1 [...] Weite Teile der deutschen Fleischindustrie zahlen extrem niedrige Entgelte. Fünf oder sechs Euro pro Stunde sind keine Ausnahme. Viele in deutschen Schlachthöfen Beschäftigte kommen aus Polen, Bulgarien und Rumänien. Sie sind fast immer bei Subunternehmen angestellt, arbeiten im Rahmen von Werkverträgen. In der Fleischbranche gibt es weder Branchenmindestlohn noch Flächentarif. Gerade lehnten die Arbeitgeber die Forderung der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) ab, 2014 einen Mindestlohn von 8,50 Euro einzuführen.

Am Nachmittag des 1. November, es ist Allerheiligen, befindet sich Ramona Chelaru mit sechs Landsleuten im Kleinbus auf dem Weg nach Deutschland. Sie hat 300 Euro Vermittlungsgelühr plus 120 Euro Fahrtkosten an die rumänische Arbeitsvermittlung »Boni Blue Starfire Company SRL« gezahlt. Auf der Fahrt freundet sich Ramona mit Florentina Morarescu aus dem nordrumänischen Iasi an. Auch die gelernte Schneiderin Florentina hat lange in Italien gearbeitet, auch sie setzt ihre Hoffnung auf die deutsche Geflügelpackerei. Umso größer der Schock, als die Arbeitsverträge verteilt werden.

Marktführer der Geflügelbranche im gelobten Land ist die PHW-Gruppe. 2011/2012 setzte PHW 2,34 Milliarden Euro um. Die größte Marke der Gruppe mit mehr als 40 Tochterunternehmen kennt jeder: »Wiesenhof«-Geflügel gibt's in fast jedem Supermarkt. Über 500.000 Hähnchen schlachten PHW-Betriebe mit insgesamt 5500 Beschäftigten täglich. Nichts in diesen Arbeitsverträgen ist, wie es den Rumäninnen versprochen war. Bei einer Wochenarbeitszeit von 45 Stunden soll es den »gesetzlichen Grundlohn in der Slowakei« in Höhe von 295 Euro pro Monat geben sowie eine »Prämie« von 400 Euro. Nicht einmal diese Angaben stimmen. Denn der gesetzliche Mindestlohn in der Slowakei liegt bei 1,94 Euro pro Stunde, umgelegt auf eine 45-Stunden-Woche ergeben sich 380 Euro monatlicher Grundlohn. Als Arbeitgeber ist die slowakische Kupex spol.s.r.o. in Voderady auf den Verträgen angegeben, die der Frankfurter Rundschau vorliegen. »Arbeitsort« ist eine Firma Petermeier an der Staffhorster Straße 51 in 31613 Wietzen. Als der Kleinbus nach 20 Stunden Fahrt am 2. November das Ziel erreicht, sind die Frauen entsetzt. Sie werden in einem einsamen Haus untergebracht, umgeben von Feldern, mitten im niedersächsischen Nirgendwo, Postanschrift Brinkstraße 8, 27249 Mellinghausen. 14 Rumäninnen und Rumänen teilen sich drei Zimmer, eine Dusche, eine

Toilette und eine kleine Küche. Zugesagt waren Doppelzimmer, für Frauen und Männer getrennt, und zwei kostenlose Mahlzeiten. »Das könnt ihr vergessen, fürs Essen müsst ihr selber sorgen«, erklärt eine Landsmännin den Neuankömmlingen. Einmal pro Woche werde man zum Einkaufen gefahren, Proviant fassen.

Die Geschäftsadresse des Fleischzerlege-Betriebs David Petermeier befindet sich auf einem Areal der »Nienburger Geflügelspezialitäten GmbH und Co.KG«, die zur PHW-Gruppe gehört. Petermeier hat dort ein Büro angemietet, ansonsten befinden sich auf dem Gelände an der Staffhorster Str. 51 in Wietzen mehrere Hallen, in denen Geflügelteile am Fließband verpackt und maschinell mit Wiesenhof-Etiketten versehen werden. Mit der Firma Petermeier bestehe ein Werkvertrag, teilt PHW mit. Petermeiers Lohnbescheide würden halbjährlich von unabhängigen Wirtschaftsprüfern kontrolliert. »Aufgrund Ihrer Anfrage haben wir gestern zusätzlich zu dieser Überprüfung die Lohnbescheide erneut eingesehen und können bestätigen, dass der Bruttolohn – je nach Steuerklasse – 08,00 Euro bis 08,49 Euro entspricht.« Zum Unternehmen Kupex, dem Arbeitgeber der Rumäninnen, pflege man keine Geschäftsbeziehung. Das sieht Kupex anders: Auf der Internetseite wird Wiesenhof als Geschäftspartner genannt.

Am 4. November, einem Montag, beginnt die erste Schicht um 6 Uhr morgens. Die Frauen erhalten Arbeitskleidung und Kopfhäuben. In der Verpackungshalle ist es eiskalt, über 40 Rumäninnen und Rumänen stehen an den Bändern. Ob die im Arbeitsvertrag erwähnte Prämie von 400 Euro von der Zahl verpackter Geflügelteile abhängt? Keiner scheint es zu wissen. Von ihren neuen Kollegen erfahren Ramona und Florentina, dass in der Regel zwischen 400 und 700 Euro ausbezahlt werden. Bei 190 Arbeitsstunden im Monat ergibt das Löhne zwischen 2,10 und 3,70 Euro.

[...] Das ist eine Form moderner Sklaverei«, kritisiert Bernd Maiweg, NGG-Referatsleiter für die Fleischwirtschaft. Allerdings eine rechtlich kaum angreifbare. »Die Praktiken sind unsäglich, aber sie sind nicht notwendiger Weise illegal«, sagt der renommierte Frankfurter Arbeitsrechtler Manfred Weiss. Ohne verbindliche Lohnuntergrenze seien Hungerlöhne per Werkvertrag mitten in Deutschland weiterhin möglich. »Die Zustände sind der eine Skandal, dass sie strafrechtlich kaum zu fassen sind, ist der andere«, sagt Weiss [...].

Quelle: Stefan Sauer in FR-Online vom 14.12.2013. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt.

Migrationspolitik und gesellschaftliche Interessen

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M1 und klären Sie Verständnisfragen.
2. Bilden Sie sechs Gruppen und organisieren Sie eine Talkshow zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG).
 - a. Bereiten Sie sich in Ihren Kleingruppen anhand Ihrer Rollenbeschreibung und den Texten M2 bis M6 auf die Diskussion vor. Wählen Sie eine_n Vertreter_in aus, welche_r an der Talkshow teilnimmt und Ihre Position vertritt.
 - b. Durchführung: Sie vertreten als Talkshowgast die Position Ihrer Gruppe möglichst überzeugend, während das Publikum beobachtet und zustimmend oder ablehnend reagiert.
 - c. Auswertung: Werten Sie die Diskussion gemeinsam aus. Mögliche Fragen sind dabei: Wie haben die Teilnehmenden die Debatte erlebt, wie die Beobachtenden? Wie verlief die Diskussion, was war überraschend, welche Positionen konnten sich durchsetzen? Welches Auftreten wirkte überzeugend, welche Argumente konnten überzeugen? Wie war die Macht verteilt, wer hatte die meisten Redeanteile? War das Szenario realistisch?
3. Suchen Sie sich einen Text eines_einer Geflüchteten aus dem Arbeitsblatt II.2 (*Migrationserfahrung*). Bewerten sie den FEG-Entwurf aus dessen_deren Sicht:
 - Welche Auswirkungen hätte das FEG in seiner jetzigen Form für die Person?
 - Welche Bedingungen und Hindernisse stehen der Erfüllung der Wünsche und Zukunftspläne des Menschen im Weg?
4. Nehmen Sie zum Gesetzesentwurf zur Fachkräfteeinwanderung (M1) Stellung. Wo liegt das Problem, welche Folgen hätte es, wenn es so verabschiedet würde, und inwiefern wäre ein Einwanderungsgesetz für alle Menschen, nicht nur für bereits ausgebildete Fachkräfte, möglicherweise ein sinnvoller Vorschlag? Was spricht dafür, was dagegen?

TALKSHOW

Die Methode Talkshow greift das gleichnamige Fernsehformat auf und eignet sich, um politische Sachverhalte personalisiert und kontrovers zu diskutieren. Anstatt um trockene politische Informationen geht es vielmehr um den Austausch schlagfertiger Argumente, mit denen das Publikum überzeugt werden soll.

Vorgehen: Anhand von Rollenkarten bereiten sich verschiedene Interessengruppen sowie die Moderation auf eine Diskussion zu einem aktuellen gesellschaftlichen Problem vor. Jede Gruppe wählt eine_n Vertreter_in aus, welche_r an der Talkshow teilnimmt, während die anderen als Publikum die Diskussion (aus Sicht ihrer Gruppe) beobachten, aber auch mitfiebert, applaudieren oder »Buh« rufen. Die Moderation

hat die Aufgabe, möglichst kontroverse Fragen zu stellen und zu kontrollieren, dass Redebeiträge (ähnlich wie in einer richtigen Talkshow) nicht zu lang werden. Vor Beginn der Talkshow ist darauf zu achten, dass sich die Talkshowgäste und das Publikum in Halbkreisen gegenüber sitzen.

Nach der Talkshow folgt eine gemeinsame Auswertung, in welcher die inhaltliche Ebene sowie der Ablauf reflektiert werden: Was war aus Sicht der Teilnehmenden und der Beobachtenden auffällig? Wie hat sich das Verhalten einzelner Personen ausgewirkt? Wie verlief die Debatte, hat sich ein Konsens herausgebildet oder blieben kontroverse Positionen nebeneinander stehen? Welche Argumente konnten überzeugen und welche nicht? Danach können alle Teilnehmenden unabhängig von ihrer vorherigen Rolle zur strittigen Frage Stellung nehmen.

M1 Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz

1 Ende 2018 hat das Bundesinnenministerium einen
 . Entwurf für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz
 . vorgelegt, der die Einwanderung von außerhalb
 . der EU ausgebildeten Fachkräften besser regeln
 5 und sogar fördern will. Grund ist ein Mangel an
 . Fachkräften (beispielsweise Ingenieur_innen oder
 . Pflegekräfte), die in Deutschland dringend ge-
 . braucht werden.

10 Wie ausländische Hochschulabsolvent_innen
 . sollen damit auch beruflich ausgebildete Fachkräf-
 . te sechs Monate Zeit in Deutschland bekommen,
 . um eine Arbeit zu finden, für die sie ausgebildet
 . wurden, wenn sie nicht bereits ein Stellenangebot
 . haben.

15 **Bedingungen und Hürden**

15 Sie müssen dafür aber eine Reihe an Bedingun-
 . gen erfüllen. Sie müssen zum Beispiel eine in
 . Deutschland anerkannte Ausbildung und genü-
 20 gend Deutschkenntnisse vorweisen. Außerdem
 . müssen sie bereits vor der Einreise sicherstellen,
 . dass sie sich selbst finanzieren können, weil sie
 . keinen Anspruch auf Sozialleistungen geltend
 . machen dürfen. Menschen über 45 Jahre müssen
 25 dazu noch eine »angemessene Altersversorgung«
 . garantieren können, was von der Bundesagentur
 . für Arbeit kontrolliert wird.

30 Außerdem kommen einige Unsicherheiten hin-
 . zu. Obwohl es jetzt möglich gemacht werden soll,
 30 alle Berufe und nicht nur sogenannte Engpassbe-
 . rufe ergreifen zu dürfen, kann die Einschränkung
 . auf diese, laut Entwurf, in »Arbeitsmarktregionen
 . mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit«
 . trotzdem beibehalten werden. Darüber hinaus hat
 35 das Arbeitsministerium das Recht, Berufsgruppen
 . auszuwählen, für die sie gar keine Aufenthaltser-
 . laubnisse zur Arbeitssuche erteilt.

40 Weiterhin soll die Prüfung der Qualifikation
 . für den Beruf nun von der Ausländerbehörde in
 . einem gesonderten Verwaltungsverfahren über-
 . nommen werden. Die Wartezeiten, um sich dort
 . vorstellen zu können, sind aber in vielen Ländern
 . jetzt schon so hoch, dass viele davon nicht recht-
 . zeitig Gebrauch machen können.

45 **Ausbildung**

45 Da viele Menschen zwar einen Berufsabschluss ha-
 . ben, er aber nicht in genau dieser Art und Weise in
 . Deutschland anerkannt wird, soll es jetzt eine »be-
 . grenzte Möglichkeit« geben, das Anerkennungs-
 50 verfahren erst in Deutschland und nicht schon
 . davor zu durchlaufen, was aber mit zusätzlichen
 . Bedingungen verknüpft ist. Wenn sich dabei he-
 . rausstellen sollte, dass der Auslandsabschluss nicht
 . ganz den Anforderungen des deutschen entspricht
 55 und es für die Anerkennung nur kleinere Nach-
 . qualifizierungen braucht, kann der- oder diejenige
 . diese nachholen. Das geht allerdings nur, wenn
 . bereits ein konkretes Jobangebot vorliegt.

60 **Asylbewerber und Geflüchtete**

60 Der von der großen Koalition lange diskutierte
 . »Spurwechsel«, das heißt der Wechsel vom Asyl-
 . ins Einwanderungsverfahren für Menschen, die
 . bereits Arbeitsstelle haben und über gute Deutsch-
 65 kenntnisse verfügen, wurde abgeändert in die
 . sogenannte Beschäftigungsduldung. Geflüchtete
 . erhalten dann den Status der Duldung für zwei
 . Jahre, wenn sie unter anderem mindestens 35
 70 Stunden pro Woche sozialversicherungspflichtig
 . arbeiten und bereits seit 12 Monaten oder mehr
 . geduldet sind.

75 Eigentlich abgelehnte Asylbewerber, die aber in
 . Deutschland eine Lehre begonnen haben, dürfen
 . bisher laut »Drei-plus-Zwei-Regelung« nach Ab-
 . schluss einer dreijährigen Ausbildung zwei weitere
 80 Jahre weiterarbeiten, was nach dem Entwurf zum
 . Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch für Helfer-
 . berufe gelten soll. Helferberufe bedeutet, dass sie
 . ohne spezifische Fachkenntnisse ausgeübt werden
 . können.

80 Was das für Menschen bedeutet, die auf die
 . Genehmigung zur Ausbildung warten, ist unklar,
 . denn in der Realität lassen Ausländerbehörden
 . häufig den Ausbildungsbeginn gar nicht zu. ■ Quelle:

Autor_innentext.

REQUISITEN ROLLENKARTEN

MODERATION Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz (M1) noch einmal und erarbeiten Sie dabei gemeinsam einen Gesprächsleitfaden für die Diskussion:

Einleitung: *Worum geht es heute?*

Begrüßung: *Wer sind die Teilnehmenden der Diskussion (jeweils ein_e Vertreter_in der Flüchtlingsräte, des BDA, des Verbands binationaler Familien, des DGB und der Diakonie).*

Debatte: *Bereiten Sie drei zentrale Fragen vor, die Sie in der Gesprächsrunde stellen wollen (Sie können dazu auch in*

die anderen Materialien M2 bis M7 schauen, um sich Anregungen zu holen, aber ohne die Texte intensiv zu lesen).

Abschluss: *Am Ende der Debatte, wenn die Sendezeit abgelaufen ist, sollten Sie versuchen ein allgemeines Resümee zu ziehen.*

Bestimmen Sie ein Mitglied der Gruppe, das die Diskussion anschließend leitet. Ihre Aufgabe als Moderator_in ist es, darauf zu achten, dass die zentralen Fragen behandelt werden und dass dabei alle Teilnehmenden ihre Positionen darlegen können. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft.

FLÜCHTLINGSRÄTE Die Landesflüchtlingsräte sind unabhängige Vertretungen der in den Bundesländern engagierten Flüchtlingsselbstorganisationen, Unterstützungsgruppen und Solidaritätsinitiativen. Die Landesflüchtlingsräte sind vernetzt und Mitglied in der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl.

Die Landesflüchtlingsräte sehen es als staatliche Aufgabe an, Flüchtlingen unter seriöser Beachtung ihrer Fluchtgründe und humanitären Nöte großzügige Aufnahme, effektiven Schutz, nachhaltige Integration und eine selbst bestimmte Zukunftsperspektive einzuräumen. ■ Quelle: Selbstverständnis der Flüchtlingsräte (www.fluechtlingsrat.de)

Lesen Sie in der Gruppe Ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (M2) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor:

- *Was ist aus Ihrer Sicht problematisch an dem Entwurf?*
- *Welche konkreten Vorschläge haben Sie?*
- *Was ist ein zentraler Satz, der die Position und das Interesse Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?*

Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht Ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufe und Klatschen.

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE (BDA) Wir, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), setzen uns dafür ein, dass Unternehmen in Deutschland investieren, Innovationen vorantreiben, Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen können. [...] Um diese Verantwortung wahrzunehmen, müssen Unternehmen erfolgreich wirtschaften können, im internationalen Wettbewerb bestehen und Gewinne erzielen. Dafür brauchen sie Gestaltungsfreiräume. [...] Die BDA organisiert als Spitzenverband die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft. Durch unsere Verankerung in den Betrieben sind wir authentische Stimme der deutschen Arbeitgeber [...]. Anspruch der BDA ist, Meinungsführerin in allen wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Debatten zu sein. ■ Quelle: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände - BDA (www.arbeitgeber.de)

Lesen Sie in der Gruppe Ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (M3) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor:

- *Was ist aus Ihrer Sicht gut an dem Entwurf? Was kann noch verbessert werden?*
- *Welche konkreten Vorschläge haben Sie?*
- *Was ist ein zentraler Satz, der die Position und das Interesse Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?*

Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht Ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufe und Klatschen.

REQUISITEN ROLLENKARTEN

VERBAND BINATIONALER FAMILIEN, IAF e.V. Der Verband arbeitet [...] als [politische] Interessenvertretung binationaler und interkultureller Familien und Partnerschaften. Wir engagieren uns für die Grund- und Menschenrechte aller hier lebenden Familien und Paare, egal welcher Herkunft, sexueller Orientierung oder Religion. Starke Gesellschaften brauchen Vielfalt und ihre vielfältigen Familien brauchen eine gerechte Teilhabe. Dafür setzen wir uns ein.

■ Quelle: Verband binationaler Familien (www.verband-binationaler.de)

Lesen Sie in der Gruppe Ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (M4) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor:

- Was ist aus Ihrer Sicht problematisch an dem Entwurf?
- Welche konkreten Vorschläge haben Sie?
- Was ist ein zentraler Satz, der die Position und das Interesse Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?

Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht Ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufe und Klatschen.

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND (DGB) Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. [...] Er ist [...] pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. ■ Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund – DGB (www.dgb.de)

Lesen Sie in der Gruppe Ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (M5) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor:

- Was ist aus Ihrer Sicht problematisch an dem Entwurf?
- Welche konkreten Vorschläge haben Sie?
- Was ist ein zentraler Satz, der die Position und das Interesse Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?

Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht Ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufe und Klatschen.

DIAKONIE DEUTSCHLAND Die Diakonie ist der soziale Dienst der evangelischen Kirchen. Wir verstehen unseren Auftrag als gelebte Nächstenliebe und setzen uns für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft stehen, die auf Hilfe angewiesen oder benachteiligt sind. Neben dieser Hilfe verstehen wir uns als Anwältin der Schwachen und benennen öffentlich die Ursachen von sozialer Not gegenüber Politik und Gesellschaft. Diese Aufgabe nehmen wir gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege wahr. Dieses Selbstverständnis spiegelt sich auch in dem Wort »Diakonie« wider: Im Altgriechischen versteht man unter diakonia alle Aspekte des Dienstes am Nächsten. ■ Quelle: Diakonie (www.diakonie.de)

Lesen Sie in Ihrer Gruppe Ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (M6) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor:

- Was ist aus Ihrer Sicht problematisch an dem Entwurf?
- Welche konkreten Vorschläge haben Sie?
- Was ist ein zentraler Satz, der die Position und das Interesse Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?

Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht Ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufe und Klatschen.

M2 Flüchtlingsrat

1 Die Bundesregierung will mit dem Fachkräfte-
 2 einwanderungsgesetz auch die Potentiale von
 3 geflüchteten Menschen stärker nutzbar machen.
 4 Dieses Ziel wird [...] verpasst: Statt der angekün-
 5 digten und notwendigen Verbesserung enthält der
 6 Entwurf [...] erhebliche Verschlechterungen für
 7 die Integration schutzsuchender Menschen. [...]

1. Neue Arbeitsverbote nach § 60a Abs. 6 AufenthG

8 Der Referentenentwurf (Stand 26.11.2018) sieht
 9 vor, dass in Zukunft eine weitere Personengrup-
 10 pe einem kategorischen Arbeitsverbot unterliegt:
 11 Personen aus als »sicher« eingestuften Herkunft-
 12 staaten sollen auch dann ein Arbeitsverbot er-
 13 halten, wenn ihr Asylantrag zurückgenommen
 14 wurde oder sie keinen Asylantrag gestellt haben.
 15 Zudem sollen diesen Personen in Zukunft auch
 16 schulische Berufsausbildungen untersagt werden,
 17 selbst wenn diese bereits aufgenommen wurden.
 18 [...] Es wird zudem das Gegenteil von Rechtssi-
 19 cherheit geschaffen, da bereits begonnene schuli-
 20 sche Ausbildungen abgebrochen werden müssten.

2. Die Ausbildungsduldung

21 [...] Statt für alle Beteiligten Rechtssicherheit und
 22 gleichberechtigte Zugänge zur Ausbildungsförde-
 23 rung und integrationsfördernden Lebensumstän-
 24 den zu schaffen, soll es bei einer Ausbildungsdul-
 25 dung bleiben. Die Folgen sind weiterhin: größeres
 26 Risiko der Ausbeutung, Unsicherheit auf Seiten
 27 der Auszubildenden und der Unternehmen und
 28 Zukunftsangst für die Betroffenen [...]. Statt einer
 29 Ausbildungsduldung sollte eine Aufenthaltser-
 30 laubnis zu Ausbildungszwecken ermöglicht wer-
 31 den. [...]

32 Das aktuelle Problem, dass selbst bei vorlie-
 33 genden Voraussetzungen für eine Ausbildungs-
 34 duldung die Erwerbstätigkeit nicht gestattet wird,
 35 wird durch den Referentenentwurf behoben. Da-
 36 für soll allerdings nach derzeitigem Entwurf die
 37 Ausbildungsduldung in Ausnahmefällen verwei-
 38 gert werden können. [...]

39 [A]ll diejenigen [wären] von der Ausbildungs-
 40 duldung dauerhaft ausgeschlossen, die in den
 41 ersten sechs Monaten ihre Identität nicht geklärt
 42 haben [...] Da es Asylsuchenden während des
 43 Asylverfahrens nicht zugemutet werden kann, sich
 44 zwecks Passbeschaffung an den Verfolgerstaat zu
 45 wenden, wird die Identitätsklärung in den meisten
 46 Fällen nicht realisierbar sein. Diese Neuregelung
 47 ist realitätsfern und wird dazu führen, dass zahl-
 48 reiche Auszubildende keine Ausbildungsduldung
 49 mehr erhalten können. [...]

50 Ein begrüßenswerter Vorschlag ist die Ein-
 51 führung der Anspruchsuldung frühestens sechs
 52 Monate vor Ausbildungsbeginn, wenn ein Ausbil-
 53 dungsvertrag oder die Zustimmung des künftigen
 54 Ausbildungsbetriebes vorliegt. [...] [S]ie [schafft]
 55 Rechtssicherheit für Betriebe und Auszubildende.
 56 [...]

3. Duldung für wenige in der Beschäftigung

57 Statt bereits bestehende Regelungen zum Aufent-
 58 haltsrecht für gut integrierte Geduldete zu über-
 59 arbeiten [...], soll eine Beschäftigungsduldung
 60 geschaffen werden, die nur wenige Menschen in-
 61 kludieren wird. [...] Zahlreiche Personengruppen,
 62 wie etwa Alleinerziehende oder andere Personen,
 63 die in den zurückliegenden 18 Monaten weniger
 64 als 35 Stunden pro Woche arbeiten konnten, wer-
 65 den von dieser Regelung komplett ausgeschlossen.
 66 Kategorisch ausgeschlossen werden damit auch
 67 gutverdienende Fachkräfte, die Teilzeit arbeiten
 68 und dennoch ihren Lebensunterhalt vollständig
 69 sichern können, sowie vollzeitarbeitende Gering-
 70 verdienende in Städten mit sehr hohen Lebens-
 71 unterhaltskosten. Zu kritisieren ist ebenfalls, dass
 72 [...] keine Aufenthaltserlaubnis vorgesehen ist,
 73 sondern Menschen weiterhin mit dem prekären
 74 Status der Duldung leben müssen. ■ Quelle: Stellungnah-
 75 me von Landesflüchtlingsräten, Pro Asyl und anderen zivilgesellschaftlichen
 76 Organisationen vom 28.11.2018.

M3 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

- 1 Die Zuwanderung nach Deutschland ist in den
 . letzten Jahren spürbar gestiegen. Deutschland ist
 . ein Einwanderungsland. Dies ist gerade auch an-
 . gesichts der demografischen Entwicklung erfreu-
 5 lich. Denn Zuwanderung kann mit einen Beitrag
 . leisten, um schon jetzt in einigen Branchen, Be-
 . rufen und Regionen spürbaren Fachkräfteengpäs-
 . sen entgegenzuwirken. Damit dies gelingen kann,
 . sind weitere Maßnahmen erforderlich.
- 10 Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren
 . wichtige, auch von der Wirtschaft geforderte Neu-
 . regelungen im Zuwanderungsrecht auf den Weg
 . gebracht. Damit wurde einerseits die Zuwande-
 . rung qualifizierter Fachkräfte und andererseits der
 15 Zugang von Asylsuchenden und Geduldeten zum
 . Arbeitsmarkt erleichtert. Die Fachkräftezuwande-
 . rung ist weiterhin von großer Bedeutung für den
 . Wirtschaftsstandort Deutschland und klar von der
 . Flüchtlingszuwanderung zu trennen. Weiterhin
 20 kommen jedoch vergleichsweise wenig qualifi-
 . zierte Fachkräfte aus Drittstaaten außerhalb der
 . EU nach Deutschland. Das Ziel der Zuwande-
 . rungspolitik muss daher eine Stärkung der vom
 . Bedarf des Arbeitsmarkts gesteuerten Fachkräfte-
 25 zuwanderung sein.
- Seit einiger Zeit zeigt sich zudem mehr als deut-
 . lich, dass die größten praktischen Probleme weni-
 . ger in den mittlerweile sehr offenen gesetzlichen
 . Regelungen liegen, als in den Voraussetzungen
 30 ihrer schnellen administrativen Umsetzung. Die
 . guten gesetzlichen Zuwanderungsregelungen
 . können ihre bezweckte Wirkung in der Praxis
 . nur dann entfalten, wenn schnelle Verfahren und
 . eine reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten
 35 Behörden den Bedürfnissen der Unternehmen bei
 . der Anwerbung von gut qualifizierten Fachkräften
 . aus dem Ausland gerecht werden. Insbesondere
 . die Einführung einer elektronischen Akte in der
 . Kommunikation zwischen den Auslandsvertret-
 40 tungen, Ausländerbehörden und der Bundesagen-
 . tur für Arbeit sowie die Einführung eines umfas-
 . senden behördenübergreifenden IT-Systems zur
- Erwerbsmigration sind unersetzliche Vorausset-
 . zungen für beschleunigte und reibungslose Pro-
 45 zesse. [...]
- Durch die Reformen im Zuwanderungsrecht
 . sind die rechtlichen Möglichkeiten für qualifizierte
 . Fachkräfte nach Deutschland zu kommen deutlich
 . verbessert worden. Dennoch sollten die aktuellen
 50 Regelungen noch weiter punktuell ergänzt und
 . transparenter gestaltet werden. Das bestehende
 . Zuwanderungsrecht ist derzeit vorrangig arbeits-
 . platzorientiert und Zuwanderung zur Beschäfti-
 . gungsaufnahme grundsätzlich nur dann möglich,
 55 wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt.
 . Die ungünstige demografische Entwicklung und
 . der zunehmende internationale Wettbewerb um
 . qualifizierte internationale Fachkräfte machen es
 . erforderlich, dass daneben verstärkt auch Mög-
 60 lichkeiten für eine Potenzialzuwanderung eröffnet
 . werden sollten. Dazu sollten die Möglichkeiten der
 . Arbeitsmarktzuwanderung für Fachkräfte auch
 . ohne vorherige Arbeitsplatzzusage verbessert, als
 . »Talent Card« in einem eigenen Zuwanderungs-
 65 tatbestand zusammengefasst und im Sinne eines
 . Zuwanderungsmarketings bekannter gemacht
 . werden. Bereits heute dürfen Akademiker aus
 . Drittstaaten hier einen Arbeitsplatz suchen, wenn
 . sie ihren Lebensunterhalt einschließlich eines aus-
 70 reichenden Krankenversicherungsschutzes nach-
 . weislich selbst sichern können. Diese Regelung
 . wird bisher kaum genutzt und muss auf mögliche
 . Verbesserungen hin überprüft und im Ausland
 . besser vermarktet werden. Zudem brauchen wir
 75 vergleichbare Möglichkeiten auch für beruflich
 . Qualifizierte in einem Mangelberuf.
- Ein genereller Systemwechsel hin zu einem
 . Punktesystem, der die arbeitsplatzbezogene Zu-
 . wanderung ersetzt, ist vor dem Hintergrund der in
 80 den letzten Jahren ausgebauten und verbesserten
 . Zuwanderungsmöglichkeiten nicht notwendig.
- Quelle: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDA (www.
 arbeitgeber.de).

M4 Verband binationaler Familien

1 Der Verband binationaler Familien und Partner-
schaften, iaf e.V. begrüßt das Bemühen des Ge-
setzgebers Regelungen zu schaffen, die geeignet
sind, auf Dauer den Wirtschaftsstandort Deutsch-
5 land attraktiv zu gestalten und die damit auch
zur Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme
beitragen.

Der Referentenentwurf mit dem klangvollen
Namen Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat sich
zum Ziel gesetzt, eine gezielte und gesteuerte Zu-
wanderung von Fachkräften aus Drittstaaten nach
Deutschland zu fördern und damit die Bedarfe
des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu sichern.
Klar und transparent soll geregelt werden, wer
nach Deutschland kommen und wer bleiben darf.
Diesem Anspruch wird das vorgelegte Gesetzes-
paket nicht gerecht. Der Verband binationaler Fa-
milien und Partnerschaften, iaf e.V. regt dringend
an, den vorliegenden Referentenentwurf grund-
20 legend zu überarbeiten.

Bei der Durchsicht des Entwurfs kommt Er-
nüchterung auf. Ein Neuansatz in der Migrati-
onspolitik liegt dem Entwurf nicht zu Grunde.
Möglichkeiten, den Fachkräften, Hochqualifizier-
ten und Akademikern aus Drittstaaten ein Auf-
25 enthaltsrecht einzuräumen, bietet auch schon das
aktuelle Aufenthaltsgesetz. Weder ist eine tief-
gehende Durchwirkung des Regelungskomple-

xes Migration im Sinne einer Klarstellung und
30 Konzentration der Regelungen erkennbar, noch
werden Individualrechte berücksichtigt. Der soge-
nannte »Anwerbestopp« aus dem Jahr 1973 bleibt
nach wie vor bestehen.

Kriterien für die Einwanderung sollen sein:
35 nicht nur Qualifikation, sondern auch das Alter,
Sprachkenntnisse, der Nachweis eines konkreten
Arbeitsplatzangebots und die Sicherung des Le-
bensunterhalts. Nur einige wenige »Fachkräfte«
werden von einem privilegierten Zugang zum
40 Arbeitsmarkt profitieren können. Gewollt und
gesucht sind vor allem diejenigen, die bereits
eine Qualifikation, ob beruflicher Art oder einen
Hochschulabschluss, haben und in der Regel über
gute Deutschkenntnisse (B2, neu einzufügende
45 Definition) verfügen.

Statt bestehende Integrationshindernisse zu be-
seitigen, sollen neue Arbeitsverbote (§ 60a Abs.
6 AufenthG) und Hürden, beispielsweise für die
Aufnahme einer Ausbildung eingeführt werden.
Neben der Ausbildungsduhlung, deren Regelun-
50 gen überarbeitet und verschärft wurden (neuer §
60bAufenthG), soll eine Beschäftigungsduhlung
(§ 60cAufenthG) eingeführt werden. Diese hat
aber so hohe Hürden, dass sie wohl nur für wenige
55 Personen in Frage kommen wird. ■ Quelle: Verband binati-

onaler Familien, Stellungnahme vom 07.12.2019.

M5 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

1 Zum bevorstehenden Beschluss des Fachkräfte-
 . einwanderungsgesetzes im Kabinett sagte Annelie
 . Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied [...]:
 . »Wenn die Große Koalition jetzt nicht nach-
 5 bessert, ist das Gesetz für die Fachkräfteeinwan-
 . derung eine verpasste Chance für Integration und
 . Teilhabe – sowohl an guter Arbeit, als auch in
 . unserer Gesellschaft. Trotz einiger weniger guter
 . Regelungen, zum Beispiel für die Beschäftigung
 10 von Fachkräften mit anerkannter qualifizierter Be-
 . rufsausbildung, wird es nicht helfen, um die Zu-
 . und Einwanderung transparent und nachhaltig zu
 . regeln.
 . Statt am volkswirtschaftlichen Bedarf ist das
 15 Gesetz an kurzfristigen Unternehmensinteres-
 . sen ausgerichtet. Es kann für Lohndumping und
 . Ausbeutung missbraucht werden, weil die Auf-
 . enthaltserlaubnis an eine bestimmte Tätigkeit
 . bei einem Arbeitgeber gebunden ist. Wenn eine
 20 Fachkraft aufgrund von miserablen Arbeitsbe-
 . dingungen kündigt oder gekündigt wird, ist sie
 . auf Gedeih und Verderb auf die Ausländerbehör-
 . de angewiesen. Nur sie entscheidet darüber, ob
 . ein anschließender Aufenthalt gewährt oder ob
 25 abgeschoben wird. Das führt zu einer ausländer-
 . rechtlich gewollten Abhängigkeit und schwächt
 . die Arbeitnehmerrechte. Dem Gesetz fehlt außer-
 . dem eine verlässliche Bleiberechtsregelung für gut

. integrierte Geflüchtete. Auch Geduldete, die eine
 30 Berufsausbildung anstreben oder gerade absolvie-
 . ren, erhalten keinen sicheren Aufenthaltsstatus –
 . eine Katastrophe für die Planungssicherheit in den
 . Betrieben und die Chancen junger Menschen auf
 . einen Ausbildungsplatz. Wer aus humanitären
 35 Gründen nur vorübergehenden Aufenthalt ge-
 . nießt, ist sogar von einem generellen Arbeitsver-
 . bot betroffen.

. Die Bundesregierung wird mit dem Gesetz in
 . seiner jetzigen Form das Ziel verpassen, allen hier
 . lebenden Erwerbsfähigen das Arbeiten zu ermög-
 40 . lichen. Deshalb muss sie jetzt nachbessern: Der
 . DGB fordert, dass eine Aufenthaltserlaubnis auch
 . nach Kündigung und zur Suche eines neuen Ar-
 . beitgebers fortbestehen muss. Die Einhaltung glei-
 45 . cher Arbeitsbedingungen darf nicht nur auf dem
 . Papier geprüft werden, es braucht in den ersten
 . Jahren auch verstärkte Vor-Ort-Prüfungen. Ins-
 . gesamt müssen Konkurrenzen und Unterbietung
 . am Arbeitsmarkt verhindert werden. Das geht nur,
 50 . wenn die Sozialpartner gemeinsam die Arbeits-
 . kräftebedarfe in Branchen und Berufsgruppen
 . feststellen und diese Engpassanalyse auch für die
 . Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur
 . Aufenthaltserlaubnis maßgeblich ist. ■ Quelle: Deutscher

Gewerkschaftsbund (DGB), Pressemitteilung vom 18.12.2018.

**M6 Diakonie
Deutschland**

1 Die Bundesregierung möchte mit diesem Ge-
 . setzesentwurf legale Zuwanderungswege nach
 . Deutschland zum Zweck der Ausbildung und Be-
 . schäftigung vereinfachen und die gezielte und ge-
 5 steuerte Zuwanderung von Fachkräften aus Dritt-
 . staaten entsprechend dem wirtschaftlichen Bedarf
 . flankieren. Dies sei ein Mittel, den Fachkräftebe-
 . darf zu sichern, neben der Hebung inländischer
 . und innereuropäischer Arbeitskraftpotenziale.
 10 Diese Absicht ist grundsätzlich zu begrüßen. Es ist
 . aber wichtig, Migrationsprozesse frühestmöglich
 . zu begleiten und die Personen zu unterstützen, so
 . dass eine nachhaltige, auch gesellschaftliche Integ-
 . ration gelingt und Ausgrenzung sowie Arbeitsaus-
 15 beutung entgegengewirkt wird.
 . Der Gesetzesentwurf regelt jedoch nicht nur
 . die Zuwanderung von Fachkräften. Darüber hin-
 . aus werden auch für bereits in Deutschland leben-
 . de Menschen, die als Schutzsuchende gekommen
 20 sind, gesetzliche Veränderungen vorgenommen,
 . zum Teil erhebliche Verschärfungen eingeführt.
 . Das Prinzip der Trennung von Asyl- und Er-
 . werbsmigration erachtet die Diakonie Deutsch-
 . land als sinnvoll. Aber auch für in Deutschland

25 lebende Schutzsuchende, die nicht ausreisen
 . können, müssen für eine nachhaltige Integration
 . Perspektiven des Zugangs zum Arbeitsmarkt ge-
 . schaffen werden. Gerade vor dem Hintergrund
 . effizienter Fachkräftegewinnung sollten alle Po-
 30 tenziale ausgeschöpft werden – wie es im Gesetz-
 . entwurf selbst als Ziel formuliert wird.
 . Im Koalitionsvertrag haben die Regierungspar-
 . teien gelingende Integration als Ziel betont. Eine
 . bundesweite Strategie des »Forderns & Förderns«
 35 sollte insbesondere für langjährig Geduldete Ver-
 . besserungen bei Ausbildung und Arbeitsmarkt-
 . integration bringen. Dem Anspruch wird der vorlie-
 . gende Gesetzesentwurf nicht gerecht.
 . Zusammenfassend bleibt der Gesetzesentwurf
 40 trotz einiger Verbesserungen deutlich hinter den
 . Erwartungen der Diakonie zurück. Er beinhaltet
 . unverändert zu viele Hürden für eine funktio-
 . nierende und nachhaltige Fachkräftegewinnung
 . aus Drittstaaten. Die Regelungen, die bereits in
 45 Deutschland lebende Personen betreffen, erschwe-
 . ren deren Arbeitsmarktzugang. ■ Quelle: Stellungnahme der
 . Diakonie Deutschland vom 07.12.2018.

ARBEITSVORSCHLÄGE

5. Teilen Sie sich in zwei Gruppen auf. Eine liest M7, die andere M8. Notieren Sie sich die genannten Ursachen für Fachkräftemangel und Möglichkeiten diesem entgegenzuwirken.

6. Finden Sie eine Person, die den anderen Text gelesen hat und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse. Welche Gemeinsamkeiten gibt es, wo unterscheiden sie sich?

7. Versuchen Sie in der Gesamtgruppe – gerne auch in Rückbezug auf M1 bis M6 – folgende Fragen zu beantworten:

a. Kann das Fachkräfteeinwanderungsgesetz effektiv dazu beitragen den Fachkräftemangel zu beheben? Warum (nicht)?

b. Welche Vorschläge in den Texten helfen allen, d.h. Deutschen und Menschen, die nach Deutschland migriert sind, unter besseren Bedingungen zu arbeiten? Überlegen Sie danach, welche weiteren Möglichkeiten es geben könnte.

8. Lesen Sie M9 und erläutern Sie zum einen, welche Folgen die Fachkräfteeinwanderung nach Deutschland für die Länder hat, aus denen sie einwandern, und zweitens, welche Maßnahmen zur Linderung des Problems vorgeschlagen werden.

M7 DGB zu den Gründen des Fachkräftemangels in der Pflegebranche

1 Eine Strategie, die vorrangig auf Altenpflegekräfte
2 aus dem Ausland setzt, wird sich als fataler Irrweg
3 erweisen. Ausländische Fachkräfte finden meist in
4 unseren Nachbarländern deutlich bessere Arbeits-
5 bedingungen als bei uns. Auch hier ausgebildete
6 Pflegekräfte wandern aufgrund der ungünstigen
7 Lohn- und Arbeitsbedingungen teils ab. Die Ver-
8 besserung der Arbeitsbedingungen ist wichtige
9 Voraussetzung dafür, die Pflegekräfte in ihrem Be-
10 ruf und in Deutschland besser halten zu können.

11 Dies schließt verstärkte Maßnahmen der Ge-
12 sundheitsförderung ein. Die Pflegedienste und die
13 Länder tragen gemeinsam große Verantwortung
14 für den Nachwuchs der Pflegekräfte und müssen
15 dringend die Zahl der Ausbildungsplätze stei-
16 gern. Solidarische Finanzierungsregelungen sind
17 notwendig, damit ausbildungsbedingte Wettbe-
18 werbsverzerrungen in der Branche verhindert und

19 zukünftig dauerhaft genügend praktische Ausbil-
20 dungsplätze zur Verfügung stehen. Dies sollte mit
21 einer Vereinheitlichung und Entbürokratisierung
22 der Fördermodalitäten einhergehen. Zugleich
23 sollte bundesweit dringend sichergestellt werden,
24 dass Auszubildende in der Altenpflege nicht noch
25 Schulgeld bezahlen müssen und tatsächlich auch
26 alle Auszubildenden eine tarifliche Ausbildungs-
27 vergütung erhalten. Da größtenteils Frauen im
28 Pflegebereich arbeiten, sind hier auch insbesonde-
29 re familienfreundliche Arbeitszeitmodelle gefragt.

30 Einen Pflegenotstand gab es bereits in den 80er-
31 Jahren, der mit angeworbenen Hilfskräften aus
32 dem Ausland zu lindern versucht wurde, doch die
33 zentralen Ursachen der Personalengpässe wurden
34 nicht wirksam angegangen. ■ Quelle: DGB Bundesvorstand,
35 Bereich Arbeitsmarktpolitik: Fachkräftemangel in der Pflegebranche ist hausge-
36 macht (Arbeitsmarkt aktuell 1/2011).

M8 Deutschland ist selbst schuld am Fachkräftemangel

1 Die Suche nach gut Qualifizierten wäre leicht
2 zu vereinfachen: mit einem Einwanderungs-
3 gesetz, besserer Bildung und einem modernen
4 Familienbild.

5 [...] Mehr und mehr Firmen entgeht Geschäft,
6 weil sie keine Ingenieure oder Softwareentwickler
7 finden. Handwerker fehlen ebenfalls, genauso wie
8 Altenpfleger. Im ganzen Land sind eine Million
9 Stellen offen. Bis 2030 könnte die Lücke dreimal

10 so groß sein. Wer Lösungen sucht, stellt etwas Be-
11 merkenswertes fest: Deutschland verschlimmert
12 den Mangel an Fachkräften, weil es so struktur-
13 konservativ ist.

14 Beispiel Ausländer: Der Chef der Bundes-
15 agentur für Arbeit schätzt, Deutschland brauche
16 jedes Jahr 300 000 Qualifizierte von außen. Er-
17 möglichen würde das ein Einwanderungsgesetz,
18 mit dem sich gezielt Fachkräfte anwerben lassen.

1 Doch weil CDU und CSU dekadentlang darauf
20 beharrten, Deutschland sei kein Einwanderungs-
land, gibt es so ein Gesetz immer noch nicht. Wo-
möglich einigt sich auch die neue Bundesregie-
rung nicht darauf, weil sich die Union auf eine
Obergrenze versteift hat, seit so viele Flüchtlinge
25 nach Deutschland kommen. Dieses Versagen wäre
leichter zu verkraften, wenn weiterhin viele Qua-
lifizierte aus osteuropäischen EU-Staaten kämen.
Doch sie werden zunehmend wegbleiben, weil
ihre Heimat mehr gut bezahlte Jobs bietet.

30 Als hinderlich erweist sich auch das deutsche
Bildungssystem. Was einer wird und verdient,
hängt stark von der Herkunft ab. Wenn jeder ach-
te junge Mensch ohne Berufsausbildung bleibt,
mangelt es schnell an Fachkräften. Das Bildungs-
35 system sollte [...] verstärkt sozial Benachteiligte
fördern. Etwa durch mehr Geld für Schulen in
Problemvierteln und mehr Nachhilfe. [...]

Keineswegs hilflos wären die Deutschen auch,
was den Engpass bei Altenpflegern oder Erziehern
40 angeht. Es mangelt einfach an Wertschätzung,
wenn solche Aufgaben mit kaum mehr als 2000
Euro im Monat entlohnt werden. Am besten be-
zahlt wird in Deutschland jene Dienstleistungs-

branche, die sich am meisten um Geld und am
45 wenigsten um Menschen kümmert: Banker und
Versicherer. Wer die Prioritäten so herum setzt,
darf sich nicht wundern, wenn zu wenig Absol-
venten soziale Berufe ergreifen.

Mehr Fachkräfte lassen sich auch gewinnen,
50 wenn die Deutschen das konservative Familien-
bild vergangener Jahrzehnte überwinden. Die
Vorstellung, Mütter sollten keinen Beruf ausüben,
prägt bislang die Gesetze. Ja, es arbeiten inzwi-
schen mehr Frauen. Doch der Staat nimmt ihnen
als Zweitverdienern durch Ehegattensplitting und
andere Regeln so viel vom Lohn weg wie in kaum
einem anderen vergleichbaren Land.

Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer schlägt mehr
Kinderbetreuung vor, um Müttern den Weg in
den Beruf zu ebnet. Damit hat er einen Punkt.
Was er nicht erwähnt: Firmen könnten Frauen
(und Männern) den Wechsel zwischen Teil- und
Vollzeit erleichtern. Ja, Herr Kramer: Wer ernst-
haft mehr Fachkräfte will, muss auch die tradi-
tionellen deutschen Hürden wegräumen, die er
65 selbst errichtet hat. ■ Quelle: Kommentar von Alexander Halüken, in

Süddeutsche Zeitung © vom 02.01.2018.

M9 Folgen der Auswanderung in Mittel- und Osteuropa

1 2012 wurde die Studie »Soziale Auswirkungen
von Auswanderung und Landflucht in Mittel-
und Osteuropa« fertiggestellt. Sie wurde von der
Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und
5 -gestaltung e.V. (GVG) im Auftrag der Europäi-
schen Kommission durchgeführt und umfasst die
10 Länder Mittel- und Osteuropas, die 2004 und
2007 der EU beigetreten sind, die Erweiterungs-
länder des westlichen Balkans sowie die Länder der
10 Östlichen Partnerschaft.

Die in der Studie untersuchten Herkunftsländer
unterscheiden sich beträchtlich hinsichtlich der
Anzahl hochqualifizierter Fachkräfte, die in ein
anderes Land abwandern. Aufgrund der Arbeit-
nehmerfreizügigkeit in den EU-Mitgliedsländern
15 und der zunehmenden temporären Migration ist
das Problem des Brain-Drain dort weniger aus-
geprägt. Hingegen sind die Länder des westlichen
Balkans und der Östlichen Partnerschaft weitaus
20 stärker betroffen. So wird geschätzt, dass Albanien
seit Anfang der 1990er Jahre 50 % seiner Fachkräf-
te aus dem Hochschul- und Forschungsbereich an
das Ausland verloren hat. Aufgrund der Mobi-
litätsbeschränkungen tendieren diese Migranten

25 dazu, dauerhaft auszuwandern, oder zumindest
weniger häufig zu zirkulieren.

Die negativen Auswirkungen der Abwande-
rung von Fachkräften zeigen sich besonders deut-
lich im Gesundheitssektor. Die Abwanderung von
Gesundheitspersonal ist vergleichsweise hoch und
30 stellt für viele Länder ein Problem dar. Betroffen
sind hier insbesondere einige EU-Mitgliedsländer
(Baltikum, Polen, Rumänien) sowie die Länder
des westlichen Balkans. Die Länderberichte wei-
sen darauf hin, dass die Mobilität in den Gesund-
heitsberufen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit
der nationalen Gesundheitssysteme hat, wobei
es hauptsächlich Engpässe bei spezialisierten Ge-
sundheitsberufen und bei der Versorgung in länd-
lichen Regionen gibt.

Das Phänomen »Care-Drain« beschreibt Be-
treuungsengpässe, die entstehen, wenn etwa Müt-
ter aus Ländern wie der Ukraine oder Moldawien
auswandern, um die Versorgungslücke in EU-
Ländern zu schließen, und die Betreuung ihrer
45 Familienmitglieder anderen überlassen müssen.
Schätzungen zufolge gibt es heute allein in der EU
etwa 500.000 Kinder, die von einem oder beiden

Elternteilen aufgrund einer Erwerbstätigkeit im Ausland zurückgelassen wurden. Gleichzeitig ist in manchen Regionen mit hoher Abwanderung der Anteil der älteren Bevölkerung spürbar angestiegen. Durch solche Abwanderungsbewegungen entstehen Betreuungslücken, die in vielen Fällen weder von Familienangehörigen noch durch das ohnehin unzureichende Angebot an informellen Pflegenetzwerken und formalen Pflegediensten auf kommunaler Ebene aufgefangen werden können. Um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Entsende- und Empfängerländer zu schaffen, könnten bilaterale Abkommen geschlossen wer-

den. Darin könnten die Rekrutierung bestimmter Fachkräfte sowie Ausgleichsmaßnahmen für die Entsendeländer vereinbart werden. Möglich sind etwa Personalaustauschprogramme, die Übernahme von Kosten für die Ausbildung zusätzlichen Personals oder die Anwerbung für einen festgelegten Zeitraum, kombiniert mit Fortbildungsmaßnahmen vor der Rückkehr in das Herkunftsland.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: »Mittel- und Osteuropa: Folgen der Auswanderung« (<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newletter/154192/mittel-und-osteuropa-folgen-der-auswanderung>). Die Autorin Birgit Garbe-Emden war an der Erstellung der beschriebenen Studie beteiligt und hat dieser gekürzten Version des Textes zugestimmt.

ARBEITSVORSCHLÄGE

9. Lesen Sie das Interview M10 für sich alleine.
10. Versuchen Sie – über die Kugellager-Methode – folgende Fragen zu beantworten:
 - Wer hat besonderes Interesse an einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und warum?

- Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz kann als Ausdruck des aktuellen Migrationsregimes in Deutschland begriffen werden. Was bedeutet das?
- Welche konkreten Folgen hat das aktuelle Migrationsregime für Menschen? _____

KUGELLAGER/ ZWIEBEL

Die Methode dient dazu, den Austausch, die Kommunikation und Diskussion zu einem Thema als anregende Alternative zur traditionellen Paararbeit zu gestalten. Durch das Rotationsprinzip (s. u.) gelingt es, sich unkompliziert in verschiedenen Paarkonstellationen zum Thema austauschen zu können und damit bestenfalls tiefgehende Ergebnisse zu erzielen.

Teilen Sie sich dazu in zwei Gruppen auf. Die erste Gruppe bleibt an ihren Tischen sitzen, die Personen der zweiten Gruppe setzen (oder stellen) sich den Personen aus der ersten Gruppe ge-

genüber, sodass jeder eine_n Partner_in hat. Tauschen Sie sich zu dem Text, den sie vorher gelesen haben aus und stellen Sie sich gegenseitig Ihre Antworten oder Gedanken dazu vor. Nach ca. 3 Minuten setzen (stellen) sich die Personen der zweiten Gruppe auf den Platz rechts (oder links) neben sich. So haben alle eine_n neue_n Partner_in. Das Spiel beginnt von vorne: in drei Minuten stellen sich die Paare gegenseitig ihre Antworten und das neu Dazugewonne aus dem Gespräch davor vor. Spätestens wenn alle miteinander zum Thema gesprochen haben, werden die Ergebnisse in der gesamten Gruppe zusammengetragen.

M10 Wie Migration stattfindet ist das
Resultat gesellschaftlicher Kämpfe

Interview mit Fabian Georgi

1 Sie untersuchen Migrationsregime, was bedeutet das?

Früher wurde Migration als ein geordnetes System betrachtet, das »von Oben« durch die Politik gesteuert wird. Der Begriff Migrationsregime oder auch Grenzregime verdeutlicht dagegen, dass es relativ offen ist, wie Migration abläuft. Wie Migration stattfindet, wie sie reguliert und gesteuert wird oder auch nicht, das ist Resultat gesellschaftlicher Kämpfe. Es verhandeln, streiten, kämpfen viele verschiedene Akteure über die Regulation von Migration: Das sind zum einen staatliche Stellen wie die Regierung, Ministerien, Behörden wie die Polizei. Es sind aber auch Akteure wie Gewerkschaften, NGOs, soziale Bewegungen, Unternehmerverbände oder Unternehmen, die Migrant_innen als Arbeitskräfte wollen. Und es sind ganz zentral auch die Migrationsbewegungen selbst. Sie alle sind Teil der Kämpfe und Teil der Kräfteverhältnisse, die ein Migrationsregime ausmachen.

2 Wie lässt sich das aktuelle Migrationsregime beschreiben?

Seit Mitte-Ende der 1990er-Jahre dominiert ein politisches Projekt, das als »Migrationsmanagement« bezeichnet werden kann. Geleitet wird es von Unternehmen, Kapitalverbänden und neoliberalen Expert_innen, die fast alle Politikbereiche, darunter auch die Migrationspolitik, den Effizienzkriterien des Marktes unterordnen wollen. Aber diese Kräfte haben verstanden, dass es für sie sehr schwierig ist, ihre ökonomistische Logik ungebrochen durchzusetzen. Zum einen sagen Kräfte aus der gesellschaftlichen Linken: Nein, es muss auch um humanitäre Kriterien und um Gerechtigkeit gehen. Zum anderen sagen Kräfte auf der rechten Seite: Wir wollen gar keine Einwanderung. Das Projekt des Migrationsmanagements formuliert einen Kompromiss: Unerwünschte Migration wird als gefährlich angesehen, Fluchtmigration wird stark kontrolliert und zu verhindern versucht. Die Hoffnung ist dabei: Wenn der Staat den rechten Kräften zeigen kann, dass die unerwünschte Migration unter Kontrolle ist und wirklich reduziert wird, dann werden diese Wählerschaften die Einwanderung von Wenigen, »wirtschaftlich wirklich Nützlichen« akzeptieren.

3 Gilt das bis heute?

Dieses Projekt wird von den meisten mächtigen Akteuren, politischen Parteien, Ministerien unterstützt. Die Umsetzung ist aber sehr uneinheitlich und oft auch vom Scheitern geprägt. In der ersten Hälfte der 2010er-Jahre gab es Zugeständnisse an eher linksliberale Kräfte. Bestimmte

neoliberale Akteure haben gesehen, dass sie mit ihrer Abwehrhetorik nicht erfolgreich darin sind, die migrationskritische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Migration unter Kontrolle ist. Diese harte Rhetorik der Abschottung hat die Leute eher noch unsicherer gemacht. Daher haben sie zu einer positiven Rhetorik gewechselt, zur Rede von Menschenrechten und von den Vorteilen von Migration. So wurden unter anderem die Residenzpflicht und die Arbeitsverbote für Asylsuchende gelockert.

Dann kam 2015 der Sommer der Migration. Das war für das rechte Lager zuerst eine völlige Niederlage. Die wollten ja gar keine Einwanderung und auf einmal kommen innerhalb eines Jahres eine Million Menschen und finden hier Schutz, Sicherheit und Perspektiven. Das hat die Rechten aber auch politisch mobilisiert und dadurch verschiebt sich die Balance des Migrationsmanagements wieder in eine repressivere Richtung.

Das zeigt sich am eindrucklichsten an den europäischen Außengrenzen, vor allem an der Kooperation mit Milizen in Libyen, die europäisches Geld, Waffen und Schiffe bekommen und ein System von furchtbaren Lagern betreiben in denen Folter, Vergewaltigungen und Morde passieren. Dazu kommt das Unterlassen von Seenotrettungen durch staatliche Boote im Mittelmeer und mehr noch, die aktive Bekämpfung von zivilen oder privaten Seenotrettungsmissionen, also eine Politik des Sterbenlassens.

4 Wie beurteilen Sie in dem Zusammenhang das Fachkräfteeinwanderungsgesetz?

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist ein Zeichen dafür, dass in Migrationsregimen eben verschiedene Kräfte mit unterschiedlichen Interessen und Zielen miteinander kämpfen. Die Kräfte, die an Abschottung interessiert sind, setzten sich bei der Kooperation mit Libyen und der Bekämpfung von Seenotrettung durch. Beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben sich dagegen Stimmen aus der Unternehmerschaft und dem neoliberalen Expertentum durchgesetzt. Sie denken, dass die Einwanderung vor allem von hochqualifizierten Menschen wirtschaftlich nützlich ist.

Letztlich hängen beide Politiken in unterschiedlicher Weise mit dem Kapitalismus zusammen. Die Abschottung gegen Menschen, die vor Kriegen, Klimawandel oder ökonomischer Not fliehen, soll unsere privilegierte Lebensweise hier sichern. Gleichzeitig braucht der Kapitalismus, historisch wie heute, die Mobilität von Arbeitskräften. ■ Fabian Georgi ist Politologe an der Universität Marburg und aktiv im Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung.

Migration in volkswirtschaftlicher Perspektive

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Vergleichen Sie M1 und M2 mit Hilfe der Tabelle M3.
2. Bilden Sie (mit Hilfe der Lose) die drei Interessengruppen Gewerkschaft, Arbeitgeber und Flüchtlingsrat. Entwickeln Sie aus diesen Rollen eine kurze Stellungnahme zu den beiden Expertenpapieren. Welchen Empfehlungen sollte die Bundesregierung folgen und welchen nicht?
3. Vergleichen Sie mit Hilfe der Tabelle M3 die tatsächliche Entwicklung des Jahres 2016 (M4) mit den Empfehlungen der Experten.
4. Lesen Sie M5 und diskutieren Sie das vorgeschlagene Rucksackmodell. Nehmen Sie dabei auch auf Argumente und Positionen aus M1, M2 und M4 Bezug.

M1 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

- 1 Fast 60 Millionen Menschen sind in dieser Zeit auf der Flucht. [...] Jetzt geht es darum, direkte Hilfe zu gewähren und dazu die erforderlichen politischen und strukturellen Bedingungen in allen zentralen Politikfeldern zu schaffen. Gleichzeitig gilt es neue Wege einzuschlagen, um die Ursachen von Krieg und Elend auf der Welt zu bekämpfen. [...]
- Die Herausforderung, weit über eine Million Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, trifft [...] auf einen personell ausgezeherten öffentlichen Sektor. [...] Gemessen an der Stellenstärke von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre beschäftigen Kommunen heute auf 1.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner über sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger.
- [...] Die Zuwanderung von Flüchtlingen trifft auf einen sich durchaus erholenden Arbeitsmarkt [...], aber es bleibt eine große Gruppe von Menschen, die eine Perspektive braucht. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen) betrug 7,1 Prozent. [...]
- Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass ohne weitere Maßnahmen die Flüchtlinge zu einem erheblichen Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt führen werden. Vor allem der Ausbau des prekären Sektors mit »billigen« Flüchtlingen muss verhindert werden. Der Mindestlohn muss uneingeschränkt auch für Flüchtlinge gelten.
- 30 Wichtig sind die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen: Zunächst einmal sorgen alle Ausgaben für die Flüchtlinge und für Integrationsmaßnahmen unmittelbar zu einer Erhöhung der Konsumnachfrage und der Bauinvestitionen. Dies führt zu positiven Beschäftigungs- und Wachstumseffekten. In diesem Sinne wirkt die Aufnahme von Flüchtlingen wie ein klassisches Konjunkturprogramm. [...]
- Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik erwartet für die Integrationsmaßnahmen von Flüchtlingen im weiteren Sinne (d. h. nicht nur für Unterbringung und Verpflegung, sondern auch für die Qualifizierung, die allgemeine Verwaltung, die Gesundheitsversorgung etc.) zusätzliche Ausgaben des Staates von 25 bis 35 Milliarden Euro jährlich. [...]
- Die Rückkehr zu einem leistungsfähigen Sozialstaat [...] erfordert auch finanzielle Aufwendungen für die Verbesserung der Personalausstattung des öffentlichen Dienstes vor allem für die Bereiche Bildung und Pflege. [...]
- Kurzfristig kann auf eine Nutzung der öffentlichen Kreditaufnahme nicht verzichtet werden. Denn Selbstfinanzierungseffekte und die Generierung von Steuermehreinnahmen durch eine andere Steuerpolitik wirken erst mit zeitlicher Verzögerung. ■ Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, MEMORANDUM 2016, Kurzfassung.

M2 Wirtschaftsweise

- 1 Aus Sicht des Sachverständigenrates hat die Bundesregierung die gute ökonomische Entwicklung der vergangenen Jahre nicht ausreichend für Reformen genutzt. Einige Maßnahmen der Bundesregierung wie die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns und das Renten-

paket könnten die Wirtschaftsentwicklung sogar schwächen. In den kommenden Jahren sollte sich die Wirtschaftspolitik stärker an der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft orientieren.

Der Arbeitsmarkt hat sich weiterhin erfreulich entwickelt. Herausforderungen bleiben die verfestigte Arbeitslosigkeit, die geringe Lohnmobilität sowie die Integration neuer Arbeitskräfte. Zur Behebung dieser Probleme dürfte der Niedriglohnssektor der Dreh- und Angelpunkt sein, dessen Aufnahmefähigkeit gestärkt werden sollte, statt diese durch eine weitere Verschärfung der Regulierung einzuschränken.

Die Zugänge von Asylsuchenden sind in diesem Jahr stark zurückgegangen. Angesichts des langfristigen weiterhin zu erwartenden Migrationsdrucks sollte die Politik ihre Aufmerksamkeit auf die Fluchtursachenbekämpfung, klare europäische Regeln zur Migration und einen effektiven Schutz der Außengrenzen richten. Die zusätzlichen direkten Ausgaben für Flüchtlinge sind für Deutschland weiterhin tragbar. Entscheidend für die langfristigen Kosten der Flüchtlingsmigration ist vor allem die Arbeitsmarktintegration.

Daher sollte die Bundesregierung der Förderung von Qualifikation und Bildung eine hohe Priorität einräumen. Neben Sprach- und Integrationskursen sollten teilqualifizierende Ausbildungen zum Einsatz kommen. Außerdem kommt der frühkindlichen und schulischen Bildung eine große Bedeutung zu. Für die Integration ist ein flexibler Arbeitsmarkt mit geringen Einstiegschürden wesentlich.

Die gute Konjunktur führt derzeit zu hohen Steuer- und Beitragseinnahmen. Dadurch ergeben sich in den kommenden Jahren Haushaltsspielräume trotz der Mehrausgaben aufgrund der Flüchtlingsmigration und eines höheren Staatskonsums. Mehrausgaben des Staates zur Konjunkturförderung sind derzeit nicht angebracht. Die Finanzpolitik ist bereits prozyklisch.

Zusätzliche öffentliche Investitionen lassen sich durch Kürzungen bei den konsumtiven Ausgaben finanzieren. [...] Die Herausforderungen der Zukunft geben Anlass, die Schuldenquote weiter zurückzuführen, damit Deutschland seiner Rolle als Stabilitätsanker im Euro-Raum gerecht werden kann. ■ Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2016/17.

REQUISITEN LOSE ZUM EINTEILEN DER GRUPPEN

<p>Gewerkschaft</p> <p>Ihr setzt euch für die Interessen von Arbeiter_innen, Angestellten und Arbeitslosen ein. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>	<p>Arbeitgeberverband</p> <p>Ihr setzt euch für die Interessen von Unternehmen ein. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>	<p>Flüchtlingsrat</p> <p>Ihr setzt euch dafür ein, die Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen zu verbessern. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>
<p>Gewerkschaft</p> <p>Ihr setzt euch für die Interessen von Arbeiter_innen, Angestellten und Arbeitslosen ein. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>	<p>Arbeitgeberverband</p> <p>Ihr setzt euch für die Interessen von Unternehmen ein. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>	<p>Flüchtlingsrat</p> <p>Ihr setzt euch dafür ein, die Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen zu verbessern. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>
<p>Gewerkschaft</p> <p>Ihr setzt euch für die Interessen von Arbeiter_innen, Angestellten und Arbeitslosen ein. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>	<p>Arbeitgeberverband</p> <p>Ihr setzt euch für die Interessen von Unternehmen ein. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>	<p>Flüchtlingsrat</p> <p>Ihr setzt euch dafür ein, die Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen zu verbessern. Überlegt, welche vorgeschlagenen Regeln in eurem Sinne sind.</p>

M3 Tabelle

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (M1)	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (M2)	Bericht aus dem Tagesspiegel (M4)
Aussagen zu Flucht und Fluchtursachen		
Staatsausgaben und ihre Finanzierung		
Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik		
Was erscheint Ihnen sonst bemerkenswert?		

M4 Flüchtlingskosten

1 Das Bundesfinanzministerium hat am Freitag die
 2 »asylbedingten Kosten«, die der Bundeshaushalt
 3 zu tragen hat, für die Jahre 2016 und 2017 bezif-
 4 fert: Demnach rechnet Finanzminister Wolfgang
 5 Schäuble (CDU) mit Ausgaben von insgesamt 43
 6 Milliarden Euro. Für das vorige Jahr beläuft sich
 7 die Schätzung der Ausgaben auf 21,7 Milliarden
 8 Euro. In diesem Jahr wird mit Ausgaben in Höhe
 9 von 21,3 Milliarden Euro gerechnet.

10 Freilich sind das nicht die Kosten, die dem
 11 Bund durch die Flüchtlinge entstehen, die nach
 12 Deutschland gekommen sind. [...] In der Be-
 13 rechnung taucht im aktuellen Monatsbericht des
 14 Finanzministeriums [...] ein Kostenblock »Fluch-
 15 tursachenbekämpfung« auf. In ihm sind Ausgaben
 16 zusammengefasst, die Deutschland für »flucht-
 17 und migrationsrelevante Maßnahmen weltweit«
 18 leistet [...]. Insgesamt setzt das Finanzministerium
 19 für die beiden Jahre hier 14,3 Milliarden Euro an –
 20 immerhin ein Drittel der Gesamtsumme. Dazu
 21 gehören zum Beispiel 428 Millionen Euro, die die
 22 Bundesregierung als finanzielle Unterstützung an
 23 die Türkei zahlt, um die Aufnahme von Flüchtlin-
 24 gen dort zu unterstützen. [...]

25 Die »asylbedingten Kosten« des Bundes im In-
 26 land machen insgesamt 28,7 Milliarden Euro aus.
 27 Der größte Posten dabei ist mit zusammen 16,2
 28 Milliarden Euro die unmittelbare Entlastung von

29 Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskos-
 30 ten. [...] Für 2017 fällt diese Summe angesichts
 31 der deutlich verringerten Flüchtlingszahlen – für
 32 2016 wird die Zahl der Asylsuchenden mit 280000
 33 beziffert – mit 1,16 Milliarden Euro deutlich ge-
 34 ringer aus.

35 Die weiteren Belastungen des Bundes durch die
 36 Flüchtlinge im Inland rühren aus dem Asylver-
 37 fahren (2,7 Milliarden Euro), der Integration (5,3
 38 Milliarden Euro) und den Sozialleistungen für an-
 39 erkannte Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge
 40 (4,4 Milliarden Euro). Dank der guten Steuer-
 41 einnahmen konnte der Bund diese Last meistern
 42 und kam dennoch auf einen Überschuss. Zu den
 43 Steuermehreinnahmen trugen auch die Ausga-
 44 ben für Flüchtlinge bei. Der Konjunkturperte
 45 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
 46 (DIW), Ferdinand Fichtner, sagte der Nachrich-
 47 tenagentur Reuters: »Man kann das auch als ein
 48 riesiges Konjunkturprogramm bezeichnen.« Ein
 49 sehr großer Teil des Geldes sei über die Ausgaben
 50 von Flüchtlingen für Lebensmittel und anderes,
 51 später über Mietzahlungen oder wegen Bau-
 52 Investitionen in die Wirtschaft geflossen. »Das
 53 dürfte für über 90 Prozent der Bundesausgaben
 54 gelten«, sagte der Ökonom. ■ Quelle: © Albert Funk und Ulrike
 55 Scheffer in *Der Tagesspiegel* vom 27.01.2017.



Attac-Aktivist_innen demonstrieren 2018 in Köln für sichere Fluchtwege.
 Foto: © Herbert Sauerwein

M5 Migration anders denken

1 Was, wenn wir, statt »Fluchtwellen« als Bedro-
 . hung zu thematisieren, Migration als Türöffner
 . für gleiche Lebens- und Entwicklungschancen für
 . alle begriffen, als Chance auf radikale Demokra-
 5 tisierung unserer Gesellschaften? Wenn wir Inte-
 . grationspolitik nicht als gnädige Geste gegenüber
 . Einwanderern, sondern als umfassende Antwort
 . auf gesamtgesellschaftliche Prozesse von Spaltung
 . (der Arbeiterklasse), Polarisierung (der Debatte)
 10 und Zerfall (ganzer Ortschaften) verstünden?
 . Wenn Zuwanderung beispielsweise konstitutiv an
 . öffentliche Investitionen gekoppelt wäre? Bildlich
 . gesprochen: Was, wenn jede Person, die in die
 . EU einwandert, im Rucksack einen zweckge-
 15 bundenen Betrag an öffentlichen Mitteln in das
 . Land mitbrächte, in dem sie kurzfristig Schutz
 . suchen oder sich langfristig ansiedeln möchte? Ein
 . Rucksack als individuelle Starthilfe plus sozialer
 . Investition in die Kommune? Was, wenn anstelle
 20 struktureller Finanzierungslücken infolge nicht
 . planbarer Migrationsbewegungen umgekehrt die
 . Budgets den Fußstapfen jedes Einzelnen folgen
 . müssten? Das Prinzip: Wo viele hinziehen, fließt
 . mehr Geld hin. [...]

25 **Investitionsrucksack: wofür?**

. Mit dem Investitionsrucksack ließen sich Sozi-
 . alleistungen, Sprachkurse sowie Bildungs- und
 . Qualifizierungsmaßnahmen für die neuen Mit-
 30 bürger_innen finanzieren, ebenso wie hierfür not-
 . wendige Stellen, Wohnungen oder kommunale
 . Infrastruktur: ärztliche Versorgung, Kitas und
 . Schulen, Mobilität, digitale Ausstattung, ökologi-
 . sche Modellprojekte.

35 Es gälte das Prinzip der doppelten Ausstattung:
 . Die personen- und zweckgebundenen Mittel aus
 . dem Rucksack eines jeden Migranten, einer jeden
 . Migrantin, würden über die anfänglichen Kos-

. ten für die Aufnahme hinausgehen. Sie wären zu
 40 ergänzen durch Mittel für ohnehin notwendige
 . öffentliche Investitionen – beispielsweise, um ab-
 . gehängte Regionen für potenzielle Neuansiedlung
 . überhaupt erst attraktiv zu machen. Oder um den
 . Handlungsspielraum der Kommunen insgesamt
 45 zu erweitern. So könnten sozial-ökologisch pro-
 . duzierende lokale Ökonomien gestärkt werden,
 . auch ansässige Bevölkerungen profitierten von
 . der Belebung. Schließungsbedrohte Schulen und
 . Kitas in strukturschwachen Gegenden bekämen
 50 neuen Nachwuchs und könnten ihr Personal auf-
 . stocken, zu guten Arbeitsbedingungen und an-
 . ständigen Löhnen. [...]

55 **Und wie finanziert sich das, wer soll das bezahlen?**

. Reiche und Vermögende. Sie profitieren am meis-
 . ten von den globalen Ungleichheiten, haben aus
 . der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff. Profite
 . geschlagen und entziehen sich ihren finanziellen
 60 Verpflichtungen nicht selten durch Steuerdum-
 . ping. Das oben erwähnte Konzept der Flucht-
 . Umlage schlägt eine Vermögensabgabe vor. Diese
 . müsste europaweit vereinheitlicht und jährlich
 . erhoben werden, um konstant fließende Mittel zu
 65 sichern. Dafür wäre ein EU-weiter Fonds einzu-
 . richten. Die konsequente Besteuerung von hohen
 . Einkommen und großen Erbschaften sowie von
 . Finanztransaktionen ist eine weitere denkbare
 . Quelle der Finanzierung. Wenngleich die Ein-
 70 nahmen aus diesen Steuern – rechtlich betrachtet
 . – unterschiedlichen staatlichen Ebenen zustünden,
 . flössen die ausgezahlten Mittel überwiegend in
 . die Kommunen. Das wäre eine politische Ge-
 . staltungsentscheidung. ■ Quelle: Anne Steckner, »...wohin die

Reise geht«. Öffentliche Investitionen im Gepäck: das Rucksack-Modell, in www.zeitschrift-luxemburg.de 11/2018 (CC BY NC SA).

*Prekäre
Arbeitsverhältnisse*



Wie möchte ich später arbeiten?
Wie haben sich Arbeitsverhältnisse geschichtlich entwickelt?
Was ist ein Tarifvertrag und was ist ein Betriebsrat?
Wie funktioniert Arbeitsmarktpolitik?

Inhalt

Einführung

III.1 **Aktivität: Bildimpuls Arbeitswelt**

III.2 **Arbeitsblatt: Was ist der Sinn von Arbeit?**

- Methode: Standogramm
- M1: Sinn von Arbeit (Friedericke Harding)

III.3 **Aktivität: Zeitstrahl zum Thema Arbeit**

- Methode: Zeitstrahl

III.4 **Infoblatt: Prekäre Arbeit**

III.5 **Arbeitsblatt: Prekäre Arbeit**

- M1: Erfahrungsbericht Fahrradkurier (www.magazin-mitbestimmung.de)
- M2: Erfahrungsbericht Schauspielerin (Deutschlandfunk)
- M3: Erfahrungsbericht Zimmermädchen (Attac-Interview)
- M4: Erfahrungsbericht Amazon-Beschäftigter (Frankfurter Rundschau)
- M5: Diagramm Verstöße gegen den gesetzlichen Mindestlohn (WSI Policy Brief 01/2017)
- M6: Diagramm Zunahme von Leiharbeit (Bundesagentur für Arbeit)
- M7: Diagramm Rückgang von Vollzeitjobs (Statistisches Bundesamt)
- M8: Prekäre Entlohnung (IAQ-Report 6/2018)

III.6 **Arbeitsblatt: Widerstand gegen Ausbeutung**

- M1: Video – Was ist eine Gewerkschaft? (IG Metall)
- M2: Video – Betriebliche Mitbestimmung (Hans-Böckler-Stiftung)
- M3: Mitbestimmung von Arbeitnehmer_innen (Autor_innentext)
- M4: Video – Dachverband der Kuriere gegründet (labournet.tv)
- M5: Checkliste Aktionsplanung (Attac)
- M6: Abschaffung des Lohnsystems (Autor_innentext)

III.7 **Arbeitsblatt: Arbeitsmarktpolitik**

- M1: Arbeitsmarkttheorien (Autor_innentext)
- M2: Memorandum 2017 (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik)
- M3: Die industriellen Reservearmee (Michael Heinrich)
- M4: Leiharbeit in Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autor_innentext

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden



Interviews – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

Die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt können sicherlich nicht als Sklaverei im engeren Sinne bezeichnet werden. Doch in manchem Arbeitsverhältnis fühlt es sich für die Erwerbstätigen durchaus ähnlich an. So beklagt eine Frau, die als Reinigungskraft in einem Hotel arbeitet, im Interview, dass sie derart ausgebeutet wird, dass sie sich wie eine Sklavin fühlt (siehe M3 in Arbeitsblatt III.5). Formal werden die gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeitszeit und zum Mindestlohn zwar eingehalten, sie hat aufgrund der Vorgaben des Arbeitgebers aber faktisch eine Sechstage-Woche, in der sie 12 bis 13 Stunden arbeitet. Dabei kommt sie auf einen Stundenlohn von nur vier bis fünf Euro. Eine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, sieht sie nicht und mit den deutschen Gewerkschaften ist sie als Immigrantin bisher auch nicht in Kontakt gekommen.

Dies ist ein drastisches Beispiel für Tendenzen, die in den vergangenen Jahren zu beobachten waren. Die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen ist massiv vorangeschritten. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis – also eine unbefristete und existenzsichernde Vollzeitstelle – ist seit Jahren auf dem Rückzug. Dahinter verbirgt sich zwar zum Teil eine von den Erwerbstätigen gewünschte Zunahme von Teilzeitarbeit, aber eben auch ungewollte Teilzeit, Leiharbeit und befristete Arbeit. Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse ist auf über eine Million gestiegen. Trotz der Einführung eines Mindestlohns im Jahr 2015 arbeiten rund 23 Prozent der Erwerbstätigen im Niedriglohnssektor, das heißt mit einem Lohn, der geringer ist als Zweidrittel der mittleren Lohnhöhe (Medianlohn). Zudem wird der Mindestlohn durch Vorgaben wie im obigen Beispiel, durch Werkverträge und ähnliche Tricks oft unterlaufen.

Diese Trends sind nicht zuletzt der Arbeitsmarktpolitik um die Jahrtausendwende geschuldet, die an den Vorgaben der neoklassischen Wirtschaftstheorie orientiert war, sprich an der

Deregulierung des Arbeitsmarktes (Befristungen, Leiharbeit und so weiter), der Kürzung von Sozialleistungen (Stichwort »Hartz IV«) und der Senkung von Lohnkosten (Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung). Seither wurden zwar wieder einige Regulierungen eingeführt, wie der Mindestlohn oder die Wiederkehr der Überlassungshöchstdauer bei der Leiharbeit. Eine große Trendwende ist aber nicht zu erkennen.

Ob als Reinigungskraft, als Fahrradkurier_in, Packer_in im Versandhandel oder als Schauspieler_in – viele Menschen arbeiten heutzutage in prekären, also nicht dauerhaft existenzsichernden Verhältnissen. Doch in jüngster Zeit beginnen wieder mehr von ihnen sich dagegen zu wehren, sie schließen sich in unabhängigen Initiativen zusammen, werden Gewerkschaftsmitglied, streiten für Tarifverträge und gründen Betriebsräte. Denn auch die fehlende Gegenwehr der Beschäftigten hat zur Zunahme schlechter Arbeitsbedingungen geführt.

Die Mitgliederzahl des Deutschen Gewerkschaftsbundes sank von über 9,5 Millionen Mitgliedern Anfang der 1990er-Jahre auf knapp 6 Millionen im Jahr 2018. Die Tarifbindung der Beschäftigten ging in den vergangenen 20 Jahren in Westdeutschland von 76 auf 57 Prozent und in Ostdeutschland von 63 auf 44 Prozent zurück. Und die Anzahl von Arbeitsverhältnissen in einem Betrieb mit betrieblicher Mitbestimmung reduzierte sich in diesem Zeitraum, in Westdeutschland von 51 auf 42 Prozent und in Ostdeutschland von 43 auf 35 Prozent.

Angesichts dieser Tendenzen sollten die Lohnabhängigen von heute und morgen nicht nur überlegen, welche Berufswünsche sie haben, sondern auch, wie es um ihre Rechte in der Arbeitswelt bestellt ist und sie sollten beurteilen können, welche (Arbeitsmarkt-)Politiken welche Auswirkungen auf ihr Leben haben. ■

Zu den Elementen des Moduls

- Die **Aktivität III.1 (Bildimpuls Arbeitswelt)** kann auf zwei verschiedene Arten genutzt werden. Die achtzehn Bilder, die verschiedene Arbeitsverhältnisse zeigen, können für einen persönlichen Einstieg in das Thema Arbeitswelt genutzt werden, der von den Berufswünschen

und Zukunftsvorstellungen der Lernenden ausgeht. Der Impuls kann aber auch zur Thematisierung von Hierarchien und Diskriminierungen in der Arbeitswelt eingesetzt werden. In diesem Fall werden vorab zehn Bilder ausgewählt und fünfmal kopiert. Anschließend wird

die Lerngruppe in fünf Gruppen geteilt, welche die gleichen Bilder nach unterschiedlichen Kriterien in eine Reihenfolge bringen sollen. Die verschiedenen Kriterien sind der gesellschaftliche Nutzen, die Lohnhöhe, das Prestige, der Frauenanteil und der Anteil von Migrant_innen. Anschließend können die gesellschaftlichen Ursachen der unterschiedlichen Reihenfolgen diskutiert werden.

- In [Arbeitsblatt III.2 \(Was ist der Sinn von Arbeit?\)](#) wird zunächst vorgeschlagen, mit einem [Standogramm](#) zu beginnen, in dem die Haltungen in der Lerngruppe zum Thema Arbeit und Beruf deutlich werden. Die acht vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurden in Anlehnung an eine Untersuchung von Schüler_innen-Vorstellungen zum Thema Arbeit entwickelt und sollten die Lernenden insofern zu einer Positionierung anregen. Anschließend wird die Frage nach dem individuellen, aber auch dem gesellschaftlichen Sinn von Arbeit mit Text- und Schreibearbeit weitergeführt. Zunächst wird eine freie Schreibearbeit zu diesem Thema angeregt. Des Weiteren gibt es einen [Textauszug der Sozialwissenschaftlerin Friederike Harding \(M1\)](#), der anhand von Leitfragen bearbeitet werden kann.
- Die [Aktivität III.3 \(Zeitstrahl zum Thema Arbeit\)](#) lädt mittels der [Zeitstrahl-Methode](#) dazu ein, einen Blick auf die historische Entwicklung von Lohnarbeit in den letzten 150 Jahren zu werfen. Genauer betrachtet werden die Entwicklungen von Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungen in Deutschland sowie der ILO-Kernarbeitsnormen als internationalem Standard. Zudem werden die Entwicklungen von Arbeitsmigration und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung thematisiert.
- In [Infoblatt III.4 \(Prekäre Arbeit\)](#) werden zentrale Begriffe aus der Diskussion um die Entwicklung von Arbeitsverhältnissen kurz definiert. So unter anderem die Begriffe atypische Beschäftigung, Normalarbeitsverhältnis, Niedriglöhne und Tarifverträge. Das Infoblatt kann gut als zusätzliches Material zu den folgenden beiden Arbeitsblättern eingesetzt werden.
- In [Arbeitsblatt III.5 \(Prekäre Arbeit\)](#) werden prekäre Arbeitsverhältnisse anhand von persönlichen Beispielen beleuchtet. Dafür stehen Erfahrungsberichte von einem [Fahrradkurier \(M1\)](#), einer [Schauspielerin \(M2\)](#), einem [Zimmermädchen \(M3\)](#) und einem [Amazon-Beschäftigten \(M4\)](#) zur Verfügung. Diese können in Kleingruppen ar-

beitsteilig erschlossen und in Beziehung zu passenden Diagrammen gesetzt werden. Letztere thematisieren [Verstöße gegen den gesetzlichen Mindestlohn \(M5\)](#), die [Zunahme von Leiharbeit \(M6\)](#), den [Rückgang von Vollzeitjobs \(M7\)](#) und [prekäre Entlohnung \(M8\)](#). Abschließend können die Ergebnisse der Kleingruppen zusammengetragen und im Hinblick auf mögliche politische Schlussfolgerungen diskutiert werden.

- Das [Arbeitsblatt III.6 \(Widerstand gegen Ausbeutung\)](#) thematisiert zunächst die rechtlich garantierten Formen der Mitbestimmung von Arbeitnehmer_innen. Ausgangspunkt sind ein [Video der IG Metall zum Thema »Was ist eine Gewerkschaft?« \(M1\)](#) und ein weiteres [Video der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema »Betriebliche Mitbestimmung« \(M2\)](#). Es wird vorgeschlagen, dass jeweils die Hälfte der Lerngruppe ein Video und die dahinterstehenden Interessen analysiert. Anschließend können die Gruppen neu gemischt werden und sich jeweils über die bisherigen Ergebnisse austauschen. Unter Hinzuziehung eines [Autor_innentextes zum Thema Mitbestimmung von Arbeitnehmer_innen \(M3\)](#) können die Kleingruppen dann eine Präsentation zum Thema [»Wie können sich Arbeitnehmer_innen für ihre Interessen einsetzen?«](#) erstellen. Diese können abschließend in der Gesamtgruppe vergleichend diskutiert werden.

Im zweiten Teil kann das [Video »Dachverband der Kuriere gegründet« von labournet.tv \(M4\)](#) analysiert werden, in dem von einem internationalen Treffen von Fahrradkurieren berichtet wird, die sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen organisieren. Nach einer Analyse des Videos und einer persönlichen Beurteilung wird angeregt, dass sich die Lernenden in die Situation der Kuriere versetzen und mit Hilfe einer [Checkliste Aktionsplanung \(M5\)](#) eine Aktion konzipieren, mit der sie auf ihr Anliegen aufmerksam machen können. Den Abschluss des Arbeitsblattes bildet ein [Autor_innentext zu Karl Marx Forderung nach der »Abschaffung des Lohnsystems« \(M6\)](#). Dazu werden zunächst Zweiergespräche angeregt, es wird nach der Plausibilität der Position in der heutigen Zeit gefragt und schließlich wird das Schreiben eines kurzen Essays zur Frage [»Eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit?«](#) angeregt.

- In [Arbeitsblatt III.7 \(Arbeitsmarktpolitik\)](#) wird zunächst vorgeschlagen, dass die Lernenden aus einem [Autor_innentext zum Thema Arbeitsmarkttheorien \(M1\)](#) die Kernpunkte der neoklassischen und der keynesianischen Sicht auf den Arbeitsmarkt herausarbeiten. Anschließend können

sie analysieren, ob es sich bei einem *Auszug zum Thema Arbeitsmarkt aus dem Memorandum 2017 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (M2)* um eine neoklassische oder (zutreffend) um eine keynesianische Sicht handelt. Danach wird angeregt Kleingruppen zu bilden, die jeweils die Rolle einer Gewerkschaft oder die Rolle eines Arbeitgeberverbandes übernehmen. Aus diesen Positionen heraus sollen Stellungnahmen zum Thema Leiharbeit verfasst werden, die sich jeweils auf eine Arbeitsmarkttheorie stützen. In einem weiteren Schritt kann der *Text des Poli-*

tikwissenschaftlers Michael Heinrich zum Begriff der industriellen Reservearmee (M3) für einen Vergleich der theoretische Perspektive von Marx mit der neoklassischen und der keynesianischen Perspektive genutzt werden. Zum Abschluss wird vorgeschlagen, dass die Lernenden *Auszüge aus den Wahlprogrammen aller im Parlament vertretenen Parteien zur Bundestagswahl 2017 zum Thema Leiharbeit (M4)* analysieren und diskutieren, um schließlich einen Zeitungskommentar dazu zu verfassen. ■

Bildimpuls – Arbeitswelt

Beschreibung für Lehrende:

Der Bildimpuls kann auf zwei verschiedene Arten genutzt werden. Entweder werden die Bilder für einen persönlichen Einstieg in das Thema Arbeitswelt genutzt, der von den Berufswünschen und Zukunftsvorstellungen der Lernenden ausgeht. Oder der Impuls wird zur Thematisierung von Hierarchien und Diskriminierungen in der Arbeitswelt genutzt.

VARIANTE I – Persönlicher Einstieg:

Die Bilder werden (großkopiert und laminiert) ausgelegt und die Lernenden werden aufgefordert, sich ein Bild auszusuchen, das zu ihren Zukunftsvorstellungen (Leben und Arbeit in 15 Jahren) passt.

VARIANTE II – Hierarchien in der Arbeitswelt¹

- Vorab werden zehn Bilder von verschiedenen Arbeitsfeldern ausgewählt und fünfmal kopiert (Hausarbeit sollte in jedem Fall dabei sein).
- Die Lerngruppe wird in fünf Gruppen geteilt, die jeweils unterschiedliche Sortieraufträge bekommen (siehe Requisiten): Gesellschaftlicher Nutzen, Lohn, Prestige, Frauenanteil, Anteil

von Migrant_innen. Wichtig ist, dass die Gruppen jeweils nur den eigenen Auftrag kennen.

- Anschließend legen alle Gruppen ihre Plakate nebeneinander. Zunächst kann geraten werden, welchen Sortierauftrag die Gruppen jeweils hatten. Nach der Auflösung werden die gesellschaftlichen Grundlagen der Verteilungen diskutiert:
 - Gibt es Tätigkeiten, die unnötig sind? Welche gesellschaftlichen Konsequenzen hätte dies gegebenenfalls?
 - Welche Zusammenhänge gibt es zwischen dem Ansehen einer Arbeit und dem Anteil an Migrant_innen?
 - Welche Zusammenhänge gibt es zwischen der Höhe der Entlohnung und dem Frauenanteil?
 - Wie werden die Verteilungen gerechtfertigt?
 - Wie können diese Verteilungen verändert werden? Was können Gewerkschaften oder gesellschaftliche Initiativen tun?

¹ Diese Variante ist inspiriert durch die Aktivität »Wer macht welche Arbeit?« im Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit des DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. (www.baustein.dgb-bwt.de).

REQUISITEN AUFTRÄGE FÜR KLEINGRUPPEN

Gruppe 1 Überlegen Sie gemeinsam, wie wichtig die abgebildeten Arbeiten jeweils für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind. Kleben Sie die Bilder in einer entsprechenden Reihenfolge auf ein Plakat (oben die wichtigste, unten die unwichtigste Tätigkeit).

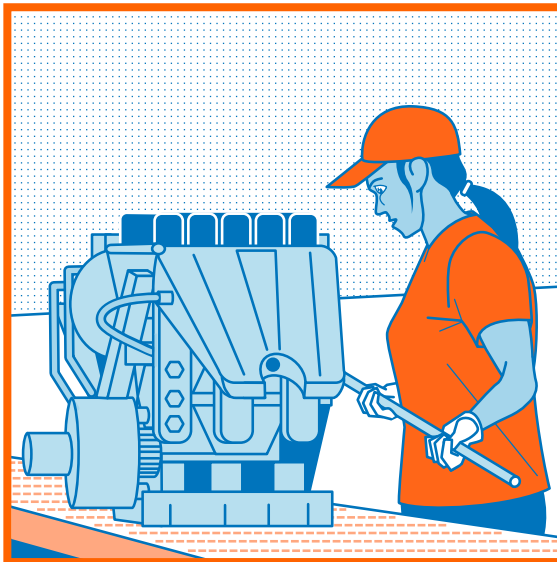
Gruppe 4 Überlegen Sie gemeinsam, welche der abgebildeten Arbeiten eher von Männern und welche eher von Frauen gemacht werden. Kleben Sie die Bilder in einer entsprechenden Reihenfolge auf ein Plakat (oben die Tätigkeiten mit hohem Frauenanteil).

Gruppe 2 Überlegen Sie gemeinsam, welche der abgebildeten Arbeiten am besten bezahlt werden. Kleben Sie die Bilder in einer entsprechenden Reihenfolge auf ein Plakat (oben die am besten, unten die am schlechtesten bezahlte Tätigkeit).

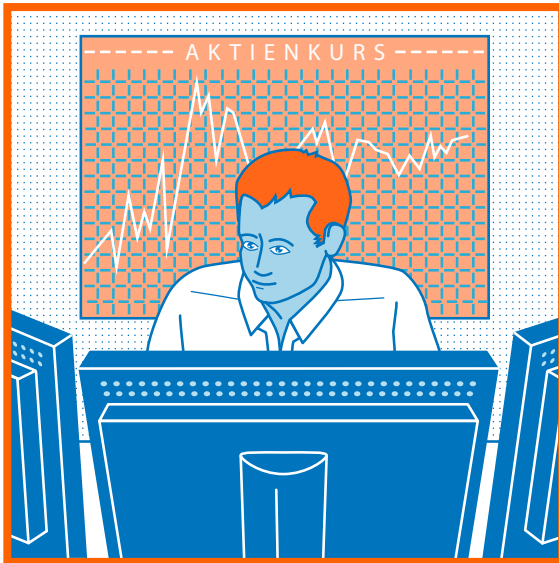
Gruppe 5 Überlegen Sie gemeinsam, welche der abgebildeten Arbeiten eher von Migrant_innen gemacht werden. Kleben Sie die Bilder in einer entsprechenden Reihenfolge auf ein Plakat (oben die Tätigkeiten mit hohem Anteil an Migrant_innen).

Gruppe 3 Überlegen Sie gemeinsam, wie angesehen die abgebildeten Arbeiten sind. Kleben Sie die Bilder in einer entsprechenden Reihenfolge auf ein Plakat (oben die am besten, unten die am schlechtesten angesehene Tätigkeit).

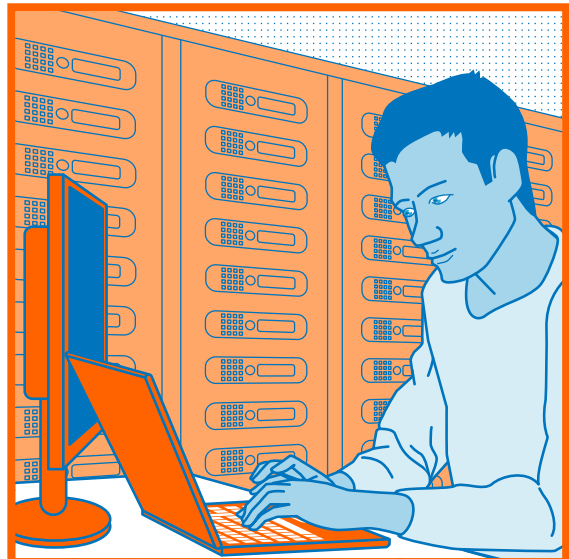
REQUISITEN BILDIMPULS ARBEITSWELT



REQUISITEN BILDIMPULS ARBEITSWELT



REQUISITEN BILDIMPULS ARBEITSWELT



Was ist der Sinn von Arbeit?

STANDOGRAMM

Ein Standogramm regt dazu an, eigene Standpunkte zu einem Thema zu reflektieren und andere Positionen dazu kennenzulernen. Es geht dabei um vorhandene Alltagskonzepte der Lernenden und nicht um die Frage »richtig oder falsch«. Die Methode eignet sich damit insbesondere zum Einstieg in neue Themenbereiche.

Nach einer kurzen Vorstellung des Ablaufs stellt die Lehrkraft eine Frage, zu der sie zuvor mehrere mögliche Antworten auf Zetteln oder

Plakaten im Raum verteilt hat. Die Teilnehmenden stellen sich zur der Antwortmöglichkeit, die für sie am besten passt. Anschließend werden einzelne Teilnehmende aus den verschiedenen Antwortgruppen gefragt, ob sie ihren Standpunkt erläutern möchten.

Abschließend werden die Eindrücke kurz besprochen. Dabei sollte die Lehrkraft nötigenfalls betonen, dass es zunächst um individuelle Meinungen, Erfahrungen oder Emotionen geht, die unterschiedlich sind und auch sein dürfen.

Die folgenden Aussagen eignen sich für ein Standogramm mit Jugendlichen zum Thema Lohnarbeit. Die Frage dazu lautet: »Wenn ihr an euren Beruf später denkt, was geht euch da durch den Kopf? Wie seht ihr den Job, was ist euch wichtig?« Dazu gibt es acht Antwortmöglichkeiten, von denen jeweils zwei Antworten ähnliche Aspekte betonen und die auch räumlich relativ nah beieinander liegen sollten. Die Antworten fokussieren jeweils auf unterschiedliche Aspekte: Zwang zur Arbeit, Statussicherung beziehungsweise -erwerb, Selbstverwirklichung oder eine pragmatische Haltung. Sie sind angelehnt an eine Untersuchung von Schüler_innen-Vorstellungen zum Thema Arbeit und sollten alle eingesetzt werden.

- *Ich bin froh, wenn ich einen Job kriege, mit dem ich über die Runden komme – aber eigentlich glaube ich nicht richtig dran.*
- *Im Kapitalismus bin ich halt gezwungen, irgendwas zu arbeiten, damit ich überhaupt was zu Fressen habe, ob ich will oder nicht.*
- *Ich will vor allem fette Kohle verdienen, ein bisschen Luxus gehört dazu, ich bin ja kein Loser.*
- *Ich will gut verdienen, damit es meiner Familie später gut geht, das bin ich auch meinen Eltern schuldig.*
- *Bei der Arbeit geht es nicht um Spaß, aber es darf auch keine Qual sein, mir ist eigentlich nur wichtig, dass ich gut verdiene.*
- *Ich werde schon irgendwie klarkommen mit Job finden und Geld verdienen.*
- *Ich will eine sinnvolle Arbeit, an der ich auch Spaß habe.*
- *Ich würde gerne eine Arbeit finden, die mich erfüllt, aber ich habe Angst, dass das nicht klappt.*

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Welchen Sinn hat Arbeit für Sie? Schreiben Sie dazu einen Text von ein bis zwei Seiten.
2. Lesen Sie M1 und klären Sie gemeinsam Verständnisfragen.
 - a. Fassen Sie den Text in eigenen Worten zusammen. Gehen Sie auf die folgenden Aspekte ein:
 - Was ist der gesellschaftliche Sinn von Arbeit?
 - Was bedeutet Prekarisierung von Arbeit?
 - Was ist mit »guter Arbeit« gemeint?
 - b. Nehmen Sie persönlich zum Thema Arbeit Stellung und gehen Sie auf mindestens zwei der folgenden Aspekte ein:

- Haben Sie schon einmal »informell« gearbeitet?
- Was könnten Sie persönlich für mehr gesellschaftliche Wertschätzung bei informellen Arbeiten tun?
- Welche der Punkte sind Ihnen beim Thema »gute Arbeit« besonders wichtig?
- Wie beurteilen Sie die Postwachstumsbewegung?
- Wie stellen Sie sich die Zukunft der Arbeitsgesellschaft vor? _____

M1 Die Suche nach dem Sinn von Arbeit

1 Wie wird Arbeit in Zukunft aussehen? Über die
 . Zukunft der Arbeit wird seit jeher intensiv disku-
 . tiert und spekuliert. [...] Hoffnungen, aber auch
 . Ängste charakterisierten diese Debatten, und es
 5 tauchten immer ähnliche Fragen im neuen Ge-
 . wand auf: Wird es noch genug Arbeit für alle ge-
 . ben? Wird die menschliche Arbeitskraft zusehends
 . durch automatisierte Prozesse ersetzt? Droht das
 . Ende der Arbeit [...] Oder bieten die Verände-
 10 rungen der Arbeit auch Chancen auf ein selbst-
 . bestimmteres, sinnvolleres, freieres und zeitlich
 . autonomeres Arbeiten? [...]

15 Kaum eine andere Metapher beschreibt die
 . Ambivalenzen der Arbeit eindrücklicher als das
 . vom Psychologen und Sozialwissenschaftler Kurt
 . Lewin geprägte Bild von den zwei Gesichtern der
 . Arbeit: Danach ist Arbeit einerseits Mühe, Zwang,
 . Mittel zum Zweck und noch kein eigentliches Le-
 . ben, andererseits ist Arbeit für den Menschen un-
 20 abdingbar, denn sie bietet ein Wirkungsfeld und
 . gibt dem Leben Sinn und Bedeutung. [...]

25 Erwerbsarbeit bietet gesellschaftliche Teilhabe,
 . soziale Anerkennung und strukturiert die Le-
 . bensentwürfe von Individuen. Doch die verschie-
 . denen Krisen der postfordistischen Arbeitswelt
 . sorgen aktuell dafür, dass diese Versprechen der
 . Erwerbsarbeit kaum mehr eingelöst werden: Mit
 . der Prekarisierung der Arbeit und der Auswei-
 . tung des Niedriglohnsektors spaltet sich die Ar-
 30 beitswelt zusehends in einen Bereich gut bezahlter
 . und sicherer Arbeit und einen anderen Bereich
 . mit unterfordernder, unsicherer und nicht-exis-
 . tenzsichernder Arbeit. Zudem sorgen Prozesse der
 . sozialen Beschleunigung dafür, dass sich in vielen
 35 Beschäftigungsfeldern die Arbeit enorm verdichtet
 . und es zu einem Anstieg von Zeit- und Leistungs-
 . druck kommt. [...]

40 Die Brisanz der Stresszunahme zeigt sich auch
 . daran, dass sich die Anzahl von Fehlzeiten durch
 . psychische Erkrankungen in den letzten Jahren
 . verdreifacht hat. [...]

45 Bemerkenswerterweise zeigen nun verschiede-
 . ne Befragungen, dass Beschäftigte in Deutschland
 . mehrheitlich einen Sinn in ihrer Arbeit erken-
 . nen können: Laut DGB-Index Gute Arbeit, der
 . jährlich das Arbeiterleben und auch das Erleben
 . sinnvoller Arbeit von abhängig Beschäftigten in
 . Deutschland erfragt, gaben 2016 etwa 81 Prozent
 . der Befragten an, einen Sinn in ihrer Arbeit zu
 50 sehen. [...]

55 Zuletzt findet sich im Kontext der Postwachs-
 . tumsbewegung ein neues Nachdenken über die
 . Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft. Charak-
 . teristisch ist hier der Wunsch nach einer nachhal-
 . tigen und ressourcenbewussten Arbeit, die sich
 . am individuellen Bedarf orientiert. Noch grund-
 . legender werden innerhalb dieser Bewegung auch
 . die eigenen Konsumvorstellungen kritisch reflek-
 . tiert und gemeinsame Formen des solidarischen
 60 Wirtschaftens erprobt. Die Sharing-Economy, die
 . Rückbesinnung auf das Selbermachen der Do-
 . it-yourself-Bewegung oder Urban-Gardening-
 . Projekte lassen sich als Ausdrucksformen neuer
 . Suchbewegungen nach anderen Formen des
 65 Wirtschaftens werten. [...]

70 Gute Arbeit steht als Leitbild sowohl für faire
 . Löhne als auch für sichere Beschäftigungsverhält-
 . nisse und für die Eindämmung von belastender
 . und einseitiger Arbeit. Aus der Arbeitsforschung
 . sind zudem die Faktoren einer gesundheitsför-
 . derlichen, guten Gestaltung von Arbeitsplätzen
 . bekannt: Dazu zählen ein Mindestmaß an Aufga-
 . benkomplexität, Autonomie, Entwicklungsmög-
 . lichkeiten, soziale Einbettung und Anerkennung.
 75 Nicht minder wichtig ist, die eigene Arbeit im
 . produktiven Zusammenhang zu sehen und nicht
 . ausschließlich mit fragmentierten Aufgabenan-
 . teilen betraut zu sein. All diese Faktoren tragen
 . zu einer Humanisierung der Arbeit bei, die trotz
 80 jahrzehntelanger Forderungen noch nicht hinrei-
 . chend realisiert ist. [...]

85 Informelle Arbeiten wie Nachbarschaftshilfe,
 . familiäre Sorge und Pflegearbeiten oder Selbst-
 . hilfe waren und sind für die Funktionsfähigkeit
 . der Normalarbeit unabdingbar. Doch mangelt es
 . nach wie vor an der Akzeptanz und Wertschät-
 . zung für solche Tätigkeiten. Dementsprechend
 . sind aktuell Antworten darauf zu finden, wie wir
 . gesellschaftlich als wichtig und nützlich erachtete
 90 Arbeiten wie Care-Arbeit aufwerten und anderen
 . Formen der Freiwilligenarbeit mehr Wertschät-
 . zung zukommen lassen können. Eine Möglich-
 . keit der Aufwertung könnte bereits dadurch gelin-
 . gen, dass über bessere zeitliche Verzahnungsmög-
 . lichkeiten unterschiedlicher Arbeitsformen nachge-
 . dacht wird. Aktuell finden sich bereits Konzepte
 . wie die Elternzeit oder die Arbeitsfreistellung für
 . die Pflege Angehöriger, die darauf zielen. ■ Quelle:

Friederike Hardering: Die Suche nach dem Sinn. Zur Zukunft der Arbeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26/2017, S. 4–10.

Zeitstrahl Arbeitswelt

ZEITSTRAHLMETHODE

Bei der Zeitstrahlmethode geht es darum, sich einen einleitenden Überblick über die zeitliche Abfolge mehrerer Ereignisse aus einem bestimmten Themenbereich zu verschaffen.

Dazu wird ein Zeitstrahl ausgelegt. Die Teilnehmenden erhalten Ereigniskarten (ohne zeitliche Zuordnung) und äußern Vermutungen, wo die Karten zeitlich einzuordnen sind. Dem Zeitstrahl werden nach und nach schätzend die Ereignisse von den Teilnehmenden zugeordnet.

Für die hier vorgeschlagenen Ereignisse zum Thema Arbeit wird empfohlen, den Zeitstrahl von 1800 bis 2019 auszulegen, im Abstand von 50 Jahren die Jahreszahl zu markieren (1800; 1850 usw.). Politische Großereignisse wie zum Beispiel die Märzrevolution 1848 können vorab eingetragen werden. Insgesamt gibt es fünf verschiedene Themenbereiche mit jeweils 5 Karten: Migration, Geschlecht, Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Arbeitsbedingungen und soziale Sicherungssysteme.

Auflösung

- | | |
|--|---|
| 1848 Märzrevolution in Deutschland | 1949 Laut DDR-Verfassung haben Mann und Frau das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit |
| 1871 Erste Anwerbung von (Berg-)Arbeitern aus Schlesien, Preußen, Posen | 1949 Tarifvertragsgesetz tritt in Kraft |
| 1873 Die Buchdrucker schließen den ersten Tarifvertrag ab | 1955 Erstes westdeutsches Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte mit Italien |
| 1883 Krankenversicherung als erste Sozialversicherung in Deutschland | 1957 ILO-Abkommen zur Abschaffung der Zwangsarbeit |
| 1889 Gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland | 1958 Westdeutsche Frauen bleiben gesetzlich an den Haushalt gebunden |
| 1913 3900 Studentinnen an deutschen Hochschulen, das sind 4,3 Prozent aller Studierenden | 1958 ILO-Abkommen zu Maßnahmen gegen Diskriminierung im Beruf |
| 1918 Gesetzlicher Achtstundentag in Deutschland | 1960 Westdeutsches Anwerbeabkommen mit Spanien |
| 1918 Novemberrevolution, Beginn der Weimarer Republik | 1961 Westdeutsches Anwerbeabkommen mit der Türkei |
| 1918 Stinnes-Legin Abkommen schafft die Grundlage für Tarifverhandlungen | 1961 Einführung der Sozialhilfe in Westdeutschland |
| 1919 Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wird gegründet | 1973 ILO-Abkommen zur Abschaffung der Kinderarbeit |
| 1919 Gründung des Völkerbundes | 1977 In Westdeutschland erhalten Frauen das uneingeschränkte Recht zu arbeiten |
| 1926 Sklavereiabkommen des Völkerbundes, zur Abschaffung der Sklaverei | 1977 Im Arbeitsgesetzbuch wird in Ostdeutschland die 5-Tage-Arbeitswoche eingeführt |
| 1927 Arbeitslosenversicherung in Deutschland eingeführt | 1980 Ostdeutsches Anwerbeabkommen mit Vietnam |
| 1945 Ende des Zweiten Weltkrieges, Gründung der Vereinten Nationen | 1980 Gesetz zur Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz |
| 1947 In Ostdeutschland wird die gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung für Arbeiter_innen und Angestellte gegründet | 1985 Vereinte Nationen beschließen Abschaffung von Frauendiskriminierung |
| 1949 Grundgesetz tritt in Kraft | 2005 Das Hartz-IV-Gesetz tritt in Kraft |
| 1949 Verfassung der DDR tritt in Kraft | 2012 Blue-Card für Hochqualifizierte aus Nicht-EU Ländern wird eingeführt |
| 1949 ILO-Abkommen zur Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen | 2015 Gesetzlicher Mindestlohn wird in Deutschland eingeführt |

REQUISITEN REIGNISKARTEN

Geschichtliche Eckdaten	Arbeitsmigration	Geschlechterverhältnis
<p>Märzrevolution in Deutschland: Wahlen und Einberufung liberaler Regierungen in Einzelstaaten</p>	<p>Erste Anwerbung von (Berg-)Arbeitern aus Schlesien, Preußen, Posen</p>	<p>3900 Studentinnen studieren an deutschen Hochschulen, das sind 4,3% aller Studierenden</p>
<p>Novemberrevolution: Beginn der Weimarer Republik (parlamentarische Demokratie, allgemeines und gleiches Wahlrecht, Wahlrecht für Frauen)</p>	<p>Westdeutschland wird als »Einwanderungs- land« bezeichnet: Unterzeichnung erstes Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte mit Italien</p>	<p>Westdeutsche Frauen bleiben an den Haushalt gebunden. Ein Gesetz schreibt fest: Die Frau führt den Haus- halt und darf nur arbeiten, wenn es damit vereinbar ist</p>
<p>Gründung des Völkerbundes</p>	<p>Anwerbeabkommen mit Spanien: 600 000 spanische Arbeitende kommen nach Westdeutschland</p>	<p>Westdeutsche Frauen erhalten das Recht unein- geschränkte zu arbeiten. Ein Gesetz schreibt fest: Ehegatten führen Haushalt zusammen und dürfen beide arbeiten</p>
<p>Ende des Zweiten Weltkrieges, Gründung der Vereinten Nationen (Sicherung von Frieden und Menschenrechten)</p>	<p>Anwerbeabkommen mit der Türkei: 860 000 türkische Arbeitende kommen nach Westdeutschland</p>	<p>In Westdeutschland wird ein Gesetz zur Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz beschlossen</p>
<p>Grundgesetz tritt in Kraft (Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Sozialstaatsgebot)</p>	<p>Hochqualifizierte Personen aus Nicht-EU-Ländern können mithilfe der »Blue-Card« Arbeiterlaubnis von bis zu vier Jahren erwerben</p>	<p>Die Vereinten Nationen beschließen die Abschaffung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen</p>
<p>Verfassung der DDR tritt in Kraft (Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Recht auf Arbeit)</p>	<p>Anwerbeabkommen mit Vietnam: 60 000 vietnamesische Arbeitende kommen nach Ostdeutschland</p>	<p>In Ostdeutschland haben Mann und Frau das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit</p>

REQUISITEN REIGNISKARTEN

ILO-Kernarbeitsnormen	Arbeitsbedingungen	Sozialversicherung
<p>Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wird zur Förderung von Menschen- und Arbeitsrechten gegründet. Ihre Normen sind heute (2019) für die 187 Mitgliedstaaten verpflichtend</p>	<p>Die Buchdrucker schließen ersten Tarifvertrag in Deutschland ab. Ein Tarifvertrag zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften regelt unter anderem Lohn und Arbeitszeit</p>	<p>Eine Krankenversicherung wird als erste Sozialversicherung in Deutschland eingeführt</p>
<p>ILO-Abkommen: Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen. Gewerkschaften dürfen gegründet werden und über Arbeitsbedingungen verhandeln</p>	<p>Im Stinnes-Legin-Abkommen erkennen Arbeitgeberverbände die Gewerkschaften als Vertreter von Arbeitern an. Das schafft die Grundlage für Tarifverhandlungen</p>	<p>In Deutschland wird eine gesetzliche Rentenversicherung eingeführt</p>
<p>Das ILO-Abkommen zur Abschaffung der Zwangsarbeit wird beschlossen</p>	<p>In Deutschland wird mit einem Gesetz der Achtstundentag eingeführt</p>	<p>In Deutschland wird eine Arbeitslosenversicherung eingeführt</p>
<p>ILO-Abkommen zu Maßnahmen gegen Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (wegen Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder Herkunft)</p>	<p>Das westdeutsche Tarifvertragsgesetz regelt die Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien (Arbeitgeber und Gewerkschaften)</p>	<p>Einführung der Sozialhilfe in Westdeutschland. Erstmals gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf die Sicherung des Existenzminimums für Arme</p>
<p>Das ILO-Abkommen zur Abschaffung der Kinderarbeit wird beschlossen</p>	<p>In Deutschland wird ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn eingeführt</p>	<p>Das Hartz-IV-Gesetz tritt in Kraft: Maximal 18 Monate Arbeitslosengeld I, dann privates Vermögen aufbrauchen, dann Arbeitslosengeld II zur Sicherung des Existenzminimums</p>
<p>Sklavereiabkommen des Völkerbundes, zur Abschaffung der Sklaverei</p>	<p>Im Arbeitsgesetzbuch wird in Ostdeutschland die 5-Tage-Arbeitswoche eingeführt</p>	<p>In Ostdeutschland wird eine gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung für Arbeiter_innen und Angestellte eingeführt</p>



Prekäre Arbeit

INFO

- Atypische Beschäftigungen** unterscheiden sich vom sogenannten → Normalarbeitsverhältnis.
Dazu gehören → Minijobs, → Teilzeitarbeit unter 20 Stunden, → Leih- beziehungsweise Zeitarbeit und → befristete Arbeit. In Deutschland haben 2016 7,7 Millionen Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. → Prekäre Arbeit geht meist mit atypischer Beschäftigung einher. Neuerdings spielen auch → Werkverträge eine größere Rolle in diesem Bereich.
- Befristete Arbeit** bedeutet, dass ein Arbeitsvertrag nur für eine gewisse Zeit – zum Beispiel ein Jahr – gilt und danach endet, ohne dass dem_der Arbeitnehmer_in gekündigt werden muss. Befristete Verträge müssen durch einen Sachgrund (eine bestimmte Arbeit fällt nur einmalig an) gerechtfertigt werden. Ohne Sachgrund dürfen sie nur zweimal verlängert werden und insgesamt höchstens zwei Jahre dauern.
- Informelle Arbeit** bezeichnet Arbeitsverhältnisse jenseits der rechtlichen geregelten Lohnarbeit. Das kann Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliche Arbeit sein. Es kann aber auch heimliche Lohnarbeit ohne Steuern und Sozialabgaben sein. In vielen Ländern fällt darunter auch das Anbieten kleiner Dienstleistungen wie Schuhputzen, um das Überleben zu sichern.
- Leiharbeit** heißt, dass die Arbeitenden bei einer Leiharbeitsfirma (auch Zeitarbeitsfirma) angestellt werden. Die Leiharbeitsfirma verleiht sie dann an andere Unternehmen (Arbeitnehmerüberlassung). Die Zahl der Leiharbeiter_innen hat sich von rund 300 000 im Jahr 2000 auf rund 1 000 000 im Jahr 2018 erhöht. Seit 2017 dürfen Leiharbeiter_innen für maximal 18 Monate an ein Unternehmen verliehen werden.
- Minijob** ist ein Arbeitsverhältnis, für das höchstens 450,- Euro Lohn pro Monat bezahlt wird. Andere Begriffe dafür sind 450-Euro-Job oder geringfügige Beschäftigung.
- Niedriglöhne** sind kleiner als zwei Drittel des mittleren Lohns (Medianlohns) in einem Land. In Deutschland lag die Niedriglohnschwelle 2017 bei einem Stundenlohn von 10,80 Euro (brutto). Rund acht Millionen Menschen haben im Niedriglohnsektor gearbeitet, das sind rund ein Viertel aller Arbeitnehmer_innen.
- Normalarbeitsverhältnis** ist eine unbefristete Vollzeitarbeit (zum Beispiel 38 Stunden pro Woche), die durch die Sozialversicherung abgesichert ist. In den 1980er-Jahren waren zeitweise 86 Prozent aller Lohnarbeiter_innen in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt.
- Prekäre Arbeit** bedeutet wörtlich unsichere oder schwierige Arbeit und meint Arbeitsplätze,
– die nicht auf Dauer gesichert sind
– bei denen die Arbeitenden rechtlich weniger geschützt sind als andere
– mit denen zu wenig verdient wird, um den Lebensunterhalt zu sichern
Prekäre Arbeitsplätze sind meist → atypische Arbeitsplätze.
- Prekarisierung** wird die Zunahme → prekärer Arbeit in den letzten Jahrzehnten genannt.
- Tarifvertrag** Ein Tarifvertrag legt Mindeststandards des Arbeitsverhältnisses fest. Geregelt werden unter anderem Löhne, Arbeitszeit, Urlaub und Kündigungsfristen. Tarifverträge werden zwischen Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmer_innen und den Arbeitgeber_innen (und ihren Verbänden) geschlossen.
- Teilzeitarbeit** ist das Gegenteil von Vollzeitarbeit. Jemand arbeitet nur einen bestimmten Teil der normalen Wochenarbeitszeit, zum Beispiel 19 von 38 Stunden pro Woche.
- Werkverträge** regeln, dass jemand ein bestimmtes Werk für eine festgelegte Bezahlung erbringt. Beispiel: Ein_e Künstler_in malt ein Portrait. Neuerdings werden Werkverträge aber vermehrt zur Umgehung von Gesetzen im Bereich der Lohnarbeit eingesetzt. Beispiel: Im Hotel ist Inhalt des Werkvertrages das Putzen eines Zimmers. Es wird festgelegt, dass das Zimmerputzen 20 Minuten dauert. Pro Werk erhält man nun 3,07 Euro. Rechnerisch ergibt sich ein Stundenlohn von 9,21 Euro. In der Regel dauert das Putzen aber länger und dadurch sinkt der Stundenlohn unter den Mindestlohn.
- Zeitarbeit** ist eine andere Bezeichnung für → Leiharbeit.



Prekäre Arbeit

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie Gruppen von 3 bis 5 Personen, teilen Sie M1 bis M4 unter den Gruppen auf und beantworten Sie dazu folgende Fragen:

- Welche Aspekte sind prekär?
- Wie gehen die Betroffenen mit ihrer Situation um?
- Suchen Sie eine passende Statistik (M5 bis M8) zu Ihrem Text aus, interpretieren Sie die zentra-

len Inhalte und beziehen Sie die dargestellten Zahlen auf die Person im Text.

2. Tragen Sie Ihre Ergebnisse zusammen und diskutieren Sie diese.

- Welche Gemeinsamkeiten gibt es?
- Entwickeln Sie politische Vorschläge: Wie kann der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen entgegenwirkt werden? _____

M1 Fahrradkurier

1 Ich treffe Orry Mittenmayer am Bahnhof in Köln-Ehrenfeld. Es ist Anfang Mai 2018, und der erste Betriebsratsvorsitzende, den der Essenslieferdienst Deliveroo in Köln jemals hatte, beginnt seinen letzten Arbeitseinsatz. Fast ein Jahr war der 25-jährige Kölner dort als Fahrradkurier angestellt, immer mit befristeten Verträgen. Diese Schicht noch, dann ist das vorbei.

Schon eine Minute, nachdem Mittenmayer sich um 17 Uhr über seine App zum Dienst angemeldet hat, erhält er seine erste Order: In einem veganen Schnellrestaurant wartet über die Plattform bestelltes Essen darauf, zum Kunden gebracht zu werden. Mittenmayer hat Glück – das Restaurant befindet sich nur 500 Meter entfernt. [...] Ein Auftrag soll möglichst innerhalb von 20 Minuten erledigt sein, so will es Deliveroo. »Früher war die Zeitvorgabe realistisch. Die Strecken waren nicht länger als drei Kilometer«, erzählt mir der junge Rider. Das hat sich geändert: Sieben Kilometer Anfahrtstrecke, wie sie Mittenmayer jetzt vom Restaurant zum ersten Kunden fahren muss, sind keine Seltenheit mehr. »Auch wenn ich schnell bin, brauche ich eine halbe Stunde«, ist er sich sicher.

Mittenmayer fährt zügig los, durch die drückende Hitze, die stickige Luft. Der Rider ist mit den Gedanken schon beim Kunden: Wird der überhaupt zu Hause sein? »Manchmal haben Kunden verpennt, dass sie was bestellt haben«, erzählt er. Diesmal hat er Glück – der Kunde ist zu Hause, Orry kann liefern. »Ich logge ich mich jetzt aus und hoffe, dass Deliveroo meine Privatsphäre respektiert und mich nicht weiter über GPS verfolgt, was möglich wäre«, erzählt er. Die Dienst-App ist auf seinem privaten Smartphone installiert.

Noch vor einem Jahr konnten fest angestellte Fahrradkurier wie er die Aufträge abarbeiten, die die Freelancer ablehnten, wenn ihnen der zeitliche Aufwand zu groß erschien, wurden – abgesehen von einem Sonderzuschlag – pro Stunde bezahlt und nicht nach der Anzahl der erledigten Kundenbestellungen. Allerdings setzte die Firma die angestellten Fahrer durch ein wöchentliches »Personal Performance Feedback« subtil unter Druck. Nur wer es schaffe, mindestens 90 Prozent der Order in der erwünschten Zeitvorgabe abzuarbeiten, hatte Anspruch auf den »Maintenance Support Bonus«. Im Sommer 2017 fanden sich erstmals mehrere Fahrer zu einer WhatsApp-Gruppe zusammen, weil sie mit den Arbeitsbedingungen zunehmend unzufriedener wurden. Sie monierten falsche Lohnabrechnungen und kritisierten, dass sie die Arbeitskleidung für den Winter selbst bezahlen mussten. Auch Smartphone, Fahrrad und Ausrüstung müssen die Fahrradkurier selbst finanzieren.

[...] Mit Unterstützung der Gewerkschaft NGG organisierten diese Fahrradkurier im Dezember 2017 erstmals eine betriebliche Vollversammlung bei Deliveroo und kündigten an, einen Betriebsrat zu gründen. Die Firma reagierte prompt. »Innerhalb von drei Monaten ließ das Unternehmen mehr als die Hälfte der 100 befristeten Arbeitsverträge am Standort Köln auslaufen«, erinnert sich Elmar Jost, Gewerkschaftssekretär der NGG in Köln. »Dennoch konnte Mitte Februar 2018 ein Betriebsrat gegründet werden.« [...] Heute arbeiten nur noch Freelancer für Deliveroo. Einen Betriebsrat gibt es nicht mehr. Die gewählten Betriebsräte klagen jedoch mithilfe der NGG auf Weiterbeschäftigung. ■ Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, *Magazin Mitbestimmung* (07/2018).

M2 Schauspieler am Limit

Gerade junge Schauspieler verdienen so wenig, dass es kaum zum Leben reicht. Das zu ändern ist Lisa Jopt angetreten. Vor einem Jahr gehörte Lisa Jopt zu den Mitbegründern des Ensemble Netzwerk, und an diesem Wochenende trifft sie sich mit eben diesem Netzwerk oder diesem Ensemble in Bonn. Bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Bezahlung wollen sie erreichen. Lisa Jopt im Gespräch mit Ute Welty:

1 **U. W.: Die Gründung Ihrer Initiative liegt ein Jahr zurück, das erste bundesweite Treffen vor Ihnen. Gibt es schon sowas wie eine erste Bilanz von Ihrer Seite aus?**

5 **L. J.:** Diese Initiative oder diese Bewegung, die wir gegründet haben – wir sind ja kein Verein oder so –, [war] absolut notwendig. Die vielen hundert E-Mails, die uns erreicht haben, plus auch Zuspruch von Intendantenseite zeigt, dass es an der 10 Zeit ist, eine Theaterreform einzuleiten, die auf vielen Seiten vermutlich das Bedürfnis war.

Was muss diese Theaterreform Ihrer Meinung nach beinhalten?

15 Zum einen, dass die Theaterschaffenden – das sind übrigens nicht nur die Schauspieler, das sind auch die Theaterpädagogen, das sind die Dramaturgen und so weiter – besser bezahlt werden. Alle Leute mit künstlerischen Verträgen. Die meisten von uns haben ein Hochschulstudium absolviert, 20 Kollegen, die Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes haben in der Technik oder Verwaltung, unterliegen der Entgelttabelle, da wird man mit einem Hochschulstudium bei 2500 Euro eingestuft. Wir werden aber mit 1765 Euro eingestuft.

25 **Brutto.**

Brutto. Da bleibt dann Eins-eins Netto. Eine Wohnung, die knapp 500 Euro kostet – in Städten kann man sich vorstellen, wie wenig da übrig bleibt, plus, dass wir permanent die Arbeitszeit 30 überschreiten, also es geht oft über 48 Stunden, was schlicht illegal ist, und auch viele Intendanten würden dieses Problem gerne lösen.

Wir haben festgestellt, dass durch Kommunikation und Bedürfnisformulierung, die nicht in 35 einem anklagenden Ton und in Schuldzuweisung passieren, sondern sich lösungsorientiert gebärden,

40 dass damit einiges zu erreichen ist. Zum Beispiel gehen wir Schauspieler zweimal am Tag zur Arbeit – morgens 10 bis 14 Uhr und abends von 18 bis 22 Uhr.

Und am Sonntag hat man Vorstellung, und man hat locker mal drei Wochen keinen einzigen freien Tag. Wir haben zum Beispiel erreicht, dass wir formuliert haben, wir möchten gerne samstags, soweit es geht, auf Proben verzichten, es sei 45 denn, wir haben in der Produktion das Bedürfnis zu proben, oder wir haben Bühnenproben – das ist eine rare Zeit. Das war unheimlich einfach, das hinzubekommen, und es wirkt Wunder. Es wirkt 50 wirklich Wunder.

Um noch mal auf Ihre Zielsetzung zu sprechen zu kommen – bessere Arbeitsbedingungen, gerechtere Bezahlung –, gibt es nicht genau dafür auch Gewerkschaften?

55 Ja. Bevor ich zu den Gewerkschaften komme, möchte ich noch einen Punkt ergänzen. Und zwar: Normalerweise ist es so am Theater, dass man besetzt wird, also ziemlich fremdbestimmt, du wirst besetzt, du spielst die und die Rolle. Nun kann man aber auch mal angucken, was für Stücke wollt ihr eigentlich spielen oder interessiert euch, dass 60 der oder die Regisseurin noch mal wiederkommt. Diese Art der Mündigkeit oder des Gefragtwerdens, der Transparenz, das macht unheimlich viel mit dem Klima, und da haben die Theater einen 65 großen Nachholbedarf. Und ja, Sachen, die mit dem Tarifvertrag zu tun haben, sind Sache der Gewerkschaft. Derzeit ist es so, dass die Gewerkschaft und die Künstler sich etwas verloren haben 70 und wir in Bonn uns dem wieder annähern wollen. Die Gewerkschaft hat nicht genug Durchschlagskraft. Die Gewerkschaft ist auch ein bisschen verstaubt und verkrustet. Es sind nicht viele Schauspieler in der Gewerkschaft, weil sie sich dort nicht 75 richtig repräsentiert fühlen. Dadurch engagieren die sich aber auch nicht in der Gewerkschaft und versuchen, die vielleicht zu erneuern oder ihren Bedürfnissen dort Platz einzuräumen, und so hat man so einen Teufelskreis, und wir wollen den 80 hier in Bonn mal durchbrechen. ■ Quelle: Das Gespräch

wurde am 28.05.2016 in Deutschlandfunk Kultur © gesendet.

M3 Zimmermädchen

1 **Gefällt dir Deine Arbeit?**

. Nein.

. **Was genau stört Dich?**

. Mich stört an meiner Arbeit, derart ausgebeutet
5 zu werden, mich wie eine Sklavin zu fühlen. Dass
. ich außerdem keine Möglichkeit habe, mich in
. irgendeiner Weise zu wehren, keine Stimme habe
. mich aufzulehnen. Und auch stört es mich sehr,
. wie sie mich behandeln, ohne ein Fünkchen Res-
10 pekt, wie eine Hündin.

. **Wie oft und wie viele Stunden arbeitest du?**

. Ich arbeite von Montag bis Samstag, und habe
. einen Tag frei, und das meistens am Sonntag. Mit
. mir ist ein Arbeitsvertrag abgeschlossen worden –
15 offiziell über 8 Stunden täglich – aber wir müssen
. in der Realität mindestens 12–13 arbeiten. Das
. heißt, man kommt dadurch am Ende des Monats
. nicht mehr auf einen Stundenlohn von 9 Euro,
20 sondern nur noch auf 4–5 Euro.

20 **Wie lange Pause hast du pro Arbeitstag?**

. In meiner Arbeitszeit bin ich so sehr beschäftigt
. mit der Reinigung der Zimmer, dass mir keine
. Zeit bleibt zum Pause machen. Insgesamt ist jede_r
. von uns für 21 Zimmer verantwortlich, in denen
25 alles von oben bis unten geputzt werden muss. Das
. bedeutet, ich bin dauerhaft angespannt und ge-
. stresst, dass ich dieses Pensum auch in der vorge-
. gebenen Zeit schaffe, und kann mir nicht mal eine
. kurze Pause leisten, um in mein Brot zu beißen.

30 **Warum lässt du dir diese schlimmen Dinge gefallen?**

. Leider hindert mich die Sprachbarriere, mein
. mangelhaftes Deutsch, daran, zu kündigen und
. einen anderen Beruf auszuführen.

35 Ich habe in Ecuador, wo ich auch geboren bin,
. jahrelang als ausgebildete Lehrerin gearbeitet,
. nach vielen Jahren des Studiums, nur erkennen sie
. meine Profession hier nicht an.

. Da ich aber eine Familie ernähren muss, bin
40 ich auf irgendeine Einkommensquelle angewiesen
. und von dieser Arbeit abhängig.

. **Hast du die Möglichkeit, dich mit anderen
Mitarbeitenden über diese schlimmen Ar-
beitsbedingungen auszutauschen bzw. mehr
45 Rechte einzufordern?**

. Meistens arbeitet man allein, und es ist nicht
. erlaubt zu reden. Wenn sie dich dabei erwischen,

. bist du raus. Aber zum Reden wäre bei unserem
. immensen Arbeitspensum sowieso keine Zeit.

50 **Kannst du dich mit dem, was dir wider-
fährt, an deinen Chef wenden?**

. In dem Moment, wo du dein Mund aufmachst,
. und etwas sagst oder dich auflehnen möchtest ge-
. gen den Wahnsinn, bist du raus.

55 Wenn sie nicht mit deiner Arbeit zufrieden sind,
. dann läuft dein jetziger Arbeitsvertrag (meistens
. 3–6 Monate) noch aus, aber danach wird er eben
. nicht verlängert.

. Auf meiner Arbeit habe ich kein Rechte. Nur
60 das Recht der Sklaverei.

. **Würdest du gern wieder nach Ecuador zu-
rück gehen?**

. Ich würde am liebsten sofort wieder zurück,
. aber ich möchte meinen Sohn, der hier groß ge-
65 worden und aufgewachsen ist, nicht aus seinem
. jetzigen Leben reißen.

. Die Ausbeutung ist für mich wie Sklaverei,
. ich kann es nicht anders sagen. Früher dachte
. ich immer, Deutschland wäre fortschrittlich und
70 ein großes Vorbild, aber solche Ausbeutung, die
. ich jetzt erlebe, hat mein anfängliches Bild voll-
. kommen auf den Kopf gestellt. Hier arbeitet man
. praktisch wie ein Tier, es zählt nur der Profit, aber
. nicht der Mensch dahinter, der die Arbeit eigent-
75 lich leistet. In vielen Ländern habe ich bereits
. unter viel besseren und menschlicheren Konditi-
. onen gearbeitet.

. Meiner Meinung nach sind die vielen Leihfir-
. men Schuld – bei dieser bin ich übrigens auch an-
80 gestellt –, die Menschen unter solch unmenschli-
. chen Arbeitsbedingungen anstellen und ausbeuten.

. **Hast du schon einmal darüber nachge-
dacht, in eine Gewerkschaft einzutreten?**

. Sehr gern würde ich Mitglied einer Gewerk-
85 schaft werden, aber ich kenne weder jemanden,
. der sich damit auskennt und mir dabei helfen
. könnte, noch die deutschen Gewerkschaften.

. **Möchtest du noch etwas loswerden?**

. Ja, gern. Am liebsten würde ich, weil ich auch
90 weiß, wie viele Menschen mittlerweile von sol-
. cher Ausbeutung auf der Arbeit betroffen sind,
. zur deutschen Regierung gehen, und sie mal
. fragen, wie sie diesem Ausmaß der Ausbeutung
. zustimmen konnten. ■ Quelle: Attac-Interview mit N.N., geführt

am 02.03.2019.

M4 Amazon-Beschäftigter

Ein 34-jähriger Mitarbeiter des Leipziger Versandzentrums von Amazon, der anonym bleiben möchte, berichtet über seine Arbeitsbedingungen. Aufgezeichnet von Steffen Höhne

1 Arbeiten ist für mich wichtig. Mir fällt die Decke
 . auf den Kopf, wenn ich längere Zeit zu Hause
 . nur auf dem Sofa sitze. Als ich vor einigen Jah-
 . ren arbeitslos wurde, suchte ich eine Stelle bei ei-
 . ner größeren Firma, der es gut geht, bei der man
 . nicht ständig um seinen Job bangen muss. Ama-
 . zon suchte damals in Leipzig. Von einer früheren
 . Tätigkeit kannte ich das Unternehmen schon ein-
 . wenig. Als ich bei Amazon anfang, stellte ich mich
 10 auf körperlich anstrengende Arbeit ein.
 . Ich arbeite als »Picker«. So heißen die Mitarbei-
 . ter im Lager, die Waren einsammeln und für den
 . Versand zusammenstellen. Man legt bei Amazon
 . in Deutschland viel Wert auf englische Begriffe.
 15 Mein Vorgesetzter heißt Lead, eine Art Vorarbei-
 . ter für 20 Mitarbeiter, darüber kommt der Area-
 . Manager (Abteilungsleiter) und der Operation-
 . Manager. Es gibt eine klare Hierarchie, die alle
 . Prozesse auf maximale Effizienz trimmt. Dies ist
 20 charakteristisch für Amazon.
 . Zehn bis 15 Kilometer Wegstrecke lege ich
 . am Tag im Lager zurück. Aber nicht die kör-
 . perliche Arbeit, sondern die ständige Kontrolle
 . der Arbeitsprozesse und der damit verbundene
 25 psychische Druck waren und sind für mich die
 . größte Belastung. Ein Computersystem zeichnet
 . genau auf, wie schnell die Bestellungen von mir
 . zusammengestellt werden. Dabei wird registriert,
 . wenn falsche oder beschädigte Produkte gepackt
 30 werden und wie oft man »inaktiv« ist. Jeder Toi-
 . lettengang wird mitgezählt, damit die Arbeitszeit
 . von 7,75 Stunden auch wirklich geleistet wird. In
 . den ersten Monaten wurde fast täglich mit mir ein
 . Gespräch geführt, ob ich meine Zahlen geschafft
 35 habe. Diese sogenannten »Feedbacks«, die jeder
 . Mitarbeiter erhält, sollen die Leistung verbessern.
 . Zufriedenheit wurde nie geäußert, wirklich nie.
 . Erst später habe ich erfahren, dass ich einer der
 . besten neuen Mitarbeiter war.

40 Damals waren wir 600 Mitarbeiter. Heute gibt
 . es allein rund 1500 fest angestellte Mitarbeiter.
 . Die schiere Masse an Beschäftigten führt dazu,
 . dass solche Gespräche nur noch wöchentlich ge-
 . führt werden. Im vergangenen Jahr wurden die
 45 Handscanner der Picker kurzzeitig mit einem
 . Countdown versehen, der zeigte, wie viel Zeit
 . man bis zum nächsten »Pick« hat. Nach massi-
 . ven Protesten von Mitarbeitern wurde dies aber
 . wieder abgeschafft. Die Arbeitsbelastung ist auch
 50 so hoch genug. Zeit für private Gespräche gibt es
 . kaum.

Meine Frühschicht beginnt um 5.30 Uhr und
 . endet um 15 Uhr, die Spätschicht geht bis 23.30
 . Uhr. Extra ist die Zeit, die man an den Sicher-
 55 heitsschleusen verbringt. Damit nicht geklaut wird,
 . gibt es wie am Flughafen Kontrollen. Auch die
 . Versandhalle ist videoüberwacht. Damit habe ich
 . kein Problem. Ansonsten würde zu viel gestohlen.

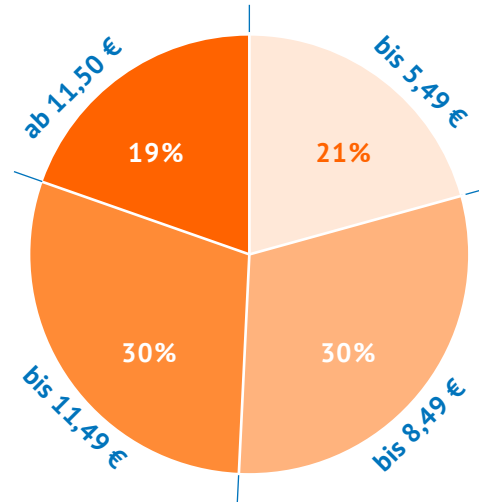
Von den 1 700 Euro Brutto-Lohn im Monat
 60 kann ich leben. Einiges hat sich zum Positiven
 . gewandelt, seit 2009 ein Betriebsrat die Arbeit
 . aufnahm. Die Löhne wurden schrittweise ange-
 . hoben, die Kontrollen an den Sicherheitsschleusen
 . gehen schneller. Bei Problemen mit Vorgesetzten
 65 steht man nicht mehr alleine da. Doch alles muss-
 . te immer erkämpft werden. Meine Erfahrung ist:
 . Amazon reagiert nur auf Druck. [...]

Auch wenn es nach all dem Gesagten vielleicht
 . merkwürdig klingt: Im Grundsatz bin ich nicht
 70 unzufrieden. Verglichen mit Zuständen in an-
 . deren Logistikfirmen geht es uns gerade bei der
 . Bezahlung nicht schlecht. Der Amazon-Konzern,
 . der großen Wert auf Kundenzufriedenheit legt,
 . könnte ein tolles Unternehmen sein. Dafür müsste
 75 er aber besser mit seinen Mitarbeitern umgehen.
 . Ich habe das Gefühl, und dies geht nicht nur mir
 . so, dass ich nur eine Nummer bin. Bringt diese
 . nicht die erwartete Leistung, wird sie ausgetauscht.
 . Doch dies lassen wir uns nicht länger gefallen.
 80 Nach zwei Jahren habe ich einen unbefristeten
 . Arbeitsvertrag bekommen. Auch die Verträge von
 . vielen anderen Beschäftigten wurden, weil es ge-
 . setzlich vorgeschrieben ist, entfristet. [...]

Quelle: ©
 Der Artikel von Steffen Höhne erschien in der *Frankfurter Rundschau* vom
 26.02.2013.

M5 Verstöße gegen den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro im Jahr 2015

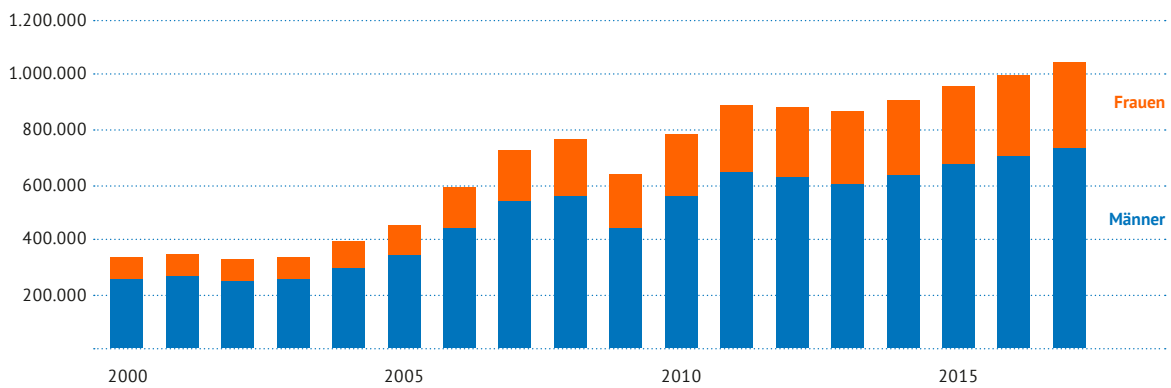
STUNDENLÖHNE BEI MINIJOBS 2015



Datenquelle: Toralf Pusch und Hartmut Seifert: Mindestlohngesetz: Für viele Minijobber weiterhin nur Minilöhne (WSI Policy Brief 01/2017).

M6 Zunahme von Leiharbeit

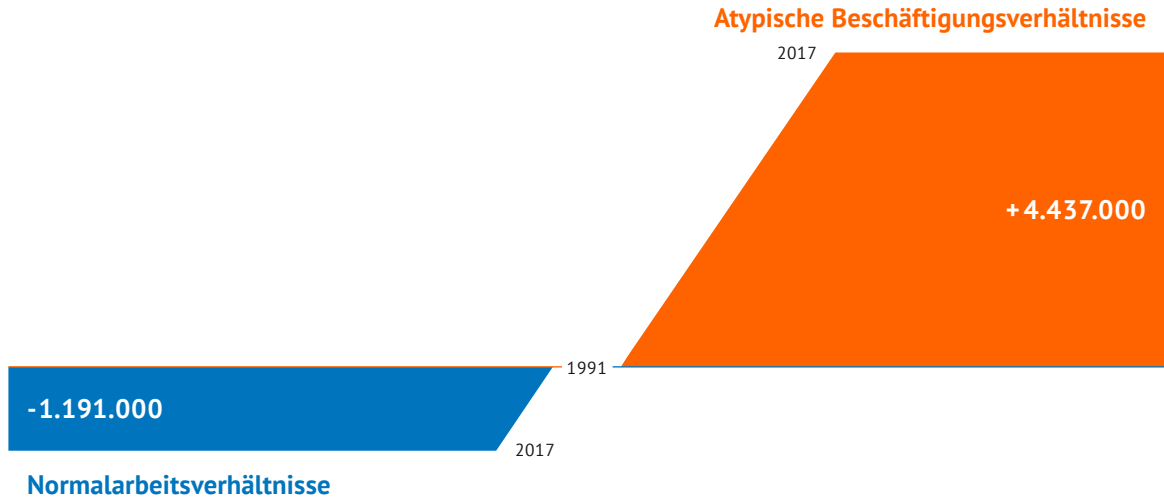
ENTWICKLUNG VON LEIHARBEIT 2000 BIS 2017



Datenquelle: IAQ-Report 6/2018.

**M7 Rückgang von
Vollzeitjobs**

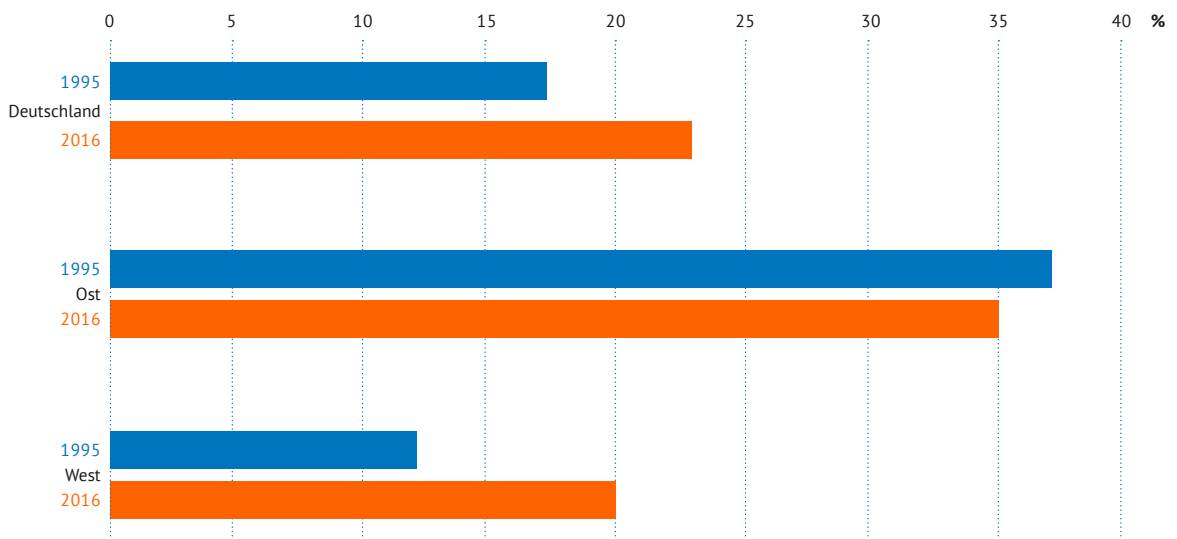
ENTWICKLUNG VON ARBEITSVERHÄLTNISSEN 1991 BIS 2017



Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

**M8 Prekäre
Entlohnung**

ANTEIL DER NIEDRIGLOHN BESCHÄFTIGTEN 1995 UND 2016



Datenquelle: IAQ-Report 6/2018.

M5 **Checkliste:** **Aktionsplanung**

- 1 - **Situationsanalyse:** Wie ist die politische Lage?
 . Warum ist eine Aktion zu diesem Zeitpunkt
 . sinnvoll?
 .
- 5 - **Zielgruppe definieren:** Wer soll beeinflusst
 . werden und was sollen sie tun?
 .
- 10 - **Konkrete Ziele definieren:** Welche Aktions-
 . form passt? Wie soll die Aktion die politischen
 . Ziele rüberbringen?
 .
- 15 - **Szenario/Choreographie:** Ablauf, Bild, Ein-
 . satz der Aktivist_innen planen.
 .
- 15 - **Geeigneten Ort finden**
 .
- 20 - **Zeitdauer festlegen:** Wann ist die Aktion zu
 . Ende?
 .
- 25 - **Koordination:** Verteilen der verschiedenen
 . Hüte: Vorbereitung, Materialerstellung, Ablauf-
 . regie, Pressearbeit, Transport der Materialien.
 .
- 30 - **Vernetzung:** Wollt ihr andere Gruppen ein-
 . binden? Wenn ja, bereits bei der Planung oder
 . erst bei der Durchführung?
 .
- 35 - **Inhaltliche Präsentation:** Vorbereitung und
 . Besorgen der Materialien und Aktionsrequisi-
 . ten: Flugblätter, Info-Stellwände, Banner, Pla-
 . kate, sonstige Materialien, Klärung der Trans-
 . portfrage.
 .
- 40 - **Mobilisierung:** Klären, wie viele Leute dabei
 . sein sollten. Aktivist_innen mobilisieren, per-
 . sönlich ansprechen.
 .
- 45 - **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:** Vorbe-
 . reitung der Medienarbeit: Pressemitteilung als
 . Einladung zur Aktion, Pressemitteilung nach
 . der Aktion. Wer übernimmt die Rolle der Pres-
 . sesprecher_in? Soll es eine Pressemappe mit
 . mehr Infos geben?
- 45 - **Anmeldung:** Jede legale Aktion muss bei der
 . Polizei oder dem Ordnungsamt als Versamm-
 . lung/Kundgebung angemeldet werden. Nicht
 . vergessen: Es gibt ein Demonstrationsrecht,
 . Aktionen müssen von der Polizei nicht genehm-
 . igt werden. Die Polizei ist verpflichtet, die
 . 50 Aktion zu schützen und ihre Durchführung
 . sicherzustellen.
- 55 - **Vorbereitung der Aktivist_innen:** Bespre-
 . chung des Ablaufs und der verschiedenen Rol-
 . len gemeinsam mit allen Beteiligten.
- 60 - **Training:** Welche inhaltliche oder prakti-
 . sche Vorbereitung braucht es? Sinnvoll sind
 . Argumentationsübungen – jeder sollte in der
 . Lage sein, sinnvolle Sätze in ein Mikrofon zu
 . sprechen.
- 65 - **Aufteilung:** Wer macht was? Wer ist direkt
 . bei der Aktion, wer arbeitet »hinter den Ku-
 . lissen« als Kontakt zu Polizei/Ordnungsamt,
 . Ansprechperson für Presse und Öffentlichkeit
 . etc.?
- 70 - **Entscheidungsfindung vor Ort, falls not-
 . wendig:** Wie ist der Gruppenprozess während
 . der Aktion? Wer entscheidet?
- 75 - **Koordination während der Aktion:** Ist der
 . Kontakt der Aktivist_innen untereinander wäh-
 . rend der Aktion (nur bei großen Aktionen)
 . gesichert?
- 80 - **Bei Zivilem Ungehorsam oder unklarer
 . Lage vor Ort:** Bezugsgruppen bilden und
 . genügend Zeit zur Vorbereitung einplanen.
 . Kommunikationsprozess geklärt? Braucht es
 . Trainings für Gewaltfreie Aktion? Sind die
 . rechtlichen Fragen geklärt? Ist die Ausrüstung
 . okay? ■ Quelle: Leitfaden für Attac-Gruppen.

M6 Die Abschaffung des Lohnsystems

1 1865 hielt Karl Marx einen Vortrag, in dem er die
 . Lohnarbeit grundsätzlich in Frage stellte. Anlass
 . war ein Treffen des Generalrates der Internationa-
 . len Arbeiterassoziation, die später als Erste Inter-
 . nationale bezeichnet wurde. Hintergrund war eine
 . Vielzahl von Streiks in verschiedenen Ländern,
 . mit denen insbesondere höhere Löhne erkämpft
 . werden sollten. Der Vortrag wurde später unter
 . dem Titel »Lohn, Preis und Profit« veröffentlicht.

10 Darin legt Marx zunächst die Grundzüge seiner
 . Analyse des Kapitalismus dar: Die Arbeiter_innen
 . verkaufen ihre Arbeitskraft für eine gewisse Zeit
 . an die Kapitalist_innen. Dafür erhalten sie einen
 . Lohn. Die Kapitalist_innen nutzen die Arbeitskraft
 . zusammen mit Produktionsmitteln wie Rohstoff-
 . fen und Maschinen, um Waren herzustellen. Da-
 . bei erzielen sie einen Profit, weil die Arbeitskraft
 . mehr Wert schafft als sie kostet.

20 Wie funktioniert das? Der Wert der Arbeits-
 . kraft entspricht ungefähr den Löhnen. Wenn
 . ein_e Arbeiter_in 8 Stunden arbeitet und dabei in
 . 6 Stunden Güter produziert, die soviel wert sind,
 . wie ihre Arbeitskraft (der gezahlte Lohn), dann
 . schafft er_sie in den restlichen 2 Stunden einen
 . Mehrwert. Diesen Mehrwert streichen die Kapi-
 . talist_innen am Ende als Profit ein, wenn sie die
 . produzierten Güter verkaufen.

25 Lohn und Profit sind also immer zwei Teile ei-
 . nes Ganzen. In den Worten von Marx: »Wenn
 . der Arbeitslohn sich ändert, wird der Profit sich
 . in entgegengesetzter Richtung ändern. Wenn der

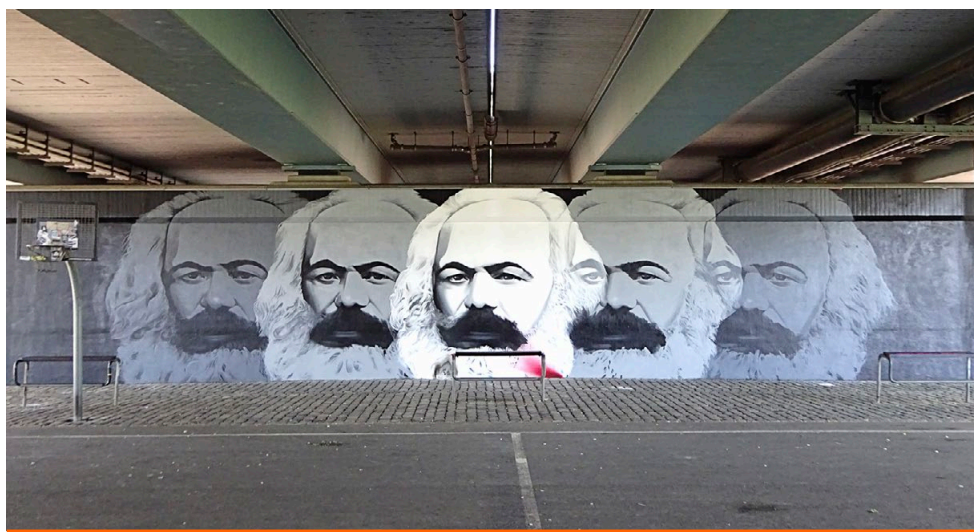
. Arbeitslohn fällt, so steigt der Profit; und wenn der
 . Arbeitslohn steigt, so fällt der Profit« (Seite 140).

35 Die Konkurrenz zwingt die Kapitalist_innen zur
 . stetigen Profitmaximierung und Produktivitäts-
 . steigerung. Daher kommt es zu einem unauf-
 . hörlichen Ringen zwischen Kapital und Arbeit.
 . Die Kapitalist_innen versuchen stets die Löhne zu
 . drücken.

40 Wenn sich die Arbeiter_innen nicht wehrten,
 . würden sie zu einer »unterschiedslosen Masse ru-
 . inierter armer Teufel, denen keine Erlösung mehr
 . hilft« (Seite 151). Gerade deshalb meint Marx
 . aber, dass die Arbeiter_innen-Bewegung für mehr
 . kämpfen sollte als für höhere Löhne. »Statt des
 . konservativen Mottos: »Ein gerechter Lohn für ein
 . gerechtes Tageswerk!«, sollte sie auf ihr Banner die
 . revolutionäre Losung schreiben: »Nieder mit dem
 . Lohnsystem!«« (Seite 152).

50 So endet der Vortrag mit einem Appell an die
 . Gewerkschaften. Diese »tun gute Dienste als Sam-
 . melpunkte des Widerstands gegen die Gewalt-
 . taten des Kapitals« (Seite 152). Aber sie dürften
 . sich nicht »darauf beschränken, einen Kleinkrieg
 . gegen die Wirkungen des bestehenden Systems
 . zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu
 . ändern«. Sie sollten mit anderen Worten ihre »or-
 . ganisierten Kräfte [...] als einen Hebel zur schließ-
 . lichen Befreiung der Arbeiterklasse [nutzen], d.h.
 . zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems«
 . (Seite 152). ■ Quelle: Autor_innentext mit Zitaten aus Karl Marx: »Lohn,

Preis und Profit« (Marx-Engels-Werke, Band 16, S. 101–152).



Graffiti zum 200. Geburtstag von Karl Marx an der Friedensbrücke in Frankfurtam Main.
 Foto: © Roberto Zambotti

Arbeitsmarktpolitik

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M1 und arbeiten Sie die Kernpunkte der neoklassischen und der keynesianischen Sicht auf den Arbeitsmarkt in Stichpunkten heraus.
2. Lesen Sie M2 und analysieren Sie, ob es sich um eine neoklassische oder um eine keynesianische Sichtweise handelt.
3. Bilden Sie Gruppen von maximal 5 Personen. Die Hälfte der Gruppen übernimmt die Rolle einer Gewerkschaft, die andere Hälfte die Rolle eines Arbeitgeberverbandes. Verfassen Sie gemeinsam eine Stellungnahme Ihrer Interessengruppe zum Thema Leiharbeit und berufen Sie sich dabei auf eine Arbeitsmarkttheorie.

M1 Arbeitsmarkttheorien

- 1 Die beiden bekanntesten Arbeitsmarkttheorien sind jeweils in eine allgemeinere Wirtschaftstheorie eingebettet, nämlich in die Neoklassik oder in den Keynesianismus.
- 5 Die neoklassische Theorie geht davon aus, dass sich auf Märkten immer ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage einstellt. Wenn die Nachfrage nach einem Gut hoch ist, steigt der Preis. Wird ein Gut zu wenig nachgefragt, gibt es ein Überangebot und der Preis muss solange sinken, bis sich wieder ein Gleichgewicht bildet. Dieses Modell lässt sich laut der Neoklassik auch auf Arbeitsmärkte übertragen. Der Preis ist hier die Lohnhöhe. Arbeitslosigkeit ist demnach durch ein Überangebot an Arbeitskräften zu erklären, das durch sinkende Löhne ausgeglichen werden muss.
- 15 Da zu hohe Löhne als entscheidend angesehen werden, spricht die Neoklassik auch von freiwilliger Arbeitslosigkeit. Wer wirklich arbeiten will, muss demnach niedrigere Löhne akzeptieren. Die Frage nach dem Existenzminimum spielt dabei keine Rolle.
- 20 Generell geht die Neoklassik von weitgehend unregulierten Märkten aus, auf denen sich Marktgleichgewichte ungehindert bilden können. Daher hält sie auch staatliche Regulierung für eine mögliche Ursache von Arbeitslosigkeit.
- 25 Die entsprechenden Empfehlungen der Neoklassik an die Wirtschaftspolitik lauten daher:
- 30 - Generelle Zurückhaltung des Staates aus dem Wirtschaftsprozess
 - Senkung der Lohnkosten, Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, keine oder niedrige Mindestlöhne
 - 35 - Niedrige Arbeitslosenunterstützung, damit sich Arbeit früher lohnt
 - Deregulierung des Arbeitsmarktes, wenig Kündigungsschutz, befristete Arbeitsverträge
- 40 Die Keynesianische Theorie ist nach dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes benannt. Sie geht nicht von einem abstrakten Modell aus, das für alle Märkte gilt. Sondern sie stellt Wechselwirkungen zwischen Gütermärkten, Finanzmärkten und Arbeitsmärkten ins Zentrum.
- 45 Der Grund für Arbeitslosigkeit wird vor allem in mangelnder (Binnen-)Nachfrage ausgemacht. Wenn Unternehmen keine Nachfrage erwarten, produzieren sie weniger und legen ihr Vermögen stattdessen auf den Finanzmärkten an. Sie stellen daher auch keine Arbeitskräfte ein oder entlassen sie sogar. Dadurch sinkt die Nachfrage noch weiter. Denn ohne Einkommen können die Lohnabhängigen weniger Güter kaufen.
- 50 Diesen Teufelskreis kann laut Keynes nur der Staat durchbrechen. Mit Investitionen in die Infrastruktur (z. B. in Schulgebäude) soll er Nachfrage für einige Unternehmen schaffen. Diese stellen dann Arbeitskräfte an. Diese kaufen wieder mehr Konsumgüter, so dass auch hier neue Arbeitskräfte angestellt werden. Die Investitionen soll der Staat in Krisenzeiten durch Schulden finanzieren (Deficit Spending). Damit sammelt er zugleich das überschüssige Geld ein, das auf Finanzmärkten angelegt ist und verringert so die Spekulation. In Boomzeiten hat der Staat dann durch gestiegene
- 60 Steuereinnahmen und gesunkene Sozialleistungen die Möglichkeit der Schuldentilgung.
- 65 Die Empfehlungen des Keynesianismus zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit lauten daher:
- 70 - Ausweitung der staatlichen Investitionen in der Krise, finanziert durch Schulden
 - Möglichst eine Sicherung des Lohnniveaus
 - Arbeitslosengeld (auch zur Sicherung der Nachfrage)
 - 75 - Regulierung des Arbeitsmarktes (z. B. Kündigungsschutz) ■ Quelle: Autor_innentext.

M2 Die Situation auf dem Arbeitsmarkt

1 Seit 2006 steigt ununterbrochen die Zahl der Er-
 . werbstätigen und erreicht immer neue Rekorde,
 . zuletzt im Jahr 2016 mit 43,5 Millionen Perso-
 . nen. Auch die Zahl der beschäftigten Arbeitneh-
 5 merinnen und Arbeitnehmer nimmt seit 2006
 . ständig zu und erreicht absolute Höchststände in
 . der Geschichte der Bundesrepublik. Da diese Ent-
 . wicklung unmittelbar nach der Umsetzung der
 . Agenda 2010 einsetzte, wird sie häufig als direkter
 10 Erfolg der »Reformen« interpretiert. Ausgeblendet
 . werden dabei oft die Schattenseiten der Arbeits-
 . marktderegulierung. Es setzte eine massive Pre-
 . karisierung der Arbeitsverhältnisse ein. Gute Jobs
 . wurden in erheblichem Umfang abgebaut, dafür
 15 entstanden in großer Zahl prekäre Arbeitsverhält-
 . nisse. Mehr Arbeit wurde dabei nicht geschaffen,
 . das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag im
 . Jahr 2013 unter dem Wert des Jahres 2000. [...]

Atypische Beschäftigung jenseits des Norma-
 20 larbeitsverhältnisses gibt es in vielen Formen: als
 . geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-
 . Jobs), Leiharbeit, Teilzeitarbeit und befristete
 . Arbeitsverhältnisse. Diese Formen müssen nicht
 . immer prekär sein, aber sie sind es viel häufiger
 25 als bei Normalarbeitsverhältnissen. Die Zahl der
 . atypisch Beschäftigten ist in der gesamten Dekade
 . der 2000er Jahre stark angestiegen. Im Jahr 2000
 . waren es noch sechs Millionen, der Höhepunkt
 . war 2010 mit fast acht Millionen erreicht. Seitdem
 30 geht die Zahl wieder leicht zurück. 2014 waren
 . es noch 7,5 Millionen. Langfristig betrachtet ist
 . die Zahl noch immer extrem hoch. 1991 gab es
 . lediglich 4,4 Millionen atypische Beschäftigungs-
 . verhältnisse. Der Trend zu immer mehr prekären
 35 Arbeitsverhältnissen scheint allerdings gebrochen.
 . Was jedoch weiter stark zunimmt, ist die Zahl von
 . Teilzeitbeschäftigten, die von 1991 bis 2015 um 20
 . Prozentpunkte angestiegen ist.

Die Zahlen zur Arbeitsmarktentwicklung zei-
 40 gen deutlich, dass der von der Bundesregierung
 . eingeführte Mindestlohn die Dynamik auf dem

Arbeitsmarkt nicht gebremst hat. Im Gegenteil, es
 . wurden Mini-Jobs in bessere sozialversicherungs-
 . pflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt.

45 Hoch problematisch ist weiterhin das epidemi-
 . sche Ausmaß der Leiharbeit. Bis 2003 hielt sich
 . die Leiharbeit mit etwas mehr als 300.000 Ar-
 . beitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Grenzen
 . und blieb auch – mit leichten konjunkturellen
 50 Schwankungen – stabil. Es ist davon auszugehen,
 . dass sie damals tatsächlich zum Ausgleich von
 . Produktionsspitzen eingesetzt wurde. 2003 wur-
 . de die Leiharbeit im Rahmen der Agenda 2010
 . dereguliert. Danach stieg ihre Zahl steil an. Inzwi-
 55 schen arbeitet fast eine Million Menschen in der
 . Leiharbeit. Die große Koalition hat die Leiharbeit
 . wieder etwas stärker reguliert, vom ursprüngli-
 . chen Zustand ist die gesetzliche Situation aber
 . noch weit entfernt. Ausgereicht hat es nicht, bisher
 60 ist kein Effekt auf die Zahl der Leiharbeitskräfte
 . zu erkennen. Es ist für die Unternehmen offen-
 . sichtlich immer noch attraktiv, Leiharbeitskräfte
 . in größerem Umfang einzusetzen. [...]

Mit einigen Regulierungen ließen sich bessere
 65 Beschäftigungsbedingungen etablieren:

- 70 - **Abschaffung sachgrundloser Befristung:**
 . Gerade im öffentlichen Dienst werden neue
 . Stellen fast nur noch befristet ausgeschrieben.
 . Dafür gibt es keine Rechtfertigung.
- 75 - **Reduzierung von Leiharbeit und Werk-
 verträge:** Werkverträge sind umfassend zu
 . regulieren. Wegen der besonderen Belastungen
 . ist bei der Bezahlung ein Aufschlag notwendig.
- 80 - **Abschaffung von Mini-Jobs und
 mehr Rechte für Teilzeitbeschäftigte:**
 . Die steuerliche Privilegierung von Mini-Jobs
 . ist nicht gerechtfertigt und daher abzuschaffen.
- **Mindestlohn:** Die Arbeitsgruppe Alternative
 . Wirtschaftspolitik fordert, den Mindestlohn auf
 . zwölf Euro pro Stunde anzuheben. ■ Quelle: Arbeits-
 . gruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2017 – Kurzfassung.

ARBEITSVORSCHLÄGE

- 4a. Lesen Sie M3 und erläutern Sie den Begriff der Industriellen Reservearmee.
4b. Vergleichen Sie die theoretische Perspektive von Karl Marx mit der neoklassischen und der keynesianischen Perspektive.
5a. Lesen Sie M4 und diskutieren Sie in Fünfergruppen die folgenden Fragen:

- Wie beurteilen Sie die Positionen der Parteien?
 - Passen die Passagen in das Bild, das Sie von der Partei haben?
 - Welche Positionen scheinen Ihnen im Blick auf Ihre berufliche Zukunft sinnvoll?
- 5b. Verfassen Sie einen Zeitungskommentar zu den Positionen der Parteien.

M3 Die industrielle Reservearmee

1 Unter Ökonomen ist es umstritten, ob Massenarbeitslosigkeit ein vermeidbarer Betriebsunfall oder eine notwendige Folge kapitalistischer Wirtschaft ist. Die Anhänger der Neoklassik geben den Lohnabhängigen die Schuld an der Arbeitslosigkeit: deren Lohnforderungen seien zu hoch. Die Keynesianer machen die staatliche Wirtschaftspolitik verantwortlich, weil sie nicht genug für die Stärkung der Nachfrage unternommen würde. Beide Schulen halten dauerhafte Vollbeschäftigung für möglich. Dagegen betrachtete Karl Marx Vollbeschäftigung als Ausnahme und eine immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit als notwendige Folge des Kapitalismus.

15 Um in der Konkurrenz mithalten zu können, müssen Unternehmen beständig die Produktivität der Arbeit steigern. Durch eine andere Arbeitsorganisation und durch den Einsatz neuer Maschinen wird pro Arbeitsstunde eine größere Stückzahl produziert. Dieselbe Produktmenge kann mit weniger Arbeitszeit hergestellt werden. Das Unternehmen hat zwar zusätzliche Ausgaben für die Maschine, es spart aber auch Lohnkosten. Sind die eingesparten Lohnkosten je Produkt größer als die zusätzlichen Maschinenkosten, dann sinken die Herstellungskosten: Das einzelne Produkt kann billiger verkauft werden.

25 Um den Gewinn zu erhöhen, versuchen Unternehmen ihren Absatz zu steigern. Sie investieren ihren Gewinn und vergrößern die Produktionsmenge. Wird durch den Einsatz neuer Maschinen gleichzeitig die Produktivität erhöht, dann ist nicht klar, ob für die vergrößerte Produktionsmenge auch mehr Arbeitskräfte nötig sind. Nehmen wir an, 100 Arbeitskräfte stellen pro Tag 100 Produkte her. Wenn ihre Produktivität um 25 % steigt, können sie pro Tag 125 Produkte herstellen. Soll die Produktionsmenge ebenfalls um 25 % erhöht werden, dann werden nach wie vor 100 Arbeitskräfte benötigt. Soll die Produktionsmenge aber nur um 10 % steigen, dann werden nur 88

Arbeitskräfte benötigt, 12 Arbeitskräfte werden arbeitslos. Ist in einer Volkswirtschaft die Produktivitätssteigerung größer als die Steigerung der Produktionsmenge, nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Je größer das Wachstum des Kapitals, desto größer ist in der Regel die Produktivitätssteigerung. Häufig wird nur deshalb eine große Investitionssumme benötigt, um teure Maschinen zu kaufen, mit deren Hilfe die Produktivität stark zunimmt. Marx folgert daher, dass immer wieder der Fall eintreten wird, dass die Produktivitätssteigerung größer ist als das Wachstum der Produktionsmenge, so dass die Arbeitslosigkeit zunimmt. Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass Einzelunternehmen nicht nur durch Investition des Gewinns wachsen können, sondern auch durch Unternehmenszusammenschlüsse. In diesem Fall steigt die Produktionsmenge zunächst überhaupt nicht, es ergeben sich aber viele Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung (z. B. benötigt ein doppelt so großes Unternehmen keine doppelt so große Verwaltung), viele Arbeitskräfte werden überflüssig. Vollbeschäftigung ist für Marx daher nur eine zeitweilige Ausnahme.

65 Indem Marx die Arbeitslosen als »industrielle Reservearmee« bezeichnet, verweist er auf die Vorteile, die das Kapital von der Arbeitslosigkeit hat. Bei unerwarteten Wachstumsschüben (wenn sich zum Beispiel neue Absatzmärkte eröffnen) bilden die Arbeitslosen ein Reservoir, aus dem sich das Kapital bedienen kann. Aber auch ohne solche Wachstumsschübe bringt die »industrielle Reservearmee« Vorteile für das Kapital. Wenn die Beschäftigten höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen fordern, kann ihnen stets erwidert werden: »Ihr könnt gerne gehen, draußen stehen genug Leute, die nur darauf warten, euren Job zu machen.« ■ Der Autor Michael Heinrich ist Politikwissenschaftler und hat unter anderem das Buch *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung in Das Kapital von Karl Marx* veröffentlicht.

M4 Leiharbeit in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2017

- 1 **AfD** Der zunehmende Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirkt sich negativ auf den Wohlstand aus. Daraus entstehen Negativwirkungen für die Demografie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen Altersvorsorge. Die AfD fordert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen. Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden. Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden. Sie dürfen nur unter festgelegten Bedingungen abgeschlossen werden.
- 15 **CDU** Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist wichtig und hat dazu beigetragen, hunderttausende neue Arbeitsplätze zu schaffen. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen unbefristete Arbeitsverhältnisse nicht einfach ersetzen. Deshalb werden wir offenkundige Missbräuche abstellen. Gerade Berufsanfänger, die eine Familie haben oder gründen wollen, brauchen eine verlässliche Perspektive. Durch die Neuregelung von Zeit-, Leiharbeit und Werkverträgen haben wir bereits wichtige Verbesserungen für die Arbeitnehmer erzielt.
- 30 **FDP** Wir Freie Demokraten wollen überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit abbauen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die Weltwirtschaft verändert sich schnell. Durch die Digitalisierung nehmen Projektaufträge zu. Darauf müssen Unternehmen flexibel reagieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Zeitarbeit ist hierfür ein wichtiges Instrument. Die Unternehmen können damit Auftragsspitzen abfangen oder kurzfristig spezialisierte Fachkräfte finden. Zugleich profitieren die Beschäftigten von der Zeitarbeit. So erhalten viele Menschen eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt. Das zeigen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ganz klar: Rund zwei Drittel aller Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter übten vorher keine Beschäftigung aus. Jeder Vierte hat keinen Berufsabschluss. Für gut Ausgebildete kann die Zeitarbeit in der digitalen Welt zudem neue Wege eröffnen – zwischen Selbstständigkeit und der jahrelangen Arbeit für nur ein Unternehmen. Missbrauch ist in den vergangenen Jahren erfolgreich unterbunden worden: Die Tarifpartner haben bereits Lösungen gefunden, damit der Lohn der Zeitarbeitenden bei längeren Einsätzen an den der Stammbesellschaft angeglichen wird (Equal Pay). Trotzdem hat die Große Koalition hier bürokratisiert. Die unnötigen gesetzlichen Vorschriften
- 55 zur Überlassungsdauer und Entlohnung führen zu Unsicherheiten und Aufwand. Dies wollen wir ändern.
- 60 **Grüne** Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um Löhne dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir GRÜNE umkehren. Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und Leiharbeit ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie. [...] Leiharbeiter_innen sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.
- 75 **Linke** Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge verhindern! Leiharbeit schafft im gleichen Betrieb Beschäftigte zweiter Klasse. Beschäftigte in Leiharbeit verdienten 2015 nur knapp 60 Prozent des Durchschnittslohns. Wir wollen die Leiharbeit abschaffen. Bis dahin kämpfen wir um bessere Bedingungen für die Beschäftigten! Lohndumping muss sofort unterbunden werden: Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen müssen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Kein Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten darf länger als drei Monate dauern. Leiharbeiter müssen nach drei Monaten im Betrieb übernommen werden und dürfen nicht gegen andere Leiharbeiter ausgetauscht werden. Der Einsatz von Leiharbeit und die Vergabe von Werkverträgen müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden.
- 90 **SPD** Wir wollen existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Werkvertragsnehmerinnen und -nehmer brauchen besseren Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlassungsdauer und dem Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« haben wir bereits viel erreicht. Diesen Weg werden wir weitergehen. Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird wie in der Stammbesellschaft. Davon darf nur durch repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) soll unzulässig sein. Wir werden die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen deutlich ausbauen. ■

attac
Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

www.attac.de/bima